

DIENSTAG, 20. APRIL 2010

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Tagesordnung

Der Präsident. – Angesichts der jüngsten Lageentwicklung und in Abstimmung mit den Fraktionen möchte ich folgende Änderungen des Arbeitsplans für Mittwoch vorschlagen. Zu den gestern um 17.30 Uhr von uns angenommenen Änderungen kommen jetzt noch neue hinzu. Es handelt sich hier um zusätzliche Änderungen.

Als erstes wird die Fragestunde an den Rat von dem Arbeitsplan gestrichen. Der Rat hat mir mitgeteilt, dass Herr López Garrido aufgrund der verkehrstechnischen Schwierigkeiten in dieser Woche Straßburg um 18.00 Uhr verlassen muss, und daher kann die Fragestunde am Abend nicht stattfinden. Zweitens nehmen wir Frau Țicău's Bericht über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden aus dem Arbeitsplan, da er Montag im Ausschuss nicht angenommen wurde. Drittens fügen wir eine mündliche Anfrage über das generelle Verbot des Einsatzes von Cyanid in der Bergbautechnik als dritten Punkt auf die Tagesordnung für den Nachmittag unmittelbar nach den Aussprachen über SWIFT und PNR (Passenger Name Records; hier geht es um Fluggastdatensätze) ein. Somit wird die Sitzung am Mittwoch um 19.00 Uhr beendet. Ich sage es noch einmal ganz kurz: Wir haben alle hinfälligen Punkte gestrichen und werden daher die Sitzung am Mittwoch statt um 24.00 Uhr bereits um 19.00 Uhr beschließen. Ich wiederhole, dass dies mit den Fraktionsvorsitzenden abgesprochen worden ist.

Paul Rübzig (PPE). - Herr Präsident! Ich wollte nur fragen, ob am Donnerstag überhaupt noch Sitzungen im Haus stattfinden, ob Ausschüsse wie z. B. STOA und andere tagen können, ob Dolmetscher für Sitzungen zur Verfügung stehen und ob Besuchergruppen auch am Donnerstag hier im Hause empfangen werden können.

Der Präsident. – Ich bereite gerade eine von mir persönlich unterzeichnete E-Mail an alle Abgeordneten vor. Einige von uns sind überhaupt noch nicht in Straßburg eingetroffen und benötigen diese Informationen ebenfalls. Sie können ca. gegen 11.00 Uhr mit dieser E-Mail rechnen, sie wird Antworten auf eine möglichst große Anzahl von unsererseits bereits gelösten Fragen enthalten.

Donnerstag können alle Ausschusssitzungen stattfinden, es erfolgt jedoch keine Stimmabgabe. Die Dienststellen des Europäischen Parlaments stehen zur Verfügung. Eine Plenarsitzung findet nicht statt. Ansonsten läuft alles seinen gewohnten Gang, abgesehen von der Plenarsitzung. Besuchergruppen, die auf unsere Einladung hin nach Straßburg ins Parlament kommen, werden empfangen: die Gruppen werden das Parlament besuchen und in den Plenarsaal kommen können, allerdings werden dort keine Sitzungen abgehalten.

Der einzige Unterschied zu einem gewöhnlichen Tag besteht darin, dass keine Plenarsitzungen und keine Abstimmungen stattfinden werden. Alles andere vollzieht sich wie jeden Donnerstag.

Donnerstag und Freitag werden Sie die Gelegenheit haben, sich in die Anwesenheitsliste einzutragen.

Alles Weitere steht in der E-Mail, die sie spätestens vor der Mittagspause erhalten werden.

Gestern fanden sowohl ein Treffen der Konferenz der Präsidenten als auch des Präsidiums statt. Es wurden Entscheidungen über eine ganze Reihe von Themen getroffen. Ab sofort wird eine Task Force unter Einbeziehung der parlamentarischen Dienste ihre Arbeit aufnehmen. Diese Task Force steht in ständigem Kontakt mit mir, und ich halte den Kontakt mit den Fraktionsvorsitzenden, denn wir müssen bei allen Angelegenheiten bezüglich der Entscheidungen über diese und die kommenden Wochen permanent in Verbindung bleiben. Bitte vergessen Sie auch das Treffen der Ausschüsse des Europäischen Parlamentes in der nächsten Woche nicht. Die Arbeit der Ausschüsse darf nicht von uns behindert werden, und wir müssen

die Sitzung in Brüssel wie gewohnt vorbereiten. Diesbezügliche Entscheidungen sind zwar noch nicht gefallen, dies wird aber in den nächsten Tagen geschehen.

Seien Sie versichert, dass ich Sie über alle getroffenen Entscheidungen und geplanten zukünftigen Schritte jeweils kurz unterrichten werde.

3. Unterbrechung des Flugverkehrs in Europa (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zu der Unterbrechung des Flugverkehrs in Europa.

Bekanntlich müssen die Entscheidungen für die kommenden Tage von den Exekutivorganen der europäischen Institutionen getroffen werden. Das wird selbstredend die Aufgabe der Kommission und des Ministerrats sein. Wie wir wissen, sind sowohl Kommission als auch Rat seit letztem Sonntag damit befasst, aber auch wir als Abgeordnete haben unsere Pflichten. Diese bestehen darin, langfristige Antworten auf die gegenwärtige Krise zu finden. Es liegt hier in unserem Interesse, die Parlamentsausschüsse einzubringen. In der Brüsseler Sitzungsperiode werden wir ebenfalls darüber nachdenken müssen, wie auf die aktuelle Lage zu reagieren ist. Möglicherweise wird unsere Antwort eine Entschließung beinhalten. Ich spreche hier über alternative Arten, Stellung zu beziehen. Ich möchte Sie alle dazu auffordern, in Ihren Reden auch zu berücksichtigen, wie das Parlament dazu beitragen kann, die gegenwärtigen Probleme zu lösen. Diese Probleme stellen sich in erster Linie unseren Bürgerinnen und Bürgern, den Einwohnern Europas. Natürlich haben wir im Moment Schwierigkeiten, nach Straßburg und Brüssel zu gelangen, aber das ist unser eigenes Problem und sollte sicherlich nicht vordergründig für uns sein. Wir sollten uns auf die Debatte vorbereiten, wie die Probleme der Europäer in der Situation eines vollständig zum Erliegen gekommenen Flugverkehrs zu lösen sind. Der wichtigste Punkt ist, was wir, die Abgeordneten, in den nächsten Wochen tun können, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Da jedoch in den ersten Stunden und Tagen die größte Verantwortung bei der Exekutive liegt, möchte ich den sowohl den Rats- als auch Kommissionsvertretern für ihre Anwesenheit hier danken.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Präsident, die naturgemäß strategische Rolle des Luftverkehrs ist allgemein bekannt. Die Bürger, ihr Alltag und ihr Recht auf Freizügigkeit, was ein Grundrecht darstellt, sind davon betroffen, und der Einfluss auf den Wirtschaftssektor ist zweifelsohne als wesentlich anzusehen.

Bei Problemen mit der Beförderung auf dem Luftweg und mehrere Länder betreffenden Störungen tritt der strategische Charakter des Luftverkehrs besonders hervor, und der erlittene Schaden nimmt zu.

Wenn wie jetzt die Mehrzahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union davon betroffen ist, wächst sich diese Situation zu einem sehr ernst zu nehmenden Problem bzw. sogar zu einer echten Krise aus. Natürlich haben wir es hier mit einer unvorhergesehenen und noch nie da gewesenen Krise zu tun, mit der in angemessener Weise umzugehen ist. Darüber hinaus handelt es sich ja paradoxerweise um einen Themenbereich, in dem die Europäische Union selbst keine großen Befugnisse hat, ja sogar weniger Einfluss als bei anderen Angelegenheiten – und trotzdem muss sie darauf reagieren und handeln.

In dieser Krise des Flugverkehrs in Europa sind zwei Umstände gleichzeitig zum Tragen gekommen: Zum einen das denkbar schlimme Ausmaß – die Krise hat sich als gravierend erwiesen – und zum anderen die unzureichende unmittelbare Rechtsfähigkeit der Europäischen Union in Bezug auf das Ergreifen von Maßnahmen in diesem Bereich. Somit sehen wir uns vor eine Situation gestellt, die aus Sicht der Europäischen Union ein Handeln nicht leicht macht. Trotzdem haben wir gehandelt und reagiert.

Dies bringt mich zum zweiten Teil meiner Erklärung, nämlich den in diesem Fall ergriffenen Maßnahmen. Die Mitgliedstaaten, die Flughafenbehörden haben sich zunächst an das bestehende Protokoll gehalten, unter Berücksichtigung der von dem Volcanic Ash Advisory Centre (VAAC) in London erstellten Karte mit graphischen Aufbereitungen der maßgeblichen Vulkanaschkonzentrationen. Hierbei hat es sich um eine wissenschaftliche Einschätzung gehandelt, auf deren Basis in Betracht gezogen wurde, den Luftraum automatisch für Flüge einzuschränken. Das war der erste Schritt, und im Vordergrund standen ein äußerst vorsichtiges, auf Sicherheit abzielendes Vorgehen mit geringstem Risiko, wobei man sich auf diesen ersten Beitrag von Eurocontrol bezog, der wiederum auf den Aussagen des vor Jahren eingerichteten VAAC in London fußte.

Natürlich war klar, dass die Tragweite der Situation eine mitgliedstaatenübergreifende Zusammenarbeit erforderte, und daher haben die Europäische Union und ihre Organe direkt von Anfang an ihre Arbeit aufgenommen. Genauer gesagt haben in den letzten Tagen eine Reihe technischer Treffen stattgefunden, die zu der gestern von den Verkehrsministern getroffenen politischen Entscheidung geführt haben.

Der Rat, der spanische Ratsvorsitz, die Kommission – insbesondere Herr Kommissar Kallas, dem ich für seine Bereitwilligkeit und die harte Arbeit in dieser Phase danke – und Eurocontrol waren das ganze Wochenende lang mit der Ausarbeitung einer sehr detaillierteren, weitaus adäquateren Reaktion auf die sich bereits zu einer zunehmend langwierigen Krise auswachsenden Lage mit schon beginnenden, sehr ernst zu nehmende Folgen für die gesamte Europäische Union und darüber hinaus befasst.

Die Empfehlung von Eurocontrol ist das Ergebnis der in den letzten Tagen geleisteten Arbeit, und sie wurde einstimmig angenommen – zunächst bei dem gestern in Brüssel zwischen Eurocontrol, der Kommission, dem Rat, den Flughafenbehörden, Flugverkehrsgesellschaften und allen betroffenen Wirtschaftszweigen abgehaltenen Treffen in Bezug auf die Notwendigkeit für Eurocontrol, mit Wirkung von heute eine 3-Zonenregelung für die durch den Vulkan beeinträchtigten Bereiche einzuführen. In der ersten Zone herrscht demnach die größte Aschedichte mit einer absoluten Einschränkung, einem absoluten Flugverbot; in der zweiten Zone ist das genaue Gegenteil der Fall, dort ist keinerlei Asche nachweisbar und somit bestünden keine Einschränkungen für den Flugverkehr; und in der dritten Zone schließlich bezeichnet eine Zwischenzone mit geringer Aschedichte, in der Flüge daher gefahrlos erlaubt wären. Diese Zone unterläge ab heute einer in koordinierter Weise durchgeführten Kontrolle durch die nationalen Behörden, gestützt auf die von Eurocontrol täglich und kontinuierlich, alle sechs Stunden gelieferten Daten, um über die Notwendigkeit der Einrichtung von Luftkorridoren oder Zonen, in denen Flüge erlaubt wären, zu entscheiden.

Diese von Eurocontrol erarbeitete und vorgeschlagene technische Empfehlung wurde gestern einstimmig von den 27 Regierungen der Europäischen Union angenommen, was im Hinblick auf den derzeitigen Handlungsbedarf einen europäischen Blickwinkel und eine europäische Lösung in den Mittelpunkt rückt. Anders gesagt, trifft die Europäische Union eine Entscheidung und schlägt den Mitgliedstaaten daraufhin vor, entsprechend zu handeln. Zwischen den europäischen Regierungen und der Kommission bestand unter Einbeziehung des von Eurocontrol unterbreiteten Vorschlags ein einstimmiger Konsens, so zu handeln.

Der Sicherheitsaspekt ist somit weiterhin vorrangig. Hier gibt es laut Herrn Kommissar Kallas keinen Spielraum für Kompromisse – dies hat er am Wochenende zum Ausdruck gebracht – und daher wurde ein ein Bereich mit einem Verbot festgelegt und ein Konsens über ein absolutes Flugverbot erzielt. Durch all die von Eurocontrol verwerteten Daten, nicht nur aus London, sondern auch von den derzeit durchgeführten Testflügen ohne Passagiere, sowie die Daten der nationalen Behörden, der Hersteller von Flugzeugmotorenteilen und der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) in Köln werden wir eine sehr genauere Vorstellung von der tatsächlichen Gefahr erhalten. All diese Daten werden bei der Festlegung der gestern im Rahmen des von dem spanischen Ratsvorsitz einberufenen, außerordentlichen Ratstreffens durch die Verkehrsminister vereinbarten Zonen berücksichtigt werden müssen.

Somit verfügen wir über ein sich weiterentwickelndes, dynamischeres und genaueres Modell als bisher, das sich zuallererst auf wissenschaftliche Daten stützt, dann auf eine von Eurocontrol getroffene technische Entscheidung und schließlich auf eine durch Koordinierung erreichte Entscheidung der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Zwischenzone.

Im Gegenzug, Herr Präsident, hat der Rat der Verkehrsminister gestern ganz eindeutig Stellung bezogen, indem er die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert hat, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Bürgerinnen und Bürgern unter dem Aspekt einer Entzerrung dieser ernsten, die Mobilität der europäischen und außereuropäischen Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigenden Situation so viele alternative Verkehrsmittel wie möglich aufzuzeigen. Die Verkehrsminister haben sich auch mit den sehr gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Situation auseinander gesetzt – Herr Kommissar Kallas wird hierauf noch näher eingehen – und zwar im Rahmen einer Task Force, die aus einer von dem Vizepräsidenten der Kommission, Herrn Kommissar Kallas, von Herrn Kommissar Almunia und Herrn Kommissar Rehn geleiteten Gruppe besteht. Sie wird nächste Woche einen Bericht zu sämtlichen wirtschaftlichen Aspekten vorlegen. Schließlich wird so schnell wie möglich noch ein weiterer Rat der Verkehrsminister stattfinden, um diese Fragen ausführlich zu besprechen.

Bezogen auf das aktuelle Geschehen, Herr Präsident, steht die getroffene Entscheidung somit ganz im Zeichen einer europäischen Betrachtung und eines koordinierten europäischen Lösungsansatzes, und zwar auf Grundlage sicherheitstechnischer Überlegungen und der Notwendigkeit, bei der Entscheidung über Flugverbote so effizient und genau wie möglich zu handeln und gleichzeitig die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu

schützen. Herr Präsident, Herr Buzek, es freut mich sehr, dass das Europäische Parlament eine ausführliche Aussprache zu diesem Thema vorgeschlagen hat. Diese Aussprache zeigt nämlich, dass Sie offensichtlich sofort automatisch auf diese Situation reagieren möchten, so wie es sich für ein Parlament, das die Völker Europas vertritt, geziemt, und dass Sie aus einem längerfristigen Blickwinkel heraus prüfen können, welche Maßnahmen als Reaktion auf diese gänzlich unvorhersehbare, vollkommen neue Krise ergriffen werden müssen, die außerordentliche und sehr gravierende Auswirkungen auf das Leben der europäischen Bürgerinnen und Bürger gehabt hat.

Der Präsident. – Ich möchte dem Ministerrat und dem spanischer Ratsvorsitz zusichern – und bitte darum, diese Aussage entsprechend weiterzuleiten –, dass das Europäische Parlament jederzeit bereit für eine Zusammenarbeit ist und einer Aussprache über diese Themen im Ausschuss aufgeschlossen gegenübersteht. Wir sind offen für den Besuch von Vertretern der Europäischen Kommission und des Rates sowie für eine Aussprache über die Probleme. Wir möchten uns hier einbringen. Wir kommen aus verschiedenen Regionen der Europäischen Union, verdanken unser Mandat direkten Wahlen und tragen die Verantwortung für die Bewohner der Union. Daher ist unsere Einbindung von wesentlicher Bedeutung. Wir stehen bereit. Natürlich können wir nur im Rahmen unserer Möglichkeiten als Legislativbehörde handeln. Wir können keine Exekutiventscheidungen treffen, aber wir möchten sowohl die Kommission als auch den Rat unterstützen. Dafür sind wir offen und aus diesem Grund führen wir jetzt diese Debatte.

Siim Kallas, Vizepräsident der Kommission. – Herr Präsident, ich freue mich, dem Parlament den Bericht über die von der Kommission getroffenen Maßnahmen in Bezug auf die Folgen der Krise im europäischen Luftraum, bedingt durch den Ausbruch des Vulkans Eyjafjallajökull, vorzulegen. Dem Parlament ist sicherlich bekannt, dass 84 000 Flüge ausgefallen und so Tausende von Fluggästen in Mitleidenschaft gezogen worden sind.

Wie Sie wissen, hat Eurocontrol auf unsere Initiative hin Montagmorgen eine Telefonkonferenz einberufen und die Kommission hat gestern Nachmittag aktiv an einem außerordentlichen Rat der Verkehrsminister mitgewirkt. Meiner Ansicht nach sind im Anschluss an diesen Rat vier Kernaussagen zu vermitteln.

Alle Verkehrsminister haben sich für eine koordinierte europäische Reaktion auf die Krise ausgesprochen. Lösungen auf nationaler Ebene sind im Umgang mit diesen, den Luftraum insgesamt betreffenden Problemen nicht effizient. Von meiner Seite ist hervorzuheben, dass der Wille zu einer Zusammenarbeit unter den Verkehrsministern deutlich zu erkennen war, und wir haben verschiedene Telefonate geführt, bei denen alle ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und zusammenzuarbeiten, bekräftigt haben.

Der zweite wichtige Punkt ist, dass die Sicherheit an erster Stelle steht. Beim Thema Sicherheit darf es keine Kompromisse geben. Sie ist und bleibt unser wichtigstes Anliegen. Wir müssen für unsere Bürgerinnen und Bürger die höchsten Sicherheitsstandards gewährleisten.

Der dritte Grundsatz lautet, dass sich die Minister auf eine progressive und koordinierte Öffnung des europäischen Luftraums bei gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit verständigt haben. Dies ist heute Morgen um 8.00 Uhr durch Eurocontrol erfolgt. Zu dieser Entscheidung gehört eine 3-Zonenregelung auf Grundlage der Konzentrationshöhe. Die erste Zone bezieht sich auf das Kerngebiet der Emissionen, wo eine absolute Einschränkung des Betriebs aufrechterhalten bleibt, da hier keine Sicherheit garantiert werden kann.

In der zweiten Zone ist im Prinzip keine Behinderung des gemeinsamen Flugverkehrs gegeben, obwohl dort noch Asche vorhanden ist. Für diese Zone ist eine Bestätigung erforderlich, und die Entscheidungen über den Betrieb erfolgen in koordinierter Weise durch die Behörden in den Mitgliedstaaten.

Die dritte Zone ist nicht durch die Asche beeinträchtigt, und es ergeben sich somit keine Einschränkungen für jegliche Art des Betriebs. Eurocontrol liefert alle sechs Stunden Karten mit den maßgeblichen Informationen für die nationalen Behörden.

Viertes setzen wir mit Hilfe dieser Maßnahmen letztendlich auf die Umsetzung des Programms für einen einheitlichen europäischen Luftraum und insbesondere der Aufgaben des Netzverwalters. Ich weiß, dass ich mich nach dem Erfolg des zweiten Maßnahmenpakets für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums im letzten Jahr auf die breite Unterstützung des Parlaments verlassen kann.

Ihnen wird bekannt sein, und der Minister hat es ja auch erwähnt, dass eine aus einer Gruppe von Kommissaren bestehende Task Force gebildet worden ist, um über Fragen staatlicher Beihilfe zu beraten. Ich habe gestern mit Vertretern der Luftfahrtunternehmen gesprochen, und sie haben mich wissen lassen, dass sie einfach noch nicht soweit sind, ihre Verluste genau zu beziffern. Für sie steht auf Grund der gesamten wirtschaftlichen Folgen die Wiederaufnahme des Flugverkehrs im Mittelpunkt. Das Modell zur Wiederaufnahme des

Flugverkehrs hat hier Priorität. Wegen staatlicher Beihilfen und sonstiger Maßnahmen, um der Luftverkehrsbranche unter die Arme zu greifen, sollten wir nicht in Panik verfallen.

Eine anderes wichtiges Thema sind die Fluggastrechte, und hier müssen wir für eine Durchsetzung dieser Rechte eintreten. Die Regeln, die wir haben, sind gut. Dieser Ansicht sind alle. Es geht um die Umsetzung, die wiederum in den Händen der Mitgliedstaaten liegt. Wir sollten diese Angelegenheit wirklich vorantreiben und einige Vorschläge parat haben, wie man den Regeln besser Nachdruck verleihen kann.

Nun möchte ich noch eine Erklärung dazu abgeben, was in meinen Augen absichtliche Versuche einer Verkomplizierung der Dinge sind – Fragen, wer was tun sollte, wer was getan hat und was es mit den Modellen auf sich hat. Offenkundig finden in manchen Ländern bald Wahlen statt usw., aber nach dem Vulkanausbruch haben sich sämtliche getroffenen Entscheidungen auf bestehende und vereinbarte Modelle, wie mit solchen Situationen umzugehen ist, gegründet.

Wir haben ein zwischenstaatliches Modell, und der Luftraum unterliegt nationalem Hoheitsrecht. Nicht die Kommission gibt hier die Befehle – es gibt Regeln für unsere einzelstaatlichen Systeme und unser Modell, dies möchte ich noch einmal betonen, basiert auf tatsächlichen Informationen und tatsächlichen Einschätzungen. Das Modell ist vollkommen in Ordnung. Wir können jetzt darüber nachdenken, wie das Modell weiter verändert werden kann. Die Debatte darüber haben wir gestern angestoßen. Die Aussage, das europäische Modell habe auf ganzer Linie versagt, ist vollkommen falsch. Wir hatten und haben es hier mit einem außergewöhnlichen Ereignis zu tun. Der Ausbruch so eines Vulkans und die unerwartet ausgedehnte Aschewolke sind ein weltweit seltenes Phänomen, nicht vergleichbar mit Schnee oder ähnlichen häufigen Vorkommnissen.

Bereits am Wochenende war die Wendung hin zu einer sehr außergewöhnlichen Lage deutlich erkennbar, und wir haben über das Wochenende manche Debatten geführt, wie mit der Angelegenheit umzugehen sei. Die Aussage, dass die Verkehrsminister sofort hätten einschreiten müssen, steht unserem Verständnis der Organisation europäischer Angelegenheiten vollkommen entgegen. Solche Entscheidungen liegen in den Händen von unabhängigen Experten und unabhängigen Stellen. Minister López Garrido und ich selbst waren Sonntag bei Eurocontrol, und ich habe mit allen Verkehrsministern der größeren Mitgliedstaaten in Verbindung gestanden. Wir waren bereit, Verantwortung zu übernehmen und um Rat für unsere Entscheidung im Hinblick auf eine Klärung der Situation zu bitten. Willkürliche Entscheidungen in diesem Zusammenhang sind jedoch nicht möglich – sie sind Sache einer ganz bestimmten Stelle. Diese Stelle hat ein Treffen abgehalten, und wir haben uns am Sonntag mit ihr ausgetauscht. Die Gespräche waren sehr schwierig, denn schließlich ging es um Menschenleben.

Montagmorgen hat dann ein außerordentlicher Rat von Eurocontrol stattgefunden, wo eine Einigung über die sogenannte Drei-Zonen-Regelung erzielt wurde. Wir sind sehr glücklich darüber, dass sich Eurocontrol kooperativ gezeigt hat. Noch einmal zur Wiederholung: All dies lag zwar überhaupt nicht in der Zuständigkeit der Gemeinschaft, aber die Ereignisse haben gezeigt, dass eine Vorgehensweise auf nationaler Ebene nicht mehr zeitgemäß war. Unser Ansporn, einen in stärkerem Maße europäischen Lösungsansatz für solche Ereignisse aufzuzeigen und eine diesbezügliche Regelung zu treffen, ist nun zweifelsohne größer. Darüber hinaus müssen wir selbstverständlich auch die Folgen und das Ergebnis beurteilen.

Wie von allen, auch den Luftfahrtunternehmen, betont wurde, war die Bedeutung der Wiederaufnahme des Flugverkehrs vorrangig. Im Hinblick auf die Fluggäste besteht das Hauptziel darin, die Menschen wieder nach Hause bzw. zu ihren Zielorten zu bringen. Um diese Kernfrage ging es gestern.

Zusammenfassend gesagt arbeiten wir eng mit dem Rat und mit Eurocontrol zusammen, um die Situation zu beobachten und ggf. neue Entscheidungen zu treffen. Das jetzt gelieferte Modell ist durchaus geeignet dafür, die Flüge weitgehend wieder aufzunehmen.

Corien Wortmann-Kool, *im Namen der PPE-Fraktion*. – (NL) Herr Präsident, ich danke der Kommission und dem Rat für die Informationen zu der Krise im europäischen Luftverkehr. In den letzten Tagen hat sich deutlich gezeigt, dass ohne Flugverkehr nicht nur unser Parlament in Schwierigkeiten gerät, sondern sich auch große Probleme für die europäische Zusammenarbeit und die Wirtschaft ergeben. Aus diesem Grund ist die heutige Dringlichkeitsdebatte im Parlament so wichtig. Wir haben es mit gestrandeten Fluggästen zu tun, die Luftfahrtunternehmen, Reisebranche und von der Luftfahrt abhängigen Unternehmen wurden hart getroffen – und all das vor dem Hintergrund der noch herrschenden Wirtschaftskrise.

Die Sicherheit hat Vorrang. Dies sei klar und deutlich gesagt. Bei der sicheren Beförderung von Fluggästen gibt es keine Kompromisse, aber offensichtlich waren wir nicht ausreichend auf diese außergewöhnliche

Situation vorbereitet. Die Schließung des Luftraums am ersten Tag war eine rasche Antwort auf ein Problem, mit dem wir in Europa bisher nicht vertraut waren, eine Wolke aus Vulkanasche. Aber was passierte in den darauffolgenden Tagen? Aus den Computermodellen war ersichtlich, dass keine Flüge stattfinden durften, die Testflüge wurden jedoch ohne Probleme absolviert. Ich möchte eines wiederholen: Obwohl die Sicherheit natürlich an erster Stelle stehen muss, ist es wichtig, den europäischen Luftraum auf Basis von Fakten und korrekten Annahmen wieder zu öffnen. Wir müssen mehr Arbeit investieren, die den besonderen Umständen Rechnung trägt. Die gute Nachricht lautet, dass gestern erste entsprechende Schritte eingeleitet worden sind und daran müssen wir schnell anknüpfen. Wir müssen entschieden handeln. Die Sicherheit steht an erster Stelle, aber wir müssen auch gewährleisten, dass die sicheren Zonen sehr rasch wieder genutzt werden können.

Darüber hinaus sind strukturelle Maßnahmen erforderlich. Der einheitliche europäische Luftraum, der so viel Widerstand bei den Mitgliedstaaten hervorgerufen hat, könnte auch zu einer wirtschaftlicheren Luftfahrt beitragen.

Die Luftfahrtunternehmen haben enormen wirtschaftlichen Schaden genommen. Es sind hohe Kosten angefallen, nicht nur durch den an den Boden gefesselten Flugverkehr selbst, sondern auch durch die notwendig gewordene Hilfe für gestrandete Fluggäste. Die Versicherungsunternehmen bieten hier keine Deckung, und es ist fraglich, ob wir es rechtfertigen können, dass sämtliche Kosten von den Luftfahrtunternehmen getragen werden müssen. Daher dränge ich darauf, das Ausmaß der angefallenen Kosten, das Ausmaß des erlittenen Schadens und welche Entschädigung eventuell geleistet werden könnte, zu ermitteln. Hier könnten beispielsweise die den Luftfahrtunternehmen entstandenen Kosten auf Grundlage unserer europäischen Richtlinie über die Rechte von Fluggästen und die zu zahlende Katastrophenhilfe herangezogen werden. Sollten wir nicht auch selbstverständlich prüfen, ob wir die Kosten in diesem Fall Höherer Gewalt aus dem europäischen Budget bestreiten können?

Herr Kommissar Almunia, Sie haben Ihre wohlwollende Haltung gegenüber staatlichen Beihilfen angedeutet, ich aber möchte einwenden, dass wir die Mitgliedstaaten davon abhalten müssen, ihre führenden inländischen Unternehmen finanziell zu unterstützen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir eine Koordinierung auf europäischer Ebene herbeiführen, nicht nur in Zusammenhang mit dem Rahmen für staatliche Beihilfen, sondern auch bei der effizienten Bereitstellung staatlicher Beihilfen. Ich bitte Sie, dies sicherzustellen.

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass diese Krise eine menschliche Dimension hat, über die wir sicher heute auch einmal reden müssen. Es gibt nicht wenige – zehntausende – Menschen, die irgendwo gestrandet sind und darauf warten, dass sie endlich nach Hause kommen können. Ich finde, an diese Menschen muss man heute Morgen auch einmal denken. Jeder von uns – viele Kolleginnen und Kollegen – hatten in den letzten Wochen ein ähnliches Schicksal. Nun sind wir privilegierte Abgeordnete, die sich noch irgendeiner Infrastruktur bedienen können. Es gibt ganz viele Menschen, die irgendwo in einer Ecke der Welt sitzen und nicht wegkommen, die nicht zu ihrer Arbeit kommen, deren Kinder nicht zur Schule können, weil sie nicht aus dem Urlaub zurückgekommen sind, die ohne Versorgung, ohne Geld irgendwo hängen geblieben sind. Ich möchte auch einmal zum Ausdruck bringen, dass mein Mitgefühl heute Morgen jedenfalls diesen Menschen gilt. Ich hoffe, dass es schnell gelingt, diese Menschen nach Hause zu bringen.

Flugunternehmen sind systemrelevante Unternehmen. Luftfahrtunternehmen sind nicht nur, was den Transport von Personen, sondern auch, was den Transport von Waren angeht, systemrelevante Unternehmen. Wir sehen, dass die wirtschaftlichen Verluste, die durch diesen Vulkanausbruch eingetreten sind, schon jetzt deutlich höher sind als die Verluste durch den 11. September 2001. Deshalb auch mein Appell an die Kommission: Wenn es tatsächlich innerstaatliche Hilfen für gefährdete Luftfahrtunternehmen geben muss, dann sollte sich die Kommission bei der Genehmigung solcher Hilfen flexibel verhalten.

Schließlich: Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Luftfahrt ein Teil eines sehr verletzbaren Infrastrukturkonzeptes ist, mit dem wir in Europa leben. Wenn die Luftfahrt ausfällt, sind wir nicht ausreichend in der Lage, diesen Ausfall zu kompensieren. Deshalb glaube ich, dass das Projekt, mit dem wir schon vor 20 Jahren begonnen haben, nämlich der Ausbau der Transeuropäischen Netze – insbesondere der Ausbau des Bahnverkehrs –, eine glaubwürdige, eine wichtige und, wie wir jetzt sehen, in wirtschaftlicher Hinsicht überlebenswichtige Alternative ist. Das sollten wir jetzt nochmals bestätigen.

Mein Kollege Saïd El Khadraoui wird noch auf ein paar Elemente eingehen. Ich will nur eines nennen: Wir haben es bis heute nicht geschafft, die Interoperabilität von Zügen zwischen Ländern herzustellen. Kein deutscher ICE könnte Deutsche aus Spanien abholen, weil es nicht möglich ist, und kein französischer TGV

könnte bis Budapest weiterfahren. Das heißt, wir sind nach wie vor nicht so weit, wie wir sein müssten. Obwohl wir im Parlament die richtigen Beschlüsse gefasst haben, sage ich, wir müssten nicht von Zeit zu Zeit eruptiv handeln, sondern nachhaltig und kontinuierlich an der Umsetzung unserer Konzepte arbeiten.

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar und Herr Minister aus Spanien! Wir haben in diesem Fall gesehen, dass die Natur tatsächlich stärker ist als alle Technologie. In gewisser Weise haben wir Menschen eine Lektion erteilt bekommen. Gleichzeitig muss man aber auch sagen, dass wir in diesem Fall gemerkt haben, dass wir in Europa noch gar nicht so weit sind, wie wir eigentlich sein sollten.

Wir reden seit 20 Jahren über einen Binnenmarkt auch im Verkehr und über einen *single European sky*, einen einheitlichen europäischen Luftraum. Der hätte den Vulkanausbruch natürlich nicht verhindern können, aber er hätte vielleicht eine bessere, schnellere Vorgehensweise ermöglicht.

Wir wollten schon längere Zeit einen einheitlichen europäischen Luftraum, der über Eurocontrol koordiniert wird, doch wir haben ihn noch nicht. Genauso – ich gehe da in die gleiche Richtung wie Herr Schulz – haben wir noch keine Interoperabilität beim Eisenbahnverkehr. Wir haben noch keine Möglichkeit, im Eisenbahnbereich ein Ticket von Nord nach Süd zu buchen, quer durch Europa. Auch da sehen wir, dass wir vieles auf dem Papier haben und vieles diskutieren, es aber in der Realität tatsächlich noch an vielem fehlt.

Man muss jetzt feststellen, dass die Reaktion in Europa für die Bürger etwas unbefriedigend war. Natürlich war es sehr schwierig, und natürlich konnte auch kein nationaler Minister den Luftraum freigeben, wenn ein Institut in London warnt und sagt, es ist nicht sicher. Gleichzeitig war es unbefriedigend, dass es in der Luft keine realen Messungen von irgendeinem Ballon gab, sondern dass man sich mit statistischen Hochrechnungen befasste. Das hat viele Bürger geärgert, und man kann auch die Luftfahrtunternehmen verstehen, die natürlich den wirtschaftlichen Schaden sehen und gerne eine schnellere Reaktion gehabt hätten.

Es gibt einen wirtschaftlichen Schaden bei den Luftfahrtunternehmen, und natürlich ist es sehr wichtig, dass die Passagiere zunächst nach Hause kommen – deren Rechte wollen wir wahren. Für die Passagierrechte in Europa ist es aber auch wichtig, dass überhaupt Transportmöglichkeiten bestehen, dass Angebote da sind. Daher sehe ich es auch so, dass es systemrelevant ist, Fluggesellschaften und Transportmöglichkeiten in Europa zu haben, die dann auch wahrgenommen werden können. Das heißt, wir müssen auf jeden Fall weiter überlegen, wie wir mit dieser Situation umgehen, wie wir jetzt in der Krise, die der Transportsektor ohnehin schon hat, die Fluggesellschaften unterstützen können, und wie wir es den Bürgern insgesamt ermöglichen, die Mobilität, die eine wichtige Errungenschaft in Europa ist, aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten.

Was Entschädigungen angeht, so können wir uns nicht an den Vulkan wenden; so etwas geht nicht, das wissen wir auch. Die Natur hat ihre eigenen Gesetze, aber wir als Menschen müssen im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger versuchen, darauf zu reagieren. Darum finde ich es sehr gut, dass man jetzt unter dem Vorsitz von Vizepräsident Kallas eine Task Force einrichten wird. Das ist ganz wichtig, und wir werden weiter diskutieren, wie wir für die Zukunft die Konsequenzen aus dieser Krise ziehen können.

Michael Cramer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Mobilität in Europa hat sich in den letzten sechs Tagen gewaltig geändert. Ausschlaggebend war diesmal nicht ein schweres Unglück, auch nicht der Kampf gegen den Klimawandel oder das zu teure Flugbenzin. Ausschlaggebend war dieses Mal die Natur selbst.

Der Vulkan in Island hat der Menschheit abermals gezeigt, über welche Macht die Natur verfügt. Das sollte uns in Zukunft eine Lehre sein. Die Allmacht der Menschen gibt es nicht. Sie wird es nie geben. Die Antwort auf diesen Vulkanausbruch war richtigerweise eine europäische. Weil die Flugasche Triebwerke zum Stillstand bringen und Flugzeugfenster blind machen kann, hat die Europäische Luftsicherheitsbehörde Eurocontrol verantwortungsbewusst gehandelt und die Sicherheit der Fluggäste zur obersten Priorität gemacht.

Dafür möchte ich mich im Namen der Fraktion der Grünen bei Eurocontrol, bei den sie unterstützenden Verkehrsministern und besonders auch beim deutschen Verkehrsminister, Peter Ramsauer, recht herzlich bedanken. Unterstützt werden muss auch die Pilotengewerkschaft Cockpit, die sich verantwortungsvoller als die Manager der Fluggesellschaften verhält. Sie lehnt die Sichtflüge im europäischen Luftraum als unverantwortlich ab. Entweder ist der Luftraum sicher, oder er ist es nicht. Denn letztlich ist es egal, nach welchen Regeln man ihn durchfliegt, oder nach welchen Regeln man abstürzt.

Von daher verurteilen wir Grünen schärfstens den Vorstoß der Luftfahrtgesellschaften, die dem Profit, und nicht der Sicherheit die Priorität geben wollten. Wir fordern: Der Luftraum über Europa darf nur dann wieder freigegeben werden, wenn jegliches Risiko ausgeschlossen werden kann. Alle Politiker sind aufgefordert, sich dem Druck der Fluggesellschaften nicht zu beugen und die Verantwortung für die Sicherheit nicht etwa auf die Piloten zu übertragen.

Schmerzlich bewusst wird uns in diesen Tagen aber auch das Defizit der nationalen und europäischen Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte, die glaubte, und vielfach immer noch glaubt, die Eisenbahn vernachlässigen zu können. Diese Politik hat nämlich voll auf den Luftverkehr gesetzt. Die Fluggesellschaften in Europa bekommen jedes Jahr vom europäischen Steuerzahler 14 Milliarden Euro geschenkt, weil – im Gegensatz zum Treibstoff der Bahn – Kerosin nicht besteuert wird. Auch vor diesem Hintergrund relativiert sich der temporäre Einnahmeverlust der Fluggesellschaften.

Eine Konsequenz sollten wir aber ziehen: Die Eisenbahn ist nicht nur das sicherste Verkehrsmittel, sie ist auch notwendig, um Mobilität zu sichern und den Klimawandel zu stoppen. Deshalb auch einen Dank an alle Eisenbahnen in Europa, die eingesprungen sind, um die Passagiere an ihre Ziele zu bringen.

Der Vulkanausbruch in Island sollte uns allen eine Warnung sein. Das, was wir jetzt erleben, ist die konkrete Umsetzung der *Future of Transport*. Die Zukunft des Verkehrs wird aber nur dann gelingen, wenn sie nicht über Nacht vollzogen werden muss. Deshalb sind alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgefordert, die Prioritäten der nationalen und internationalen Verkehrspolitik anders zu setzen. Die Schiene muss nicht nur in Worten, sondern auch in finanziellen Taten demnächst Priorität bekommen, damit wir so etwas nicht wieder erleben.

Peter van Dalen, im Namen der ECR-Fraktion. – (NL) Herr Präsident, wieder einmal werden wir Zeuge der gewaltigen Auswirkungen, die Wetter und Klima auf den Verkehr haben können. In Island bricht ein nicht einmal besonders großer Vulkan aus, und der Flugverkehr in weiten Teilen Europas kommt mehrere Tage lang zum Erliegen. Meiner Ansicht nach ist es nur recht und billig, dass wir es heute geschafft haben, den Flugverkehr zumindest teilweise wieder aufzunehmen. Weiterhin glaube ich, dass diese Entscheidung gerechtfertigt war und wir auch so handeln konnten, denn die Testflüge haben uns gezeigt, dass Luftverkehr möglich ist, wenn auch sicherlich nur solange, wie die derzeitigen guten Sichtbedingungen anhalten.

Gleichzeitig vertrete ich die Meinung, dass es übertrieben war, den gesamten Flugverkehr auf einen Schlag zu stoppen. Wir haben zu schnell Parallelen zu dem 1989 in der Vulkanasche des Mount Redoubt über Alaska eingehüllten KLM-Flug gezogen und zu voreilig auf den British Airways-Flug verwiesen, der sich 1982 in einer Vulkanaschewolke über Indonesien wiederfand. Man darf nicht vergessen, dass beide Flüge in den Aschewolken von Vulkanen gelandet waren, deren Ausbruch erst kurze Zeit zurücklag und die sich in relativer Nähe befanden. Die Dichte und Temperatur der Aschepartikel bei diesen Flügen kann nicht mit den Gegebenheiten der aktuellen Situation verglichen werden.

Daher pflichte ich einem Ansatz, der die Unterschiede in der Konzentration von Vulkanasche berücksichtigt, bei. Wenn Sie diesen Ansatz wählen – was der Fall zu sein scheint –, ist es nur gerechtfertigt, einen Teil des Luftraums, sicherlich in bestimmten Korridoren und bestimmten Höhen, wieder zu öffnen. Diese Wiedereröffnung ist meiner Ansicht nach dringend erforderlich, da die Asche aus Island die Liquidität unserer Luftfahrtunternehmen auf eine harte Probe stellt. Die Möglichkeit, dass einige angeschlagene Luftfahrtunternehmen diese Krise nicht überleben könnten, bereitet mir keine großen Sorgen. Wir können jedoch nicht zulassen, dass wichtige und seriöse Unternehmen, für die Sicherheit Vorrang hat, zugrunde gehen. Es stehen zu viel Geld und Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Zudem müssen wir einen realistischen Ansatz wählen, welcher der Aschepartikelkonzentration hinreichend Rechnung trägt. Es ist richtig, einige Teile des Luftraums heute wieder zu öffnen. Wir sollten diesen pragmatischen Ansatz auch zukünftig verfolgen, damit wir einen sicheren und insbesondere verantwortungsvollen Mittelweg zwischen Sicherheit und wirtschaftlichen Erwägungen finden können.

Lothar Bisky, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Die Entscheidung der Flugsicherheitsbehörden, die Sicherheit der Passagiere nicht aufs Spiel zu setzen, war absolut richtig. Auch wenn das die Schließung des Luftraums für viele Tage bedeutet, auch wenn das wirtschaftliche Einbußen für die Fluggesellschaften mit sich bringt. Aus meiner Sicht ist es unverantwortlich, dass Fluggesellschaften ihre Piloten heute auf eigene Gefahr wieder fliegen lassen wollen. Was heißt hier eigentlich „auf eigene Gefahr“?

Ich begrüße, dass die Kommission erwägt, besondere staatliche Hilfen für die Gesellschaften zuzulassen, die sonst aufgrund der aktuellen Situation in große wirtschaftliche Schwierigkeiten kämen. Wir sprechen ja

später noch über die Beschäftigungslage in der Europäischen Union. Wenn die EU und die Mitgliedstaaten helfen, wenigstens eine weitere Verschlechterung zu verhindern, ist das nur richtig. Es muss im Gegenzug zur Gewährung von Staatshilfen jedoch verbindlich verabredet werden, dass Fluggesellschaften keine Reduzierungen bei ihrem Personal vornehmen und auch keine Gehaltskürzungen. Auch müsste garantiert werden, dass sie ihrem Personal keine Urlaubstage abziehen oder Gehälter für solche Tage streichen, an denen Arbeitnehmer aufgrund der Verkehrssituation selbst nicht am Arbeitsplatz erscheinen konnten.

Es ist an der Zeit, dass die Kommission die kontinuierliche gemeinsame europäische Überwachung der Flugsicherheit gewährleistet. Diese Überwachung sollte ausdrücklich gegen Sozialdumping gerichtet sein. Ich erinnere hier an die staatlichen Beihilfen für die Banken, die sozusagen davon profitiert, aber nicht entsprechend sozial gehandelt haben. Wettbewerb und Gewinnstreben dürfen nicht die Oberhand über die Sicherheit von Menschenleben gewinnen.

Francesco Enrico Speroni, im Namen der EFD-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, meiner Ansicht nach ist auf die durch den Vulkan verursachte Situation verzögert und ineffizient reagiert worden. Das erste echte operative Treffen hat gestern, am Montag, stattgefunden: der Vulkanausbruch ereignete sich Donnerstagmorgen; wir haben also vier Tage gebraucht, um eine operative Entscheidung zu treffen.

Manche Einschränkungen sind zwar möglicherweise zu gut gemeint gewesen, insbesondere auf dem Gebiet der Sicherheit. Warum aber wurden Flüge in Belgien gestrichen, als die Wolke über Norwegen schwebte? Warum gab es ein Verbot für einmotorige Flugzeuge mit Kolbenmotor, die in 500 m Höhe fliegen, obwohl sich die Asche doch in über 8 000 m Höhe befand?–

Möglicherweise hat ja die Regel Anwendung gefunden, die wir Flieger seit Jahren kennen, nämlich, dass bei den sichersten Flügen der Pilot in der Bar sitzt und das Flugzeug im Hangar steht. Das ist jedoch nicht die richtige Art, mit Notsituationen umzugehen, und daher glaube ich im Hinblick auf unsere Verpflichtung, die Sicherheit von Fluggästen und Crew zu gewährleisten, dass die Ergreifung der Maßnahmen gerechtfertigt war, nur mit ihrer Länge nach dem Eintreten der Situation bin ich nicht einverstanden.

Folglich müssen wir in Zukunft zwar in erster Linie den Sicherheitsanforderungen Rechnung tragen, aber auch Anforderungen berücksichtigen, bei denen es in vollständigem Einklang mit den Sicherheitsaspekten nicht einfach mit einem unüberlegten Flugverbot getan ist, sondern auf die tatsächliche Situation abgestimmte Maßnahmen erfolgen. So können wir zum Wohle einer Branche, die von entscheidender Bedeutung für die ganze Wirtschaft ist, eine Neuauflage der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen und Nachwirkungen, deren Zeuge wir bei dem Angriff vom 11. September 2001 geworden sind, nicht nur für die Luftfahrtunternehmen und die Tourismusbranche, sondern die gesamte Wirtschaft, vermeiden.

Daher fordere ich ein rasches, glaubwürdiges Handeln bei voller Kenntnis der Sachlage.

Angelika Werthmann (NI). – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherheit steht über allem. Das Risiko, dass eine vollbesetzte Maschine einen Triebwerksausfall hat und vielleicht in der Folge auf bewohntes Gebiet stürzt, ist nicht zu tragen. Ich erinnere an jenen British Airways-Flug 1982, der auf dem Weg nach Neuseeland durch eine solche Aschewolke flog, und besonders an einen schweren Zwischenfall einer KLM 747 im Jahr 1989, die durch eine schon stark verteilte Vulkanaschewolke flog. Beide entgingen nur knapp einer Katastrophe.

Menschenleben sind unbezahlbar. Ich begrüße die Entscheidung, in dieser Krise den Luftraum zu sperren und damit die Piloten aus der Verantwortung für die ihnen anvertrauten Menschen zu nehmen. Test- und Messflüge wurden durchgeführt, jedoch alle nur bis zu einer bestimmten Höhe und auf Sicht. Wirkliche Analysen und Ergebnisse konnten dabei kaum erzielt werden.

Zu den Sichtflügen ist noch anzumerken: Im Falle der KLM war die Aschewolke zwar da, aber sie war nicht sichtbar. Die Natur lehrt uns Respekt und zeigt uns zugleich auch die Grenzen der Globalisierung auf. Der schweren wirtschaftlichen Konsequenzen sind wir uns alle sehr bewusst. Dennoch – der Wert eines Menschenlebens steht über dem Wert der ökonomischen Güter. Deswegen, im Bewusstsein der genannten Vorfälle, bitte ich um größte Verantwortung und Vorsicht, auch was die jetzige Einteilung in drei Zonen betrifft.

Mathieu Grosch (PPE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissar! Dieses Flugverbot führt uns zurück in die breite Debatte über die Sicherheit, die wir ja schon öfters hier im Parlament geführt haben und bei der wir darauf hingewiesen haben, dass wir, dieses Parlament – und ich glaube, auch die Kommission –,

bei diesem Thema gerne auf europäischer Ebene regulierend eingreifen würden und könnten, wenn die Mitgliedstaaten es wollten. Diese Debatte haben wir ja nicht nur im Bereich Flugverkehr, wir haben sie auch im Bereich Schienenverkehr und in anderen Bereichen des Öfteren schon geführt. Deshalb soll man heute die Frage dort stellen, wo sie zu beantworten ist, nämlich zuerst einmal bei den Luftfahrtbehörden in den jeweiligen Ländern und selbstverständlich auch bei der Koordinierung auf europäischer Ebene. Diese Koordinierung hat hervorragend geklappt.

Heute gilt als erste Priorität in meinen Augen die Sicherheit der Passagiere und nicht so sehr der wirtschaftliche Aspekt, obwohl man ihn nicht aus den Augen verlieren darf. Die Entscheidungen in den Ländern waren richtig, und ich hoffe auch, dass in Zukunft Eurocontrol und die nationalen Flugsicherheitsbehörden die Entscheidung treffen und nicht einzelne Gesellschaften, denn wir sind des Weiteren auch heute wieder mit Experten konfrontiert, die unterschiedliche Meinungen vorbringen. Daher ist äußerste Vorsicht geboten.

Wirtschaftlich gesehen ist dies natürlich eine Katastrophe für einen Bereich, der bereits die dritte Krise erfährt, nach dem 11. September und nach der Wirtschaftskrise. Dann sollten wir auch auf europäischer Ebene – und bitte nicht auf einzelstaatlicher Ebene – ansetzen und eventuell Hilfspakete vorsehen, die aber auch europaweit kompatibel sind und nicht wieder marktverzerrend wirken, wie wir es in der Vergangenheit des Öfteren gekannt haben. Hilfen ja, aber nicht nur auf einzelstaatlicher Ebene.

Die Passagiere – dieses Thema haben wir zu Recht hier in diesem Parlament auch des Öfteren diskutiert – sind jetzt in einer Situation, wo ihnen auch das bestehende Recht nicht all die Hilfe gibt, die sie erwarten können. Ich gehe aber davon aus, dass die Fluggesellschaften, aber auch die betroffenen Unternehmen insgesamt mit den Passagieren so umgehen, dass diese auf die Rechte, die sie noch haben, pochen können.

Die Zukunft ist und bleibt für mich der einheitliche europäische Luftraum. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir dieses Thema in den kommenden zwei Jahren hier im Europäischen Parlament noch öfters diskutieren werden.

Saïd El Khadraoui (S&D). – (NL) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Kommissar, in dieser Aussprache geht es meiner Ansicht nach um drei wichtige Punkte. Erstens die Hilfe für und die Rückführung von gestrandeten Fluggästen; dies muss für alle Behörden auf allen Ebenen unbedingt absolute Priorität haben. In diesem Zusammenhang können wir übereinstimmend feststellen, dass die europäische Verordnung für die Rechte von Fluggästen vielen der Passagiere zumindest ein Minimum an Annehmlichkeit und Unterstützung verschafft hat. In der Praxis jedoch – wie Ihnen sehr wohl bekannt ist – sind wir natürlich auf eine nicht unerhebliche Anzahl von Problemen gestoßen: Chaos an den Flughäfen, fehlende Informationen usw. Ich befürworte daher die Anstrengung einer Untersuchung auf europäischer Ebene, in Zusammenarbeit mit den Luftfahrtunternehmen und allen anderen betroffenen Parteien, damit wir prüfen können, wie in solchen Situationen von uns Hilfe geleistet werden kann.

Darüber hinaus möchte ich Sie dazu auffordern, eine Art Task Force auf Ebene der Kommission und Mitgliedstaaten einzurichten, um die Rückführung so effizient wie möglich zu gestalten. Ich weiß, dass dies Aufgabe der Luftfahrtunternehmen ist, aber sicherlich sitzen Menschen an entfernt gelegenen Orten fest, die eine Weile auf ihre Rückführung werden warten müssen, auch wenn der Luftraum wieder geöffnet ist. Diesem Punkt sollten wir unsere Aufmerksamkeit schenken.

Der zweite wichtige Punkt, ein zweites Kapitel, wenn Sie so wollen, ist das Verfahren für das Verhängen von Flugverboten. Fakt ist, dass wieder einmal Rufe nach mehr Zusammenarbeit und besserer Koordinierung auf europäischer Ebene laut geworden sind, und der einheitliche europäische Luftraum – etwas, was bereits angesprochen wurde – wird sich hier in Zukunft als nützlich erweisen. Die Europäische Union hat zwar derzeit weder über den Luftraum der Mitgliedstaaten, noch über Eurocontrol Entscheidungsgewalt, was das Fällen effizienter und koordinierter Entscheidungen erheblich erschwert.

Es trifft jedoch auch zu, dass wir bis gestern Abend auf europäischer Ebene ein eigentlich ziemlich konservatives mathematisches Modell verwendet haben. Dieses Modell basiert im Grunde auf einem Worst-Case-Szenario, was im Klartext heißt, dass ein bisschen Vulkanasche quasi als eine enorme Wolke bezeichnet wurde, die ein Flugverbot erforderte. Es wird Ihnen bekannt sein, dass die Vereinigten Staaten ein anderes Modell verwenden, das ein Flugverbot für das Gebiet direkt über dem Vulkan vorsieht und den Luftfahrtunternehmen die Entscheidung über die Betriebsrisiken überlässt. Das ist ein anderes Modell. Über ein Modell, das zwischen diesen beiden extremen Positionen liegt, wurde bereits eine Verständigung erreicht – ich spreche hier von der Drei-Zonen-Regelung – und dieses Modell ist gut. Es bleibt abzuwarten, wie wir Sicherheit und Effizienz wirklich hiermit vereinbaren können.

Der dritte und letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist unser Umgang mit den wirtschaftlichen Folgen. Eine Auflistung der verschiedenen Möglichkeiten macht zwar Sinn, aber wir benötigen hier eine europäische Herangehensweise. Lassen Sie mich zum Schluss nur noch hinzufügen, dass wir den Leuten nicht vorgaukeln sollten, wir wären in der Lage, jeden für die entstandenen Unannehmlichkeiten zu entschädigen. Das ist einfach unmöglich.

Dirk Sterckx (ALDE). – (NL) Herr Präsident, zunächst möchte ich mich zu dem Herrn Minister, d. h. dem amtierenden Präsidenten des Rates, äußern. Natürlich nicht zu Ihnen persönlich, sondern zu allen, die jemals Ihr Amt innegehabt haben und möglicherweise auch einigen von denen, die es in Zukunft bekleiden werden. Wie haben Sie es geschafft, einen europäischen Vorstoß dieser Art so viele Jahre lang zu blockieren? Immer wieder mussten die Kommission und das Parlament den Rat dazu zwingen, eine Übereinkunft zu erzielen, und selbst dann ist das Ergebnis stets nur ein armseliger Kompromiss. Wie kommt es, dass der Rat immer in zwischenstaatlichen und nationalen Dimensionen denkt und nicht in europäischen Dimensionen? Das ist eine der Lektionen, die wir aus dieser Situation verinnerlichen müssen. Mein Kollege Herr El Khadraoui hat bereits darauf hingewiesen, dass es noch Spielraum für eine verbesserte Zusammenarbeit gibt, und zwar nicht nur bei der Verwaltung des Luftraums. Die Koordinierung der nationalen Behörden untereinander könnte ebenfalls verbessert werden, aber Sie, Herr Ratspräsident, haben selbst angeführt, dass Europa momentan nicht über die Befugnisse für diese Verbesserungen verfügt. Geben Sie Europa also endlich die Befugnisse! Das würde alles viel einfacher machen.

Zweitens möchte ich etwas zu den wissenschaftlichen Informationen sagen. Wir verfügen über ein einziges Zentrum in London, das sich nur auf bestimmte Bereiche spezialisiert und gemeinsam mit Eurocontrol entschieden hat, dass die Sicherheit vorgeht. Das war zwar die richtige Entscheidung, aber geht es weit genug? Wäre es nicht eine gute Idee, das europäische Modell zu stärken, indem wir mehrere unterschiedliche Fachgebiete zusammenführen und ein echtes europäisches Zentrum für Flugsicherheit schaffen? Dieser Vulkanausbruch ist noch nicht vorbei. Bei seinem letzten Ausbruch vor 200 Jahren ist der Vulkan zehn Jahre lang aktiv geblieben. Also müssen wir uns auf die kommenden Jahre vorbereiten. Meiner Ansicht nach müssen wir das europäische Modell stärken, und – dies ist wichtig für das Parlament – wir müssen auch sicherstellen, dass die Rechte von Fluggästen unangetastet bleiben und staatliche Beihilfen allen auf Grundlage der gleichen Kriterien zuteil werden.

Isabelle Durant (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, auch wenn Tausende von Menschen im Moment mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ist dieser Vulkanausbruch meiner Ansicht nach als ein veritabler Mahnruf zu werten: Einen Mahnruf, der uns dazu zwingt, unser Verhältnis zum Wetter in der Verkehrsbranche zu überdenken und vor allem unsere zu große Abhängigkeit vom Luftverkehr, der nach und nach und zuweilen ganz unbemerkt den Platz aller anderen Beförderungsmittel eingenommen hat. Dieser Punkt gewinnt umso mehr an Bedeutung, als zum jetzigen Zeitpunkt natürlich keiner sagen kann, ob der Vulkanausbruch zum Stillstand kommen oder wie sich die Wolke in den kommenden Wochen und Monaten bewegen wird.

Somit müssen wir vornehmlich – und hier unterstütze ich sowohl die Kommission als auch den Rat – an dem Vorsorgeprinzip und dem Sicherheitsprinzip festhalten. Weiterhin stelle ich mit Erstaunen fest, dass im Pharmabereich das Vorsorgeprinzip einmal dazu eingesetzt wurde, in Bezug auf die Tätigkeit von Ausgaben Druck auf die Mitgliedstaaten und auf Europa auszuüben, was meiner Ansicht nach etwas unüberlegt war. Heute scheint eine andere Branche ebenfalls die von den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Rat getroffenen Vorsichtsmaßnahmen in Frage zu stellen bzw. zu kritisieren. Ich finde das ungeheuerlich. Es gibt keine Notbremse für Geldausgaben. Die Sicherheit und das allgemeine Wohl haben Vorrang.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass wir natürlich den Schienenverkehr ausbauen müssen. Dies hat höchste Priorität, und wie mein Kollege ausgeführt hat, steht außer Frage, dass wir eine Vorstellung davon haben, wie unser Verkehrssystem aussehen sollte; anders ausgedrückt, ist es erforderlich, dass sich die Schiene den Markt für kurze und mittlere Entfernungen zurückerobert. Zudem glaube ich, dass Vielfalt im Verkehr und der Beförderungsarten von entscheidender Bedeutung ist. Zufälligerweise ist dies auch das Thema des Weißbuchs, mit dem wir uns im Ausschuss zu befassen haben werden.

Kurzfristig gesehen halte ich die Rückführung der Menschen, die Entschädigung der Passagiere und eventuell die Berücksichtigung von Hilfen für die Luftfahrtunternehmen – dies allerdings auf eine sehr gezielte Art und Weise – sicherlich für die vorrangige Aufgabe. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass wir uns in struktureller Hinsicht viel stärker für Videokonferenzen einsetzen müssen. Videokonferenzen werden sehr selten als Medium genutzt und generell stiefmütterlich behandelt; dies trifft natürlich nicht nur auf das Parlament zu,

sondern ich spreche hier ganz allgemein. Sicherlich würde mehr Unterstützung für diese Praxis uns dabei helfen, unsere Abhängigkeit vom Luftverkehr zu verringern.

Schließlich und auf Bitte des Präsidenten finde ich, dass das Europäische Parlament für seinen Teil möglicherweise die eigenen Arbeitsmethoden überdenken könnte, indem es beispielsweise die Möglichkeit prüft, fünf Tage pro Woche in zwei aufeinanderfolgenden Wochen zu arbeiten, anstatt drei Tage oder dreieinhalb Tage pro Woche. So könnten wir auch in Bezug auf die Organisation unserer Arbeit mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, wie die Abhängigkeit vom Luftverkehr verringert werden kann, denn dieser ist offensichtlich sehr anfällig und, wie uns die Natur gerade vor Augen führt, unvorhergesehenen Ereignissen unterworfen, auf die wir keinen Einfluss haben.

Es geht wirklich darum, das System als Ganzes auf den Prüfstand zu stellen und es wird im Rahmen des Weißbuchs, aber auch im Europäischen Parlament Gelegenheit geben, unsere eigenen Maßnahmen zur Förderung alternativer Beförderungsmittel, einschließlich der Art, wie wir selbst arbeiten, zu überdenken.

VORSITZ: Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ

Vizepräsident

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Herr Präsident, ich bedaure sehr, dass viele Kolleginnen und Kollegen es offenbar versäumen, Experten zu Rate zu ziehen, bevor sie hier das Wort ergreifen. Ich meine damit Menschen, die Tausende von Stunden an den Schaltpulten von Flugzeugen verbracht haben. Mir scheint, dass es sich hier um eine extrem politische Diskussion handelt, die sich vor allem gegen den Rat richtet, obwohl doch der Rat beim besten Willen nicht für Vulkane verantwortlich gemacht werden kann. Es kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass die Entscheidung seitens Eurocontrol vorschnell getroffen wurde, weil man – und das sage ich mit Nachdruck – alles einfach in einen Topf geworfen hat. Die Tragweite der Situation, die man da heraufbeschwor, wurde überhaupt nicht gesehen. Wir sind verantwortlich für das Management eines Systems des permanenten Flugverkehrs, und ich denke, aus den jüngsten Ereignissen können wir etwas lernen. Ich bin dennoch absolut sicher, dass die bereits getroffenen Entscheidungen für einen zu langen Zeitraum getroffen wurden, und ich bin überzeugt, dass man anders hätte entscheiden können.

Jacky Hénin (GUE/NGL). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich denke, in Momenten wie diesem sollten wir Worte des Trostes und des Mitgefühls für all jene finden, die auf die eine oder andere Weise unter den Störungen im Flugverkehr zu leiden hatten oder noch immer darunter leiden, und ebenso müssen wir den Mitarbeitern der Fluggesellschaften, die sich mit ihren begrenzten Möglichkeiten darum bemüht haben, den Bedürfnissen der Fluggäste entgegenzukommen, unser Wohlwollen zum Ausdruck bringen.

Wir wollen nicht in den Chor derjenigen einstimmen, die zwar viel kritisieren, aber selbst nur wenige Vorschläge machen und – sobald sich der Sturm gelegt hat – bekunden, dass sie es ja immer schon besser wussten. An dieser Stelle muss erneut hervorgehoben werden, dass der Grundsatz der Sicherheit der Fluggäste höchste Priorität hat. Besser ein unzufriedener, aber lebendiger Passagier als ein Passagier, der bei einem Flugzeugunglück ums Leben kommt.

Gleichzeitig möchte ich hinzufügen, dass Europa unter einem Mangel an Glaubwürdigkeit leidet. Mehr Zusammenarbeit und Einigkeit hätten es wahrscheinlich ermöglicht, besser zu kommunizieren, bessere Erklärungen zu formulieren und jenen besser entgegenzukommen, die einfach nur Informationen wollten.

Meines Erachtens kommt es nun darauf an, die Befugnisse der Europäischen Agentur für Flugsicherheit zu stärken und es der Agentur zu ermöglichen, sich auf eine permanente wissenschaftliche Beratung zu stützen, die es ihr ermöglicht, in jeder Situation fundierte Entscheidungen zu treffen. In Zukunft – das wurde zwar bereits gesagt, aber ich meine, es sollte noch einmal betont werden – müssen wir noch mehr dafür tun, dass die Verkehrsmittel in ganz Europa einander besser ergänzen, indem wir uns auch hier um mehr Kohärenz bemühen.

Um alle eventuellen Zweifel zu zerstreuen, möchte ich zum Abschluss, wenn Sie gestatten, Herr Präsident, den Vorschlag machen, zu dieser Angelegenheit einen Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments einzusetzen.

Anna Rosbach (EFD). – (DA) Herr Präsident, ich möchte zwei wichtige Anmerkungen machen. Zum einen ist es sehr ungünstig, dass Europa momentan ruhiggestellt ist und am globalen Wettbewerb nicht teilnehmen kann; das gilt jedoch ebenso für amerikanische und asiatische Fluggesellschaften, die die EU nicht anfliegen können.

Zweitens möchte ich allen Betroffenen für ihre Mühe danken.

Noch ist die Frage nicht geklärt, ob den Fluggesellschaften eine finanzielle Entschädigung zusteht. Diese Entscheidung wird in den Aussprachen der nächsten Tage getroffen. Wir freuen uns, dass nunmehr ein Dreistufenplan vorliegt. Dies begrüße ich sehr. Die Financial Times kritisiert, dass die Politiker „einfach“ alles aus Sicherheitsgründen geschlossen hätten, und empfiehlt Europa, die US-amerikanische Vorgehensweise zu übernehmen, wonach die einzelnen Fluggesellschaften selbst entscheiden dürfen, ob sie fliegen oder nicht. Ich hoffe, dass wir hier im Parlament dieses Modell rundheraus ablehnen werden. Es wäre eine Katastrophe, wenn eine vom Bankrott bedrohte Fluggesellschaft beschließen würde, nur aus Gründen des Profits zu fliegen.

Was wir brauchen, ist eine langfristige Strategie: bessere Messinstrumente im Luftraum, um atmosphärische Veränderungen vorhersagen zu können, und die Entwicklung von Flugzeugmotoren, die sparsamer im Benzinverbrauch und gleichzeitig robuster sind. Flugzeuge sind nun einmal nicht nur durch Terroranschläge gefährdet, sondern auch durch extreme Witterungsbedingungen. Flugzeuge sind höchst energieintensiv und umweltschädlich. Es wird nicht möglich sein, solarbetriebene oder elektrische Fracht- oder Passagierflugzeuge zu entwickeln, wir können aber sehr wohl auf Hochgeschwindigkeitszüge setzen und uns für die Einrichtung direkter Hochgeschwindigkeitsschienenverbindungen zwischen allen großen europäischen Städten stark machen. Züge können viel umweltfreundlicher sein als Flugzeuge, und sie können durchaus mit dem Flugzeug konkurrieren, wenn es um innereuropäische Verbindungen geht.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Herr Präsident, heute wissen wir, was wir vor einer Woche noch nicht wussten: Ein Himmel ohne Flugzeuge kommt uns teuer zu stehen. Die Kosten für die Fluggesellschaften gehen weit über entgangene Einnahmen hinaus. Auch andere Industriezweige sind betroffen, obwohl sogar manche von der Situation profitieren. Nicht zu unterschätzen ist auch die Tatsache, dass dieser jüngste Vorfall die ohnehin sehr geschwächte europäische Wirtschaft getroffen hat, die der Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung ins Auge sehen muss.

Ich möchte auf zwei Aspekte zu sprechen kommen.

Der erste Aspekt betrifft die staatlichen Beihilfen. Für die Idee, Fluggesellschaften staatliche Beihilfen für Verluste anzubieten, gibt es einen Präzedenzfall, als nämlich nach dem 11. September 2001 amerikanische Fluglinien durch finanzielle Stützen gerettet wurden. Auch die Europäische Kommission bietet staatliche Beihilfen im Schnellverfahren an, was sehr willkommen ist. Meine Frage an die Kommission lautet jedoch, ob wir wissen, wie hoch diese neuerliche Belastung voraussichtlich für die nationalen Haushalte ausfallen wird, die bereits unter hohen Defiziten und Schulden leiden und denen eine Haushaltskonsolidierung bevorsteht. Sind staatliche Beihilfen über nationale Haushalte wirklich die beste Lösung? Hat die Europäische Kommission noch andere Optionen in Erwägung gezogen?

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Fähigkeit der Europäischen Union zur Krisenbewältigung. Wie wir gehört haben, gab es in den ersten Tagen keinerlei Beratung oder Abstimmung zwischen den einschlägigen nationalen Behörden in einer Situation, die 80 % des europäischen Luftraums betraf. Ich versichere Ihnen, Herr Kommissar, dass Sie vollkommen unabhängig sein und dennoch koordinieren können.

Vielleicht hören wir bald, dass wir durch Koordination eine bessere Lösung hätten gestalten und umsetzen können, daher halte ich den Zeitpunkt für gekommen, die Krisenbewältigung der EU auf den Prüfstand zu stellen. Hier wird ganz deutlich, dass Katastrophen, die unsere Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen, sich auch außerhalb der EU ereignen können, im Europäischen Wirtschaftsraum oder sogar außerhalb des EWR. Ich habe folgende Frage an die Kommission: Was werden Sie aus diesem Vorfall lernen, um die Krisenbewältigungsfähigkeit der Europäischen Union zu verbessern? Ich versichere Ihnen, dass wir im Europäischen Parlament all Ihre Anstrengungen unterstützen werden, Europa effektiver und effizienter zu machen, was unser Krisenmanagement betrifft.

Hannes Swoboda (S&D). - Herr Präsident! Ich habe in den letzten Tagen die Alternativen zum Flugverkehr in Europa gesehen und erlebt, einerseits auf einer Autofahrt von Belgrad nach Wien und dann auf einer Zugfahrt von Wien nach Straßburg. Obgleich es auch Probleme auf den Straßen gibt, sind diese doch relativ gut ausgebaut, selbst in den angrenzenden Regionen. Bei der Bahn ist die Lage allerdings nach wie vor furchtbar und sehr schlecht. Das ist nicht akzeptabel.

Wo wären wir heute, hätten wir die Pläne des so genannten Delors-Plans verwirklicht? Dann hätten wir bereits die transeuropäischen Netze, wir hätten mehr Hochgeschwindigkeitstrassen, und wir hätten mehr leistungsfähige Züge. Nach wenigen Stunden schon waren die Toiletten auf der Bahn nicht mehr benutzbar,

obwohl es ein moderner Waggon war, weil viele Menschen über Stunden stehen mussten oder auf dem Boden saßen und daher die Züge natürlich überfüllt und überfordert waren.

Daher bitte ich den Kommissar, sich wirklich darum zu kümmern, dass wir der Modernisierung der Bahn im Sinne von mehr Hochgeschwindigkeitszügen und auch von Kapazitätsreserven einen neuen Anstoß geben. Wir brauchen gewisse Reserven. Auch im Winter und nicht nur bei der großen Katastrophe des Vulkanausbruchs haben wir festgestellt, dass wir zu wenige Reserven haben und dass die Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit allein nicht ausreicht. Auch der Gesichtspunkt der Versorgung muss stärker betont werden.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – (ES) Herr Präsident, Herr López Garrido, Herr Kallas, vielen Dank für Ihre Erläuterungen und für die geleistete Arbeit.

Ich stimme Ihnen zu, dass Sicherheit an erster Stelle stehen muss und dass die aktuelle Krise sehr komplex ist, aber wir haben zu lange gebraucht, um uns zu verständigen, nämlich ganze fünf Tage.

Um aber nun die Erwartungen der Menschen, der europäischen Öffentlichkeit, nicht zu enttäuschen, müssen die Schlussfolgerungen dieser Aussprache, klar, einfach und vor allem praktikabel sein. Sie müssen darüber hinaus unmittelbare und für jeden sofort spürbare Effekte haben.

Daher haben die Steuerzahler, die ja ebenfalls für diese Krise bezahlen müssen, in jedem Fall Anspruch auf die Gewährleistung dreier Dinge: Erstens auf größere Transparenz, was die Entscheidungen über Flughafenschließungen und die Entwicklung der Situation betrifft. Die Öffentlichkeit wurde zu spät über die Krise informiert, was nach meinem Dafürhalten an vielen Flughäfen zu einer Verschärfung der Probleme geführt und auch vielen Fluggästen die Änderung ihrer Reisepläne erschwert hat. Wir brauchen auch größere Transparenz bezüglich des Drei-Zonen-Modells, das jetzt festgelegt wurde. Wir wollen wissen, was diese drei Zonen sind und welche Bedeutung sie haben werden.

Zweitens haben die Steuerzahler Anspruch auf eine Garantie der uneingeschränkten Einhaltung der Fluggastrechte. Wir brauchen Klarheit, wir müssen eindeutig festlegen, wer für Fluggastrechte verantwortlich ist, welchen Umfang diese Rechte haben und welche Fristen beachtet werden müssen, um sie wahrzunehmen. Ich teile die Ansicht von Herrn Kommissar Kallas, dass auch die Verfahren überwacht werden müssten, die die Fluggesellschaften anwenden wollen, um solchen Forderungen entgegenzukommen.

Zu guter Letzt haben die Steuerzahler Anspruch darauf, dass den Fluggesellschaften staatliche Beihilfen gewährt werden. Ich ersuche Sie, klar zu definieren, wie diese staatlichen Beihilfen aussehen sollen und welche Kriterien für ihre Bewilligung angewandt werden sollen, und dass wir die Konsequenzen, die diese Krise möglicherweise für die Beschäftigten der Fluggesellschaften hat, überwachen und kontrollieren. Wir müssen die Kontrollmaßnahmen auch maximieren, damit Fluggesellschaften nicht Situationen wie diese dazu nutzen, ihre Belegschaft willkürlich oder unverhältnismäßig zu reduzieren.

Was die aktuelle Krise sehr deutlich gezeigt hat, ist die Notwendigkeit, die europäische Koordination und Fähigkeit zur Zusammenarbeit weiterzuentwickeln.

Philip Bradbourn (ECR). – Herr Präsident, wie schon erwähnt konnte niemand die Ereignisse in Island voraussehen. Die Flugbranche muss derzeit mit sehr vielen Unbekannten kalkulieren, sowohl in Bezug auf den Vulkanausbruch als natürlich auch in Bezug auf die allgemeine wirtschaftliche Situation. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns bei einer so extremen Maßnahme wie der Sperrung des gesamten europäischen Luftraums auf objektive wissenschaftliche Erkenntnisse stützen und mit den gegenwärtig verfügbaren technischen Möglichkeiten sicherstellen, dass die Unterbrechung minimal ausfällt und Informationen zuverlässig weitergegeben werden.

Was dies betrifft, haben Eurocontrol und die nationalen Behörden mit ihrem unzureichenden Krisenmanagement zu der allgemeinen Frustration noch beigetragen. Dadurch, dass die Sperrung des europäischen Luftraums kontinuierlich alle sechs bis acht Stunden verlängert wurde, wurde den Passagieren die Möglichkeit genommen, die Fortsetzung ihrer Reise mit anderen Verkehrsmitteln zu planen, und den Fluggesellschaften selbst waren die Hände gebunden. Zwar gibt es Computersimulation und Satellitentechnik, um solche Situationen zu bewältigen, aber trotz all dieser Technologien konnte es einem so vorkommen, als ob wir mit angefeuchtetem Finger in der Luft dastehen, um zu prüfen, woher der Wind weht. Zumindest wird das in der Öffentlichkeit so wahrgenommen. Das war eine Katastrophe für alle Beteiligten. Was wir brauchen, sind Langzeitprognosen, keine spontanen Bauchentscheidungen.

Christine De Veyrac (PPE). – (FR) Herr Präsident, zunächst möchte ich betonen, dass die Anwendung des Vorsorgeprinzips durch die Mehrzahl der europäischen Regierungen, die ihren Luftraum gezielt und befristet sperren ließen, eine sehr kluge und umsichtige Entscheidung war.

Die Sicherheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger muss über allen anderen Erwägungen stehen und von daher ist die Haltung bestimmter Fluggesellschaften, die eine vollständige und unverzügliche Öffnung des Luftraums auf der Grundlage von einem oder zwei Testflügen verlangen, gelinde gesagt, empörend.

Ich glaube, es war Herr Hénin, der soeben davon gesprochen hat, dass die verschiedenen Verkehrsmittel einander besser ergänzen müssten, insbesondere im Hinblick auf den Schienenverkehr, und ich möchte bei dieser Gelegenheit mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass die Stilllegung des Luftverkehrs noch verschärft wurde durch Störungen im Bahnverkehr aufgrund von Streiks, die in einer solchen Situation ebenso unverantwortlich wie unverständlich sind.

Um aber auf das eigentliche Thema zurückzukommen: Ich begrüße die Entscheidung der Kommission, die Freigabe öffentlicher Gelder für von der aktuellen Störung betroffene Fluggesellschaften zu genehmigen. Ich halte diese Entscheidung in einer Situation, in der die Krise bereits spürbar ist, für äußerst vernünftig. Dennoch muss diese Unterstützung als Ausnahme gelten.

In diesem Zusammenhang fände ich es wünschenswert, das vorbildliche Verhalten einer Fluggesellschaft bei der Entschädigung ihrer Kunden, die durch Annullierungen von Flügen zu Schaden kamen, zu einem Kriterium für die Gewährung solcher Finanzhilfen zu machen. Es ist nämlich nicht hinnehmbar, dass bestimmte Fluggesellschaften die *Force majeure*-Klausel möglicherweise dazu missbrauchen, ihre Pflichten gemäß Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über Ausgleichsleistungen für Fluggäste zu umgehen. Die Leidtragenden der gegenwärtigen Situation sind die Reisenden, und wenn man diesen keine Alternativlösung anbietet, sollten ihnen nicht auch noch die Kosten aufgebürdet werden.

Darüber hinaus sind Reisebüros von der Verpflichtung ausgenommen, Reisenden einen Ausgleich für ungenutzte Flüge zu leisten. Auch das ist nicht in Ordnung. Sowohl Fluggesellschaften als auch Reisebüros sind gegen Ausnahmesituationen wie diejenige, die wir in den vergangenen Tagen erlebt haben, versichert. Deshalb müssen wir unbedingt dafür sorgen, dass Reisende für annullierte Flüge einen angemessenen Ausgleich erhalten.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Circa 2 Millionen Fluggäste in den 27 Mitgliedstaaten der EU reisen jedes Jahr mit dem Flugzeug, 22 % davon auf Inlandsflügen, 44 % innerhalb der EU und 34 % außerhalb der EU.

Der Ausbruch des Vulkans in Island hat uns die Schwäche des europäischen Verkehrssystems schlagartig bewusst gemacht. In den letzten sechs Tagen wurden über 17 000 Flüge gestrichen und Millionen Fluggäste saßen an verschiedenen Orten sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU fest. Unter diesen Umständen war eine rasche und präzise Information der Fluggäste vollkommen unabdingbar.

Die Sicherheit der Fluggäste muss allen anderen Interessen übergeordnet sein. Aus diesem Grund müsste es, insbesondere in der Europäischen Union, ein effizientes System zur Umleitung von Fluggästen auf andere Verkehrsmittel geben, auf Züge, Schiffe oder Kraftfahrzeuge. Wenn ein solches System existieren würde, hätten 66 % der Fluggäste, die in diesem Zeitraum festsaßen und die innerhalb eines Mitgliedstaats oder der EU selbst unterwegs waren, ihr Ziel mit anderen Transportmitteln erreicht.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass endlich die erforderlichen Mittel für die Entwicklung eines europaweiten Verkehrsnetzes bereitgestellt werden müssen, damit nicht nur die Hauptstädte der Mitgliedstaaten, sondern auch andere europäische Großstädte durch Hochgeschwindigkeitszüge bedient werden können. Ein weiterer zunehmend dringlicher Aspekt ist die Weiterentwicklung inländischer Wasserverkehrswege und der europäischen Meeresautobahnen. Wir sollten politischen Willen demonstrieren getreu unserem Motto: „Für ein mobiles Europa“.

Pat the Cope Gallagher (ALDE). – (GA) Herr Präsident, ich möchte die Bemühungen von Herrn Kommissar Kallas und der Verkehrsminister zur Bewältigung dieses Problems gutheißen.

– Zwar leben wir heute im Zeitalter der Technik, aber durch eine Situation wie diese werden wir daran erinnert, dass wir mehr denn je auf Mutter Natur angewiesen sind.

Ich komme aus Irland, einem Land, das zwei Fahrpassagen vom europäischen Festland entfernt liegt. Ich kann wohl sagen, dass wir – ebenso wie die Menschen, die ich hier vertrete – die Auswirkungen dieser

Ereignisse mehr als alle anderen Bürgerinnen und Bürger in anderen Mitgliedstaaten zu spüren bekommen haben. Nach den Ankündigungen des gestrigen Abends hatten wir Grund zu der Hoffnung, dass die Situation sich entspannen würde. Über Nacht hat sich jedoch wieder alles geändert und die Einschränkungen für unseren Luftraum wurden bis heute Mittag, 13.00 Uhr, verlängert.

Zahlreiche Fluggäste sind in den verschiedensten Teilen nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt gestrandet, und wir müssen alles daransetzen, diesen Menschen zu helfen, den vielen Menschen zu helfen, die Todesfälle in ihren Familien zu beklagen haben und nicht nach Hause zurück können. Solche Passagiere sollten von den Fluggesellschaften den Vortritt bekommen, anstatt ignoriert und ebenso wie alle anderen Fluggäste behandelt zu werden.

Die wirtschaftlichen Folgen sind immens, und ich bin hocherfreut, dass der Herr Kommissar eine Arbeitsgruppe leiten wird, die die Konsequenzen dieses Ereignisses für die Wirtschaft aufarbeiten soll. Es ist natürlich unerlässlich – und ich halte das für ganz entscheidend –, dass die Rolle von Eurocontrol infolge dieser Krise gestärkt wird, denn Vulkane halten sich nicht an wirtschaftliche, geografische oder politische Grenzen. Wir müssen dieses Problem von innen heraus anpacken. Auch ich bin der Meinung, dass es nicht zielführend ist, es aus 27 verschiedenen Perspektiven oder Ländern anzugehen. Eines der größten Probleme, mit denen Reisende heutzutage konfrontiert sind, ist die Verwirrung ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Vicky Ford (ECR). – Herr Präsident, die Aschewolke hat Stress und Erschütterung für Tausende Reisender und finanzielle Verluste für zahlreiche Unternehmen mit sich gebracht. Auch viele unserer Kolleginnen und Kollegen aus abgelegenen Teilen Europas sind diese Woche auf der Strecke geblieben. Dem Ratsvorsitz sei dafür gedankt, dass auch er es für undemokratisch hielt, ohne diese Kolleginnen und Kollegen abzustimmen. Allzu oft haben diejenigen unter uns, die von weiter her kommen, das Gefühl, von den Interessen mitteleuropäischer Allianzen beiseitegeschoben zu werden.

Der Vulkan hat uns außerdem daran erinnert, dass wir nicht die Herren dieses Planeten sind und nicht auf alle Fragen eine Antwort parat haben. Es ist offensichtlich, dass wir sowohl über Vulkanasche als auch über Vulkangase wesentlich mehr Erkenntnisse brauchen und dass die Forschung in diesem Bereich gefördert werden muss.

Es wurde uns außerdem vor Augen geführt, wie abhängig wir vom Flugverkehr geworden sind. Uns ist klar, dass wir diese Abhängigkeit in den kommenden Jahren abbauen müssen. Investitionen in fortschrittliche Kommunikationssysteme, die virtuelle Meetings ermöglichen, sowie Investitionen in den Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr sollten wir befürworten.

Zu guter Letzt sollten auch Programme zur Reduzierung verzichtbarer Reisen begrüßt werden. Hier könnte das Parlament ganz klar mit gutem Beispiel vorangehen.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Außergewöhnliche Naturereignisse wie der Vulkanausbruch in Island können bisher leider nicht vorhergesagt werden. Eine unangemessene Reaktion kann in solchen Fällen entschuldigt werden, aber nur einmal. Wir müssen diesen Vorfall eingehend untersuchen und einen wirksamen Einsatzplan für den Fall erarbeiten, dass ein solches Phänomen sich erneut ereignet. Die Informationen über die Folgen des Vulkanausbruchs waren unzureichend. Heute, fast eine Woche, nachdem das Chaos ausgebrochen ist, wissen wir immer noch nicht, wie lange es noch andauern wird und welche Risiken momentan bestehen.

Ein Zentrum muss eingerichtet werden, das ohne Rücksicht auf die Kosten eine angemessene Überwachung leisten kann, damit die Betroffenen, also Fluggesellschaften und Fluggäste, sich sinnvoll verhalten können. Die Reaktion der Fluggesellschaften kam zu spät und war unkoordiniert, was größte Probleme für die Passagiere mit sich brachte. Die Fluggesellschaften haben keinen Kooperationsversuch unternommen, um den Strom der Reisenden zu koordinieren und die maximale Nutzung der noch verfügbaren Strecken zu ermöglichen. Die einzige logische Konsequenz aus dieser Unzulänglichkeit ist die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums und die Einrichtung eines zentralisierten Flugsicherungssystems unter der Zuständigkeit einer einzigen Behörde.

Herr Ratspräsident, letztes Jahr war ich Berichterstatter für die Initiative „Single European Sky“ für einen einheitlichen europäischen Luftraum, und ich fand es extrem schwierig, das aktuelle Format der Initiative nach äußerst zähen Verhandlungen mit dem Rat zu erreichen. Dieses Jahr haben wir genau denselben Fall bezüglich der europäischen Frachtkorridore.

Ich bin der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten verstehen sollten, was hier passiert ist. Die Reaktion der Mitgliedstaaten war unangemessen, und sie haben es versäumt, andere Transportmittel zur Verfügung zu stellen. Im Augenblick ist es in Europa unmöglich, auf zivilisierte Art und Weise eine Bahnfahrkarte zu kaufen. Die Schaffung eines europäischen Zentrums, das im Falle außergewöhnlicher Naturereignisse für Intervention und Koordination zuständig ist, ist absolut unerlässlich. Die Modernisierung des Schienenverkehrs ist ebenfalls eine Priorität, über die zwar viel geredet, aber für die zu wenig getan wird.

Ich hoffe, dass eine ganz besonders wichtige Botschaft bei den Mitgliedstaaten angekommen ist: Es reicht nicht aus, nur für sich allein vorbereitet zu sein; wir brauchen einheitliche Voraussetzungen in der ganzen Europäischen Union. Was wir brauchen, ist Koordination, Verantwortung und eine weisungsbefugte Stelle – alles auf der Ebene der Europäischen Union.

Stavros ambrinidis (S&D). – (EL) Herr Präsident, wer ein guter Kapitän ist, erweist sich im Sturm. Bei dem Vulkansturm, der Europa heimgesucht hat, hat die Union zu spät begriffen, zu spät reagiert und zu spät vorgebeugt, was die Tragweite der Probleme für die europäischen Bürgerinnen und Bürger betraf. Ebenso wie wir zu spät auf den Sturm der Wirtschaftskrise reagiert haben, aber das ist eine andere Geschichte.

Die heutige Aussprache hat zwei Aspekte.

Der erste betrifft das Flugverbot und die Koordinierung. Es ist ganz offensichtlich, dass man es nicht den Fluggesellschaften überlassen darf, zwischen Risiken für Leib und Leben und den eigenen Unkosten abzuwägen und daraufhin zu entscheiden, wann und wohin geflogen wird. Eine solche Entscheidung fällt in die Zuständigkeit der entsprechenden nationalen Behörden. Die einzige wirklich positive Bilanz der letzten beiden Tage ist, dass es keine Opfer zu beklagen gibt, weil wir kein Risiko eingegangen sind. Allerdings hätten in einer Situation, die über die Grenzen Europas hinaus bestand, von Anfang an die nationalen Behörden dafür zuständig sein müssen, die Koordination mit Eurocontrol und den Meteorologen zu übernehmen und zu prüfen, ob die Korridore geöffnet werden könnten, die wir jetzt angeblich öffnen wollen – unglücklicherweise, wie ich meine –, um dem finanziellen Druck der Fluggesellschaften nachzugeben. Das macht mir Angst.

Zweitens ist es in einer solch chaotischen Situation nicht hinnehmbar, dass die Anwendung der europäischen Verordnung über Ausgleichsleistungen für Fluggäste in Frage gestellt wird, die im Grunde unter den gegebenen Umständen automatisch aktiviert werden müsste. Wissen Sie eigentlich, dass nur einige wenige betroffene Passagiere von ihren Fluglinien die Zusicherung erhalten haben, dass ihnen Übernachtungskosten erstattet würden, und zwar nur deshalb, weil sie extrem hartnäckig mit den Gesellschaften verhandelt haben, während die Mehrheit gar nichts bekam? Ich finde, das Europäische Parlament sollte untersuchen, wie die Fluggesellschaften im Vergleich mit der Verordnung reagiert haben und ob die Fluggastrechte respektiert wurden.

Ivo Belet (PPE). – (NL) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, guten Morgen! Wir haben es hier natürlich mit außergewöhnlichen Umständen zu tun. Die gegenwärtige Unterbrechung des Flugverkehrs ist gravierender als zu Zeiten des 11. September 2001, aber es ist klar, dass wir auf eine derartige Ausnahmesituation nicht optimal vorbereitet waren. Trotz aller Bemühungen von Reiseleitern und Flugpersonal wurden zahlreiche Fluggäste einfach ihrem Schicksal überlassen und mussten selbst sehen, wie sie klarkamen. Wir müssen ganz offensichtlich aus diesem Ereignis lernen und angemessene Maßnahmen ergreifen.

Herr Präsident, Herr Kommissar, wir brauchen nun als erstes unbedingt einen europaweit koordinierten Notfallplan. Elementar ist, dass dieser Plan nicht nur Sicherheit, sondern auch Information und Hilfe für Fluggäste, die von Flugannullierungen betroffen sind, sicherstellen muss, damit Betroffenen zumindest ein Ansprechpartner und eine Unterkunft garantiert werden können. Wir müssen diese Ereignisse aufgreifen, um die Bedingungen für alle Fluggäste in Zukunft erheblich zu verbessern. In den vergangenen Tagen ist auch noch etwas anderes klargeworden: Wir müssen in Europa wesentlich mehr in die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Hochgeschwindigkeitsschienennetzes investieren, das eine umweltfreundliche Alternative zu dem offensichtlich doch sehr anfälligen Flugverkehrsnetz darstellen würde. Wir sollten uns im Rahmen der Strategie EU-2020 ernsthaft darum bemühen, ein bestechendes Schieneninvestitionsprojekt zuwege zu bringen, das vorteilhaft ist für den einzelnen Bürger, vorteilhaft für die Umwelt und vorteilhaft für die Beschäftigungssituation.

Jo Leinen (S&D). - Herr Präsident! Als ob wir es geahnt hätten, hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, der auch für Katastrophenschutz zuständig ist, einen Initiativbericht über das Gemeinschaftskonzept zur Bewältigung von Naturkatastrophen in der Pipeline. Der

Kollege João Ferreira ist Berichterstatter. Wir werden in der nächsten Sitzung über diesen Bericht abstimmen und die Erfahrungen mit der Vulkanasche da auch verarbeiten. Sehr schnell ist das Plenum in der Lage, eine Parlamentsposition zu diesen Themen zu formulieren.

Ich kann den Kollegen zustimmen, die sagen, wir seien auf Naturkatastrophen schlecht vorbereitet. Zum Glück hat Europa wenige Naturkatastrophen. Aber wir haben da auch wenig Erfahrung, und man merkt, dass das Krisenmanagement recht defizitär ist. Meines Erachtens hat das auch zu lange gedauert. Fünf Tage, bis ein Testflugzeug startet und reale Daten sammelt, das ist einfach zu lange. Wir müssen daraus lernen. Ich will da gar keinen Vorwurf erheben. Aber die Erfahrung zeigt uns, dass wir besser werden müssen für das nächste Mal.

Wenn diese Vulkanasche eines gezeigt hat, dann den Bedarf an mehr Europa. Herr Kommissar, Sie sagen, die nationalen Behörden haben Zuständigkeiten. Das macht aber die Leute, die den Schaden davon haben, nicht zufriedener. Wir brauchen mehr Europa beim Katastrophenschutz und natürlich auch bei einer gemeinsamen Verkehrspolitik. Der Lissabon-Vertrag gibt uns mehr Möglichkeiten. Und wie Frau Hübner frage auch ich Sie: Wie nutzen Sie die Möglichkeiten des Lissabon-Vertrags bei Krisenmanagement und Katastrophenschutz? Das muss besser werden!

Anne Delvaux (PPE). – (FR) Herr Präsident, „Durcheinander“, „Chaos“, „Stillstand“, „Geschrei“, „Katastrophe“, „Unglück“: Der Presse mangelt es nicht an Ausdrücken, um die Sperrung des europäischen Luftraums und deren Folgen zu beschreiben.

Ich will mich nicht damit aufhalten, direkt oder indirekt zu wiederholen, was bereits gesagt wurde, insbesondere im Hinblick auf die immensen – um nicht zu sagen, unfassbaren – finanziellen Auswirkungen dieser Krise. Ich begrüße zwar die Möglichkeit außerordentlicher staatlicher Beihilfen für die Fluggesellschaften, die seit dem 11. September 2001 bereits stark gelitten haben, bin aber nach wie vor fassungslos über die Vorgehensweise Europas.

Erstens: Wenn man weiß, dass 750 000 europäische Passagiere betroffen sind, von denen viele noch in der ganzen Welt festsitzen, und wenn man weiß, dass die wirtschaftlichen Verluste mit der Zeit exponentiell ansteigen, wie ist es da zu begreifen, dass die europäischen Verkehrsminister nicht einen, nicht zwei, drei oder vier, sondern ganze fünf Tage gebraucht haben, um eine Telefonkonferenz abzuhalten, um ihre Maßnahmen zu koordinieren und zu beschließen, verschiedene Verkehrszonen festzulegen?

Zweitens bestreitet niemand, dass dem Vorsorgeprinzip hier absolute Priorität eingeräumt werden muss; das will ich mit allem Nachdruck betonen. Wenn allerdings heute nach und nach in sicheren Zonen wieder Flüge zugelassen werden, obwohl die Wetterprognosen unverändert sind und der Vulkan noch immer aktiv ist, dann kann man sich zu Recht die Frage stellen, welche zusätzlichen Sicherheitsgarantien wir den Fluggästen nicht schon früher bzw. rascher hätten bereitstellen können.

Drittens wurde ein flexibles Aktionsmodell entwickelt, da die Meteorologen sagen, dass sich die Entwicklung und die Aktivität des Vulkans stündlich ändern können. Wer aber soll die ständig aktualisierte Bewertung der Sicherheit der Luftkorridore bewerkstelligen? Müssen derartige Testflüge von der zivilen Luftfahrt und den Fluggesellschaften durchgeführt werden? Und schließlich, falls dieses Ereignis andauert, sich verschlimmert oder erneut auftritt, was wahrscheinlich ist, muss man sich für ein Management entscheiden, das eine umfangreichere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und besondere operationelle Verfahren auf der Grundlage realer Daten sowie eine bessere Koordinierung mit anderen Verkehrsmitteln in Ausnahmesituationen gestattet. Darüber hinaus ist allerdings auch die Koordinierung der Hilfe zu bedenken, damit wir die Zehntausende Flugreisender nach Hause holen können, die weltweit festsitzen. Auch sie haben ein Recht auf Information und Unterstützung. Bisher gab es nur vereinzelte Initiativen auf nationaler Ebene.

Inés Ayala Sender (S&D). – (ES) Herr Präsident, ich freue mich, dass diese Aussprache uns die Chance gibt, uns unserer Verantwortung zu stellen.

Zur Bewältigung der heutigen Krisen reichen der nationale Rahmen und zwischenstaatliche Beschlüsse nicht aus, ebenso wenig einfache Lösungen, auch wenn sie auf statistischen Modellen beruhen.

Durchaus lobenswert ist der Eifer des spanischen Ratsvorsitzes, der bereits am Tag nach der Schließung des Luftraums die Chance eines europäischen Konzepts verfolgt hat, um eine Lösung für das Chaos zu finden, das bereits jenseits der nationalen Regierungen ausbrach und, schlimmer noch, Tausende Reisender innerhalb und außerhalb unserer Grenzen in die Verzweiflung stürzte. Ihre Rückführung muss unser vordringlichstes Ziel sein.

Die ersten Maßnahmen waren zwar angemessen – man hielt sich an das Vorsorgeprinzip und wollte Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger garantieren, sowohl für die in der Luft als auch für die am Boden –, aber der Mangel an Klarheit über das weitere Vorgehen und ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit infolge der verworrenen zwischenstaatlichen Entscheidungen warfen die große Frage auf, die immer wieder gestellt wird: Was tut Europa? Wir müssen anerkennen, dass die gemeinsame Arbeit von Herrn Kommissar Kallas und dem spanischen Ratsvorsitz in Rekordzeit dazu geführt hat, das Konzept zu ändern. Zwar kommen solche Maßnahmen niemals schnell genug, aber wenn man die Schwierigkeiten bedenkt, geschah es in Rekordzeit. Auch wenn dieses Vorgehen natürlich eine vorbeugende Maßnahme darstellt, lassen sich wichtige Fragen daran knüpfen.

Die Bilanz einer solchen Entscheidung ist: Die Fluggastrechte haben in einer Ausnahmesituation keinen Bestand. Die Arbeit auf europäischer und nationaler Ebene war nicht ausreichend. Wir müssen kurzfristig die Reisenden nach Hause bringen und Notlösungen präsentieren, mittelfristig allerdings müssen wir besser werden.

Der Europäische Auswärtige Dienst sollte ebenfalls in der Lage sein, in derartigen Krisenfällen zu reagieren; manchmal kann man eben nicht am Wochenende zumachen.

Für den Luftfahrtsektor, die Reiseveranstalter, die Tourismusbranche, die Logistikfirmen usw., die gerade kurzzeitig ein Ende der Krise gesehen hatten, war es ein wirklich harter Schlag, und ich begrüße die Anwesenheit von Herrn Kommissar Almunia, der es übernehmen wird, die für die Branche notwendige Lösung zu koordinieren.

Eine schnellstmögliche Beendigung der Ungewissheit wird uns auch dabei helfen, die Krise zu überwinden. Zu guter Letzt brauchen wir ganz klar ein System, das eine Alternative zum Fliegen bieten kann, auch wenn wir einen einheitlichen europäischen Luftraum haben. Schienen-, Straßen- und Schiffsverkehr zusammen genommen konnten den Flugverkehr bislang nicht ersetzen.

Artur Zasada (PPE). – (PL) Herr Präsident, Herr Kallas, natürlich haben wir es hier mit einem Krisenfall zu tun. In Europa wurde der Flugverkehr um 70 % reduziert und 80 % der Flughäfen wurden geschlossen. Ich hoffe inständig, dass wir aus dieser Situation ein paar konstruktive Schlüsse ziehen werden. Zunächst einmal sollte die Kommission alles tun, um sicherzustellen, dass der Vulkanausbruch nicht einen Bankrott der europäischen Luftfahrtunternehmen nach sich zieht, da deren finanzielle Lage ja ohnehin schon katastrophal ist. Ich sage das vor dem Hintergrund der gestrigen Aussprache über die Finanzierung der Flugsicherheit und des Widerstands des Rates gegen die Finanzierung strengerer Sicherheitsvorkehrungen.

Zweitens werden Experimente mit neuen, nicht ausreichend erprobten Technologien wie Körper- und Flüssigkeitsscannern die Sicherheit gewiss nicht erhöhen, aber sie werden zweifellos die finanzielle Situation der europäischen Luftfahrtunternehmen beeinträchtigen.

Drittens stellt sich die Frage nach den Fluggästen. Ich halte die Entscheidung, den Flugverkehr aus Gründen der Fluggastsicherheit auszusetzen, für sehr klug. Die Sorge um die Sicherheit sollte jedoch weitergehen, damit auch jenen Hilfe angeboten werden kann, die ohne eigenes Verschulden an Flughäfen festsitzen. Diese Dinge wurden bereits mehrfach auf den Sitzungen des Europäischen Parlaments und insbesondere des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr erörtert. Paradoxerweise hat uns allen aber erst der Vulkanausbruch in Island klargemacht, wie wichtig die Luftfahrtindustrie für ein reibungsloses Funktionieren der europäischen Wirtschaft ist. Dies trifft vor allem auf diejenigen Vertreter der EU-Organe zu, die aus diesem Grund am letzten Sonntag nicht an dem Begräbnis in Krakau teilnehmen konnten.

Jörg Leichtfried (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Ratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass die Europäische Union und auch die Mitgliedstaaten auf diese Krise im Rahmen des Möglichen durchaus zufriedenstellend reagiert haben. Sie haben nach dem Prinzip „Sicherheit an oberster Stelle“ gehandelt. Man kann darüber diskutieren, ob diese Wolken schon schneller hätten untersucht werden können. Ich glaube, das wäre möglich gewesen, aber prinzipiell ist es schon in Ordnung.

Was wir aber jetzt diskutieren und worüber wir nachdenken müssen, ist, was mit den Menschen, den Europäerinnen und Europäern geschieht, die gestrandet sind. Ich bin gestern von drei Personen in dieser Situation angerufen worden. In einem Fall handelt es sich um eine Familie, die in Thailand am Flughafen sitzt und die Information bekommen hat, der Abflug sei voraussichtlich am 29. April. Diese Personen sind jetzt noch eine ganze Woche am Flughafen. Im zweiten Fall geht es um junge Menschen in New York, denen mitgeteilt wurde, sie dürften jetzt mindestens eine Woche lang ihr Hotel nicht verlassen, weil es jederzeit

sein könne, dass sie abgeholt werden. Der dritte Fall ist eine Pensionistenfamilie auf einer Insel im Nordmeer, die sich den Aufenthalt nicht mehr leisten kann und trotzdem dort bleiben muss.

Das sind Dinge, über die wir im Europäischen Parlament auch nachdenken und diskutieren müssen. Wir müssen diesen Menschen Lösungen bieten, wir müssen Vorschläge machen, und wir müssen sie unterstützen. Wir können unsere Europäerinnen und Europäer in dieser Situation nicht alleine lassen – ihnen muss geholfen werden!

Der Präsident. – Vielen Dank, meine Damen und Herren. Wir haben hier gerade eine außergewöhnliche Situation, weil unser aktuelles Thema für viele so dringlich und insbesondere für die Öffentlichkeit so unzumutbar ist, dass wir mehr „Catch-the-eye“-Meldungen haben denn je.

Das ist ein Rekord, denn wir haben, glaube ich, 13 oder 15 Wortmeldungen, aber auch wenn die Wortmeldungen nicht abreißen, können wir natürlich nicht 20 Leute hier sprechen lassen.

Trotzdem werden wir u. a. versuchen, allen die Möglichkeit zu geben, sich zu äußern, bis der Präsident zurückkommt, da er für einen Moment nach draußen gegangen ist und ich ihn zwischenzeitlich vertrete. Da ich jetzt nicht mit der nächsten Aussprache beginnen will, werden wir mit dem „Catch-the-eye“-Verfahren fortfahren, bis der Präsident zurückkommt oder bis alle auf der Liste das Wort hatten.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich danke dem Herrn Kommissar und dem Herrn Ratspräsidenten für ihre Redebeiträge und für ihre geleistete Arbeit.

Ich glaube, es steht außer Frage, dass es die Priorität in dieser Ausnahmesituation ist, Sicherheit zu garantieren, und die Sicherheit wurde auch garantiert, denn kein Flugzeug ist infolge dieser Katastrophe, dieses unerwarteten Naturereignisses, wegen der Aschewolke verunglückt.

Das Ziel, die Sicherheit zu gewährleisten, wurde also erreicht und darüber können wir nur froh sein. Es gibt aber noch zwei weitere strittige Punkte: Der erste ist der zeitliche Spielraum. Hätten Maßnahmen schneller ergriffen werden können? Hätten sie früher ergriffen werden können? Wäre es möglich gewesen, etwas zu unternehmen, um früher einzuschreiten und die für den Flugverkehr sicherste Zone schneller wieder zu öffnen, betrachtet man den enormen wirtschaftlichen Effekt, d. h. die ökonomischen Konsequenzen, die dieses Unglück für den Luftverkehr und für die Fluggesellschaften mit sich bringt? Hätte man nicht schon früher etwas tun können? Darauf müssen wir Antworten finden.

Der zweite Punkt: Tausende von Flugreisenden sitzen noch immer fest und müssen in Hotels übernachten, sie müssen ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Marc Tarabella (S&D). – (FR) Herr Präsident, in dieser Aussprache sind viele Verkehrsexperten zu Wort gekommen. Es stimmt, dass wir uns sehr stark auf die wirtschaftlichen Probleme konzentriert haben, die diese außergewöhnliche und unvorhersehbare Situation verursacht hat.

Es gibt aber, wie schon erwähnt, dabei auch menschliche Aspekte, und ich betrachte das Ganze mehr aus der Perspektive eines Fürsprechers der Bürger und Verbraucher, von denen Hunderttausende derzeit irgendwo auf der Welt gestrandet sind und nicht nach Hause zurück können. Ich denke mehr an sie und vor allem an jene, die es sich nicht mehr leisten können, dort zu bleiben, wo sie gerade sind, die gestrandet sind und nichts tun können.

Angesichts des Luftraums ohne Flugzeuge und der Flughäfen voller verzweifelter Menschen sollte man vielleicht an eine Überarbeitung der Verkehrsrichtlinien denken, insbesondere bezüglich des Flugverkehrs. Die Richtlinie über Pauschalreisen wird möglicherweise geändert. Wäre es nicht sinnvoll – und das wurde bisher nicht angesprochen –, über eine Pflichtversicherung nachzudenken, damit die Menschen in Fällen von *höherer Gewalt* abgesichert sind und nicht in ihrer Not im Stich gelassen werden?

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE). – (PL) Herr Präsident, die momentane Situation führt uns unsere Machtlosigkeit gegenüber den Naturgewalten vor Augen. Als ernsthafte Organisation sollte die Europäische Union auf solche Situationen besser vorbereitet sein und vor allen Dingen in Notfällen effektiv reagieren können. Es ist natürlich schwierig, sich auf etwas vorzubereiten, was vielleicht nur alle 150 Jahre einmal vorkommt, aber wir können jetzt sehen, dass die europäische Eisenbahninfrastruktur und das Schienennetz vollkommen unzureichend sind. Wir müssen uns hier die Frage stellen, wie dies verbessert werden kann.

Andere Fragen, die wir besprechen müssten, sind zum einen, welche öffentlichen Hilfen für bedrohte Unternehmen zur Verfügung gestellt werden können. Wie wir wissen, werden enorme Summen erforderlich sein, um die finanzielle Situation dieser Unternehmen wieder in Ordnung zu bringen. Außerdem stellt sich die Frage, wie wir eine Strategie entwickeln können, die es uns langfristig ermöglicht, besser zu reagieren ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Antonio Masip Hidalgo (S&D). – (ES) Herr Präsident, der Herr Kommissar hat die Vorgehensweisen als absurd und überholt bezeichnet. Dann lassen Sie uns bitte konsequent sein.

Wir haben zu viele Chancen vertan, zu viele Verträge, als wir Gemeinschaftsbefugnisse über den europäischen Luftraum hätten einführen können. Aber dennoch: Auch, wenn wir nicht in der Lage waren, bezüglich des Flugverkehrs angemessen zu handeln, können wir das sehr wohl hier unten am Boden tun. Zum Beispiel können wir die Fluggastrechte überwachen, wir können auch vermitteln oder um eine Einstellung der verschiedenen Arbeitskämpfmaßnahmen in der Schienen- und Straßenverkehrsindustrie bitten. Es sollte keine Mindestdienstleistungen geben, sondern maximale Dienstleistungen für alle.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Herr Präsident, ich hoffe, die derzeitige schwierige Situation im europäischen Verkehrswesen wird nicht zu lange andauern und sich nicht zu einer wirklichen Verkehrskrise auswachsen. Die Erfahrung, die wir hier gewinnen, ist zwar teuer erkaufte, aber sie ist sehr lehrreich. Wir sollten die richtigen Schlüsse ziehen, und es gibt einige, die sich unverzüglich aufdrängen. Erstens ist die Verkehrssicherheit sowohl unter dem Aspekt der Qualität als auch im Hinblick auf die Reisefähigkeit der Bürgerinnen und Bürger eine unserer vorrangigen gemeinsamen Verpflichtungen. Zweitens brauchen wir eine ausgewogene Entwicklung aller Transportformen, aber vor allen Dingen dürfen wir den Schienenverkehr nicht vernachlässigen. Drittens ist ein effizientes Verkehrswesen das Lebenselixier der Wirtschaft. Die Beförderung von Waren und die Mobilität von Arbeitskräften sind entscheidende Entwicklungsfaktoren, und das dürfen wir insbesondere in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht vergessen. Schließlich brauchen wir geeignete Verfahren, Koordination, separate Unterstützung für Fluggesellschaften, gegenseitige Hilfe und europäische Solidarität zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger.

Piotr Borys (PPE). – (PL) Herr Präsident, Herr Kallas, die Katastrophe hat uns gezeigt, dass wir in der Europäischen Union nicht über Verfahren verfügen, um Krisen wie diesen Vulkanausbruch zu bewältigen.

Zunächst einmal sollte die Europäische Union Sicherheitsfragen koordinieren und entscheiden, ob Flugzeuge fliegen dürfen oder nicht. Dafür dürfen nicht ausschließlich die Mitgliedstaaten zuständig sein. Zweitens müssen wir über die Frage der wirtschaftlichen Verantwortung nachdenken. Ich halte eine europäische Versicherung gegen Ereignisse dieser Art oder eventuell auch Versicherungsprogramme auf nationaler Ebene hier für eine gute Lösung. Drittens gab es, was die Logistik für die Reisenden anbelangt, die auf dem Transit zwischen bestimmten Ländern auf der Strecke blieben, kaum wirkliche Reisemöglichkeiten in den Verkehrs- und TNT-Netzen und in den Schnellzügen. Schließlich denke ich, dass der Europäische Auswärtige Dienst in der Lage hätte sein müssen, Fluggästen, die außerhalb der Europäischen Union festsäßen, mit klar definierten Verfahren zu helfen. Ich hoffe, dass solche Schnellverfahren bald zur Anwendung kommen.

Kriton Arsenis (S&D). – (EL) Herr Präsident, meine Damen und Herren, in den letzten Tagen haben wir nie da gewesene Turbulenzen erlebt. Flugzeuge, auf die wir angewiesen sind, um aus unseren Regionen nach Brüssel und Straßburg und zurück zu gelangen, stehen nicht mehr zur Verfügung. Es gab massive Schwierigkeiten; wir mussten auf Züge, Schiffe und Busse umsteigen, alles dauerte wesentlich länger, und viele Abgeordnete konnten nur mit Mühe und Not überhaupt kommen.

Was uns in den vergangenen Tagen allerdings bewusst wurde, ist, dass wir vollkommen abhängig sind vom Verkehrsmittel Flugzeug. Zwar gibt es alternative Beförderungsmöglichkeiten, aber die bestehende Schieneninfrastruktur in Europa ist unzureichend. Sie entspricht nicht dem Stand der Technik. Können wir uns vielleicht eine Europäische Union mit einem vollständig ausgebauten Schienennetz für Hochgeschwindigkeitszüge vorstellen, wo alle Reisen unter 1 000 Kilometern mit der Bahn zurückgelegt werden und wir Flugzeuge nur für weitere Reisen benutzen?

Die Auswirkungen des Flugverkehrs auf das Klima in der Europäischen Union sind immens. Sie übertreffen die von Raffinerien und Stahlwerken ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Magdalena Alvarez (S&D). – (ES) Herr Präsident, ich glaube, dass die nunmehr möglichen Antworten die gegenwärtige Situation zwar entschärfen, sie aber nicht für die Zukunft ausschließen können.

Im Verkehrswesen gibt es keine Abkürzungen und keine kurzfristigen Lösungen, und das sollten wir als Chance begreifen – umso mehr jetzt, wo das Weißbuch gerade entworfen wird –, die notwendigen Maßnahmen zu integrieren, einzuführen und zu etablieren, um unsere übertriebene Abhängigkeit von unseren Flugverkehrsverbindungen abzubauen. Wir müssen diese Verbindungen ausgewogen gestalten, indem wir Alternativen fördern und weiterentwickeln, die momentan vergleichsweise rückständig sind, z. B. den Schienen- und Schiffsverkehr.

Daher denke ich, dass sowohl Herr Kallas als auch Herr Grosch, der Berichterstatter für diesen Bericht, die von allen Abgeordneten vorgebrachten Anliegen bezüglich eines notwendigen Ausbaus des Schienenverkehrs und der europaweiten Netzwerke für dieses Transportmittel Rechnung tragen werden.

Bendt Bendtsen (PPE). – (DA) Herr Präsident, in der heutigen Aussprache sind viele vernünftige Dinge gesagt worden, aber ich denke, wir müssen etwas mehr in die Zukunft blicken. Dieses Erlebnis wird nicht das letzte seiner Art gewesen sein. Die isländischen Experten sagen, dass es nicht die Frage ist, ob es weitere Ausbrüche geben wird, sondern nur, wann dies geschieht. Deswegen müssen wir ein bisschen vorausschauender sein und überlegen, wie wir mit einer solchen Situation umgehen sollen, wenn sie irgendwann wieder entsteht. Dazu gehört meines Erachtens, dass wir beginnen müssen, uns damit zu beschäftigen, wie wir Hochgeschwindigkeitsbahnverbindungen zwischen den europäischen Hauptstädten und die nötige Interoperabilität zuwege bringen.

Tanja Fajon (S&D). – (SL) Meine Damen und Herren, uns allen ist natürlich klar, dass die Fluggastsicherheit oberste Priorität für uns sein muss und dass wir diese Diskussion heute hauptsächlich deswegen führen, weil die Natur uns daran erinnert hat. In den meisten Teilen Europas wurden Flüge gestrichen, Reisende sitzen auf unbestimmte Zeit fest, Fluggesellschaften geraten in die roten Zahlen, Beschäftigte in der Industrie bangen um ihre Arbeitsplätze, der wirtschaftliche Schaden ist immens. Offenbar sind Fluggesellschaften zu Recht der Meinung, dass, wenn Bauern Entschädigungsleistungen für Naturkatastrophen beanspruchen können, auch ihnen ein Anspruch auf Schadenersatz zusteht. Was die Umwelt betrifft, haben wir dieser in den vergangenen Tagen mit Sicherheit einen großen Dienst erwiesen.

Auf die Interoperabilität kommt es an; die Lehre, die wir aus diesem Ereignis ziehen sollten, ist, dass wir ein besseres Zusammenspiel von Luft-, Schienen- und Straßenverkehr brauchen, dass wir eine Finanzierung für Hochgeschwindigkeitszüge brauchen und dass wir die Umweltverschmutzung eindämmen müssen. Wir müssen rasch und verantwortungsvoll reagieren und die Sicherheit der Fluggäste dabei immer im Blick haben.

Judith A. Merkies (S&D). – (NL) Herr Präsident, zunächst möchte ich allen, die von dieser Krise betroffen sind, mein Mitgefühl aussprechen. Das Wort „Krise“ haben wir in letzter Zeit viel zu oft gehört: Wirtschaftskrise, Finanzkrise, Transportkrise, alle möglichen Krisen, die man sich nur vorstellen kann. Wenn etwas klar ist, dann die Tatsache, dass unsere Gesellschaft extrem anfällig ist für derartige Krisen. Wir brauchen ein Sicherheitsnetz. Wir reden immer wieder gern von der „grünen“ Gesellschaft, aber eine solche Gesellschaft braucht auch umweltfreundliche Transportmittel, und zu diesem Thema haben wir ganz offensichtlich unsere Hausaufgaben nicht gemacht..

Viele meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen und auch andere haben es bereits gesagt: Es ist dringend geboten, dass wir in umweltfreundliche Transportmittel investieren und in bessere und schnellere Bahnverbindungen und warum nicht auch Schiffsverbindungen innerhalb der EU und natürlich auch außerhalb der EU, falls wir da irgendetwas mitentscheiden können. Das wäre gut für die Wirtschaft, gut für das Klima und auch gut für die Stabilität, die diese Gesellschaft so dringend braucht.

Gesine Meissner (ALDE). - Herr Präsident! Es ist klar geworden, dass der Passagier bei dieser ganzen Frage im Mittelpunkt steht. Wir wollen, dass die europäischen Passagiere sicher transportiert werden. Wir wollen Sicherheit, aber wir wollen auch Transportmöglichkeiten. Ich glaube, wir brauchen alle Transportmittel. Wir brauchen auch Flüge – wir können die Flüge nicht ersetzen. Es wurde viel über Hochgeschwindigkeitszüge gesprochen. Natürlich wäre es gut, mehr Hochgeschwindigkeitszüge zu haben. Aber was nützt der beste Hochgeschwindigkeitszug, wenn er an der Grenze Halt machen muss?

Deswegen finde ich, wir müssen einen Schritt nach dem anderen machen. Wir brauchen zunächst tatsächlich eine Durchgängigkeit der europäischen Eisenbahnbereiche, genauso wie den einheitlichen europäischen Luftraum. Da sich hier eigentlich alle Parteien für mehr Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten ausgesprochen haben, möchte ich noch einmal an alle appellieren – es liegt ja an den Parteien in den Mitgliedstaaten, dass das Ganze blockiert wird: Sehen Sie in Ihren Parteien zu, dass man zuhause, in den

Mitgliedstaaten, tatsächlich für eine Öffnung im Transportbereich in Europa ist. Denn wenn wir alle es schaffen, unsere Parteien zu überzeugen, dann werden wir auch künftig eine bessere Entwicklung haben.

Corina Crețu (S&D). – (RO) In den letzten paar Tagen gab es eine Flut von Gesprächen über die finanziellen Verluste der Fluggesellschaften, die ja eine unbestrittene Tatsache sind. Es wird immer deutlicher, dass ein Verfahren für Unterstützungsleistungen gegenüber diesen Unternehmen gefunden werden muss, umso mehr als diese Krise aufgrund des Vulkanausbruchs in Island sich noch hinziehen kann.

Ich finde allerdings, dass Fluggastsicherheit und Verbraucherschutz Vorrang vor allen anderen Erwägungen haben müssen. Insgesamt gab es unter den Fluggästen ein hohes Maß an Unzufriedenheit, man behandelte sie je nach Land bzw. Fluggesellschaft sehr unterschiedlich. Es steht außer Frage, dass man in diesem Bereich zu einer standardisierten Praxis kommen muss. Vor dem Hintergrund der Ungewissheit über ein Wiederöffnen des Luftraums wäre dies ein großer Schritt für die Fluggäste, die momentan noch unterwegs sind.

Gilles Pargneaux (S&D). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, diese Krise, die wir nun seit einigen Tagen erleben, hat auch – was bisher nicht hinreichend zum Ausdruck kam – das Versagen der Strategie von Lissabon demonstriert, die die Europäische Union in den letzten zehn Jahren umgesetzt hat.

Dieses Versagen, verursacht durch Deregulierungsmaßnahmen und harten Konkurrenzkampf, zeigt uns mit der heutigen Krise, dass die Europäische Union unfähig war, ein Konzept zu koordinieren, das es nicht nur ermöglicht hätte, jene zu schützen, die auf den Flughäfen festsitzen, sondern auch, eine Lösung zu finden, indem man den Fluglinien z. B. Testflüge gestattet hätte. Ich appelliere daher an die Europäische Union, sich anzustrengen.

Es heißt, wir brauchen mehr Europa, und tatsächlich, in einer so herausragenden Branche wie dem Flugverkehr brauchen wir einen von der Europäischen Union unterstützten öffentlichen Dienst.

Elisa Ferreira (S&D). – (PT) Herr Präsident, diese Krise war in der Tat nicht vorhersehbar, und das Vorsorgeprinzip muss selbstverständlich oberste Priorität haben. Trotzdem müssen wir daraus Schlüsse ziehen, zuallererst, dass ganze fünf Tage keine hinreichend wichtige und politisch verantwortliche europäische Stimme zu hören war. Eine solche Stimme fehlte, als es darum ging, die Interessen der Fluggäste zu schützen, deren Ansprüche zu klären, nach alternativen Reisemöglichkeiten zu suchen und Lösungen zu koordinieren.

Eine weitere Schlussfolgerung ist, dass der Ausweg aus der Krise für die Bürgerinnen und Bürger nicht aussehen darf wie ein Machtkampf zwischen jenen, die wirtschaftliche Verluste vermeiden wollen, und jenen, die sich für die Beibehaltung des Vorsorgeprinzips einsetzen. Es muss eine klare Transparenz und eine klare Objektivität geben, was die Bedingungen angeht, unter denen wir diese Situation bewältigen, in der der gesamte europäische Luftraum gesperrt wurde. Daher sind verbesserte wissenschaftliche Tests und auch die Koordinierung auf der Ebene ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Robert Goebbels (S&D). – (FR) Herr Präsident, das Vorsorgeprinzip ist zu einem Prinzip der Verantwortungslosigkeit geworden. Angesichts des geringsten Risikos dient das Vorsorgeprinzip inzwischen als Aufforderung, alle Verantwortung abzuschütteln. Keine der so genannten „verantwortlichen“ Parteien wagt es mehr, zu ihrer Verantwortung zu stehen.

Eine mögliche Grippe-Epidemie? Schwupps, Tausende werden aufgefordert, sich impfen zu lassen. Ein Vulkanausbruch? Schwupps, der gesamte europäische Luftraum wird geschlossen, obwohl die Erfahrung gezeigt hat, dass die Vulkanasche nur dann eine Gefahr darstellt, wenn ein Flugzeug eine dichte Aschewolke durchqueren muss.

Wegen des Vorsorgeprinzips sind unsere Wirtschaftsunternehmen jedoch dem Unvermögen der Verantwortlichen ausgeliefert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, ebenso der Schwäche der Experten und der Ohnmacht der Politiker, was dazu geführt hat, dass allenthalben über die Notwendigkeit salbadert wird, unsere übermäßige Abhängigkeit vom Luftverkehr einzudämmen und mehr in Schienennetze zu investieren, um diese möglicherweise bis nach Asien, Amerika, Afrika, Ozeanien und bis zu allen dazwischen liegenden Inseln auszubauen.

VORSITZ: Jerzy BUZEK*Präsident*

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Herr Präsident, ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass wir zu allererst den Schwerpunkt auf die Natur legen müssen. Herr Cramer sagte dies bereits sehr deutlich, und ich bin mit ihm einer Meinung, weil dies eine wichtige Botschaft für uns alle ist. Natürlich müssen wir uns angesichts einer Krise, die von europäischer Bedeutung ist und die äußerst ernste Auswirkungen auf Millionen von Bürgerinnen und Bürgern Europas und anderer Länder außerhalb der Europäischen Union sowie auf die Wirtschaften der wichtigsten europäischen Sektoren hatte, auch auf die Europäische Union, auf ein europäisches Handeln konzentrieren.

Es war sofort offensichtlich, dass die Ereignisse die Maßnahmen der Mitgliedstaaten eingeholt haben, die Entscheidungsbefugnisse zur Öffnung der Flughäfen haben, und genau aus diesem Grund griff die Europäische Union unverzüglich ein. Ich wiederhole, Herr Speroni, Frau Ferreira, die Maßnahmen wurden unverzüglich ergriffen. Am Freitag wurde offensichtlich, dass eine ernste Situation einsetzte. Sobald dies offensichtlich wurde, begann die Europäische Kommission zusammen mit dem spanischen Ratsvorsitz und Eurocontrol umgehend mit der Arbeit, und am Sonntag – wie Herr Kallas vorhin sagte – fand ein öffentlicher Auftritt der Kommission und des Ratsvorsitzes – Herr Kallas und ich selbst – statt, auf der die Lage erläutert und dargelegt wurde, was nun zu tun sei. Die zu ergreifenden Maßnahmen bestanden in dem gestrigen Treffen von Eurocontrol und in der Entscheidung der gestrigen außerordentlichen Ratstagung, die von der spanischen Regierung einberufen wurde und deren Vorsitz der spanische Minister für öffentliches Bauwesen führte.

Es wurden also Maßnahmen ergriffen. Es wurden Maßnahmen ergriffen, damit es zu einer Entscheidung, zur Aktion, zu einem Ansatz, einem Schwerpunkt kommen konnte, dessen Wesen europäisch war. Heute wird die gestrige Entscheidung von dem außerordentlichen Ministerrat umgesetzt. Heute morgen um 8 Uhr hat Eurocontrol vier Zonen mit einer ausgedehnten Sicherheitseingrenzung, in denen keine Flüge stattfinden dürfen, und andere Gebiete festgelegt, in denen Flüge stattfinden dürfen, sofern sich die Mitgliedstaaten einig sind und koordiniert arbeiten. Der Luftraum wird daher schrittweise geöffnet, aber dies hängt natürlich von den Bedingungen und der Natur ab. Natürlich hängt es von diesen Dingen ab, aber die gestrige Entscheidung wird heute bereits in die Praxis umgesetzt, wobei dies selbstverständlich immer auf der Grundlage des Vorsorgeprinzips und der Notwendigkeit zur Gewährleistung von Sicherheit erfolgt.

Ich glaube, dass in diesem Fall sofort klar war, dass der europäische Ansatz bedeutete, dass eine viel ausgewogenere Entscheidung getroffen werden konnte. Der europäische Ansatz bedeutete, dass verschiedene Faktoren berücksichtigt werden konnten, die immer berücksichtigt werden sollten, wenn etwas Außerordentliches wie das geschieht, was wir zurzeit durchmachen. Erstens bedeutet er, dass das Risikobewertungsmodell viel präziser, viel genauer ist. Herr Sterckx, um auf Ihren Beitrag zu antworten, möchte ich sagen, dass Eurocontrol die Entscheidungen, die vom Volcanic Ash Advisory Centre in London getroffen wurden, berücksichtigt, aber dass sie auch die Testflüge, die Informationen der nationalen Behörden, die Informationen der Flugzeughersteller und die Informationen der Europäischen Agentur für Flugsicherheit in Köln berücksichtigen wird, wobei diese meines Erachtens verstärkt werden müssen. All dies wird berücksichtigt werden, um ein genaueres Bild zu erhalten, wie es gerade jetzt der Fall ist, nämlich durch den technischen Vorschlag von Eurocontrol, der auf wissenschaftlichen Daten beruht.

Der europäische Ansatz bedeutet, dass die Sicherheit, die ein wesentlicher Grundsatz über allen anderen Grundsätzen ist, gleichzeitig berücksichtigt werden kann, und daher bin ich mit denjenigen, die dies gesagt haben, einer Meinung. Er bedeutet, dass die wirtschaftlichen Folgen berücksichtigt werden können, wobei die Kommission eine Arbeitsgruppe gebildet hat – die von Ihnen auch sehr gut aufgenommen wurde –, um nächste Woche einen Bericht über wirtschaftsbezogene Aspekte vorzulegen. Er bedeutet auch, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und ihre Mobilität in Betracht gezogen werden können. Aus diesem Grund fordere ich erneut alle Regierungen der Europäischen Union dazu auf, den Menschen dabei zu helfen, nach Hause zu kommen, alle möglichen Kommunikationsmittel zu nutzen und sich dafür ganz besonders und außerordentlich einzusetzen, weil dies das wichtigste Recht der Bürgerinnen und Bürger ist: nach Hause zu gehen und dorthin zu gehen, wo immer sie hingehen möchten. Aus diesem Grund fordern wir, dass ihr Recht auf Freizügigkeit respektiert wird.

In Zukunft eröffnet uns diese Situation meiner Meinung nach eine Möglichkeit für eine sehr gründliche Debatte, und das Europäische Parlament ist genau der richtige Ort für diese Debatte. Diese Debatte muss das Problem der Rechte von Reisenden unter diesen außergewöhnlichen Umständen und die Notwendigkeit für einen Notfallplan ansprechen, der auch in Bezug auf die Maßnahmen der Europäischen Union Transparenz erfordert – wie Frau Bilbao sagte –, sodass strukturelle Reformen stattfinden können, was die Stärkung der

transeuropäischen Eisenbahnnetze in Europa bedeutet. Dies wird derzeit zu einem absolut strategischen Ziel, das, alles in allem betrachtet, einfach die Strukturierung Europas ist, da historisch betrachtet die Strukturierung des modernen Staates auf der Grundlage der Entwicklung von Kommunikationstechnik, Straßen, Eisenbahnlinien und auch Seeverbindungen erfolgte. In Zukunft wird die Strukturierung Europas, des Europas des 21. Jahrhunderts, nicht vollendet werden, falls dies nicht durch Kommunikationsinfrastrukturen und in diesem Fall im Wesentlichen durch Eisenbahnlinien bewerkstelligt wird.

Beide Aspekte gehen Hand in Hand, und die Entwicklung dieser Transportinfrastrukturen ist eine hochpolitische, symbolische und reale Frage, die zu einem zentralen Ziel für das Europa des 21. Jahrhunderts wird. Diesbezüglich haben Herr Swoboda, Herr Schulz und Frau Álvarez und andere Sprecher diese Reformen meiner Meinung nach genau am richtigen Ort und zur richtigen Zeit angesprochen, da sie zweifellos ein Element für die Zukunft sind, auf welche die Europäische Union hinarbeiten muss.

Gay Mitchell (PPE). – Herr Präsident, ich möchte Sie bitten, diese Debatte auszuweiten, da dieser Meinungsaustausch viel zu höflich ist. Die Menschen werden auf Bahnhöfen, von Fluggesellschaften und von Flughafenbehörden wie Dreck behandelt. Wir sind viel zu höflich. Wir sollten die Macht der EU im Rat und in der Kommission nutzen, um die Menschen dazu zu zwingen, Informationsstellen zu eröffnen. Auf dem Brüsseler Hauptbahnhof gibt es sechs Informationsstellen; vier davon sind geschlossen.

Diese Debatte sollte viel länger sein, und mehr Mitglieder sollten daran teilnehmen können. Ich bin alles andere als erfreut über die vom Rat und von der Kommission ergriffenen Maßnahmen, den Interessen der Reisenden zu dienen, die derzeit auf Bahnhöfen schlafen.

Der Präsident. – Dies wurde heute bereits mehrmals erwähnt. Alle Sprecher des Europäischen Parlaments haben diese Fragen bereits angesprochen.

Siim Kallas, Vizepräsident der Kommission. – Herr Präsident, ich danke den Abgeordneten für all ihre Anmerkungen. Ich möchte noch vier weitere hinzufügen.

Erstens haben uns diese Ereignisse im Hinblick auf unsere strategischen Pläne sehr zu denken gegeben. Eine der interessantesten und entscheidendsten Fragen ist die Intermodalität und Flexibilität zwischen Transportarten und die Frage, ob Eisenbahnlinien als eine Art Alternative fungieren können. Wir werden diese Frage bald ansprechen, und zwar in den Diskussionen über die Umgestaltung des ersten Eisenbahnpakets und mit dem Weißbuch über die Zukunft des Verkehrs.

Dies ist ein sehr ernstes Thema. Gestern haben wir es auch mit dem Ministerrat diskutiert. Ich kann versprechen, dass wir dieses Thema sehr ernst nehmen – darunter auch die Telearbeit und andere Faktoren, die auf die Einschränkung von unnötigem Verkehr und Reisen abzielen.

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen werden wir allen Aspekten Rechnung tragen und entsprechende Vorschläge machen. Allerdings sollten wir dabei vorsichtig sein. Das Geld fällt nicht vom Himmel, und wir müssen im Hinblick auf all die anderen Akteure in der Wirtschaft fair sein. Unser Ansatz muss überaus ausgewogen sein. Wir können keine Wunder vollbringen.

Im Hinblick auf die Rechte von Fluggästen sind die Vorschriften eindeutig. Einige Abgeordnete haben Fragen über die Vorschriften gestellt und darüber, ob wir sie neu überdenken sollten. Ich bin nicht der Meinung, dass wir die von den europäischen Entscheidungsträgern, darunter das Europäische Parlament, verabschiedeten Vorschriften überdenken sollten. Sie sind gut. Die Frage ist eine ganz andere. Denn hier geht es um die Frage der Umsetzung und der Durchsetzung, die in den Händen der Mitgliedstaaten liegt. Wir haben eine genaue Vorstellung davon, wie die Durchsetzung dieser Vorschriften zu bewerkstelligen ist und wie auf die Mitgliedstaaten Einfluss genommen wird. Es ist klar, was heute im Hinblick auf die Rechte von Reisenden zu tun ist.

Ich möchte auch eine andere Angelegenheit ansprechen, die nicht so ein großes Problem ist: viele Kolleginnen und Kollegen und die Presse haben gesagt, dass wir zu spät und nicht vorbereitet waren. Nun, ich war die ganze Zeit aktiv. Ich war bei Eurocontrol. Ich stand mit den Ministern in Verbindung. Wir stehen heute in diesem Plenarsaal dem gleichen Dilemma gegenüber wie all diese Experten und Entscheidungsträger. Aber diese Angelegenheit liegt in den Händen von Experten und der Sicherheitsbehörden und nicht in den Händen von Politikern. Es ist das gleiche Dilemma: Sicherheit oder Flexibilität.

Wir waren auf einen Vulkanausbruch vorbereitet, aber uns lagen unterschiedliche Informationen hinsichtlich des Ausbruchs vor. Dies wurde hier bereits erwähnt. Ein Flug von British Airways und ein Flug von KLM

waren von dem Vulkanausbruch betroffen, also wurden Vorschriften auf Grundlage dessen festgelegt, dass eine ernsthafte Gefahr bestünde. Die Behörden handelten entsprechend der Annahme, dass eine ernsthafte Gefahr bestünde und dass Flüge storniert werden sollten.

Jetzt haben wir einen differenzierteren Ansatz. Am Sonntag fanden die meisten Testflüge statt, und die Informationen drangen zu Eurocontrol durch, wo wir diese Fragen – die Testflüge und die endgültigen Ergebnisse für diese Flüge – diskutiert haben. Jetzt haben wir Flexibilität, und die Angelegenheit ist noch immer in den Händen der Mitgliedstaaten. Wir werden mit dem einheitlichen Luftraum, einem sehr vielversprechenden europäischen Projekt, fortfahren, und diesbezüglich sind sich alle Minister darüber einig, dass dies der Weg nach vorne ist, mit besserer Koordination auf europäischer Ebene.

Dies ist eine große Chance. Das waren die Anmerkungen, die ich machen wollte. Im Hinblick auf Informationen wollte ich sagen, dass die Kommission am Donnerstag und Freitag Pressemitteilungen über die Rechte von Fluggästen herausgegeben hat. Wir sagten, dass die Rechte von Fluggästen sehr ernst genommen werden sollten. Die Kommission brachte die Informationen über die Rechte von Fluggästen unverzüglich heraus, und ab Sonntag wurde damit begonnen, alle Themen besser abzudecken, und seit gestern waren alle sehr gut abgedeckt.

Das ist das Bild. Der Fall ist nicht abgeschlossen. Wir haben noch mindestens drei oder vier Tage, bevor die meisten Flüge wiederaufgenommen werden können. Die Lösung für die Wirtschaft und für die Fluggäste ist eine Wiederaufnahme der Flüge und besteht darin, dass die Fluggesellschaften die Fluggäste nach Hause bzw. an ihren endgültigen Zielort bringen. Es ist noch immer eine schwierige Situation, und wir müssen mit den Folgen umgehen.

Vielen Dank für Ihre Anmerkungen. Wir werden noch mehrere Gelegenheiten haben, um diese Angelegenheit weiter zu erörtern.

Der Präsident. – Die nun zu Ende gehende Diskussion war sicherlich der wichtigste Punkt unserer Sitzungen. Nur für diese Diskussion hat sich die Tagung hier in Straßburg bereits gelohnt. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben diese Diskussion erwartet – dass wir diese Probleme in Angriff nehmen, und genau darüber haben wir seit heute Morgen gesprochen. Es ist das allerwichtigste Thema.

Ich möchte auch den 14 Kommissaren der Europäischen Kommission danken, die an unserer letzten Debatte teilgenommen haben. Es ist sehr wichtig, dass sie unseren Bemerkungen zugehört haben.

Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Kinga Göncz (S&D), schriftlich. – (HU) Wenngleich dies nur dank des Eingreifens der Luftfahrtbehörden möglich war, hat die Aschewolke Gott sei Dank keine Menschenleben gekostet. Allerdings erhält der Informations- und Koordinationsgrad in Europa eine schlechte Note. Die Schließung des Luftraums verursachte Hunderttausenden Europäern Schwierigkeiten und verhinderte, dass diese ihre Zielorte erreichten. Jeder versucht, mit diesem unerwarteten Problem fertig zu werden, aber die unzulängliche Bereitstellung von Informationen hat die Situation verschlimmert. Oft wurden die Fluggäste weder telefonisch noch über das Internet angemessen informiert. Weitere Verwirrung wurde dadurch gestiftet, dass die Luftfahrtbehörden und die Fluggesellschaften widersprüchliche Informationen herausgaben. Darüber hinaus mangelte es an Koordination zwischen Luft- und Bodenverkehr. Wir haben am eigenen Leib erfahren, wie wichtig es wäre, öffentliche Verkehrsverbindungen zwischen Mitgliedstaaten zu modernisieren und transeuropäische Verkehrsnetze zu entwickeln. Ich begrüße die entscheidenden Schritte der Kommission im Bereich Krisenmanagement. Die zu diesem Zweck geschaffene Arbeitsgruppe sollte die Koordination zwischen Luftfahrt- und Luftverkehrskontrollbehörden stärken, und es würde sich auch lohnen, die weitere Gültigkeit der in den 1980ern eingeführten Sicherheitsmaßnahmen zu überprüfen. Ich empfehle, dass das Europäische Parlament in ähnlichen Krisensituationen ein bereits chaotisches Transportsystem durch das Pendeln zwischen Brüssel und Straßburg nicht noch weiter verkomplizieren sollte. Stattdessen sollten die Plenarsitzungen in Brüssel abgehalten werden.

Filip Kaczmarek (PPE), schriftlich. – (PL) Herr Präsident, unsere Debatte über die Situation der europäischen Luftfahrt darf nicht auf die triviale Angelegenheit beschränkt werden, wie wir zur Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg gelangen. Wenn wir uns zu sehr auf diesen Aspekt konzentrieren, entsteht der Eindruck einer ungerechtfertigten Selbstgefälligkeit seitens der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Wir sollten unsere Vorstellungskraft benutzen. Die sozialen, wirtschaftlichen und sogar politischen Auswirkungen

des Geschlossenhaltens des europäischen Luftraums über einen längeren Zeitraum können sich als eine kolossale Herausforderung für ganz Europa herausstellen. In Polen fragen einige Politiker und Journalisten beispielsweise, warum gewisse Leute am Sonntag nach Krakau gelangen konnten und andere nicht. Sie fragen auch, warum es am Sonntag nicht möglich war, auf der Straße oder mit der Bahn nach Krakau zu gelangen, es aber am Montag sehr wohl möglich, auf diesem Wege nach Straßburg zu gelangen. Die Ereignisse, die als Folge des Vulkanausbruchs in Island eintraten, werden auch eine sehr starke globale Dimension haben. Normalerweise denken wir über die enorme Bedeutung der Beförderung auf dem Luftweg nicht nach. Allein Äthiopiens Verluste, die aus der Tatsache folgen, dass der Export von Blumen nach Europa nicht möglich war, belaufen sich auf 3 Mio. EUR pro Tag. Wir müssen sehr genau analysieren, wie die Schließung des Luftraums den Arbeitsmarkt, unsere Wettbewerbsfähigkeit und die Wirtschaft insgesamt beeinflussen wird und wie sie das Leben der Normalbürger beeinflussen wird. Wer weiß – möglicherweise wird dieses unscheinbare Ereignis in Island die Zukunft der Europäischen Union bestimmen. Vielen Dank.

Ádám Kósa (PPE), schriftlich. – (HU) Als Folge der mehrtätigen Einschränkungen und Streichungen von Flügen aufgrund des Vulkanausbruchs in Island stecken Tausende von Menschen unter schwierigen Bedingungen auf Flughäfen fest. Trotz der bedeutenden Flugverzögerungen (im Falle von Strecken unter 1 500 km über 2 Stunden) haben die Fluglinien wenig oder gar keine Hilfe geleistet und keine genauen Angaben über Reiseoptionen zu den Zielorten der Menschen gemacht. Sie haben keinerlei Vorkehrungen für die Fluggäste getroffen, damit diese kostenlosen Zugang zu Telefon, Fax, E-Mails oder Internet erhalten, und weder Transfer noch Unterkunft bereitgestellt, obwohl Fluggäste gemäß den geltenden EU-Verordnungen ein Recht auf diese Art Unterstützung haben. Körperbehinderte Fluggäste, ältere Menschen und Familien mit kleinen Kindern sind in solchen Ausnahmesituationen noch schutzloser, und genau dies war nun auch der Fall. Diese unerwartete Situation hat gezeigt, dass die Rechte von Fluggästen, die zuvor in Ehren gehalten wurden, binnen Minuten ausgelöscht werden können, und dass die Notwendigkeit für die Charta für Reisende, auf die auch ich schon früher gedrängt habe, besonders groß ist, um eine Wiederholung der Hilflosigkeit der Fluglinien und der relevanten Stellen zu vermeiden. Gleichzeitig empfehle ich, dass es im Falle einer außergewöhnlichen Änderung automatisch vorgeschrieben sein sollte, Informationen und eine Mitteilung über alternative Lösungen an jedes Mobiltelefon der Reisenden zu senden.

Jacek Olgiard Kurski (ECR), schriftlich. – (PL) Die durch den Ausbruch des isländischen Vulkans Eyjafjöll verursachte Aschewolke war in den letzten Tagen bei der Unterbrechung des Luftverkehrs über Europa sehr effektiv. Bislang wurden Zehntausende Flüge gestrichen, so dass es für Fluggäste unmöglich war, zu reisen. Für Europa insgesamt und für die nationalen und EU-Behörden ist dies eine Lektion, aus der wir für die Zukunft lernen müssen, so dass ähnliche Ereignisse in Zukunft nicht die Arbeit des Europäischen Rates oder unserer Versammlung lahm legen. Unter den Betroffenen befanden sich auch Mitglieder des Europäischen Parlaments, die, genau wie ich, diese Woche nicht zu der Sitzung in Straßburg kommen konnten. Unsere Tagung diese Woche in Straßburg war von großen Kontroversen begleitet, da einige Mitglieder einfach nicht von ihren Wahlbezirken dorthin gelangen konnten. Wir wussten bis zur letzten Minute nicht, ob die Sitzungsperiode überhaupt abgehalten werden würde. Es wäre gut für alle von uns, in Zukunft über klare Vorgehensweisen zu verfügen, so dass wir in ähnlichen Ausnahmesituationen vorbereitet sind.

Tiziano Motti (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, die Nachrichten haben uns sowohl an natürliche als auch an mutwillig verursachte Übel gewöhnt, die die Strukturen und die Gesellschaft einer Nation in die Knie zwingen und Verkehrs- und Versorgungsnotstände schaffen. Dank der Erfahrung, die wir gewonnen haben, sind aus dem europäischen Haushalt verfügbare gemachte Finanzmittel und Koordination unter verschiedenen Zivilschutzeinrichtungen bereits im Gange. Ein Notfall wie der, der von dem isländischen Vulkan verursacht wurde, wurde jedoch nicht erwartet. Unsere Bürgerinnen und Bürger werden die Anzeigetafeln auf den Flughäfen, auf denen jeder einzelne Flug gestrichen war, das tagtägliche Gefängnis, das die Flughafentransferbereiche waren, und die endlosen Schlangen auf Bahnhöfen, bei Autovermietungen und an den Taxiständen nicht vergessen. Die Fluggesellschaften haben immense finanzielle Verluste erlitten. Die Bürgerinnen und Bürger laufen Gefahr, zum Narren gehalten zu werden: neben den Unannehmlichkeiten und den unvorhergesehenen Kosten, die nur schwer wieder hereinzuholen sein werden, kann es zu einer Erhöhung der Flugpreise kommen, um die angefallenen Verluste auszugleichen. Diese Möglichkeit muss ausgeschlossen werden. Genau wie bei Naturkatastrophen muss die Europäische Union reagieren, indem sie die Bürgerinnen und Bürger entschädigt, denen unvorhergesehene Kosten angefallen sind, um ihre Unannehmlichkeiten gemeinsam mit den Fluglinien zu minimieren. Dabei muss aber das Risiko vermieden werden, solch eine Entschädigung als Staatshilfe und somit als rechtswidrige Hilfe zu beschreiben. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in erster Linie Zusicherungen erhalten, dass die Europäische Union ihnen helfen wird, so dass sie sich sowohl direkt als auch indirekt geschützt fühlen. Bis jetzt können viele noch immer nicht sagen, dass sie sich geschützt fühlen. Wir vom Parlament, das durch die Abwesenheit viele

Mitglieder, die nicht hierher kommen konnten, drastisch reduziert ist, fordern die dringende Verabschiedung eines europäischen Aktionsplans zur Koordination zwischen nationalen Regierungen und Behörden und einer organisierten Form des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger. Auf diese Weise würden wir genau die prompte Reaktion auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger erreichen, die die Regierungen bis heute seltsamerweise noch nicht garantieren können.

Ślawomir Witold Nitras (PPE), schriftlich. – (PL) Meine Damen und Herren, in den letzten Tagen waren wir alle Zeugen der Blockade von Flughäfen auf nahezu dem gesamten europäischen Kontinent. Die Situation ist ungewöhnlich, weil sie nicht die Folge von Streiks ist, sondern einer Naturkatastrophe, die durch den Ausbruch eines Vulkans in Island verursacht wurde. Diese Lähmung, von der wir alle in gewissem Maße betroffen sind, hat eine Reihe von Konsequenzen wie die finanziellen Probleme von Fluggesellschaften und die wachsende Bedeutung des Land- und Seeverkehrs mit sich gebracht. Genau darauf möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken. In den letzten Jahren hatte der Luftverkehr eine klare Führung gegenüber anderen Verkehrsmitteln. Er war schneller, sicherer und bequemer für die Reisenden. Allerdings ist es in der derzeitigen Situation unerlässlich, Maßnahmen einzuführen, die es dem Land- und Seeverkehr ermöglichen, uns besser für die Unannehmlichkeiten zu entschädigen, die durch die Stilllegung des Luftverkehrs verursacht wurden.

Cristian Dan Preda (PPE), schriftlich. – (RO) Für die Sicherheit des Luftverkehrs ist keine Rechtfertigung erforderlich. Seit dem Vulkanausbruch in Island scheinen Flugreisen nicht nur keine praktikable Option, sondern auch nahezu eine Unmöglichkeit zu sein. Ich bin fest davon überzeugt, dass mehr Koordination auf europäischer Ebene den Bürgerinnen und Bürgern der EU, die auf verschiedenen Flughäfen rund um dem Globus festsitzen oder die absolut nicht dazu in der Lage sind, ihre geplanten Reisen fortzusetzen, geholfen hätte. Ich hoffe, dass der einheitliche europäische Luftraum eines Tages zur Realität werden wird.

Wie Sie sehr wohl wissen, hat das vollständige Flugverbot in den letzten Tagen auch unser Parlament bzw. den Betrieb seiner Plenarsitzungen betroffen. Meines Erachtens gibt es keine Rechtfertigung für eine Aufschiebung der Abstimmung und Reduzierung der Sitzung um einen Tag, selbst wenn am Montagabend, den 19. April, nur rund 65 % der Abgeordneten des Europäischen Parlaments anwesend waren. Meiner Ansicht nach muss die Sitzung wie immer abgehalten werden.

4. Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2010 (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Erklärung von Herrn Barroso, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, über das Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2010.

Ich möchte betonen, dass auch recht viele Kommissare in diesem Haus anwesend sind. Die gesamte Europäische Kommission ist stark vertreten, weil das Thema für uns alle äußerst wichtig ist. Wir mussten das Thema aufgrund der Änderung der Tagesordnung etwas kürzen, und nach dem Beitrag von Herrn Barroso werden wir die Beiträge der Vorsitzenden der politischen Fraktionen hören, die ihren politischen Standpunkt über die Vorschläge der Kommission für 2010 abgeben werden. Danach wird wieder Herr Barroso sprechen und auf die Kommentare der Vorsitzenden der politischen Fraktionen antworten.

Der Präsident. – Präsident Barroso, vielen Dank für Ihr Kommen. Es war für keinen von uns einfach, nach Straßburg zu gelangen. Viele Abgeordnete haben das Europäische Parlament nicht erreicht, daher ist die Teilnehmerzahl nicht sehr hoch. Wir haben beschlossen, während dieser Sitzungsperiode keine Abstimmung abzuhalten, weil jeder die Möglichkeit zur Abstimmung haben muss und einige Abgeordnete überhaupt nicht nach Straßburg kommen konnten. Daher gibt es einige recht neue Vorschriften für diese Sitzungsperiode.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe die Ehre und das Vergnügen, Ihnen heute das erste Arbeitsprogramm dieser Kommission vorzustellen. Es ist auch das erste Arbeitsprogramm seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Ich habe die Ehre und das Vergnügen, es zusammen mit praktisch meinem gesamten Team, der Europäischen Kommission, als Zeichen des Respekts für dieses Parlament vorzustellen.

Dieses Programm wird zu einem entscheidenden Zeitpunkt für Europa vorgestellt, da wir jetzt handeln müssen. Dieses Programm ist das direkte Ergebnis unseres politischen Dialogs. Nach intensiven Beratungen basierend auf den politischen Leitlinien, die ich für die nächsten fünf Jahre vorgelegt habe, hat mich dieses Parlament im September mit der Verantwortung für ein zweites Mandat betraut. Nach ausgiebigen Anhörungen, die es uns ermöglicht haben, eine gemeinsame Vision der vorgelegten Maßnahmen zu schmieden, hat das gesamte Kollegium im Februar Ihr Vertrauensvotum erhalten. Mit anderen Worten, dieses Arbeitsprogramm stimmt mit den politischen Prioritäten, die von Ihrer Institution zum Ausdruck gebracht

wurden, vollkommen im Einklang. Da dem so ist, bietet es eine solide Plattform zur Erzielung ehrgeiziger Ergebnisse.

Unsere allererste Priorität muss sein, aus der Krise herauszukommen und die Grundlagen für nachhaltiges, beschäftigungswirksames Wachstum zu legen. Zunächst die dringenden Angelegenheiten: wir haben kürzlich über die Ergebnisse des Europäischen Rates diskutiert. Zwischenzeitlich wurde am 11. April endlich der vorgeschlagene finanzielle Unterstützungsmechanismus für Griechenland umgesetzt. Die Kommission spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung dieses Mechanismus, wenn Griechenland um seine Aktivierung bittet. Dies ist und war von Anfang an die logische Konsequenz der Tatsache, dass die Kommission an der Suche nach einer Lösung für die finanziellen Probleme Griechenlands und bei der Aufrechterhaltung der Stabilität in der Eurozone tief involviert ist. Unsere Beteiligung stand immer mit dem Solidaritätsprinzip im Einklang, aber auch mit dem Prinzip der Verantwortung.

Wir müssen jedoch mehr tun und uns selbst fragen, warum diese Probleme aufgetreten sind und wie sie in Zukunft verhindert werden können. Aus diesem Grund sind wir gerade dabei, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu überarbeiten, um die wirtschaftliche Überwachung zu stärken und sie über die bloße Frage der Defizite hinaus auszudehnen. Wir benötigen einen dauerhaften Mechanismus zur Krisenbewältigung. Kurz gesagt, wir müssen beweisen, dass die Europäische Union und insbesondere die Eurozone dazu in der Lage sind, sich den heutigen Herausforderungen zu stellen, und wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, die uns durch den Vertrag von Lissabon geboten werden.

Aus diesem Grund wird es im kommenden Monat eine der ersten größeren Initiativen der Kommission sein, eine Mitteilung über die vermehrte Koordination der Wirtschaftspolitiken vorzulegen. Wir alle wissen, dass hier das allgemeine Interesse Europas auf dem Spiel steht. Die Union muss das System stärken und das gesamte Spektrum an Risiken und wirtschaftlichen Ungleichgewichten berücksichtigen. Wir müssen die internen Mechanismen verbessern. Indem es sich robustere Strukturen und einen koordinierteren Ansatz beschafft, kann Europa dabei helfen, die öffentlichen Finanzen auf einen neuen und realisierbaren Weg zu bringen und ein Rahmenwerk zu schaffen, das zu einem umfassenderen, nachhaltigen Aufschwung führt.

Meine Damen und Herren, in den letzten 18 Monaten haben wir enorme Fortschritte dahingehend gemacht, ein Finanzsystem einzuführen, das ethischer, robuster und verantwortungsbewusster ist. Wir müssen auf diesem Weg weitergehen, die letzten verbleibenden Lücken in den Verordnungen stopfen und gewährleisten, dass unsere Überwachungsstrukturen mit einem Sektor koordiniert bleiben, der sich ständig weiterentwickelt.

Ich bin davon überzeugt, dass unser Vorschlag über Hedge-Fonds und Private Equity bald eine entscheidende Stufe erreichen wird. Die Kommission glaubt, dass sich der Gesetzgeber unserem gemeinsamen Ziel anschließen wird, das darin besteht, zu gewährleisten, dass die neue europäische Überwachungsarchitektur für den Finanzsektor ab Beginn nächsten Jahres voll einsatzfähig wird.

2010 plant die Kommission die Vorlage mehrere Vorschläge in Schlüsselbereichen wie den Derivatemärkten, Einlagensicherungssystemen und Marktmissbräuchen. Dem Schutz der Normalverbraucher von Finanzdienstleistungen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir werden auch an anderen wichtigen Aspekten arbeiten, die mit Currency Default Swaps (CDS) und Verkäufen auf Ratenzahlung verbunden sind, und wir werden in Kürze einige Leitlinien über die Verwendung von Finanzmitteln zur Bewältigung von Bankeninsolvenzen vorschlagen.

Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Parlaments, diese Kommission hat sofort alles im Griff gehabt. Durch die Vorlage der Strategie Europa 2020 unmittelbar nach Amtseintritt haben wir die optimalen Voraussetzungen dafür geschaffen, Europa dabei zu helfen, wieder auf Kurs zu gelangen – und zwar auf den Kurs für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Wir müssen jetzt zusammenarbeiten – das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten, die Kommission – um die Dynamik aufzubauen und aufrechtzuerhalten.

Die Erzielung der Vision einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft bis 2020 erfordert große Anstrengungen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung und auf allen Gesellschaftsebenen. Auf europäischer Ebene muss unser Handeln einen echten europäischen Mehrwert haben. Dies ist das Ziel der Europa 2020-Vorreiterinitiativen – die digitale Agenda für Europa, eine vollwertige Industriepolitik, ein europäischer Plan für Forschung und Innovation, für ein ressourceneffizientes Europa, für neue Kompetenzen für neue Arbeitsplätze, für „Jugend in Bewegung“, für die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung. In diesen Bereichen kann Europa etwas bewirken.

Folglich werden wir zur Förderung des Übergangs zu einer ressourceneffizienten und klimawandelresistenten Wirtschaft beitragen. Die Bekämpfung des Klimawandels bleibt eine oberste Priorität auf unserer Agenda, und zwar sowohl intern als auch global. Der Energie- und der Transportsektor werden in diesem Jahr besondere Aufmerksamkeit erhalten – sie sind beide entscheidend dafür, die Herausforderung eines nachhaltigen Europas in unseren Wettbewerbsvorteil zu verwandeln.

Der Binnenmarkt als ein Heimatmarkt von 500 Millionen Verbrauchern, der Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit, bezahlbare Preise und Wahlmöglichkeiten für Verbraucher unterstützt, wird weiterhin das Rückgrat der europäischen Wirtschaft bilden. Ihr volles Potenzial auszuschöpfen, ist für kleine und mittelständische Unternehmen, die die wichtigsten Motoren für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Europäischen Union sind, besonders wichtig.-

Den Binnenmarkt in das 21. Jahrhundert zu bringen, ist eine Priorität der Kommission, die bis 2012 neue Vorschläge machen wird. Dies ist auch das Thema eines Berichts, dessen Erstellung ich Herrn Mario Monti in Auftrag gegeben habe und der sehr bald vorgelegt werden wird.

Ich möchte die Wichtigkeit der sozialen Eingliederung in unserer Vision für Europa 2020 betonen. Die echte Stärke einer Gesellschaft beruht auf den Chancen, die sie für ihre schwächsten Bürgerinnen und Bürger schafft. Wir müssen jede Gelegenheit wahrnehmen, um Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt zu fördern. Das bedeutet, dass wir für die Erschließung der aufstrebenden Sektoren bereit sein müssen, die neue Arbeitsplätze schaffen werden. Es bedeutet, den Menschen die richtigen Kompetenzen zu bieten, um hohe Beschäftigungsniveaus zu schaffen und aufrechtzuerhalten und die wirtschaftliche Umstellung zu ermöglichen. Es bedeutet, an der Überwindung der Auswirkungen der Krise auf junge Menschen zu arbeiten, indem die Übergänge von Bildung und Ausbildung zur Arbeit erleichtert werden. Zu diesem Zweck wird anlässlich des Europäischen Jahrs zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine breitgefächerte europäische Plattform gegen Armut gegründet. Diese Agenda ist natürlich ein Beitrag zur Erfüllung unserer Grundsätze des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts.

Die Anliegen und das Wohlergehen der europäischen Bürgerinnen und Bürger werden auch weiterhin im Mittelpunkt des Handelns der Kommission stehen. Die Umsetzung eines umfassenden Aktionsplans des Stockholmer Programms, den die Kommission heute zu einem späteren Zeitpunkt verabschieden wird, konzentriert sich genau darauf, nämlich zu gewährleisten, dass die Vorteile der europäischen Integration im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für die Bürgerinnen und Bürger greifbarer werden.

Der Aktionsplan stellt für sich allein ein umfassendes Arbeitsprogramm für die Kommission im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts dar. Er stellt die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt unserer Politiken, indem ihnen ermöglicht wird, ihre spezifischen Rechte auszuüben. Er zielt auch darauf ab, ein offenes und sicheres Europa mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und auf einer gemeinsamen Immigrations- und Asylpolitik zu entwickeln.

Im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist die Europäische Union in den letzten 10 Jahren von der Anwendung der Freizügigkeit der Personen zu einer gemeinsamen Politik übergegangen. Die bisherigen Leistungen waren beeindruckend, aber wir müssen in dieser Zeit des Herauskommens aus der Krise mehr denn je die europäischen Werte fördern und verteidigen und in der Tat vor allem das gesamte Potenzial ausschöpfen, das derzeit durch den Vertrag von Lissabon geschaffen wird. Der Aktionsplan beinhaltet eine umfassende Liste von Maßnahmen, um unsere bereits definierten Prioritäten auf diesem Gebiet sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene umzusetzen.

Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon bietet uns auch das Werkzeug, um größeren Ehrgeiz zu zeigen. Die stärkere Rolle dieses Parlaments, die effizientere Entscheidungsfindung im Rat, die Perspektive eines größeren Zusammenhalts und mehr Einheitlichkeit der Mitgliedstaaten bei den Entscheidungen des Europäischen Rats und die Überprüfung der Rechtmäßigkeit seitens des Gerichtshofs werden die Entschlossenheit der Europäischen Union bei der Erfüllung der Erwartungen und Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger stärken.

Wenn wir auf das Jahr 2020 schauen, müssen wir auch eine Reihe von Langzeittrends mit direkten Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger ansprechen. Ein sofortiges Handeln wird sich in Zukunft bezahlt machen. Zum Beispiel wird die Kommission eine öffentliche Debatte über die Zukunft der Pensionen in Gang setzen und Optionen zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit und Angemessenheit der Pensionssysteme analysieren. Natürlich werden, in jedem Bereich wie diesem, viele der Hebel auf nationaler Ebene in Bewegung gesetzt – das darf uns aber nicht davon abhalten, zu gewährleisten, dass die Europäische Union einen maximalen Beitrag leistet.-

Im auswärtigen Bereich bieten uns die neue Rolle des Hohen Vertreters/Vizepräsidenten und der Start des Europäischen Auswärtigen Dienstes die Werkzeuge, um eine stärkere und kohärentere EU-Außenpolitik zu bilden. Wir werden strategische Prioritäten der Handelspolitik abstecken, Handelsgespräche voranbringen und mit Partnern an Themen arbeiten, die vom Marktzugang bis hin zum Regelungsrahmen und globalen Ungleichgewichten reichen. Wir werden unsere Europa 2020-Ziele auf den globalen Markt projizieren, zum Beispiel durch die G20.

Die Kommission wird auch die Herausforderungen der Energie-Geopolitik in Angriff nehmen, um sichere, gefahrlose, nachhaltige und bezahlbare Energie zu gewährleisten.

Eine weitere Hauptpriorität für die Kommission ist die Verfolgung der internationalen Entwicklungsagenda und die Unterbreitung eines EU-Aktionsplans im Vorfeld des Gipfels über die Millenniumsentwicklungsziele 2015. Diese Initiative bildet die Grundlage für die Junitagung des Europäischen Rates zur Einnahme einer gemeinsamen EU-Position angesichts des im September stattfindenden hochrangigen Treffens der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), das auf die Einführung eines globalen Aktionsplans abzielt, um die MDGs bis 2015 zu erreichen. Wir wollen ein Europa, das offen ist und seine Solidarität mit den schutzbedürftigsten Menschen auf der Welt in konkreten Maßnahmen zeigt.

Schließlich werden wir, wie mit diesem Parlament vereinbart, die Überprüfung des Haushaltsplans im Laufe des dritten Quartals dieses Jahres veröffentlichen. Darin werden wir darlegen, was wir als die Hauptgrundsätze und Parameter zur bestmöglichen Nutzung der Finanzressourcen der Europäischen Union ansehen, wobei die Europa 2020-Strategie dabei voll berücksichtigt wird. Parallel dazu werden wir detailliertere Beurteilungen von Schlüsselbereichen vornehmen, darunter Landwirtschaft und Kohäsion. Ich kann Ihnen versichern, dass das Parlament in allen Phasen der Überprüfung des Haushaltsplans voll eingebunden wird.

Bevor ich meinen Beitrag beende, würde ich gerne kurz eine Reihe von Neuerungen im Arbeitsprogramm erläutern. Dieses Programm und zukünftige Programme müssen den richtigen Rahmen für die Institutionen bieten, um einen soliden Konsens darüber zu erzielen, wo Europa seine Aufmerksamkeit konzentrieren sollte. Folglich müssen wir politischer sein und wir müssen auch die mehrjährige Herausforderung von Initiativen in der von uns angestrebten Größenordnung reflektieren. Meiner Meinung nach sollte die Art und Weise, wie wir die Arbeitsprogramme in Zukunft erstellen, eine konkrete Demonstration der speziellen Partnerschaft sein, die ich und die Kommission mit dem Europäischen Parlament in diesem Mandat aufbauen möchten.

Dieses Programm benennt 34 strategische Initiativen, die wir vor Ende Dezember auf den Tisch bringen müssen. Ich bin sicher, dass Sie auch der Meinung sind, dass dies eine ehrgeizige Agenda für die nächsten acht Monate ist.

Gleichzeitig beinhaltet das Programm viele andere Initiativen für 2010 und darüber hinaus. Diese vorläufige Liste umfasst Initiativen, an denen die Kommission in den kommenden Jahren arbeiten wird. Nicht all diese Initiativen werden zwangsläufig zur Vorlage konkreter Vorschläge führen. In Übereinstimmung mit den Grundsätzen der intelligenten Verordnung müssen wir sorgfältig abwägen, welche Punkte vorangebracht werden sollten und in welcher Form.

Das Arbeitsprogramm wird jedes Jahr überprüft, um neue strategische Initiativen zu ermitteln und den mehrjährigen Strang je nach Bedarf anzupassen. Dieser „rollende“ Ansatz wird die Transparenz und Vorhersagbarkeit für alle Interessenvertreter verbessern und gleichzeitig die notwendige Flexibilität aufrechterhalten, um auf unvorhergesehene Entwicklungen zu reagieren. Eine Sache, die wir in den letzten Jahren gelernt haben, ist, dass wir immer das Unvorhersagbare vorhersagen sollten. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass strategische Entwürfe nicht in Stein gemeißelt werden können – sie müssen sich der Realität vor Ort anpassen.

Verehrte Abgeordnete, das Arbeitsprogramm der Kommission für 2010, das wir heute vorstellen dürfen, ist ein ehrgeiziges, aber auch notwendiges und realistisches Rahmenwerk für die Gestaltung der europäischen Politik in den kommenden Jahren. Es ist realistisch, wenn alle Institutionen dazu bereit sind, ihre Kräfte zu vereinen und mit Blick auf die rechtzeitige Lieferung von Ergebnissen für die Bürgerinnen und Bürger Europas zusammenzuarbeiten; es ist notwendig, weil eine einfache Fortsetzung keine Option ist, wenn wir möchten, dass 2010 einen Wendepunkt markiert; und es ist ehrgeizig, weil jetzt mehr denn je ein starkes Europa erforderlich ist, um den Bürgerinnen und Bürgern die Lösungen zu liefern, die sie suchen. Sie erwarten dies von uns, und wir haben die Pflicht, für ihren Wohlstand und ihr Wohlergehen zu arbeiten.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Barroso, für eine umfassende Präsentation der wichtigsten Initiativen der Kommission für die nächsten acht Monate.

Ich möchte nur noch betonen, dass die strategische Partnerschaft, von der Sie gesprochen haben, für uns überaus wichtig ist. Wir unterscheiden zwischen exekutiver und legislativer Gewalt, aber unsere Zusammenarbeit ist für unsere Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung. Daher haben wir Ihren Worten über die Notwendigkeit, dass der Kontakt zwischen der Kommission und dem Parlament so eng wie möglich sein sollte, mit großer Freude zugehört. Ihre Anwesenheit und die Anwesenheit der Kommissare während der heutigen Sitzung ist der beste Beweis dafür, dass die Absichten der Kommission mit den Tatsachen übereinstimmen. Vielen Dank dafür.

József Szájer, im Namen der PPE-Fraktion. – (HU) Herr Präsident, im Namen der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) begrüßen wir die Tatsache, dass die Kommission ehrgeizig an die Arbeit gegangen ist und ihr Arbeitsprogramm für 2010 vorgestellt hat. Wir verstehen dies in dem Sinne, in dem es gemeint war, dass die Kommission präsent ist, und wir verstehen dies als Zeichen des Respekts für das Parlament, des Ernstnehmens des Parlaments, und wir freuen uns sehr, dass sie alle hier sind. Gleichzeitig bedauern wird, dass in diesem Jahr bereits viel Zeit vergeudet wurde, da die Verzögerung bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon die Harmonisierung des Legislativprogramms und die Erstellung des Haushaltsplans in diesem Jahr verhindert hat. Wir sind uns sicher, dass dieser Prozess 2011 wiederaufgenommen werden kann, nachdem geringfügige Schwierigkeiten überwunden wurden.

Der Vertrag von Lissabon ist in Kraft getreten, und ab jetzt können weder wir als Abgeordnete des Europäischen Parlaments noch die Kommission oder der Rat Ausreden dafür erfinden, keine entscheidenden Maßnahmen zu treffen oder die Arbeit nicht in Angriff zu nehmen, das heißt, umzusetzen, was der Vertrag von Lissabon vorschreibt, und zu erfüllen, was die Bürgerinnen und Bürger wollen, wobei wir sie in den Mittelpunkt unserer Politikpläne stellen müssen.

Die Europäische Volkspartei hat zwei Listen in Bezug auf die Pläne der Kommission erstellt. Wir haben Ihnen die Einzelheiten noch vor der Annahme übermittelt. Die zwei Listen, die ich nun kurz zitieren möchte, bestehen einfach aus einer Liste darüber, was die Kommission nicht tun sollte, und einer Liste, die aufzählt, was sie nach unserem Wunsch tun sollte.

Erstens möchten wir darum bitten, dass die Kommission von ihrer bisherigen Praxis absieht, weil dadurch diese Debatte bedeutungslos würde, nämlich, dass bis Oktober nur 40 % unserer Gesetzesvorschläge für das Jahr vorgebracht wurden. Falls dies in Zukunft weiterhin der Fall sein wird, dann sind diese Art von Debatten sinnlos. Das Parlament kann das Recht, durch das es darauf Einfluss nehmen möchte, welche Vorschläge die Kommission voranbringt, nicht ausüben. Aus diesem Grund halten wir es für wichtig, dass diese Gesetzesvorschläge oder Arbeitsprogramme nicht auf einer Stufe mit den alten kommunistischen Fünfjahresplänen betrachtet werden, an denen von vorne bis hinten nichts wahr war. Und was sie schließlich erreichten, hatte rein gar nichts mit den Endzielen zu tun.

Außerdem möchten wir die Kommission darum bitten, keine Lügen und Täuschungen zu tolerieren. Derzeit befinden sich mehrere europäische Länder in der Krise, weil sie die korrekten Daten verschleiert und über die Höhe des Haushaltsdefizits gelogen haben. Sie haben diese Informationen vor den anderen verheimlicht, und trotzdem sitzen wir alle im gleichen Boot. Und von diesen Dingen sind viele Menschen betroffen. Dies war der Fall in Ungarn, dies war der Fall in Griechenland. In solchen Fällen erwarten wir, dass die Kommission nicht zurückschreckt, sondern solche Länder benennt und entschieden an den Pranger stellt, da es ansonsten später viel größere Probleme geben wird.

Der berühmte Denker des 19. Jahrhunderts der ungarischen Reformzeit, Graf Széchenyi, sagte, dass jeder, der Probleme verschleiert, diese nur verschlimmert. Deshalb sollten wir sie nicht verschleiern, sondern in Angriff nehmen und, auf dieser Grundlage, die notwendigen entschlossenen Maßnahmen ergreifen. Die Kommission sollte ihre Zuständigkeit in dieser Hinsicht ausüben. Bitte missverstehen Sie mich nicht. Ich sage nicht, dass die Kommission für diese Krisen verantwortlich zu machen ist. Die Regierungen dieser Länder sind für diese Krisen verantwortlich; allerdings hätten wir im Interesse des Gemeinwohls unsere Stimmen lauter und entschlossener werden lassen müssen, um Ergebnisse zu sehen.

Lassen Sie uns nun zu dem kommen, was die Kommission tun sollte. Allem voran sollte sie endlich Maßnahmen ergreifen und Entscheidungen treffen, und sie sollte ein ehrgeiziges Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen entwickeln. Sie sollte die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze muss unser Leitgrundsatz sein. Lassen Sie mich hier damit beginnen, dass wir, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger ansprechen, eine Sprache sprechen müssen, die

sie verstehen. Wenn wir 2020 sagen, dann assoziiere ich – ein Abgeordneter aus einem ehemaligen kommunistischen Land – dies wieder mit dem Fünfjahresplan oder mit einer Art Nummer, die für die Zuweisung von Gefangenen benutzt wurde. Warum nennen wir das Programm 2020 nicht das Programm der Europäischen Union zur Schaffung von Arbeitsplätzen, warum nennen wir das Stockholmer Programm – einen Namen, den, nebenbei bemerkt, keiner außer uns versteht – das europäische Programm für Bürgersicherheit? Was ich damit sagen möchte, ist, dass die Wörter, die wir benutzen, auch ein wichtiger Teil des Beginns dieses Prozesses insgesamt sind.

Wir halten es für wichtig, dass kleine und mittelständische Unternehmen eine aktive Rolle im Prozess der Beschaffung von Arbeitsplätzen spielen. Sie würden es nicht gutheißen, wenn das Programm 2020 zur Beschaffung von Arbeitsplätzen vom Parlament abgespeißt würde. Wir brauchen hier eine gründliche Debatte, und zwar nicht nur in diesem Parlament, sondern auch in den nationalen Parlamenten, wobei auch die nationalen Entscheidungsinstanzen einbezogen werden müssen. Lassen Sie uns aus dem Versagen des Lissabon-Programms lernen – schon wieder ein Name, den keiner versteht! Lassen Sie uns für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger arbeiten, und lassen Sie uns die notwendigen diesbezüglichen Schritte einleiten. Herr Präsident, nur noch ein Kommentar: der Mensch lebt nicht vom Brot allein – die Stärkung unserer gemeinsamen Werte ist auch wichtig. Wir erwarten, dass die Kommission die wertorientierten Programme weiterführt, die den Kommunismus, die Koexistenz nationaler Minderheiten und die gemeinsame Vergangenheit Europas behandeln. Die Europäische Volkspartei wird Sie unterstützen, aber wir werden Sie auch aufs schärfste kritisieren, falls Sie von dem ursprünglichen Programm abweichen.

Hannes Swoboda, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, liebe Damen und Herren Kommissare! Danke, dass Sie heute so zahlreich da sind, was ich von vielen meiner Kolleginnen und Kollegen nicht sagen kann. Mit Scham muss ich feststellen, dass nicht alle, die nicht da sind, nicht da sind. Sie sind nämlich schon da, aber nicht hier, wo sie sein sollten. Das ist sehr traurig.

Da wir keine Gemeinsame Entschließung haben, werden wir Ihnen unsere einzelnen Punkte übermitteln und Sie können das im Detail begutachten. Herr Präsident, wir stimmen mit Ihnen überein, dass es um die Wettbewerbsfähigkeit geht bei gleichzeitiger sozialer Sicherheit in einem Europa der Nachhaltigkeit. Da gilt es natürlich vor allem auch die Arbeitslosigkeit, die nach wie vor zum Teil steigt oder zumindest unangemessen hoch ist, und – ich danke, dass Sie das erwähnt haben – die Armut zu bekämpfen, etwas, was bei einigen Regierungschefs nicht so sicher ist. Wie soll das aber geschehen in Zeiten der Konsolidierung der Budgets? Denn natürlich müssen wir die Budgets konsolidieren. Aber das kann – und da bitte ich die Kommission, darauf zu achten –, nur mit Augenmaß geschehen und in einer zeitlichen Abfolge, die nicht die anderen Ziele, die notwendig sind – nämlich die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut –, wieder zunichte macht.

Weil vor Kurzem in Cordoba der Gipfel zur Roma-Frage stattgefunden hat, bei dem zwar nicht Sie, aber doch zwei Mitglieder der Kommission waren – Frau Vizepräsidentin und der Kommissar für Soziales –, möchte ich bei dieser Gelegenheit doch sagen, wie wichtig diese Frage ist. Ich habe vor Kurzem in Serbien Roma-Siedlungen gesehen. Es ist unfassbar, dass so etwas in Europa existiert. Ich bitte die Kommission, alles daran zu setzen, in dieser Frage wirklich ernsthaft auch dieses Problem der Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Ich komme im Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung zum nächsten Punkt: Wir brauchen weitere Investitionen. Wir haben das heute Früh mit Vizepräsident Kallas diskutiert: Wir haben zu wenig investiert, z. B. in transeuropäische Netze. Heute sehen wir, wo wir die Probleme haben, weil wir nach wie vor hinterherhinken mit dem, was damals im so genannten Delors-Plan entworfen worden ist. Da bitte ich, wenn Sie von Partnerschaft reden, Herr Kommissionspräsident: Gerade was die Budgetfrage und die zukünftige Budgetplanung betrifft, brauchen wir diese Partnerschaft, denn wir sehen ja schon jetzt bei Kleinigkeiten, wie der Rat die Budgets auf der europäischen Ebene kürzen will. Das können wir uns nicht gefallen lassen.

Herr Präsident, Sie haben vom Monti-Bericht gesprochen. Das ist sicherlich ein wichtiger Bericht, und es ist auch gut, dass Sie Herrn Monti damit beauftragt haben, der sicherlich ein Experte auf diesem Gebiet ist. Aber wenn wir vom gemeinsamen Markt sprechen, dann müssen wir von der sozialen Marktwirtschaft reden. Und da sind für uns insbesondere auch die gemeinwirtschaftlichen Dienste ganz wichtig. Sie haben zugesagt, dass Sie Vorschläge für eine Rahmenrichtlinie vorlegen werden. Wir wollen nicht alle einzelnen Punkte hier behandeln, aber ich glaube, dass wir für die europäische Identität gerade auf diese gemeinwirtschaftlichen Dienste zählen müssen, gerade auch angesichts der Verkehrsprobleme, die wir gesehen haben und die zeigen, wie wichtig z. B. gemeinwirtschaftliche Bahndienste sind. Es ist nebensächlich, ob sie von privater oder von

öffentlicher Hand angeboten werden, aber geregelt und gesichert müssen sie vor allem durch eine gemeinsame europäische Politik der gemeinwirtschaftlichen Dienste werden.

Ich komme zum letzten und entscheidenden Punkt: Sie haben von der Wirtschaftskrise gesprochen und auch von Griechenland und anderen Ländern, die in einer Krisensituation sind. Wir haben schon das letzte Mal in Diskussionen mit Herrn Van Rompuy festgestellt, dass das, was der Europäische Rat in diesem Fall geleistet hat, keine europäische Spitzenleistung war. Hätte man das Ganze schon vor zwei oder drei Monaten gemacht, dann hätte man Griechenland hohe Zinszahlungen erspart. Sie haben darauf hingewiesen, aber ich glaube, wir brauchen mehr als Hinweise. Wir brauchen die starke Stimme der Kommission, die diese Dinge einfordert.

Ich gebe Ihnen auch Recht. Es geht nicht darum – weil das immer wieder missverstanden wird –, dann einzugreifen, wenn die Krise einmal da ist und die Defizite ins Uferlose gehen. Es geht darum, dass das durch eine entsprechende Überwachung der wirtschaftlichen und budgetären Entwicklung möglichst verhindert wird. Ich höre schon jetzt wieder Regierungen, die sagen: Nein, nein, unsere Statistik und unsere Budgetgestaltung dürfen Sie nicht einsehen! Das ist nicht akzeptabel. Wenn wir das, was in den letzten Monaten und Jahren geschehen ist, verhindern wollen, dann müssen wir das tun. Warum muss denn eine Regierung ihre Statistiken und ihre budgetäre Entwicklung verheimlichen? Natürlich hat sie einen Spielraum, sie muss einen Spielraum haben, aber insbesondere in der Eurozone muss der Spielraum ein solcher sein, dass er mit den europäischen Zielsetzungen, mit den europäischen Zielrichtungen übereinstimmt.

Herr Präsident, wir sind bereit zur speziellen Partnerschaft, die Sie erwähnt haben. Aber diese Partnerschaft muss auf einer starken Position des Parlaments, aber auch der Kommission beruhen. Wir verhandeln in diesen Tagen noch über das Rahmenabkommen. Es regelt einige Details, aber entscheidend ist der Geist, der dahintersteckt. Und dieser beinhaltet auch, dass Sie, wenn einige Regierungschefs den Vertrag von Lissabon missbrauchen wollen, um ihre Position zu stärken, auch klar sagen: Nein, der Vertrag von Lissabon soll Europa stärken! Daher brauchen wir eine starke Stimme der Kommission. Dann werden wir auch mitgehen und Sie unterstützen, wenn wir auch in einzelnen Details unterschiedliche Meinungen haben. Aber wir müssen beide für ein starkes Europa kämpfen. Gerade in diesen Tagen, angesichts des Verhaltens einiger Regierungschefs, ist das sehr wichtig.

Marielle De Sarnez, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Präsident der Kommission, ich halte dieses Programm angesichts der heutigen Umbrüche und Herausforderungen vielleicht für allzu zaghaft, und meiner Meinung nach haben wir das Recht, von der Kommission größeren Ehrgeiz zu erwarten, und zwar umso mehr, weil Sie sich dazu verpflichtet haben.

In Bezug auf die Regulierung des Finanzsektors verstehe ich voll und ganz, was Herr Barnier zu tun versucht. Sie geht in die richtige Richtung, aber meines Erachtens hätten wir noch weiter gehen und andere Wege berücksichtigen können, wie die Trennung von Bankgeschäften, die Besteuerung von Kapitalbewegungen oder ein schlichtes und einfaches Verbot von Finanzderivaten, wie es derzeit in den Vereinigten Staaten in Erwägung gezogen wird.

Allerdings – und für mich ist dies sogar noch wichtiger – müssen wir meiner Meinung nach auf jeden Fall alles tun, was in unserer Macht steht, um die echte Wirtschaft und nachhaltige Investitionen zu fördern, die im Gegensatz zur aktuellen Wirtschaft, die extrem durch Finanzdienstleistungen angetrieben wird, tatsächlich Arbeitsplätze schaffen. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir an konkreten Projekten in dieser Richtung arbeiten. Ich kann in dem heutigen Programm keinerlei Projekte dieser Art sehen.

Ich glaube auch, dass wir weit reichende Projekte benötigen. Wenn es jemals eine Zeit gegeben hat, das Konzept eines Europas der Eisenbahnstrecken wiederaufleben zu lassen, dann ist es heute, mit der Krise, die wir durchgemacht haben. Derzeit haben wir täglich 28 000 Flüge in der Europäischen Union. Nun ist wirklich der Zeitpunkt gekommen, jenes Europa der Eisenbahnstrecken wiederaufleben zu lassen, über das schon seit Jahrzehnten gesprochen wurde.

Ich glaube jedoch, dass ohne eine echte wirtschaftliche Koordination und Wirtschaftsführung nichts erreicht werden wird. Von diesem Blickpunkt aus bedaure ich, dass der Rat für eine Arbeitsgruppe über diese Frage zuständig ist; Ich hätte es vorgezogen, dass dies die Aufgabe der Kommission gewesen wäre.

Wir benötigen dringend haushaltspolitische, wirtschaftliche und industrielle Koordination. Wir müssen einen Europäischen Währungsfonds schaffen und gleichzeitig Maßnahmen zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten umsetzen. Auch wenn dies ein Begriff ist, der nicht mehr benutzt wird, müssen wir in Richtung einer steuerlichen Konvergenz arbeiten. Ich denke dabei insbesondere an die Frage der

Unternehmensbesteuerung. Darüber hinaus müssen wir an einer eigenen Ressource für den EU-Haushalt arbeiten. Meiner Meinung nach wären dies überzeugende Maßnahmen, die uns durchaus zurück auf den Weg zum Wachstum bringen können.

Ich möchte noch eine Sache über die zukünftige wirtschaftliche Strategie der Union für 2020 sagen: Bitte geben Sie nicht die quantifizierten Ziele in Bezug auf Armut und Bildung auf. Aus diesem Blickwinkel werden Sie meiner Meinung nach die Unterstützung des gesamten Europäischen Parlaments haben. Wir sprechen hier über das europäische Gesellschaftsmodell, das wir wollen und das wir lieben.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Kommissare! Ich wünsche mir auch, das Parlament würde den Respekt, den Sie ihm entgegenbringen, mit mehr Präsenz beantworten. Wir werden daran zu arbeiten haben.

Das Arbeitsprogramm, das Sie vorgelegt haben, ist sehr breit angelegt und enthält Überschriften, die sehr ehrgeizig klingen. Schon die Einleitung ist überschrieben mit „Eine neue Ära“. Ich bin mir nicht sicher, dass das, was sich im Einzelnen unter den großen Überschriften findet, diesem doch sehr wohlklingenden Anspruch gerecht wird. Es geht immer noch um die Klimakrise, es geht weiter um die Finanz- und Wirtschaftskrise. Griechenland hat noch einmal gezeigt, dass wir in der Europäischen Union nicht nur wirtschaftlich eine immer größere Kluft haben, sondern dass auch eine soziale Kluft besteht, also die Bedingungen, unter denen europäische Bürger im Süden, im Osten oder im Nordwesten leben, sehr unterschiedlich sind. Die Herausforderungen sind also groß.

Insbesondere im Bereich soziales Europa und mehr Gerechtigkeit kann ich dem Kollegen Swoboda nur Recht geben: Da muss unbedingt nachgearbeitet werden. Dass das, was nun auf dem Tisch liegt, schon ausreicht, um die immer größere Armut in der Europäischen Union anzugehen, davon sind wir überhaupt nicht überzeugt.

Sind die Konsequenzen aus der Finanzkrise und der anschließenden Wirtschaftskrise richtig gezogen? Was wir bezüglich der finanziellen, der ökonomischen Integration richtig finden, ist, dass erneut Vorschläge für eine Anpassung der Unternehmensbesteuerung gemacht werden. Wir sind als Grüne sehr dafür, seit Ewigkeiten dafür, das voranzutreiben. Wir sind auch für die Energiebesteuerung. Da werden Sie sich auf uns verlassen können, wenn Sie es denn nun endlich wahr machen. Was uns aber angesichts der Erfahrung mit der Finanzkrise weiterhin fehlt, ist ein klares Arbeitsziel zur Finanztransaktionssteuer. Da kann man natürlich sagen, wir warten auf die Mitgliedstaaten, aber ich glaube, das ist das, was auch Herr Szájer gesagt hat: Sie müssen manchmal auch konkretere, präzisere Forderungen aufstellen und dann dafür kämpfen. Dass wir im Fall Griechenland nicht ausreichend reagiert haben, ist klar. Dass jetzt kein Vorschlag für Eurobonds gemacht wird, das finden wir nicht in Ordnung.

Herr Barroso, Sie hatten in Ihrer Kampagne für Ihre zweite Amtszeit die Dienstleistungen von öffentlichem Interesse sehr, sehr hoch bewertet. Sie sind in den Fraktionen auch dazu befragt worden. Auch dazu finde ich, dass unter der Überschrift „Der Mensch im Mittelpunkt“ die Dienstleistungen von öffentlichem Interesse und das, was Sie dazu an Regulierung leisten wollen, absolut unzureichend behandelt werden. Sie würden auf diese Weise schon jetzt eins Ihrer ganz großen Versprechen brechen.

In Sachen Klimaschutz: Die verschiedenen Generaldirektionen, die sich im Moment mit Klimaschutz befassen, arbeiten an Szenarien mit unterschiedlichen Zielsetzungen für 2050. Beim Verkehr geht es langfristig um 70 % Reduktion, bei Energie um 75 %. Connie Hedegaards Leute haben sich noch nicht festgelegt; ich hoffe, ihre Zielsetzungen werden ehrgeiziger. Aber fest steht, in keiner Generaldirektion spielt Bali oder das Zwei-Grad-Ziel noch eine Rolle. Was nützt das ganze Gerede über die neue, große europäische Klimadiplomatie, wenn wir Bali oder auch Vereinbarungen, die im Rahmen von G8 getroffen wurden, ganz offensichtlich in den Wind geschrieben haben? Das, was im Programm steht, reicht nicht, um in Bonn, in Cancún oder in Südafrika erfolgreich als Europäer aufzutreten. Da ist noch viel zu tun!

Timothy Kirkhope, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, da wir gerade von Programmen reden, möchte ich Sie an die Lektion des Programms aus dem Jahr 1992 erinnern: damit die Kommission Ergebnisse erzielen kann, muss sie eine Priorität festlegen und sich gleichzeitig auf eine Politik konzentrieren. Die Bemühungen zur Schaffung des Binnenmarktes war ein lohnenswertes Ziel, das von allen Beteiligten – und ganz besonders von der Öffentlichkeit – ohne weiteres verstanden werden konnte; aber seitdem haben wir allzu oft gesehen, dass die Kommission eine Initiative nach der anderen einführt, ungeachtet dessen, ob Europa das richtige Forum dafür war oder ob sie wirklich einen greifbaren Nutzen bereitstellten, in der vergeblichen Hoffnung, dass sie dadurch populär gemacht würde. Dieser Ansatz war falsch und hat versagt. Aus diesem Grund begrüßen wir die neue Richtung, die von Präsident Barroso eingeschlagen wurde.

Die europäische Wirtschaft steckt noch immer in einer tiefen Krise, und nur konsequente Maßnahmen werden diese Situation ändern. Ich beziehe mich nicht einfach auf die unmittelbare Krise, die durch das Versagen des Banksystems ausgelöst wurde, oder den zusätzlichen Druck, der nun durch die Transportnotfälle geschaffen wird. Ich meine die zugrunde liegende Krise, durch die die europäische Wirtschaft hinter wettbewerbsfähigeren und innovativeren Wirtschaften auf der anderen Seite des Atlantiks und in Asien zurückgefallen ist. Aus diesem Grund unterstützen wir voll und ganz die Hauptinitiative dieser Kommission: die Strategie 2020. Wenngleich unseres Erachtens noch Details hinzugefügt und geändert werden sollten, ist der allgemeine Tenor der Politik richtig. Europa benötigt eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum, das zu Beschäftigung, Produktivität und sozialer Eingliederung einen großen Beitrag leisten kann – hört, hört! Das muss die vorrangige Priorität sein, die die Kommission definiert.

Unser zukünftiger wirtschaftlicher Wohlstand und alle Vorteile, die dieser erzeugen kann, hängen von erfolgreichen Unternehmen und Unternehmern ab; sie sind es, die Wohlstand und nachhaltige produktive Arbeitsplätze schaffen, und das ist die beste Antiarmutspolitik, die bisher erfunden wurde. Die Kommission muss ihre Hauptverbündete sein, nicht ihre Gegnerin. Aus diesem Grund begrüßen wir die Verpflichtungen dahingehend, den Binnenmarkt durch seine Erweiterung wiederzubeleben, eine intelligente Verordnung zu betonen, zu gewährleisten, dass die Umsetzung der Vorschriften in der gesamten Union einheitlich und fair ist, die Verwaltungslast wesentlich zu verringern und Bürokratie abzubauen und Engpässe anzugehen, eine vorbildliche Praxis im Bereich Ausbildung zu teilen, den Arbeitsmarkt zu modernisieren und Handelsbarrieren zu verringern.

Präsident Barroso wird bei der Übernahme der Führung hinsichtlich der Entwicklung einer lebendigen, dynamischen europäischen Wirtschaft unsere Unterstützung erhalten. Natürlich sind wir nicht mit allem einverstanden. Wir sind besorgt, dass einige Maßnahmen zu Verletzungen der Rechte und Pflichten von Mitgliedstaaten führen könnten, wie das Konzept eines Europas der Bürgerinnen und Bürger oder einige Aspekte des Stockholmer Programms. Wir fühlen uns durch die Aussicht auf eine Reform in der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik ermutigt, sind aber auch besorgt, dass dies zu mehr Bürokratie anstatt zu einer fairen Lösung für Landwirte und Fischer führen könnte. Schließlich sind wir nicht damit einverstanden, dass von Mitgliedstaaten unternommene gemeinsame Initiativen im Bereich auswärtige Angelegenheiten gänzlich von der Kommission übernommen, sondern lieber dem Rat überlassen werden sollten.

Die Europäischen Konservativen und Reformisten wurden gegründet, um das Subsidiaritätsprinzip hochzuhalten; wir wollen ein Europa, das sich auf seine eigentlichen Hauptaufgaben konzentriert und echte Vorteile bringt, und wir sind zuversichtlich, dass Präsident Barroso und seine Kommission – von denen alle hier sind, einer für jeden von uns, heute – die in einem Großteil des vorgelegten Arbeitsprogramms offensichtlich gewordene Gelegenheit ergreifen, ein Europa zu fördern, das seine Rolle bei der Formung eines wirtschaftlichen Aufschwungs spielt und eine Grundlage für unseren langfristigen Wohlstand in den schwierigen und komplexen Jahren bieten kann, die vor uns liegen.

Miguel Portas, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Herr Präsident, der Titel des heute hier diskutierten Programms lautet: „Jetzt handeln“. Wenn Sie fünf Tage benötigt haben, um eine Videokonferenz unter den Ministern der Union zu organisieren, kann ich sie nur zu Ihrem Sinn für Humor beglückwünschen, Herr Barroso. Warum ist es jetzt Zeit zu handeln? Ist es deshalb, weil bislang noch keiner gehandelt hat und der Titel eine Stück Selbstkritik ist? Oder ist es, weil dieser Titel, wie alle anderen Titel unserer bürokratischen Mitteilungen, nur ein leeres Versprechen ist, das sich hinter einem Haufen Wörter versteckt?

Ich werde Ihnen ein Beispiel nennen. Wir befinden uns im Europäischen Jahr zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung, auch wenn die Armen nichts davon wissen. In Ihrem Schriftstück wird von einer Initiative gesprochen – und ich zitiere – „wie gewährleistet werden kann, dass Wachstum und Beschäftigung möglichst vielen Menschen zugute kommen.“ Ist das ein weiterer Witz? Was für eine Initiative ist das und wie kann sie die soziale Unterstützung kompensieren, die die Mitgliedstaaten derzeit um ihrer Stabilitätsprogramme willen zurückziehen?

Wie beabsichtigt die Kommission, die Vorteile von etwas zu teilen, das nicht existiert: Wirtschaftswachstum? Wie beabsichtigt sie, die Anzahl der armen Menschen zu verringern, ohne das Einkommen der Reichen und Superreichen anzutasten? Bei unserer Uneinigkeit geht es um Politik. Eine Rückkehr zur Diktatur des Defizits fängt Wirtschaften in der Falle, kürzt Löhne, kürzt Leistungen und zwingt öffentliche Investitionen zum Rückzug. Dies ist ein Rezept für mehr Arbeitslosigkeit.

Obwohl es Zeit ist, jetzt zu handeln, denkt die Kommission, dass die Union letzten Endes dazu in der Lage war, Kräfte zu vereinen, um der Krise entgegenzutreten. Fragen Sie die Griechen, ob sie genauso denken, ob wir schnell genug waren und ob wir fair genug waren. Wann werden wir die europäische Rating-Agentur

haben? Fragen Sie die Portugiesen, wessen Schuldzins jedesmal in die Höhe schnellte, wenn ein Kommissar entscheidet, über Wirtschaftslehre zu sprechen. Fragen Sie die europäische Öffentlichkeit. Fragen Sie die europäische Öffentlichkeit, warum die Dinge so sind, wie sie sind, und sie werden den Fragenden anschauen und lächeln, weil schließlich der Sinn für Humor nicht besteuert wird.

Fiorello Provera, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die 99 % der Produktionsstätten Europas bilden, benötigen vier grundlegende Elemente: leichteren Zugang zu Krediten, größere Arbeitsmarktflexibilität, weniger Bürokratie, wenn es um die Erschließung und Verwaltung von Geschäften geht, und schließlich Schutz vor unlauterem Wettbewerb.

Wir schätzen die von der Kommission geleistete Arbeit zur Modernisierung der europäischen Gesetzgebung mit der Aufhebung von 1 600 Rechtsakten während der letzten Amtszeit, und wir unterstützen die Vorschläge, die von der von Herrn Edmund Stoiber angeführten Hochrangigen Gruppe gemacht wurden.

Ein anderes wichtiges Element für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ist die internationale Handelssituation. In dieser Krisenzeit ist es wichtig, das Handelsschutzsystem der Europäischen Union zu stärken. Unternehmen können nicht mit sozialen und ökologischen Dumping-Strategien wetteifern, die von einigen aufstrebenden Wirtschaften wie China umgesetzt werden, in denen die Lohnkosten extrem gering sind und es keine sozialen Absicherungen und die damit verbundenen Kosten oder hohen Umweltschutzstandards gibt.

Eine andere Frage, bei der die Kommission aggressiver einschreiten sollte, ist der Kampf gegen Fälschung und der Schutz der Rechte geistigen Eigentums.

Kurz gesagt, ich kann keine Initiativen im Arbeitsprogramm der Kommission sehen, die auf die Umsetzung der im Vertrag von Lissabon festgelegten Leitlinien der Kohäsionspolitik abzielen.

Zum ersten Mal erkennt Artikel 174 des Vertrags die spezifische Rolle von Bergregionen an, die 40 % unseres Territoriums und über 90 Millionen europäische Bürgerinnen und Bürger repräsentieren. Aus diesem Grund fordere ich Sie dazu auf, in das nächste Legislativprogramm einen Vorschlag für ein Rahmenprogramm aufzunehmen, um die Entwicklung und den Schutz von Bergregionen zu unterstützen und aus all den möglichen Verwendungen für erneuerbare Energien, die die Berge bieten, Nutzen zu ziehen.

Andrew Henry William Brons (NI). – Herr Präsident, im Arbeitsprogramm der Kommission für 2010 wurde gesagt, dass sich die Europäische Union langfristigen Herausforderungen wie der Globalisierung stellen muss und ihre Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen muss. Das Problem ist, dass sich die EU der Globalisierung nicht gestellt hat: sie hat sie sich zu eigen gemacht. Sie lässt eine Importflut aus Entwicklungsländern mit Lohnsätzen zu, die ein Bruchteil derjenigen in Europa sind. Die einzige Art und Weise, wie wir möglicherweise die Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen können, wäre die Senkung der Lohnsätze auf ihr Niveau.

Natürlich befürworte ich eine Mitgliedschaft der Europäischen Union noch nicht einmal. Aber selbst wenn ich sie befürworten würde, würde ich ihre Herren des Verrats der wirtschaftlichen Interessen ihrer Völker bezichtigen. Ich würde sagen, dass die EU nicht so sehr eine Europäische Union, sondern vielmehr eine globale Union ist, die versucht, die globale Mobilität aller Waren und Dienstleistungen zu erreichen.

Ich glaube, dass die souveränen Nationalstaaten ihre Produktionsstandorte umorganisieren und dann ihre Märkte und die Arbeitsplätze ihrer Staatsangehörigen schützen sollten. Allerdings ist meine Botschaft auch an Europhile gerichtet. Europa, entweder als Ganzes oder separat, wird seine Produktion und seine Landwirtschaft auf eigene Gefahr nicht vor der Konkurrenz der Dritten Welt schützen. Der Globalisierung muss entgegengewirkt werden, entweder individuell oder gemeinsam, oder sie wird uns alle zerstören.

Das Dokument der Kommission beruft sich auf die vermeintliche Notwendigkeit, weitere legale Immigrationspolitiken zu entwickeln, um die Gefahren der demografischen Alterung abzuschwächen. Es besteht gar kein Zweifel darüber, dass alternde Bevölkerungen in vielen Ländern ein Problem sind. Wir müssen aber untersuchen, warum die Probleme aufgetreten sind. Viele Frauen streben nach Karrieren ohne Unterbrechung und verzichten freiwillig darauf, Kinder zu haben – was auch ihr gutes Recht ist –, aber viele andere verfolgen Karrieren, weil es finanziell notwendig für sie ist. Sie arbeiten, um ihre Rechnungen zu bezahlen, nicht weil sie die Mutterschaft verschmähen.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass sich diese Entwicklung auf Geburtenraten auswirken wird, die auf Drängen wirtschaftlicher Kräfte künstlich heruntergedrückt wurden. Wir dürfen jedoch gegenüber den

wirtschaftlichen Kräften keine lasche Haltung einnehmen. Ein wirtschaftliches Einschreiten kann diese wirtschaftlichen Kräfte verändern, und eine Veränderung dieser Kräfte wird eine entsprechende Veränderung hinsichtlich der Familiendemografie hervorrufen. Die Vorstellung, dass wir große Familien aus der Dritten Welt als Ersatz für ungeborene europäische Kinder importieren können, basiert auf einer besonders gefährlichen und starrköpfigen Annahme, nämlich dass wir die Produkte unserer Erziehung sind und dass die Kulturen der Dritten Welt wie Mäntel sind, die an der Eingangstür abgelegt werden und durch einen europäischen kulturellen Mantel ersetzt werden können, der mit Aufenthaltsgenehmigungen und Nationalitätspapieren erteilt werden kann.

Die Kinder dieser Immigranten sind angeblich genauso europäisch wie die einheimische Bevölkerung; sie sind es nicht. Spezifische Kulturen werden von spezifischen Völkern gemacht und nicht umgekehrt. Wir sind nicht das Produkt unserer Kulturen: unsere Kulturen sind die Produkte unserer Völker. Europäer durch Menschen aus der Dritten Welt zu ersetzen, bedeutet, dass Europa durch die Dritte Welt ersetzt werden wird. Europa wird langsam aber sicher von Europäern ethnisch gesäubert.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Herr Präsident, im Allgemeinen – und wir sprechen nicht über diejenigen, die klar und ehrlich gesagt haben, dass sie gegen die Union und gegen die Mitgliedschaft der Europäischen Union sind – fühle ich mich dazu in der Lage, zu sagen, dass trotz allem in diesem Haus weitgehende Einigkeit im Hinblick auf das gerade vorgestellte Programm herrscht.

Wenn es einen gemeinsamen Faktor gibt, den ich in den Reden der meisten Vertreter der politischen Fraktionen erkannt habe, dann ist es das Konzept des Ehrgeizes. Wir brauchen mehr Ehrgeiz in Europa. In dieser Hinsicht möchte ich einige Überlegungen aufnehmen, die ausgesprochen wurden, Überlegungen nämlich, mit denen ich, wie ich hinzufügen möchte, besonders übereinstimme.

Unser Freund, Herr Szájer, hat von der Notwendigkeit gesprochen, das Modell des Fünfjahresplans der kommunistischen Regimes zu vermeiden. Genau aus diesem Grund wollen wir diese Flexibilität bewahren, die wichtig ist, wenn wir uns an eine sich verändernde Umgebung anpassen sollen.

Gleichzeitig möchte ich nochmals bestätigen, um Herrn Szájer, aber auch Herrn Swoboda zu antworten, dass sie recht haben, wenn sie von der EU in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht mehr Maßnahmen verlangen und wenn sie betonen, wie sich die Mitgliedstaaten dagegen gestraubt haben, dass die Kommission eine größere Rolle bei der Überwachung der nationalen öffentlichen Finanzen spielen.

Die erste Kommission, bei der ich die Ehre hatte, das Präsidentenamt zu bekleiden, legte eine spezifische Verordnung vor, die auf größere Audit-Befugnisse für Eurostat abzielte und die von bestimmten Mitgliedstaaten abgelehnt wurde, die nicht wollten, dass die Kommission diese Rolle spielen konnte.

Daher hoffe ich, dass die Lektion, die aus dieser Krise gelernt werden muss, darin besteht, dass wir immer mehr voneinander abhängig sind, dass Wirtschaftspolitik in Europa nicht nur eine nationale Angelegenheit ist. Natürlich ist sie eine nationale Angelegenheit, aber sie ist auch eine Angelegenheit der gemeinsamen europäischen Interessen, da wir einen größeren Koordinationsgrad benötigen. In dieser Hinsicht glaube ich, dass sich Herr Szájer, Herr Swoboda, Frau De Sarnez und all die anderen über die Notwendigkeit für solch eine zunehmend koordinierte Wirtschaftspolitik einig sind.

Auf diese Weise erzielen wir Fortschritte und diesbezüglich möchte ich besonders den von Herrn Swoboda – und ich danke ihm dafür – erwähnten Ehrgeiz im Hinblick auf eine verbesserte Partnerschaft zwischen der Kommission und dem Europäischen Parlament hervorheben, wenn es um die finanzielle Vorausschau, um die Notwendigkeit geht, sich gegen bestimmte, eher zwischenstaatliche Interpretationen zu wehren, die man heutzutage hört. Solche Interpretationen sind überraschend, weil der Vertrag von Lissabon in der Tat genau das Gegenteil von Zwischenstaatlichkeit ist: er stärkt die europäische Dimension.

Ich hoffe, dass wir aus dieser Krise etwas lernen können, indem wir uns in Richtung von mehr, nicht weniger Europa bewegen. Ein Beispiel –auf das Frau De Sarnez Bezug genommen hat – ist die Frage der Finanzregulierung. Es ist nichtsdestotrotz merkwürdig, um nicht zu sagen ironisch, dass nach so vielen Ersuchen seitens bestimmter Mitgliedstaaten um Maßnahmen im Bereich der Finanzregulierung, die Mitgliedstaaten der einhelligen Meinung waren, den Ehrgeiz der Vorschläge, die die Kommission nach dem de Larosiére-Bericht vorgelegt hat, zu reduzieren.

Dies zeigt folglich, dass zuweilen eine Diskrepanz dazwischen besteht, was gesagt wird und was beschlossen wird. Ich hoffe, dass wir, das Europäische Parlament und die Kommission, zusammen dazu in der Lage sein werden, diese Diskrepanz zu beseitigen, um zu versuchen, etwas mehr Einheitlichkeit auf europäischer Ebene zu erreichen, weil wir diesen Ehrgeiz in der Tat benötigen.

Wichtig ist jetzt, wie ich betonen möchte, das Subsidiaritätsprinzip richtig zu verstehen. Ich bin für Subsidiarität. In dieser Hinsicht möchte ich auch meiner Zustimmung, Herr Kirkhope, zu dem Subsidiaritätskonzept Ausdruck verleihen, aber es ist wichtig, ein richtiges Verständnis darüber zu haben, was es bedeutet. Subsidiarität bedeutet, zu entscheiden, welche Ebene der Entscheidungsfindung die beste ist.

Im Hinblick auf diese Luftverkehrskrise sind die derzeitigen Ereignisse genauso merkwürdig. Ich habe heute in der Presse – und nicht nur in der euroskeptischen oder europhoben Presse, nicht nur in den Boulevardblättern, sondern auch in der Qualitätspresse – gesehen, dass die Europäische Union nun zugebe, sich in ihrer Entscheidung, Flüge zu streichen, geirrt zu haben. Das ist unglaublich!

Wenn es einen Bereich gibt, der unter die nationale Jurisdiktion fällt, dann ist es die europäische Luftverkehrskontrolle. Die Entscheidung wurde von jeder einzelnen europäischen nationalen Regulierungsbehörde getroffen. Doch genau diejenigen, die gegen Befugnisse auf europäischer Ebene sind, protestieren nun gegen Europa. Bald wird davon die Rede sein, dass die Europäische Kommission und Brüssel den Vulkan in Island geschaffen haben. Das ist doch wirklich außerordentlich.

(Beifall)

Eines sollte uns klar sein. Es gibt unterschiedliche Verantwortungsebenen: nationale Ebenen und europäische Ebenen. In jedem Fall müssen wir sehen, welche die am meisten geeignete Ebene ist. Ich kann Ihnen sagen, dass die Kommission dazu bereit ist, ihre Verantwortlichkeiten zu übernehmen, aber ich glaube, dass wir eine Allianz mit dem Europäischen Parlament bilden müssen, um klar zu sagen, was und was nicht unsere Verantwortung ist.

Ohne diese Allianz werden wir immer diese instinktive Notwendigkeit haben – und in Zeiten der Krise wissen wir, dass es einfacher ist, auf eine nationalistische, populistische Rhetorik zurückzugreifen –, die Verantwortung nach Brüssel, wie wir manchmal sagen, oder vielleicht auch Straßburg für etwas zu schieben, was ganz eindeutig eine nationale Verantwortung ist.

Lassen Sie uns etwas gesunden Menschenverstand zeigen! Lassen Sie uns darauf konzentrieren, was wir auf europäischer Ebene tun können, in Bereichen, in denen wir unserem Handeln einen Mehrwert geben können, während wir natürlich gleichzeitig unsere Mitgliedstaaten respektieren, die demokratische Mitgliedstaaten sind. Die Agenda 2020 lenkt Europa meines Erachtens darauf, was am wichtigsten ist.

Was wir jetzt brauchen ist Wachstum, aber nicht nur irgendein althergebrachtes Wachstum; wir benötigen ein faireres, offeneres, nachhaltigeres und intelligenteres Wachstum, das den Schwerpunkt auf die Zukunft legt.

Wir müssen neue Wachstumsquellen erschaffen, um unser größtes Problem, das wir heute Nachmittag diskutieren werden, anzugehen, nämlich die Arbeitslosigkeit und genauer die Jugendarbeitslosigkeit. In der Tat müssen wir genau in diesem Bereich diese Allianz zwischen den europäischen Institutionen bilden, indem wir ehrlich und loyal mit unseren Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um konkrete Ergebnisse für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger hervorzubringen.

Meines Erachtens haben wir in dieser Hinsicht eine gute Grundlage für unsere Arbeit in den kommenden Jahren und nach dieser Debatte fühle ich mich – und ich glaube, meine Kolleginnen und Kollegen auch – durch Ihre Worte der Unterstützung und in bestimmten Fällen, durch Ihre Forderungen ermutigt. Wir werden versuchen, der Aufgabe gewachsen zu sein, mit der Sie uns betraut haben.

(Beifall)

Der Präsident. – Vielen Dank für Ihre Erklärung, Herr Barroso. Ich möchte gerne sagen, dass die Kommission, wenn es um die Bemühungen der Europäischen Kommission im Namen unserer Europäischen Gemeinschaft geht, im Europäischen Parlament einen großen Verbündeten hat. Die meisten Abgeordneten unterstützen diese Bemühungen und den Standpunkt der Kommission, dass sie mehr Verantwortung übernehmen sollte, insbesondere in der Krisensituation, über die wir zuvor gesprochen haben –denn erst genau in solchen Situationen verstehen wir, wie sehr wir die Europäische Union und die Maßnahmen der Kommission benötigen. Die Verantwortung des Europäischen Parlaments hat mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon auch bedeutend zugenommen, und wir sind sehr erfreut darüber. Unserer Meinung nach ist dies gut für die Europäer – es ist gut für unsere Bürgerinnen und Bürger. Jetzt müssen wir mehr Verantwortung übernehmen und die Gelegenheiten nutzen, die uns der Vertrag bietet. Ich möchte Ihnen nochmals versichern, Herr Barroso,

dass Sie und die Europäische Kommission hier Verbündete haben, und ich spreche für die Mehrheit des Europäischen Parlaments.

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Herr Präsident, ich möchte der Kommission und ihrem Präsidenten Herrn José Manuel Durão Barroso zu diesem ehrgeizigen, überaus proeuropäischen Programm gratulieren, das er hier und heute vorgestellt hat und das mit den Zielen des spanischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union und mit dem Programm des Dreivorsitzes bestehend aus Spanien, Belgien und Ungarn eindeutig im Einklang steht.

Ich kann sagen, dass der Rat mit der Kommission und auch mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeitet, das ich ebenfalls zu den konstruktiven Reden beglückwünsche, die in Unterstützung des Legislativprogramms der Kommission vorgetragen wurden.

Die Kommission hat sehr hart gearbeitet. Jeder weiß, dass die neue Kommission – bekannt als die Kommission Barroso II – seit dem 1. November im Amt hätte sein sollen, aber aus verschiedenen Gründen hat sie ihre Arbeit erst ein paar Monate später aufgenommen und arbeitet derzeit hart daran, die verlorene Zeit in einer konstruktiven, positiven Weise wiederaufzuholen, wofür der spanische Ratsvorsitz dankbar ist. Herr Barroso und alle Mitglieder der Kommission – Vizepräsidenten und Kommissare – sind sich ebenfalls dessen bewusst, dass wir mit der Kommission in einer, wie ich glaube, sehr positiven Weise zusammenarbeiten, wobei wir ihre Bemühungen diesbezüglich anerkennen.

Sie ist dem Europäischen Parlament auch dankbar. Wann immer es hier eine Debatte um diese Fragen gegeben hat, hat das Europäische Parlament immer eine sehr konstruktive Haltung eingenommen. Ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um das Europäische Parlament erneut darum zu bitten, diese Gesetzesinitiativen anzunehmen – denn heute sprechen wir primär über Gesetzesinitiativen – und zu bewirken, dass dies so schnell wie möglich geschieht, so dass wir die oben erwähnte verlorene Zeit aufholen können. Ich bin sicher, dass wir auf die Zusammenarbeit des Parlaments zählen können.

Der Präsident. – Vielen Dank für Ihre Erklärung im Namen des Rates und Ihre Unterstützung für das Programm der Kommission. Ich möchte nochmals Herrn Barroso, allen Vizepräsidenten der Kommission und den Kommissaren für Ihre Anwesenheit danken. Dies bestätigt die Tatsache, dass die Kommission großen Wert auf die Zusammenarbeit mit dem Parlament legt, die auch genauso war, wie wir gehofft hatten.

Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Elena Oana Antonescu (PPE), *schriftlich*. – (RO) Das Arbeitsprogramm für 2010 der Europäischen Kommission ist ein ehrgeiziges und flexibles mehrjähriges Programm, in dem die folgenden Hauptziele dargelegt werden: Überwindung der Krise und Unterstützung der sozialen Marktwirtschaft Europas, Entwurf einer Bürgeragenda, die die Menschen in den Mittelpunkt der Aktivitäten Europas stellt, Entwicklung einer ehrgeizigen und einheitlichen Agenda für die Außenpolitik mit einer globalen Dimension und zu guter letzt Erneuerung der von der Europäischen Union verwendeten Instrumente und Arbeitsmethoden. Ein Schlüsselement der Bürgeragenda ist das Stockholmer Programm für „Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger“, das vom Europäischen Rat während seiner Tagung im Dezember 2009 angenommen wurde. Ich möchte die Initiative der Kommission durch die Vorlage eines Aktionsplans zur Umsetzung des Stockholmer Programms begrüßen, so dass wir gewährleisten können, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger tatsächlich die Vorteile eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts genießen können. Das Programm konzentriert sich hauptsächlich auf den Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität und wird die Durchsetzung der gemeinsamen Politik hinsichtlich Immigration und Asyl festigen, wobei besonders Bereiche wie die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, Terrorismus und andere Bedrohungen durch die Verbesserung der polizeilichen und gerichtlichen Zusammenarbeit abgedeckt werden.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *schriftlich*. – (LT) Derzeit steht Europa zunehmender Arbeitslosigkeit gegenüber, wobei fast 17 % der europäischen Einwohner unter der Armutsgrenze leben. Jeden Tag kämpfen viele Europäerinnen und Europäer, sogar diejenigen mit Arbeit, gegen die Armut und haben keine Chance, das Leben voll zu genießen, weil die Rezession selbst die Menschen mit mittleren Einkommen in die Armut zwingt. Aus diesem Grund müssen wir zuerst dem Problem der Armut, mit dem die arbeitende Bevölkerung konfrontiert ist, besondere Aufmerksamkeit schenken. Zur Steigerung der Beschäftigung müssen wir neue Arbeitsplätze schaffen, nicht nur irgendwelche Arbeitsplätze, aber auch gleichzeitig versuchen, qualitativ hochwertige Beschäftigung zu gewährleisten und dabei die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes berücksichtigen. Die meiste Aufmerksamkeit sollte der steigenden Jugendarbeitslosigkeit geschenkt werden, einem der

dringendsten Probleme der Gesellschaft. Wenn junge Leute keine Möglichkeiten erhalten, in den Arbeitsmarkt einzutreten, besteht die Gefahr, dass Europa eine ganze Generation junger Leute verliert. Für eine gewisse Zeit hat uns die demografische Situation Europas dazu gezwungen, die Beschäftigung älterer Menschen zu berücksichtigen. Wir müssen für Arbeitsverhältnisse sorgen, die die Beschäftigung fördern und die Möglichkeit des lebenslangen Lernens sichern. Ich möchte unterstreichen, dass wir auch die Beschäftigung behinderter Menschen diskutieren sollten. Es ist wichtig, ihnen die Bedingungen zu geben, um in den Arbeitsmarkt einzutreten, und zwar nicht nur aufgrund demografischer Veränderungen, sondern für sie selbst, um ihre eigene Würde und Selbstwertgefühl zu gewährleisten. Daher möchte ich die Kommission fragen, wie Europa neue Arbeitsplätze schaffen wird. Wie lauten die echten Chancen für Menschen, die in den Arbeitsmarkt eintreten? Wie können wir eine qualitative Beschäftigung gewährleisten, sodass wir die Armut der arbeitenden Bevölkerung verringern können?

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Das nun vorgelegte Arbeitsprogramm der Kommission für 2010 enthält auf 14 Seiten die üblichen Gemeinplätze und Phrasen. Es ist richtig, dass Europa gemeinsam auf die Krise reagieren muss. Eine Krise, die aber erst aufgrund der Politik der Kommission, der schrankenlosen Liberalisierung in allen Bereichen, auch auf Europa so negativ durchschlagen hatte können. Dennoch will man nichts ändern. Im Gegenteil. Der weitere Abbau der Handelshemmnisse, den die Kommission forcieren will, nährt die Globalisierung, begünstigt die Konzerne und schädigt die Staaten und deren Bürger.

Der gegenwärtigen Krise will man mit der Strategie „Europa 2020“ begegnen. Im Hinblick auf die konkreten Maßnahmen erscheinen die wirtschafts- und finanzpolitischen Ansätze aber durchaus sinnvoll, ebenso die Ausarbeitung einer europäischen Kontrollarchitektur zur Überwachung der Finanzmärkte. Durch strengere Kontrollen der öffentlichen Finanzen und der Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten können Problemfälle, wie wir sie jetzt mit Griechenland erleben, künftig hoffentlich vermieden werden. Die neuen Steuerpläne der Kommission im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie, wonach Energieprodukte nach ihrem Energiegehalt besteuert werden sollen, sind abzulehnen, da dem Klimawandel, der zum überwiegenden Teil ein natürliches Phänomen ist, durch eine reine Fokussierung auf CO₂ nicht beizukommen ist. Außerdem kommt die Wirtschaft in Europa gegenüber ihren Wettbewerbern in Amerika und Asien, die keine diesbezüglichen Initiativen planen, noch weiter unter Druck.

Richard Seeber (PPE), schriftlich. – Das Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2010 legt gute und richtige Prioritäten fest. Neben der Modernisierung der Arbeitsweise, die für das Wieder-Ankurbeln der Wirtschaft entscheidend sein wird, und der verstärkten Einbeziehung der Europäerinnen und Europäer konzentriert sich die Kommission vor allem auf die Bekämpfung der Finanzkrise. Vor allem jenen EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die in der aktuellen Krise ihre Beschäftigung verloren haben, muss so schnell wie möglich wieder eine Perspektive geboten werden.

Als Umweltsprecher der EVP ist es mir in diesem Zusammenhang auch ein Anliegen, möglichst viele nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen und durch Europas Führungsrolle im Umweltschutz einen Mehrwert auch auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Um den Wandel zu einem neuen und nachhaltigen Industriezeitalter zu vollziehen, dürfen wir Schaffung von Arbeitsplätzen und umfassenden Umweltschutz nicht mehr als Gegensätze sehen. Dieser Ansatz ist für mich noch etwas zu zurückhaltend von der Kommission aufgegriffen. In dieser Hinsicht muss bereits heuer der Grundstein gelegt werden. Mit einer besseren Umsetzung bestehender Regelungen kann hier sehr viel bewegt werden.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Ich beglückwünsche Herrn Barroso für das ehrgeizige Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2010. Leider läuft die Zeit ab – uns verbleiben nur noch acht Monate. Dennoch hoffe ich, dass die Prioritäten nicht nur leere Versprechungen waren. Die Stärke des Programms liegt in seinen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise. Leider betreffen diese hauptsächlich die wirtschaftliche Lage. In dem Abschnitt über die Bürgeragenda sind keine Antidiskriminierungsinitiativen wie die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, größere Entschiedenheit und Engagement bei der Erreichung sozialer Ziele und eine langfristige Strategie zur Verbesserung der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürger der Union vorgesehen. Wir arbeiten schon seit Jahren an dem Phänomen der Gewalt gegen Frauen. Es ist höchste Zeit, dass es europäische Rechtsverordnungen in diesem Bereich gibt. Ich möchte einen Vorschlag in dem Programm der Kommission für eine Richtlinie über die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sehen. Im Hinblick auf soziale Ziele ist die Initiative zur Schaffung einer europäischen Plattform gegen Armut vor Ende dieses Jahres wichtig. Leider gibt es keine spezifischen Details irgendeiner Art darüber. Sie müssen auf der Tagung des Rats im Juni gegeben werden. Bezüglich der Modernisierung der Union und der Instrumente ihrer Funktionsweise möchte ich die Aufmerksamkeit auf die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern lenken. Dies muss ein Prozess sein und keine Stimmenwerbung. Es besteht eine Kommunikationskluft zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern, die wir nach besten Bemühungen

verringern und in Zukunft beseitigen müssen. Wir müssen den EU-Bürgerinnen und -Bürgern das Gefühl geben, dass sie sich im Mittelpunkt der Tätigkeiten der Union befinden. Nur dann werden die Ergebnisse von Referenden keine Überraschung sein.

Nuno Teixeira (PPE), schriftlich. – (PT) Die Debatte um das Programm der Kommission ist besonders wichtig, weil es mit dem Beginn einer neuen Ära in der Europäischen Union zusammenfällt. Die Notwendigkeit in diesen Krisenzeiten zur Ergreifung von Maßnahmen, die die Herausforderungen auf lange Sicht angehen können, macht es zwingend notwendig, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Regulierung von Finanzmärkten und die Stabilisierung des Euro, die das Vertrauen der Öffentlichkeit sowie der wirtschaftlichen und sozialen Akteure wiederherstellen sollte, zur Priorität zu machen.

Ich möchte die Wichtigkeit der Kohäsionspolitik bei der Umsetzung der verschiedenen Europapolitiken betonen. Die Gebiete Europas werden zur Erreichung eines nachhaltigen, integrierten Wachstums nur durch eine Kohäsionspolitik in der Lage sein, die sichtbare Ergebnisse hat und die das Subsidiaritätsprinzip achtet, und durch Governance auf verschiedenen Ebenen: nationale, regionale und lokale. Das Ziel der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion muss die Schritte der Union lenken und muss durch eine angemessene Gemeinschaftsfinanzierung mit größerer Transparenz, Einfachheit und effizienter Nutzung der Strukturfonds bewerkstelligt werden.

Es ist überaus wichtig, die Leitlinien für die Kohäsionspolitik und die finanzielle Vorausschau für den Zeitraum nach 2013 zu definieren. Ich möchte die Aufmerksamkeit auf die Situation der Gebiete in äußerster Randlage lenken, die sich aufgrund ihrer dauerhaften strukturellen Eigenschaften Hindernissen gegenübersehen, die ernsthafte Auswirkungen auf ihre wirtschaftliche Entwicklung haben und somit spezielle Maßnahmen erfordern.

Silvia-Adriana Țicău (S&D), schriftlich. – (RO) Das Hauptanliegen der EU ist die Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Unterstützung der sozialen Marktwirtschaft. Die Arbeitslosenrate der EU hat zu Beginn des Jahres die 10-Prozent-Marke erreicht, wobei die Rate der Jugendarbeitslosigkeit sogar 20 % erreichte. Die steigende Arbeitslosenrate ist mit der Industriepolitik der EU eng verknüpft. Welche Gesetzesinitiativen zieht die Kommission im Hinblick auf die zukünftige Industriepolitik der Europäischen Union und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Betracht?

Der Europäische Rat, der am 25. und 26. März 2010 getagt hat, hat zum ersten Mal als eines der Ziele der EU eine 20%ige Steigerung der Energieeffizienz bis 2020 festgelegt. Wir haben dieses Ziel im Arbeitsprogramm der Kommission nicht gefunden, auch wenn Initiativen in diesem Bereich erforderlich sind, die sowohl auf europäische Haushalte als auch auf Unternehmen gerichtet werden können.

Darüber hinaus ist der Gemeinschaftshaushalt für die Transportinfrastrukturen für den Zeitraum 2010-2013 so gut wie inexistent, wenngleich die Herausforderungen und Entwicklungsbedürfnisse enorm sind: die Gewährleistung einer Intermodalität zwischen unterschiedlichen Verkehrsträgern, die Entwicklung von Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnlinien, die nicht nur all die Hauptstädte der Mitgliedstaaten sondern auch andere europäische Großstädte abdecken, die Entwicklung von Schienengüterkorridoren und dem europäischen einheitlichen Luftraum sowie die Modernisierung von Häfen und die Entwicklung der Beförderung auf dem Seeweg. Wann wird die Kommission einen Vorschlag hinsichtlich der notwendigen Finanzmittel für die Entwicklung der transeuropäischen Transportinfrastruktur vorlegen?

VORSITZ: Libor ROUČEK

Vizepräsident

5. Koordinierung der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus in Haiti (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Erklärung der Kommission zur Koordinierung der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus auf Haiti.

Kristalina Georgieva, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte allen Abgeordneten in diesem Hohen Hause meine große Anerkennung für die Aufmerksamkeit aussprechen, die dieses Parlament Haiti widmet.

Bevor ich Herrn Andris Piebalgs das Wort erteile, der Sie über den Wiederaufbau und die Entwicklung in Haiti informieren wird, lassen Sie mich die vier wichtigsten humanitären Herausforderungen für die

kommenden Monate und die Art und Weise, wie sich die Europäische Kommission diesen zuwenden wird, erläutern.

Die erste ist die Fortsetzung der humanitären Hilfe und insbesondere bezüglich Unterkunft, Sanitär- und Gesundheitsversorgung. Die Umsiedlung der 1,3 Mio. Obdachlosen in Port-au-Prince in provisorische Unterkünfte stellt aufgrund praktischer Fragen wie Landbesitz, Schuttabtragung, Stadtplanung und Sicherheit eine sehr komplizierte Unternehmung dar. Heute sind die etwa 10 000 bis 30 000 Menschen, die in Übergangslagern in überschwemmungsgefährdeten Gebieten leben, das Hauptanliegen. Angesichts der sich nähernden Hurrikansaison müssen sie dringend umgesiedelt werden. Dies gehört zu den Prioritäten in unserem Programm, wie auch die Stärkung der Managementfähigkeiten des Lagers. Unser besonderes Augenmerk gilt der Vorpositionierung von Hilfsbeständen. Diese waren nach dem Erdbeben mehrheitlich vollständig aufgebraucht. Wir füllen diese nun auf, und wir bauen die Kapazität der haitianischen Zivilschutzdienste aus, die infolge der Krise tatsächlich stärker geworden sind, sodass sie von diesen Gebrauch machen können.

Zweitens haben wir einen bedarfsorientierten Ansatz angenommen, und wir leisten dort Hilfe, wo sich Menschen aufhalten, um weiteren Massenbewegungen zuvorzukommen. Wir haben sichergestellt, dass unsere Hilfe das ganze Land und nicht nur Port-au-Prince erreicht. Auf diese Weise haben wir dazu beigetragen, die Belastungen in der Hauptstadt zu verringern. Mit der Anwendung eines Ansatzes für die gesamte Insel folgen wir der gleichen Logik, ob es nun um die Problematik der haitianischen Flüchtlinge, die Logistik bei der Hilfslieferung oder der Vorpositionierung von Hilfsbeständen für die Hurrikansaison geht. Die Dominikanische Republik ist ebenfalls von Bedeutung, und wird bei unserem Wiederaufbauprogramm nicht vergessen.

Drittens stellen wir sicher, dass die Geberkoordinierung einen aufeinander aufbauenden Vorteil ergibt. Mit zahlreichen Akteuren in Haiti stellt dies keine alltägliche Herausforderung dar; wir haben uns aber konsequent für eine von der UNO geführte Koordination der humanitären Hilfe stark gemacht. Als ich in Haiti war, war mein Eindruck, dass wir genau genommen recht erfolgreich gewesen sind – sowohl was die Zivilschutzteams aus den einzelnen Ländern als unsere eigene Arbeit angeht.

Viertens müssen wir den Übergang von humanitären Hilfsmaßnahmen zur Sanierung und Wiederaufbau sicherstellen. Wir arbeiten sehr eng mit Herrn Andris Piebalgs zusammen, um diesen Übergang im Rahmen des Möglichen zu erleichtern. Ich möchte Ihnen zwei spezielle Beispiele nennen: Erstens, der Nahrungsmittelsektor, wir fördern den Nahrungsmittelkauf vor Ort. Wir bitten unsere Partner – auch wenn dies etwas kostspieliger ist – den einheimischen Bauern bei der Schaffung von Nachfrage unter die Arme zu greifen und zu ihrer Erholung beizutragen. Dies führt natürlich zur Arbeit am Wiederaufbau. Zweitens unterstützen wir so auch Bargeld-für-Arbeit-Programme, um erneut einen Übergang von der Hilfe zur Wiederherstellung zu schaffen.

Und wir sind sehr ergebnisorientiert. Europa ist die Nummer Eins beim Hilfsvolumen und muss die Nummer Eins bei den Ergebnissen sein.

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, anlässlich der internationalen Geberkonferenz in New York hat die Europäische Union 1,235 Mrd. EUR zugesagt. Wir sind der größte Geber für den Wiederaufbau Haitis, und somit werden wir der größte Beitragszahler für den Aktionsplan für Wiederaufbau der haitianischen Regierung sein. Ich bin ebenfalls sehr stolz auf die Art und Weise, wie wir es getan haben, denn es handelte sich um eine gemeinsame Zusage der EU, die sich aus der Unterstützung vieler EU-Länder wie etwa Spanien, Frankreich und die Gemeinschaft im allgemeinen zusammensetzte. Ich bin aber auch stolz darauf, dass sogar mein Land, das nicht allzu viele Beziehungen zu Haiti unterhält, zusätzliche Finanzmittel zusagte, also nicht nur die über den Haushaltsplan der Gemeinschaft gelenkte Mittelvergabe.

Die Konferenz von New York fand in einer sehr guten Atmosphäre statt. Es gab ein sehr starkes finanzielles Ergebnis, eine sehr klare Inhaberschaft der haitianischen Regierung und zahlreiche Stakeholder. Einige Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft konnten sehen, wie sich Nichtregierungsorganisationen, einschließlich europäischer Nichtregierungsorganisationen dort in den Dialog einbringen konnten. Unternehmen aus der EU waren ebenfalls beteiligt, und auch Zwischenmechanismen zur Koordinierung, die unter der Führung von Ministerpräsident Bellerive und Bill Clinton vorgeschlagen wurden. Sämtliche Stakeholder sind in diesem Mechanismus miteinbezogen, womit sichergestellt wird, dass Gelder nicht verschwendet oder zweckentfremdet werden.

Von großer Bedeutung ist jetzt, dass wir unsere Hilfe schnellstmöglich konzentrieren. Die Kommission und die Mitgliedstaaten bereiten bereits ein neues Länderstrategiepapier und ein Nationales Richtprogramm für

Haiti vor. Zur Unterstützung unserer gemeinsamen Anstrengungen werden wir unsere Bemühungen bei der Errichtung eines EU-Hauses in Haiti beschleunigen, wodurch eine größere Aufmerksamkeit geschaffen würde und zudem die Einbeziehung von nicht ansässigen Gebern unterstützt wird.

Ich werde mich diese Woche nach Haiti begeben, um konkrete Unterstützung aus erster Hand für den langfristigen Wiederaufbau in den Bereichen der Infrastruktur und Regierung zu liefern. Diese Woche werde ich fünf Finanzabkommen über eine Gesamtsumme von mehr als 200 Mio. EUR unterzeichnen und außerdem einige der von uns bereits durchgeführten Arbeiten eröffnen, so beispielsweise die Instandsetzung der Straße zwischen Port-au-Prince und Cape Haitian, was voll und ganz dem Aktionsplan der Regierung entspricht und womit ebenfalls der Ansatz für die gesamte Insel gestützt wird.

Zur Stärkung der Regierungsfähigkeit werde ich ebenfalls den Wiederaufbau des mit EU-Beiträgen finanzierten Innenministeriums eröffnen. Ferner werde ich eine Schule in Mirabelais eröffnen. Unser besonderer Schwerpunkt gilt gemäß der Bitte von Präsident Préval dem Bildungswesen, und wir werden auch die Bereitstellung weiterer Haushaltszuschüsse ankündigen. Die Bereitstellung von Haushaltshilfen stellt keine blinde Unterstützung dar. Wir haben zahlreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen und viele Besuche unternommen, sodass ich garantieren kann, dass Ihre Gelder zu ihrem Zweck verwendet werden.

Ebenfalls verpflichte ich mich zur regelmäßigen Überwachung des Bauprozesses über regelmäßige Besuche und zur Beschleunigung der Hilfslieferung. Ich werde das Europäische Parlament ständig über die beim Wiederaufbau auf Haiti erzielten Fortschritte auf dem Laufenden halten.

Ich möchte ebenfalls betonen, dass nicht nur ich, sondern das gesamte Kollegium: Frau Kristalina Georgieva, die Hohe Vertreterin Baroness Ashton und einige meiner Kolleginnen und Kollegen wie etwa Herr Michel Barnier, der in einigen Monaten nach Haiti gehen wird, den Wiederaufbau beaufsichtigen helfen werden. Die Zuständigkeit hierfür liegt nicht nur beim verantwortlichen Kommissar, sondern beim gesamten Kollegium.

Außerdem müssen wir mit den Behörden einige Fragen hinsichtlich einer besseren Bereitstellung unserer Hilfe erörtern. Ein langfristiges Engagement vonseiten der internationalen Gemeinschaft wird sich nicht durchsetzen, sollte Haiti schnell wieder zur Tagesordnung übergehen. Um dieses Szenario zu verhindern, müssen wir um Effektivität bemüht sein, und wir haben bereits einige Wege zur Erreichung dieses Ziels erwähnt. Gleichmaßen aber verbleibt eine große Verantwortung bei den Behörden und den Menschen auf Haiti, den Wiederaufbau besser zu gestalten.

Insbesondere zwei Aspekte sind von Bedeutung. Im sozialen Bereich sollte die Regierung ermutigt werden, sich in einen sehr engen Kontakt sowohl mit der Opposition als mit der gesamten Zivilgesellschaft zu setzen. Hierdurch wird ein echter nationaler Konsens bezüglich des Entwicklungsplans geschaffen und die für dessen Umsetzung erforderliche Stabilität gefördert. Auf der wirtschaftlichen Seite muss der in New York präsentierte makroökonomische Rahmen konsequenter sein und mit einem klaren Weg in Richtung Beschäftigung und Wachstum kombiniert werden, wodurch die Spirale von Armut und Ungleichheit durchbrochen wird.

Gay Mitchell, *im Namen der PPE-Fraktion*. –Herr Präsident, ich möchte beiden Kommissaren danken. Ich möchte drei Punkte ansprechen. Der erste betrifft die zur Ermittlung von Haitis Wiederaufbaubedarf genutzten Methode und Maßnahmen. Der zweite Punkt ist, dass die von uns gemachten Verpflichtungen eingehalten werden, und der dritte ist, dass über Eigentumsrechte und die Verletzbarkeit von Menschen gesprochen wird, die beispielsweise in Hütten leben, die auf Eigentum errichtet wurden, das Ihnen nicht gehört.

Lassen Sie mich zunächst im Hinblick auf die Aufbauarbeiten sagen, dass ich kürzlich die Lancierung eines Dokuments für die Weltbank geführt habe, das in Form eines gut durchdachten Handbuchs genau erklärt, wie ein Wiederaufbau stattfinden sollte. Werden wir dieses Handbuch nutzen, oder werden wir ähnliche Maßnahmen nutzen, um sicherzustellen, dass die Aufbauanstrengungen auf Haiti professionell durchgeführt werden? Die Weltbank hat diesbezüglich eine ausgezeichnete Arbeit geleistet. Anlässlich der Einführung dieses speziellen Buches war der haitianische Botschafter zugegen.

Zweitens, war ich im Hinblick auf die von uns eingegangenen Verpflichtungen erfreut zu hören, was der Kommissar über die 200 Mio. EUR zu sagen hatte, die er beinahe umgehend übermittelte. Werden wir aber in einem oder in fünf Jahren wieder hier sein, oder werden wir zumindest die Geberverpflichtungen an ein armes Land übergeben, dass einfach nicht länger am Boden liegend zurückgelassen werden kann?

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist folgender: Das Ausmaß der Zerstörung auf Haiti was dergestalt, dass wir uns tatsächlich nicht nur mit dem entstandenen Schaden, sondern auch mit der Frage beschäftigen müssen, warum dieser Schaden so umfangreich war. Menschen ohne Eigentum lebten in

Schluchten und auf der Bergseite, in Hütten und in allem, dass sie zusammenbauen konnten, da ihnen das Eigentum, das sie bewohnten, nicht gehörte. Wenn Menschen Besitzrechte genießen, werden sie in den Aufbau und die Konstruktion von Objekten investieren, die gute Chance haben, zukünftige Schäden dieses Ausmaßes zu überstehen. Ich bitte also darum, diesen Punkt als Teil der Vorgehensweise beim Umgang mit diesem Problem aktiv zu berücksichtigen.

Ich danke nochmals beiden Kommissaren für ihre Präsentation.

Corina Crețu, *im Namen der S&D-Fraktion*. – (RO) Die Lage auf Haiti ist weit davon entfernt, stabilisiert zu sein, wie beide Kommissare, Frau Georgieva, die auf Haiti Ende März war, und Herr Piebalgs betont haben. Dasselbe erklären auch die humanitären Helfer, die vor Ort Hilfsmittel verteilen und den Wiederaufbauprozess unterstützen. Obwohl sich die Situation in der Hauptstadt zu normalisieren scheint, zumindest was das alltägliche Leben der Menschen angeht, glaube ich, dass sich die Anstrengungen jetzt auf ländliche Gebiete konzentrieren müssen, die weiterhin schwerwiegende Probleme haben.

Diese Angelegenheiten sind umso dringlicher und umso besorgniserregender, als dass sich die Regenzeit nähert und der Zustand der Verkehrsinfrastrukturen den zur Deckung des täglichen Bedarfs der Bevölkerung vorgesehenen Hilfsfluss unterbrechen könnte. Die Aufbaubemühungen haben gerade erst begonnen, wie Sie uns mitteilten. Es ist deutlich, dass weitere Probleme verbunden mit den Infrastrukturen, mit denen angemessene Lebensbedingungen für die Bevölkerung und ein Mindestniveau an öffentlichen Diensten, Bildung und Gesundheitsversorgung sichergestellt wird, erneut auftreten werden. Auch werden Probleme im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit der benötigten Arbeitskräfte und dem Ausmaß ihrer Ausbildung auftreten.

Ein weiteres Problem ist der Umgang mit Kindern, die Waisen geworden sind oder zeitweilig von ihren Familien getrennt wurden und die sich in den schutzlosesten und gefährlichsten Situationen für ihre Zukunft befinden. Aufgrund der anhaltenden Probleme mit dem Kinderhandel und mit illegalen Adoptionen glaube ich, dass wir diesen Aspekten der humanitären Krise auf Haiti stärker Rechnung tragen müssen. Abschließend möchte ich sagen, dass ich erfreut darüber bin, dass die Problembewältigung auf Haiti für die Kommission eine vorrangige Aufgabe bleibt. Ich kann Ihnen versichern, dass dasselbe auch für sämtliche Mitglieder des Entwicklungsausschusses gilt.

Charles Goerens, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – (FR) Herr Präsident, die sich nähernde Hurrikansaison auf Haiti bedeutet, dass die Aufrechterhaltung der humanitären Anstrengungen von wesentlicher Bedeutung ist und dass weitere Soforthilfemaßnahmen wahrscheinlich benötigt werden.

Als erstes ist die Bereitstellung von ausreichend stabilen Unterkünften in ausreichenden Mengen von Bedeutung. Diese Maßnahme ist relevant, angesichts der Tatsache, dass erstens der Wiederaufbau der zerstörten Häuser Zeit braucht und dass zweitens Haitis direkte Hurrikanexponierung das Schlimmste befürchten lässt, wie die jüngste Erfahrung gezeigt hat.

Ein Hinausschieben der humanitären Hilfsleistungen wäre einfach unverantwortlich. Ein Hinausschieben der Wiederaufbaubemühungen wäre genauso unverantwortlich. Mit anderen Worten, alles muss zusammenpassen: die humanitären Anstrengungen, sodass es keine sinnlosen Toten mehr gibt; die Wiederaufbauanstrengungen, um schnellstmöglich etwas wiederherzustellen, was einem normalen Leben ähnelt; die Erholung der Wirtschaft, die zur langfristigen Schaffung von Ressourcen essentiell ist; kurzfristig die Stärkung von Haitis Haushaltskapazitäten; und der festen Willen zur Dezentralisierung.

Die am 31. März bei den Vereinten Nationen gehaltene Geberkonferenz war ein Erfolg. Was wird von dieser Konferenz übrigbleiben, wenn alles vergessen ist? Neben humanitären Interventionen lassen Sie uns zunächst an die Erfordernis einer schnellen Wiederbelebung der Wirtschaft denken, etwas das dem Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds am Herzen liegt, da dieser mit 8 % jährlichem Zuwachs für die nächsten fünf Jahre rechnet.

Zweitens, ganz ähnlich, die Wiederbelebung des landwirtschaftlichen Sektors wird zur wirtschaftlichen Priorität. Heutzutage wendet Haiti 80 % seiner Exporterlöse für die Zahlung seiner importierten Agrarerzeugnisse auf. Erinnern wir uns daran, dass es in der Vergangenheit Zeiten gab, in denen Haiti seinen Nahrungsmittelbedarf selbst deckte.

Drittens muss Haitis Entwicklung auf der Grundlage relevanter Kriterien, nämlich Effektivität, Effizienz und Nachhaltigkeit, bewertet werden.

Viertens, falls die Entwicklung im Laufe mit der Zeit fortsetzen soll, ist es für die Menschen auf Haiti unerlässlich, dass diese Verantwortung für sich selbst übernehmen.

Fünftens, das Erdbeben auf Haiti hat erneut – wenn es denn dessen bedurfte – die Bedeutung der unverzüglichen Umsetzung eines schnellen humanitären Hilfsystems demonstriert, dass auf die Bündelung sowohl von Material als von menschlichen Kapazitäten aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union abzielt.

Was verhindert, dass die Vorschläge in Herrn Barniers Bericht in die Realität umgesetzt werden?

Zum Abschluss, Europas erhebliche Anstrengungen bei der Lösung der haitianischen Probleme waren ausschlaggebend. Mein Dank gilt der Hohen Vertreterin, den Kommissaren Piebalgs und Georgieva und ihren Generaldirektionen, die unsere Anerkennung verdienen.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Herr Präsident, ich spreche im Namen meiner politischen Fraktion und auch im Namen unseres Fraktionskoordinators, Herrn Deva. Ich möchte die extrem wichtige Tatsache hervorheben, dass die internationale Hilfe an Haiti momentan fast dreimal höher ist, als die haitianische Regierung und die Vereinten Nationen sich erhofft hatten. Diese Hilfe beträgt insgesamt 11,5 Mrd. EUR, und es sollte betont werden, dass sich die haitianische Regierung einen Betrag von knapp 4 Mrd. EUR über die nächsten zwei Jahre erhofft hatte. Es ist dringend erforderlich, sich auf die Gebäudeinfrastruktur zu konzentrieren, was nebenbei bemerkt mein Kollege Herr Deva während der letzten Aussprache betonte.

Ich möchte ebenfalls eine wichtige Sache unterstreichen – die Überwachung dieser Hilfe. Die Regierung in Haiti ist sehr schwach, und die Verteilung der Hilfe ist größtenteils in Händen einer diversifizierten und recht seltsamen Elite; daher ist von großer Bedeutung, dass internationale Organisationen und die Europäische Union wissen, an wen die Gelder tatsächlich fließen.

Patrick Le Hyaric, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Kommissar, wir müssen dafür Sorge tragen, dass die auf der Geberkonferenz gemachten Versprechungen sich von nun an als tatsächliche Finanzmittel manifestieren, die auch wirklich die beabsichtigten Empfänger erreichen. Natürlich glaube ich nicht, dass dies für einen dauerhafte Wiederaufbau Haitis ausreicht, obwohl wir den Menschen Haitis soviel schuldig sind.

Die Menschen Europas selbst haben sich bei ihrer Solidaritätsbekundung sehr großzügig gezeigt, aber es besteht die große Gefahr, dass die Menschen, die von unseren haitianischen Brüdern und Schwestern erlittene Tragödie vergessen bzw. vergessen sollen. Dennoch besteht, wie Sie sagten, eine Dringlichkeit: Dringlichkeit, weil weitere Zyklone auftreten können, die die Lebensverhältnisse der Menschen weiter verschlimmern würden; Dringlichkeit hinsichtlich des Wiederaufbaus von Häusern und Gebäuden wie etwa Schulen und Krankenhäusern zu einem Zeitpunkt, in dem die haitianische Regierung anfängt, bestimmte Lager zu räumen; Dringlichkeit mit Blick auf eine effektivere Koordinierung und Verteilung von Nahrungsmittelhilfe; und auch Dringlichkeit bei der Entwicklung eines neuen nachhaltigen landwirtschaftlichen und ländlichen Projekts zu Sicherstellung von Haitis Ernährungssicherheit.

Die gesamte Hilfe und die Koordinierung der internationalen Hilfe müssen die Sicherstellung des Zugangs zu grundlegenden Rechten der Menschen auf Haiti zum Ziel haben. Warum könnte man beispielsweise nicht festlegen, dass alle öffentlichen Wiederaufbauvereinbarungen von diesen Rechten abhängig gemacht werden und diese Klauseln über Beschäftigung, Unterkunft, Bildung und Gesundheit enthalten sollten? Man kann die Hilfe und den Wiederaufbau nicht ordnungsgemäß koordinieren ohne Einbeziehung der Bevölkerung selbst und ihren Gewerkschaftsorganisationen, Nichtregierungs- und landwirtschaftlichen Organisationen.

Wir sollten der Schaffung eines neuen Projekts für Haiti Vorschub leisten, das die Bekämpfung von Ausgrenzung, Armut, Abhängigkeit und wirtschaftlicher und politischer Vorherrschaft zum Ziel hat.

Lassen Sie uns niemals vergessen, dass das schreckliche Elend der Haitianer nicht ausschließlich auf ein schreckliches Erdbeben zurückzuführen ist. Es ist ebenfalls das Ergebnis der Vorherrschaft und Plünderung Haitis durch viele Länder. Wir schulden dem Land eine wirksame Solidarität bei gleichzeitigen Respekt vor seiner wirtschaftlichen und politischen Souveränität, der wirtschaftlichen und politischen Souveränität der Menschen Haitis.

Bastiaan Belder, im Namen der EFD-Fraktion. – (NL) Herr Präsident, kurz nach der Katastrophe wurde eine Einschätzung zur Ermittlung von Hilfsschwerpunkten vorgenommen. Aus verlässlicher Quelle, und zwar einer niederländischen Nichtregierungsorganisation, weiß ich aber, dass, wenn überhaupt, nur sehr wenig lokale Kompetenz hinzugezogen wurde. Für mich erscheint dies als eine erste Voraussetzung, wenn wir die Unterstützung der lokalen Bevölkerung gewinnen wollen. Daher ist es unerlässlich, dass haitianische

Organisationen und Behörden an den Wiederaufbauanstrengungen beteiligt werden. Europäische Nichtregierungsorganisationen könnten hierbei dank ihrer guten lokalen Kontakte besondere Dienste leisten, und ich war erfreut zu vernehmen, dass beide Kommissionsmitglieder ebenfalls in die gleiche Richtung denken. Mit anderen Worten, wir müssen die Unterstützung auf Haiti selbst mobilisieren.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte: während die Bereitstellung von Nahrungsmittelhilfe durch die USA und andere Länder als eine willkommene Initiative angesehen wird, hat dies Haitis Landwirtschaft und Nahrungssicherheit dezimiert. Diese Situation hat dazu geführt, dass Haiti zu mehr als 50 % von Nahrungsmittelimporten abhängig geworden ist und dass zu 35 % kein Bedarf nach der einheimischen Ernte besteht. Wir müssen erheblich in die einheimische Landwirtschaft investieren, wenn wir die Nahrungssicherheit sicherstellen wollen. Auch hier schließe ich aus der Haltung beider Kommissionsmitglieder, dass die Kommission dieselbe Ansicht vertritt und dies macht mich sehr optimistisch. Erst heute las ich einen ganzseitigen Artikel in der *Frankfurter Allgemeine* über die aktuelle Lage auf Haiti. Es war wirklich herzerreißend. Ich verstehe, dass Unterkunft und Bildung zu den Prioritäten der Europäischen Kommission gehören. Arbeiten Sie weiter auf dieses Ziel hin. Ich wünsche Ihnen allen Erfolg, und vor allem möge Gott Ihnen beistehen.

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich danke auch den Kommissaren für die von ihnen bewiesene Vernunft. Es wurde sicherlich schon viel erreicht, aber ich glaube sagen zu können, dass wir es nicht dabei belassen können: Angesichts der apokalyptischen Bedingungen, in denen das Land sich befindet, wird ein langfristiges Programm – fast ein dauerhaftes Programm, würde ich sagen – mehr denn je benötigt.

Die kritische Periode ist voraussichtlich noch immer nicht vorbei. Wie am ersten Tag verhungern und verdursten Menschen und sterben wegen Armut; mehr als 1 Mio. Menschen auf der Insel sind weiterhin obdachlos und müssen in kürze mit der Regenzeit und Hurrikansaison fertig werden.

Was ist nun angesichts dessen zu tun? Wie der Kommissar bereits sagte, sollte die Koordinierung zwischen den Institutionen erhöht werden, und sollte diese mit einer produktiveren Beziehung mit Nichtregierungsorganisationen, vor allem denjenigen, die durch ihre Tätigkeit vor Ort das Beste aus Haitis Bürgerinnen und Bürgern herausholen und sie befähigen können, verknüpft werden.-

Wir müssen uns alle darüber im klaren sein, dass als Orientierungspunkt für Haiti und seine Menschen gelten soll, dass wir Ihnen verständlich machen, dass wir den Wert und die Würde jedes einzelnen Menschen wiederhergestellt sehen möchten; für sie bedeutet dies, dass sie ihre Hoffnungen auf Glück inmitten des durch das Erdbeben verursachten unermesslichen Leids wiederhergestellt sehen.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – (ES) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Kommissar, ich möchte zunächst den Familien, Kolleginnen und Kollegen der vier spanischen Soldaten, die vergangene Woche auf Haiti ums Leben kamen, mein Beileid aussprechen.

Sie waren Fachkräfte der spanischen Armee, aber sie begaben sich als einfache Soldaten im Rahmen der internationalen Hilfe dorthin, und während ihrer humanitären Arbeit stürzte ihr Hubschrauber ab.

Ihr Beispiel zeigt, dass in der Mehrzahl der Fälle kein Widerspruch zwischen Sicherheits- und humanitären Maßnahmen besteht. Darüber hinaus gestaltet sich die Aufrechterhaltung von Unabhängigkeit und Neutralität bei der humanitären Arbeit ohne Schutz schwierig. Diese Anerkennung müssen wir den Streitkräften vieler europäischer Länder, darunter Spanien, aussprechen.

Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Kommissar, Haiti hat gezeigt, dass Armut den von Naturkatastrophen hervorgerufenen Schaden ernsthaft verschärft und auch, dass eine fehlende Regierbarkeit die Möglichkeit einer wirksamen Antwort hemmt.

Normalerweise gehen Armut und fehlende Regierbarkeit Hand in Hand, und dies war und ist auf Haiti der Fall, was bedeutet, dass wir gemeinsam mit dem Wiederaufbauprozess die Regierbarkeit auf Haiti unterstützen müssen, denn nur auf diese Weise werden wir das Ziel erreichen, das wir uns in New York gesetzt haben: dass Haiti selbst seinen Wiederaufbau führen sollte und dass seine Zivilgesellschaft daran teilnehmen sollte.

Louis Michel (ALDE). – (FR) Herr Präsident, ich möchte zuallererst den beiden für diese Angelegenheiten zuständigen Kommissaren zu ihren Redebeiträgen und ihren ständigen Bemühungen, überaus ansprechbar zu sein, beglückwünschen. Meine Glückwünsche also!

Das Erdbeben auf Haiti hatte eine bewundernswerte Solidarität und Brüderlichkeit in einem außergewöhnlichen und völlig berechtigten Rahmen zum Ergebnis. Ich spende auch dem Mut und den Anstrengungen der haitianischen Menschen, der haitianischen Behörden, der Zivilgesellschaft, der Nichtregierungsorganisationen, der haitianischen Diaspora und selbstverständlich den Gebern aus der ganzen Welt Beifall.

Die strukturellen und institutionellen Schwächen auf Haiti sind bekannt, und dieses Desaster hat offenkundig das tragische Ausmaß dieser Schwächen offenbart. Am 31. März stellten die Geber in New York klar, dass ihre Finanzhilfe zum haitianischen Wiederaufbau- und Entwicklungsplan beitragen würde. Der Grundsatz der Eigenverantwortung ist demnach festgelegt, sodass die Menschen auf Haiti erneut Vertrauen in ihre Institutionen haben können, was eine dringende Erfordernis darstellt.

Die Unterstützung der Geber muss qualitativ hochstehend und gut koordiniert sein. Wie Präsident Préval sagte, der Wiederaufbau muss effektiver durchgeführt werden. Dies hat anscheinend unter anderem durch die Schaffung einer Interimskommission für den Wiederaufbau Haitis und durch Einrichtung eines Mehrgeber-Treuhandfonds zu erfolgen, um die großzügigen Spenden der Geber zu überblicken.-

Ein effektiverer Wiederaufbau bedeutet auch stärkere Governance, Institutionen auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und Dezentralisierung, die die Schlüsselemente für den Wiederaufbau- und Entwicklungsplan darstellen. Frau Kommissarin, Herr Kommissar, ich hoffe, dass sie natürlich diesen Ansatz berücksichtigen werden, und ich bin mir natürlich sicher, dass Sie dies tun werden.

Michèle Striffler (PPE). – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Kommissar, in diesem Augenblick leben Hunderttausende von Menschen noch immer in Notunterkünften, und mit der herannahenden Hurrikansaison ist die Lage wirklich dringlich.

Angesichts der zahllosen humanitären Akteure vor Ort und ohne staatliche Handlungsfähigkeit müssen alle nur erdenklichen Mittel eingesetzt werden, um die Koordinierung der Hilfe unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu verbessern und die Hilfe konsistent und effektiv zu leisten.

Ich bin nach New York zur internationalen Geberkonferenz am 31. März gereist, und ich begrüße den Beitrag der Europäischen Union von 1,3 Mrd. EUR zu dem Wiederaufbau Haitis über die nächsten drei Jahre. Zum ersten Mal sprach die Europäische Union durch Baroness Ashton mit einer Stimme.

Es trifft zu, dass ein beachtliches Hilfspaket von der internationalen Gemeinschaft zugesichert worden ist, aber die Schwierigkeiten liegen jetzt bei der ordnungsgemäßen Nutzung dieser Mittel und bei Entscheidungen im Zusammenhang mit den Umsetzungsmethoden der Hilfe und der beteiligten Organe, angesichts der Tatsache, dass die Hauptakteure in diesem Wiederaufbauprozess die Menschen Haitis sein müssen.

Dem Landwirtschaftssektor muss Priorität eingeräumt werden, und wir müssen die landwirtschaftlichen Produktionskapazitäten des Landes stärken. Das Europäische Parlament wird den Wiederaufbauprozess und die Verwendung dieser Mittel sehr genau überwachen, und ich möchte die Wichtigkeit hervorheben, endlich die Schaffung einer Katastrophenschutzseinheit zu berücksichtigen, auf die wir so lange gewartet haben.

Kriton Arsenis (S&D). – (EL) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Kommissar, die humanitäre Krise auf Haiti hat die Probleme mit den europäischen Mechanismen bei der Reaktion auf internationale humanitäre Krisen hervorgehoben und tut dies leider noch immer. Wir müssen feste Finanzierungsmechanismen festlegen. Im Wesentlichen haben wir noch immer keine festen Haushaltslinien im europäischen Haushaltsplan für Finanzhilfen an Drittländer, sodass die Hilfe für Haiti hauptsächlich von den europäischen Ländern auf bilateraler Ebene geleistet wurde. Hilfen müssen unverzüglich ankommen, und im Falle der vom Erdbeben betroffenen Menschen auf Haiti war die Hilfe noch nach einer Woche nicht eingetroffen. Europäische Ressourcen müssen effizient genutzt werden. Wir brauchen spezialisiertes Fachpersonal, das humanitäre Hilfsprogramme schnell und effizient entwickeln und umsetzen kann.

Augenscheinlich verursachte ein Erdbeben die Katastrophe auf Haiti. Jedoch können ähnliche humanitäre Krisen auch von anderen Wetterphänomenen verursacht werden wie etwa Wirbelstürme, tropische Stürme, Überflutungen und Dürren, Phänomene, die als Folge des Klimawandels erheblich in ihrer Häufigkeit und Intensität zunehmen werden.

Wir alle wissen, dass es sich beim Klimawandel um ein Phänomen handelt, dass von uns, den Industriestaaten verursacht wurde; leider sind es häufig die armen Länder, die die Auswirkungen zu spüren bekommen. Wir haben gegenüber den benachteiligten Ländern eine Klimaschuld, und wir müssen aus unseren Fehlern beim

Umgang mit der Krise auf Haiti lernen, sodass wir unsere wachsenden globalen Verpflichtungen in der Zukunft wahrnehmen können.

Ria Oomen-Ruijten (PPE). – (NL) Herr Präsident, Frau Kommissarin Georgieva, Herr Kommissar Piebalgs, wie Sie selbst bemerkten, müssen wir nach der enormen Tragödie auf Haiti in die Zukunft schauen. Die Geberkonferenz in New York vor vierzehn Tagen brachte 7 Mrd. EUR auf, jedenfalls wurde dieser Betrag zugesagt. Auf der Grundlage des Aktionsplans der haitianischen Regierung, hat die EU 1,6 Mrd. EUR zugesagt. Meine Frage an Sie beide lautet: Wie wird dies nun in einen dauerhaften und stabilen Wiederaufbau der Insel umgesetzt? Es wird aus meiner Sicht ein langer Prozess sein.

Meine zweite Frage an Sie beide lautet: Was ist Ihre Einschätzung des Aktionsplans der haitianischen Regierung, und können Sie gewährleisten, dass die erheblichen Finanzmittel, die zugesagt wurden, effektiv genutzt werden? Immerhin haben die Haitianer nicht nur kurzfristige, sondern auch langfristige Bedürfnisse. Wie können wir die Hilfsanstrengungen für die 1,3 Mrd. Obdachlosen noch weiter intensivieren und sicherstellen, dass die Infrastruktur mittelfristig wiederaufgebaut werden kann? Dies ist nicht nur für die betroffene Bevölkerung von Bedeutung, sondern auch für die politische Stabilität dieser Insel, deren Regierung momentan unglaublich anfällig ist. Sie selbst haben dies bestätigt. In der Wahrnehmung der Menschen, erreicht die Hilfe nicht die Orte, wo diese benötigt wird. Wie können wir sicherstellen, dass die politische Situation in diesem Land und die Vorgehensweise seiner Regierung sich verbessert?

Ich möchte Sie fragen, wie Sie den Input auf diese Interimskommission unter dem Vorsitz von Bill Clinton sehen, sowohl im Hinblick auf Menschen als auf Finanzmittel?

Filip Kaczmarek (PPE). – (PL) Herr Präsident, ich möchte Frau Striffler dafür danken, dass Sie dieses Thema auf der heutigen Sitzung angesprochen hat. Auch danke ich Frau Georgieva und Herrn Piebalgs für ihre Erklärungen. Ich denke, dass viele der von uns in der im Februar angenommenen Entschließung über Haiti vorgeschlagenen Maßnahmen ein Schritt in die richtige Richtung sind und die Grundlage für den Wiederaufbau eines von einer Katastrophe heimgesuchten Landes bilden können. Diese Maßnahmen haben zwei grundlegende Abschnitte, über die wir heute sprechen. Die erste Phase behandelt kurz- und mittelfristige Krisenhilfe zur Unterstützung der Menschen bei ihren dringlichsten Bedürfnissen, Frau Georgieva sprach hierüber. Die zweite Phase betrifft den dauerhaften Wiederaufbau, der koordiniert werden muss. Auch muss eine Bewertung des Wiederaufbaubedarfs erfolgen, während gleichzeitig niemals die Tatsache aus den Augen gelassen werden darf, dass die Inhaber dieses Prozesses die Menschen und die Regierung Haitis sein müssen. Ich danke Ihnen, Herr Piebalgs, dass Ihrer Ansicht nach diese Verantwortung auch von den Haitianern zu tragen ist.

Die dritte Phase betrifft ausschließlich uns. Ich meine die von uns zu ziehenden Schlussfolgerungen, sodass unsere Hilfe besser koordiniert wird, und ich freue mich, dass die Kommission daran arbeitet.

Philippe Juvin (PPE). – (FR) Herr Präsident, Europa hat Millionen Euro für Zelte, Nahrungsmittel, Soldaten und Ärzte beigesteuert. Dies ist alles schön und gut, aber ich möchte eigentlich Jean Yves Jason, Bürgermeister von Port-au-Prince zitieren, der im Februar das Wort „Desaster“ verwendete, wobei er damit nicht die Folgen des Erdbebens meinte, sondern die vollständige und völlige Desorganisation der folgenden humanitären Arbeit beschrieb.

Wir sollten uns die folgende Frage stellen: Wie können wir eine Wiederholung dieser fehlenden Organisation vermeiden, die Haiti teuer zu stehen gekommen ist? Es gibt nur eine Antwort auf diese Frage, Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Kommissar, eine Antwort, die wir alle kennen und die hier zur Sprache gebracht wurde: durch die Schaffung einer europäischen Katastrophenschutztruppe.

Ich frage Sie nochmals: Wann wird sich die Kommission endlich dazu entschließen, dem Parlament den Aufbau einer solchen Einheit vorzuschlagen, eine einzige Einheit mit denselben Einsatzregeln und identischen Befehls-, Verkehrs- und Kommunikationssystemen? Dies ist möglich und kann schnell vor Eintritt der nächsten Katastrophe aufgebaut werden. Ich fordere Sie jetzt dazu auf, nicht von Koordination zu sprechen, sondern zu handeln.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin mit dem Ergebnis des Treffens der Geberländer zufrieden, denn die zur Verfügung gestellten Summen sind ein ausgezeichnetes Ergebnis. Noch wichtiger jedoch war das Leitgedanke für die Mittelverwendung, und zwar nicht einfach wiederaufzubauen, sondern besser wiederaufzubauen.

Haiti muss aus dieser Krise stärker und mit fortschrittlicheren öffentlichen Gebäuden und Privatwohnungen hervorgehen, als diejenigen, die vorher existierten, bevor das Erdbeben sie ausradierte. Wir dürfen nicht denken, dass der Wiederaufbau die Rückkehr der Elendssiedlungen oder sozioökonomische Bedingungen, wie diejenigen, die vorher existierten, bedeutet.

Geld als solches wird sicherlich benötigt, aber die erheblichen von den einzelstaatlichen und europäischen Institutionen bereitgestellten Mittel sind nur ein erster Schritt; ebenfalls werden ein langfristiger Plan und eine starke, zuverlässige Koordinierung benötigt.-

Nachdem in diesem Haus einige anfängliche Verzögerungen kritisiert wurden, bei denen Europa im Rahmen seiner außenpolitischen Vertretung weder außergewöhnliche Effizienz noch bemerkenswerte Spontaneität an den Tag legte, begrüßen wir stattdessen heute zu diesem Zweck die ausgezeichnete Arbeit, die unsere Institutionen auf dem Gebiet der Koordinierung verrichten. Auch hoffen wir, dass auf der Grundlage dieses Standpunkts und dieses Engagements diese Bemühungen mit einem langfristigen Plan fortgesetzt werden, der über die entschlossene Präsenz unserer Institutionen zum Erfolg geführt werden kann. -

Anna Záborská (PPE). – (SK) Das Erbeben auf Haiti wurde unmittelbar von internationaler humanitärer Hilfe gefolgt. Neben dem amerikanischen und kanadischen Militär beglückwünsche ich auch die Slowakei und den internationalen Malteserorden zum zügigen und effizienten Truppeneinsatz. Nur wenige Staaten sorgten für schnelle und effektive Hilfe.

Nach den ersten Einschätzungen von Professor MU Dr. Krčmár, einem Experten und Doktor, der sich mit humanitären Hilfsmaßnahmen auskennt, muss gesagt werden, dass viele Menschen und erhebliche Finanzmittel aus Europa ankamen, jedoch ohne die erforderliche Ausrüstung, Maschinen, Nahrungsmittel, Wasser und Treibstoff, was zur effektiven Intervention bei der Rettung von Opfern heruntergefallener Bäume benötigt wird. Nicht einmal die Erfahrung mehrerer Rettungsgruppen war ausreichend. Gute Absichten erfordern auch eine praktische Seite, um wirksam zu sein.

Ich rufe daher die zuständigen nationalen und europäischen Institutionen dazu auf, wie von uns in der Entschließung über Haiti gefordert, schnellstmöglich einen gemeinsamen humanitären Hilfsdienst bereitzustellen. Zusätzlich erachte ich die Bereitstellung von Schulung im Bereich der humanitären Hilfe und die Vorbereitung des benötigten Materials und Ausstattung im Falle einer Naturkatastrophe als sehr wichtig.

Franziska Keller (Verts/ALE). – Herr Präsident, ich danke den Kommissaren für ihre Präsentation und für ihre gesamten Anstrengungen, die sie dem Fall Haiti gewidmet haben. Auch stimmte ich zu, dass wir uns auf die ganze Insel konzentrieren sollten. Auch wenn ich der Vorgehensweise der Union in ihrer Gesamtheit sehr kritisch gegenüberstehe, so kann ich ihrem Ansatz für die gesamte Insel zustimmen.

Ich ermahne Sie auch, die von uns einzugehenden zukünftigen Verpflichtungen nicht zu vergessen. Wir müssen die von uns jetzt gemachten Zusagen einhalten. Wenn wir bemerken, dass die Mitgliedstaaten sich nicht strikt an die Einhaltung Ihrer 0,7% Zusagen halten, müssen Sie wirklich stark auftreten und sicherstellen, dass sie mit ihren Plänen vortreten. Auch müssen wir sicherstellen, dass der Fortschritt, den wir jetzt auf Haiti erzielen, nicht durch Einführung anderer EU-Strategien, die tatsächlich die Entwicklung auf Haiti oder anderswo verhindern, hinfällig wird. Wir müssen wirklich an einer politischen Kohärenz festhalten, damit wir nicht auf Haiti erfolgreich sind, nur um mit anzusehen, wie unsere Fortschritte aufgrund von schädlichen Strategien zerstört werden.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – (FI) Herr Präsident, die EU hat Haiti geholfen, was eine gute Sache ist, aber diese Katastrophe hat meiner Meinung nach deutlich aufgezeigt, dass die EU über schnelle Eingreiftruppen für humanitäre Maßnahmen verfügen muss und dass wir ein ziviles Krisenmanagement entwickeln müssen.

Eine Geldvergabe reicht nicht aus; die EU sollte ebenfalls in der Lage sein, bei derartigen Katastrophensituationen schnelle Maßnahmen zu ergreifen, Hilfe zu leisten und Menschen bereitzustellen. Menschen müssen konkrete Hilfe erhalten und nicht nur nach einem langen Zeitraum. Während diese Hilfe sicherlich wichtig ist, mangelt es der EU derzeit an der Fähigkeit zur Bereitstellung von schneller Hilfe vor Ort.

Ich hoffe, dass die Menschen ihre Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit lenken und dass schnelle Eingreiftruppen geschaffen werden.

Kristalina Georgieva, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis lasse ich Herrn Piebalgs etwas Zeit übrig, um einige der Anfragen zum langfristigen Wiederaufbau zu übernehmen.

Dies ist sehr nützlich und sehr ermutigend für uns gewesen. Bevor ich auf die Anfragen eingehe, möchte ich mich den Beileidsbekundungen gegenüber den Familien der vier getöteten spanischen Soldaten und all denjenigen anschließen, die ihr Leben in der Katastrophe und jetzt bei den Bergungsarbeiten auf Haiti verloren.

Ich möchte mit dem größeren politischen Thema, der Verbesserung der EU-Fähigkeiten bei der Krisenreaktion, beginnen. Aufgrund seines Engagements, das er in dieses Thema investiert hat, war ich sehr erfreut, dass mein Kollege, Kommissar Barnier anwesend ist. Am 26. April werden wir im Entwicklungsausschuss Gelegenheit dazu haben, das Arbeitsprogramm ausführlicher zu erörtern, das für 2010 die Stärkung der Krisenreaktionsfähigkeit und eine Mitteilung zu diesem Thema enthält.

Ich kann Ihnen versichern, dass unser Team diesem höchste Priorität einräumen wird. Wir werden sehr eng mit den Mitgliedstaaten und mit dem Parlament zusammenarbeiten, um zu einer Lösung zu gelangen, mit der unsere Krisenreaktionsfähigkeit verbessert wird. Dahinter steckt eine sehr einfache Logik. In Zeiten, in denen die Intensität und Häufigkeit von Katastrophen zunehmen und die Haushaltspläne unserer Länder für die kommenden Jahre knapp bemessen sind, sind die Stärkung der europäischen Koordination und der Aufbau eines Vermögensbestands, der im Hinblick auf Auswirkung, Kosten und Ergebnisse effektiv eingesetzt werden kann, der einzige Weg. Ich kann Ihnen sagen, dass wir morgen mit unserem ersten Länderbesuch zu diesem Thema beginnen. Unser Team räumt diesem in den kommenden Monaten einen besonders hohen Stellenwert ein.

Lassen Sie mich auf die vier gestellten Anfragen zurückkommen.

Die erste ist die Frage der Einbindung einer Antwort auf unmittelbare Prioritäten mit langfristigem Wiederaufbau und unserem Durchhaltevermögen. Dies ist wirklich wichtig, denn falls wir uns zu schnell dem Wiederaufbau zuwenden und uns von der Hilfe für die Menschen in Not abwenden, riskieren wir eine besonders ernste Tragödie. Wir mussten uns damit bei der Frage der Nahrungsmittellieferung beschäftigen, bei der die Regierung Haitis vorschlug, dass wir uns von der Nahrungsmittelbereitstellung auf Bargeld-für-Arbeit und Nahrungsmittel-für-Arbeit verlagern, was äußerst wünschenswert ist, aber nicht überall zur gleichen Zeit erfolgen kann. Dies ist etwas, dass wir sehr genau verfolgen.

Ganz allgemein ist unsere neue Strategie bei der Frage der Ernährungssicherheit sehr fortschrittlich, da sie alle anderen Komponenten gleich stark betont und zur lokalen Beschaffung von Nahrungsmitteln für die humanitäre Hilfe, wann immer dies möglich ist, anregt. Wir haben dieses Thema zum Gegenstand einer Diskussion anlässlich einer Morgensitzung in New York gemacht, zu der wir Nichtregierungsorganisationen, Haitianer sowie internationale Nichtregierungsorganisationen eingeladen haben, und ich war besonders stolz darauf, dass die europäischen Nichtregierungsorganisationen diese Fragen der landwirtschaftlichen Sicherheit für Haiti bei gleichzeitiger hoher Ertragsproduktivität in die Diskussion über Haiti einbrachten.

Ich möchte mich der Frage der Unterkunft zuwenden. Es handelt sich ganz und gar nicht um eine alltägliche Frage, da die Menschen den Platz, an dem sie sich jetzt befinden, nicht verlassen möchten. Hierfür gibt es eine Vielzahl von Gründen. Einer ist, dass selbst wenn ihre Häuser sicher sind, sie aufgrund des erlebten Traumas Angst haben, zurückzukehren. Ein weiterer Grund ist, dass sie befürchten, das ihnen Zusammenhalt gebende soziale Gefüge zu verlieren, da sie als ganze Nachbarschaften umgezogen sind. Es handelt sich also nicht ausschließlich um schlechte Politik oder fehlenden Willen; es geht auch um das gesellschaftliche Phänomen, das einer derartigen Katastrophe folgt und es dadurch nicht so einfach ist, Menschen dazu zu bewegen, Überschwemmungsgebiete zu verlassen und sichere Gebiete aufzusuchen. Aber wir beschäftigen uns hiermit vorrangig.

Lassen Sie mich mit der Frage der langfristigen Nachhaltigkeit zum Schluss kommen. Es geht um Nachhaltigkeit bei der Governance, es geht aber auch um ökologische Nachhaltigkeit. Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen innerhalb von einigen Wochen aufeinander über Haiti und Chile zu fliegen. Auf Haiti, einer ökologisch zerstörten Insel, hatte dies natürlich Auswirkungen auf das Ausmaß dieser Zerstörung. In Chile hat die Regierung jahrzehntelang ein Wiederaufforstungsprogramm umgesetzt, wodurch der Boden stabilisiert und infolgedessen eine bessere Umwelt geschaffen wurde, was anscheinend für die Menschen sehr hilfreich ist. Im Falle von Chile denken wir langfristig.

Dies ist nicht mein Gebiet, aber ich muss es als ehemaliger Angestellter der Weltbank aufgreifen. Natürlich stimme ich Ihnen zu, dass wir die Vorschläge der Weltbank über diese Koordinierung in den Multigeber-Treuhandfonds, auch aber als ein institutionelles Projektmanagement aufgreifen und befolgen müssen.

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, wie üblich, wenn ich nur einen Wunsch in meinem politischen Leben frei hätte, so würde ich gerne mehr Zeit im Parlament zur Beantwortung der an mich gerichteten Anfragen haben. Es wird mir nicht möglich sein, alle heute gestellten Anfragen zu beantworten, aber ich werde einige von ihnen durchgehen.

Die Unterstützung des Parlaments ist für die Kommission von großer Bedeutung, denn Haiti ist kein Fall, mit dem sich ausschließlich die Kommission beschäftigt. Es war, als ob die gesamte europäische Gesellschaft sich wünschte, dass die Europäische Gemeinschaft den Wiederaufbau zur Kraftanstrengung machen sollte.

Es ist wie bei einem Lehrbuch: Auf internationaler Ebene wurde eine Bewertung vorgenommen, die Regierungen stellten Pläne auf, diese wurden mit Nichtregierungsorganisationen erörtert, es gab verschiedene Ergänzungen, und es gibt eine Interimkommission, die den gesamten Prozess koordiniert. Wir erstellen definitiv nichts parallel. Wir arbeiten auf denselben Grundlagen und auf gut vorbereitetem Boden.

Im Hinblick auf die vonseiten der EU eingegangenen Verpflichtungen haben wir eine politische Verpflichtung, die wir einhalten werden. Ich glaube, dass dasselbe auch sehr gut auf andere Beteiligte zutrifft. Wir arbeiten an Eigentumsrechten. Dies ist einer der Risikofaktoren. Wir haben ein Bodenkataster, an dem wir arbeiten werden, aber es könnten Risiken auftreten.

Die Risiken könnten definitiv aus der Inhaberschaft des politischen Prozesses herrühren. Die Wiederaufbauanstrengungen können aufrechterhalten bleiben, wenn es einen politischen Prozess gibt, der die langfristige Entwicklung Haitis unterstützt und wenn die Menschen daran glauben. Dies ist die große Herausforderung, und wir können nichts anders tun, als die Menschen und die politische Gesellschaft Haitis dabei zu unterstützen. Ich glaube, dass dies aufrechterhalten werden kann und erfolgreich sein könnte.

Im Hinblick auf die Transparenz des Prozesses wurde die gesamte Geberstruktur auf eine sehr deutliche und strukturierte Weise mit sehr viel Transparenz festgelegt. Sämtliche EU Prozesse sind definitiv transparent und gewährleisten vollständig, dass Gelder nicht nur zweckmäßig, sondern zudem auch gut und effizient verwendet werden.

Abschließend denke ich, dass wir die vor Ort tätigen Menschen – aus den Mitgliedstaaten, der Gemeinschaft und auch der breiteren internationalen Gemeinschaft – nicht unterschätzen sollten. Auch ich möchte den Familien derjenigen, die beim Wiederaufbau Haitis ums Leben gekommen sind, mein Beileid aussprechen. Viele andere Menschen sind bemüht, ihre Aufgabe zu erfüllen und ihr Bestes zu geben. Sie sind der Garant dafür, dass wenn der Prozess gut organisiert ist, dieser erfolgreich sein wird.

Der Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

(Die Sitzung wird um 13.10 Uhr unterbrochen und um 15.05 Uhr wieder aufgenommen)

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Franz Obermayr (NI), in writing. – (DE) Es ist nun an der Zeit eine Zwischenbilanz zur Hilfe für Haiti zu ziehen. Wir müssen uns vor allem die Fragen stellen: Wie schnell und wie effektiv war bzw. ist die Hilfe? Dient die Hilfe der nachhaltigen Entwicklung von Haiti? Wie wurde das Ganze koordiniert? Wie wurde die EU dabei außenpolitisch vertreten? Besonders die letzten beiden Fragen interessieren mich, zumal die Verheerenden Beben in Haiti eine erste Bewährungsprobe für die Hohe Vertreterin Ashton darstellten. Der Sinn und Zweck des Amtes der Hohe Vertreterin ist es, die EU als Global Player zu stärken. Jedoch: Ashton hat es weder der Mühe Wert gefunden sich kurz nach den Beben vor Ort einzufinden um einen symbolischen Akt der Unterstützung zu setzen, noch hat sie es geschafft die Hilfe für Haiti koordiniert abzuwickeln: Die Mitgliedstaaten haben mal eigenständig mal gemeinsam Hilfeaktionen gesetzt, Ashton wäre dafür verantwortlich gewesen, dass man sich besser abstimmt. Zudem wurde die haitianische Regierung selbst auch zu wenig eingebunden. Die Hohe Vertreterin sollte sich nun langsam ihrer Aufgabe bewusst werden und konstruktive Vorschläge zur Strukturierung humanitärer und finanzieller in Katastrophenfällen machen. Es gibt viel Aufbauarbeit zu leisten in den nächsten Monaten, auch für Frau Ashton.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), schriftlich. – (PL) Meine Damen und Herren, wir sind hier zusammengekommen, um die europäische Koordinierung der Hilfe für Haiti zu erörtern. In der Zwischenzeit kritisieren internationale Kommentatoren unsere unkoordinierte Vorgehensweise. Drei Monate sind seit dem tragischen Erdbeben vergangen, und es scheint, dass wir noch immer noch nicht imstande sind, eine gemeinsame Haltung zur Hilfe für Haiti zu erarbeiten. Im Januar verfolgten wir zahlreiche Redebeiträge über die Rolle der Union auf der internationalen Bühne, aber es ist beschämend, wie schwach und unentschieden die Union bis jetzt aufgetreten ist. Die Bereitstellung von 1,2 Mrd. EUR an Hilfe für Haiti durch die Europäische

Union ist lobenswert. Weltweite Geber haben erklärt, 5,3 Mrd. USD für den Wiederaufbau Haitis über zwei Jahre bereitzustellen. Längerfristig soll ihr Hilfsvolumen auf 9,9 Mrd. USD ansteigen. Diese Beträge sind besonders optimistisch. Die Katastrophe auf Haiti hat mich jedoch innehalten und mich über ein Land nachdenken lassen, dass in Wirklichkeit vor langer Zeit zusammenbrach. Das Erbeben war eine Naturkatastrophe, aber das derzeitige Ausmaß der Armut auf Haiti ist das Ergebnis des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenbruchs. Der Zusammenbruch und die Gewalt auf Haiti in den letzten Jahren sind das Ergebnis jahrhundertelanger brutaler Beziehungen mit der Außenwelt – mit bestimmten Staaten und internationalen Konzernen. Die internationale Gesellschaft hat Haiti im Stich gelassen. Lassen Sie uns jetzt als Wiedergutmachung mehr machen.

VORSITZ: Jerzy Buzek

Präsident

6. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

7. Fragestunde mit Anfragen an den Präsidenten der Kommission

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Fragestunde mit dem Präsidenten der Kommission.

Dies betrifft Fragen zu allen Themen im Namen der Fraktionen.

Dann der zweite Teil der Sitzung – Fragen zur Beschäftigungssituation in der Europäischen Union.

Othmar Karas, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident! Das *Centre for European Studies*, Griechenland, die EU 2020-Strategie, die Suche nach Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen uns deutlich, dass wir bei den notwendigen Maßnahmen sehr rasch an die Grenzen der Möglichkeiten der bestehenden Verträge geraten und dass auf der anderen Seite manche Mitgliedstaaten, statt nach Europa zu blicken, in einen neuen Intergouvernementalismus und Nationalismus und Protektionismus flüchten.

Was gedenken Sie zu tun, um diese Probleme zu überwinden, die nötigen gemeinschaftlichen Ziele festzulegen und glaubwürdige europäische Instrumente zu schaffen, damit wir handlungsfähig sind und die richtigen Antworten geben.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission Es stimmt, dass einige nationale Politiker erstaunlicherweise auf zwischenstaatlicher Ebene eine Lesung des Vertrags von Lissabon durchführen. Der Vertrag von Lissabon wurde vereinbart, um eben die europäische Dimension zu stärken; die Befugnisse des Europäischen Parlaments zu stärken; es einfacher zu machen, Entscheidungen durch eine qualifizierte Mehrheit zu treffen; und die Rolle der Kommission bei der wirtschaftspolitischen Überwachung und den auswärtigen Angelegenheiten zu stärken. Diese Lesung ist daher recht überraschend, aber sie findet tatsächlich statt.

Die Rolle der Kommission ist natürlich die des Wächters der Verträge, in Übereinstimmung mit Artikel 117 des Vertrags von Lissabon das europäische Recht zu schützen und konsequent im Hinblick auf die Einhaltung des europäischen Rechts zu sein. Denn der Tag, an dem die Europäische Union keine Gemeinschaft des Rechts mehr ist, wird sie auch keine wirkliche Union mehr sein.

Zweitens ist ihre Rolle die der Förderung von Initiativen und der Übernahme der Führung bei Initiativen. Zu diesem Zweck wird sie ihre Arbeit tun, indem sie Vorschläge vorzulegen bemüht sein wird, von denen ich hoffe, dass sie die Unterstützung dieses Parlaments haben werden. In meinen politischen Leitlinien habe ich die besondere Beziehung zum Parlament erwähnt, und ich beabsichtige tatsächlich, dies Realität werden zu lassen.

Othmar Karas, im Namen der PPE-Fraktion. – In Madrid hat Kommissar Olli Rehn ein Paket vorgeschlagen, das noch nicht beschlossen ist, in dessen Rahmen aber gleich zu Beginn der Debatte über Sanktionen gesprochen wurde. Wir sollten meines Erachtens nicht mit Sanktionen an die Mitgliedstaaten die Diskussion beginnen – das wäre das Pferd beim Schwanz aufzäumen –, sondern wir müssen die gemeinsamen Ziele, die gemeinsamen Projekte und die gemeinsamen Instrumente festlegen, die wir zusätzlich zum Bestehenden benötigen, und erst dann sollten wir über Sanktionen bei unsolidarischem Verhalten beraten. Wie stehen Sie zu dieser Schwerpunktsetzung?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Wie Sie, Herr Karas, sagten, gibt es noch keine Entscheidung. Es hat eine erste Aussprache mit den Finanzministern gegeben, und die Kommission wird im kommenden Monat in der Tat eine Mitteilung zur Stärkung der Economic Governance vorlegen. Wir beabsichtigen, die präventive und korrektive Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu stärken. Wir werden Vorschläge für eine effektivere und breitere Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten innerhalb der Eurozone vorlegen, und wir werden die Möglichkeiten für die Bildung eines Krisenbewältigungsmechanismus ausloten, aber wir werden uns auf den Inhalt konzentrieren.

Wir glauben, dass es mit den jetzigen Verträgen möglich ist, viel mehr im Hinblick auf die Überwachung des Euroraums und die der Wirtschafts- und Währungsunion zu tun, wenn es wirklich eine Bereitschaft seitens der Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit und zur Einhaltung der Verträge gibt.

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Artikel 125 des EU-Vertrags sieht die so genannte *Bail-out*-Klausel vor, also das Verbot, dass Mitgliedstaaten der EU die Schulden anderer Mitgliedstaaten übernehmen. Wie stehen Sie zu dem Sachverhalt, dass das für Griechenland geschaffene Hilfspaket nun dazu führt, dass Staaten wie beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland für drei Jahre an den griechischen Staat zu 5 % Geld verleihen, das sie selbst bei einer dreijährigen Bindung zu 1,5 % aufnehmen? Bei einer geschätzten Summe von 8,4 Milliarden wären das 620 Millionen Profit. Beinhaltet die *Bail-out*-Klausel nicht auch, dass ich, wenn ich die Schulden eines Staates nicht übernehmen darf, auch kein Geld an den Schulden eines Staates in der EU verdienen darf? Sind Sie bereit, mit der deutschen Regierung oder anderen Regierungen über einen solchen in meinen Augen völlig unzulässigen Mechanismus zu reden?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Es trifft zu, Herr Schulz, dass der Vertrag von Lissabon die so genannte „Rettung“ von Mitgliedstaaten nicht zulässt. Die bislang gefundene Lösung – die noch nicht aktiviert wurde, da man sie noch nicht angefordert hat – steht der Kommission zufolge voll und ganz im Einklang mit dem Vertrag. Ich möchte dies unterstreichen. Ich weiß, dass in einigen Kreisen in der Bundesrepublik Deutschland – und sogar in einigen anderen Mitgliedstaaten, aber insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland – eine Debatte stattfindet. Und ich möchte sagen, dass dies schlicht falsch ist, dass das, worüber wir gerade nachdenken, eine Art „Rettung“ ist. Das ist es nicht. Es ist eine Koordinierung von Krediten. Die Kommission wird diese Verantwortung haben. Der Internationale Währungsfonds wird auch mit im Programm sein, dass, wie ich sagen muss, ein kreatives Programm ist. Es ist eine Lösung, die nur nach ausführlichen Diskussionen mit unseren Mitgliedstaaten möglich war, aber sie steht im vollen Einklang mit den Verträgen und hält natürlich die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon ein.

Lassen Sie mich mit einer politischen Anmerkung schließen und sagen, dass ich es ziemlich ungewöhnlich finde, dass es so schwierig gewesen ist, eine Lösung der Solidarität für Griechenland zu finden, wo eine für Lettland, Ungarn und Rumänien gefunden werden konnte. Wenn wir jene Lösungen der Solidarität und der Verantwortung außerhalb des Euroraumes finden können, ist es wie ich meine ziemlich offensichtlich, dass wir diese auch innerhalb des Euroraumes finden sollten.

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Kommissionspräsident, ich verstehe, dass Sie versuchen, meiner Frage auszuweichen, weil es eine unangenehme Frage ist. Deshalb wiederhole ich sie nochmals.

Es besteht zumindest die Möglichkeit, dass Mitgliedstaaten, wenn sie selbst Geld zu besseren Konditionen aufnehmen können als zu den Konditionen, zu denen sie das Geld verleihen, aus den Schulden eines Landes Profit ziehen. Wenn also die *Bail-out*-Klausel besagt, man dürfe die Schulden nicht übernehmen, dann darf man aus den Schulden auch keinen Gewinn ziehen. Sind Sie bereit, z. B. mit Frau Merkel oder Herrn Sarkozy oder irgendjemand anderem offen darüber zu reden, dass Sie gegen eine solche Vorgehensweise sind?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ich habe über diese Sache mit den Staatschefs und anderen Vertretern wochenlang gesprochen. Demnach kann ich Ihnen, Herr Schulz, ziemlich offen sagen, dass leider die einzig mögliche Lösung diese hier gewesen ist. Die Kommission hatte von Beginn an um ein konkreteres Signal der Solidarität mit Griechenland gebeten, wobei natürlich immer der Grundsatz der Verantwortung respektiert wurde. Aber was wir jetzt tun müssen ist sicherzustellen, dass Griechenland ermutigt werden kann, so schnell wie möglich zur Marktfinanzierung zurückzukehren. Und tatsächlich war die gefundene Lösung eine, wo die Kredite der Mitgliedstaaten des Euroraums zu nichtkonzessionären Zinssätzen garantiert werden. Die Preisbildung für Kredite durch den IWF wurde als ein geeigneter Richtwert für die Festsetzung bilateraler Kreditkonditionen der Mitgliedstaaten des Euroraumes betrachtet, wenn auch mit einigen am 11. April vereinbarten Anpassungen.

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Präsident der Kommission, zunächst einmal, sofern es die „Nicht-Rettungs-Klausel“ anbelangt, wird dies durch den Vertrag nicht gesagt.

Im Vertrag heißt es, dass ein Mitgliedstaat nicht dazu gezwungen werden kann, Schulden zu übernehmen. Im Vertrag heißt es nicht, dass es verboten sei, Schulden zu übernehmen. Dies muss klargemacht werden, andererseits kommt es zu einem Missklang im Hinblick auf den Vertrag. Ich wiederhole: der Vertrag stellt klar fest, dass ein Mitgliedstaat nicht dazu gezwungen werden kann, Schulden zu übernehmen. Demnach involviert alles, was man sich bezüglich Griechenlands ausgedacht hat, Sachverhalte, die eventuell unter den Vertrag fallen und die durchgesetzt werden können.

Meine Frage ist etwas anders. Die Zinssätze auf griechische Kredite sind erneut auf 7,6 % angestiegen, mit anderen Worten 450 Basispunkte über dem deutschen Satz. Demnach werden andere Maßnahmen gebraucht, und ich denke an sehr bedeutende, grundlegende Reformen: einen Europäischen Währungsfonds, einen europäischen Anleihenmarkt, eine ehrgeizigere Strategie 2020.

Herr Präsident der Kommission, meine Frage lautet daher: an welchem Punkt erwägen Sie ein Paket mit Reformen dieser Art, einschließlich der Reformen, die Herr Rehn bereits begonnen hat, auf dem Tisch des Rates zu platzieren? Denn das ist es, was jetzt gebraucht wird – die Präsentation eines ehrgeizigen Reformpakets parallel zu spezifischen Maßnahmen für Griechenland.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Zunächst, Herr Verhofstadt, und auch in Antwort auf Herrn Schulz, lassen Sie uns absolut klar und ehrlich uns selbst gegenüber sein: wenn es Fragen gibt, die Sie Frau Merkel stellen wollen, müssen Sie sie stellen. Ich bin nicht hier, um im Namen von Frau Merkel zu antworten. Ich bin hier, um im Namen der Kommission zu antworten. Lassen Sie uns das ganz deutlich sagen.

Lassen Sie uns das auch ganz deutlich vom Standpunkt der Kommission aus sagen. Die Lösung, die gefunden wurde, respektiert gewissenhaft, was als die „Nicht-Rettungs-Klausel“ bekannt ist. Natürlich sind wir bei diesem Punkt sehr vorsichtig gewesen. Soweit es die Maßnahmen, die wir unternehmen werden, die Bekanntmachung und die Vorschläge, an denen wir arbeiten, betrifft – sie werden nächsten Monat vorgelegt. Ich möchte über die Bekanntmachung im Hinblick auf ein verstärktes Regierungshandeln des Euroraumes sprechen. Eine politische Debatte hat bereits stattgefunden, und Herr Rehn hat ein Mandat von der Kommission im Hinblick auf eine erste Diskussion mit den Finanzministern erhalten. Ich kann Ihnen daher mitteilen, dass Sie irgendwann im Mai die Schwerpunkte der Maßnahmen, die wir für die Zukunft vorlegen, kennenlernen, um das Regierungshandeln im Euroraum und generell in der Europäischen Union zu stärken.

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, darf ich den Präsidenten der Kommission fragen, ob die Idee des Europäischen Währungsfonds Teil dieses Vorschlags sein wird?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Herr Präsident, um Ihnen zu diesem Punkt eine konkrete Antwort zu geben – ich kann Ihnen sagen, dass unsere Position gegen die Idee der Bildung einer neuen Institution innerhalb des Kontextes der Wirtschafts- und Währungsunion tendiert.

Aus meiner eigenen Sicht bin ich zumindest nicht sicher, dass dies eine gute Idee ist. Aber ich kann Ihnen sagen – persönlich, da das Kollegium noch nicht entschieden hat – dass die Idee einer Einrichtung zur Sicherstellung der finanziellen Stabilität im Euroraum für mich eine gute zu sein scheint. Ich möchte hinzufügen, dass wir im Prozess der Auslotung verschiedener Wege für die Umsetzung und Stärkung von Versicherungssystemen sind. Wie jener, die auf die Bedenken eingehen, die Anlass für die Idee des Europäischen Währungsfonds waren.

Daniel Cohn-Bendit, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Barroso, mir hätte ein Präsident der Kommission gefallen, der einfach äußert, die Bundesrepublik Deutschland darum zu bitten, Kredite zu dem Zinssatz zu vergeben, zu dem es Kredite aufnehmen muss – was 3 % ist. Sie könnten dies zumindest öffentlich so sagen. Das würde Teil der Debatte in der Bundesrepublik Deutschland sein, aber Sie sind nicht imstande, diese einfachen Sachen zu sagen.

Ich möchte eine weitere Frage zum ACTA-Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie stellen. Sie verhandeln das ACTA-Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie seit dem Jahr 2008. Im März wurde Ihnen durch eine Entschließung des Europäischen Parlaments mitgeteilt, die ACTA-Verhandlungen zur Piraterie herunterzufahren. Morgen werden Sie für uns – vielen Dank, wir haben ein Jahr lang darauf gewartet – die Auswertung der Debatten und einen Text, der am Ende des EU-Gipfels in Neuseeland angenommen wurde, veröffentlichen.

Sie wissen, dass das Parlament am Ende dieser Verhandlungen „Ja“ oder „Nein“ sagen muss. Würde es nicht mehr Sinn machen, das Parlament stärker sichtbar zu beteiligen und damit eine gewisse Transparenz im

Hinblick auf die Verhandlungen sicherzustellen? Anderenfalls werden Sie sich in der gleichen Situation mit dem Parlament wieder finden, die Sie bei SWIFT erfahren haben. Ich möchte Sie daher darum bitten, von jetzt an mehr Transparenz zu demonstrieren und uns die Texte der Verhandlungen zukommen zu lassen, wie Sie sie auch großen Unternehmen zukommen ließen. Das Parlament ist genau so wichtig wie ein großes Unternehmen.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Herr Präsident, Herr Cohn-Bendit, es kann keinen Zweifel daran geben, und ich habe die größte Achtung vor dem Parlament. Ich möchte hinzufügen, dass deshalb die Kommission und insbesondere Herr De Gucht in diesen Verhandlungen die Genehmigung von unseren Partnern erhalten hat, alle Texte der Verhandlungen zu veröffentlichen. Wie Sie wissen, werden sie morgen, am 21. April, veröffentlicht.

Zweifellos sind Sie sich auch dessen bewusst, dass diese Verhandlungen vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon begonnen haben, und wir möchten auch das Parlament eng in diese Verhandlungen mit einbeziehen. Im Bereich der internationalen Verhandlungen gibt es für das Parlament neue Befugnisse, und die Kommission befürwortet, dass das Parlament in solchen Verhandlungen eine größere Rolle spielt.

Daniel Cohn-Bendit, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Barroso, lassen Sie uns Wortspielereien vermeiden: ob darum gebeten wurde oder nicht – solange wie Sie die Transparenz nicht öffentlich machen, können Sie die Verhandlungen nicht fortsetzen, denn Sie haben den Vertrag von Lissabon.

Es geht daher nicht darum, dass Sie ihre Partner gebeten haben, die Berichte für das Parlament zu veröffentlichen; sie müssen es tun, denn anderenfalls wird das Parlament niemals „Ja“ zu Ihnen sagen, denn Sie sind jetzt durch den Vertrag von Lissabon gebunden.

Nach dem Vertrag sind Sie daher verpflichtet, in Bezug auf das Parlament transparent zu sein. Denn letztendlich müssen Sie ein „Ja“ vom Parlament haben, und das ist in Anbetracht des Stands der Verhandlungen und des Textes, mit dem wir es zu tun haben, keine Gewissheit.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Sie haben über das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon gesprochen. Ich befürworte auch in diesem Bereich sehr die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments. Und der Text, der morgen veröffentlicht werden soll und für den wir die Erlaubnis von unseren Verhandlungspartnern einholen mussten, ist der Text der Verhandlungen, der Entwurf des Verhandlungstextes. Wir werden das so tun. Sie sind sich zweifellos dessen bewusst, dass einige internationale Verhandlungen sensibler sind und einen vorsichtigen Ansatz für bestimmte Bereiche erfordern. Aber wir möchten das Parlament, dem der Vertrag von Lissabon zu Recht Befugnisse im Bereich der internationalen Verhandlungen eingeräumt hat, so weit wie möglich einbeziehen.

Timothy Kirkhope, im Namen der ECR-Fraktion. – Im März kündigte die Europäische Kommission an, sie würden eine erneute Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie durchführen. Es war das Drängen des Parlaments, die nationalen Opt-outs aus der Richtlinie auszusondern, was zu der Pattsituation geführt hat. Wie wir uns alle erinnern können, stimmten Abgeordnete der Labour-Partei des Vereinigten Königreiches im engen Kontakt mit den Gewerkschaften für die Aussonderung des Opt-outs des Vereinigten Königreiches – trotz anders lautender Anweisungen ihrer eigenen Regierung.

Da wir nun eine weitere Überarbeitung haben und den Wunsch vieler EU-Länder in Betracht ziehen, dass deren Arbeitnehmer die Wahl haben, zu flexibleren Arbeitszeiten zu arbeiten – kann Präsident Barroso bestätigen, dass diese Kommission eine Richtlinie vorschlagen wird, die die nationalen Opt-outs von der 48-Stunden-Woche respektiert?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident, ich habe noch keinen Gesetzentwurf in meiner Tasche. Es ist gegenwärtig zu früh, feste Vorstellungen vom Inhalt der Änderungen zu haben. Wie Sie wissen, gibt es ein Konsultationspapier, welches in seiner Tonart bewusst offen ist. Ich möchte auch die Ansichten der Sozialpartner hören.

Die neuen Regelungen sollen die Arbeitnehmer vor den Gesundheits- und Sicherheitsrisiken übermäßig langer Arbeitszeiten und mangelnder Ruhezeiten schützen. Sie sollen auch flexibel genug sein, die Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben zu berücksichtigen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen, zu unterstützen.

Ich denke, Herr Kirkhope, wir müssen eine Lösung dafür haben. Ganz offen gestanden weil, wie Sie wissen, Fälle beim Gerichtshof anhängig sind, die uns zur Findung einer Lösung verpflichten.

Demnach werden wir versuchen, eine breite Unterstützung für einen neuen Vorschlag zu finden und die langen Diskussionen zu vermeiden, die den letzten Versuch einer Überarbeitung der Richtlinie kennzeichneten.

Timothy Kirkhope, *im Namen der ECR-Fraktion*. Ich verstehe, dass Präsident Barroso dem Ergebnis der Anhörung der Kommission nicht vorgreifen möchte. Jedoch gibt es etliche Menschen in der EU – nicht nur die drei Millionen Menschen im Vereinigten Königreich, die aktuell das Opt-out ausnutzen – die sich auf seine Zusage darüber verlassen, dass seine Kommission es während eines Konjunkturabschwungs für die Menschen nicht schwerer machen möchte, zu arbeiten. Ich fürchte, dass uns Kommissionsmitglied Andor diese Zusicherung während seiner Anhörung nicht gegeben hat, aber ich vertraue darauf, dass Präsident Barroso dies jetzt tun wird.

José Manuel Barroso, *Präsident der Kommission*. – Sie sind sehr freundlich, Herr Kirkhope, aber abgesehen vom Vereinigten Königreich gibt es tatsächlich 26 weitere Mitgliedstaaten in der Europäischen Union. Demnach werden Sie verstehen, dass ich – während wir sehr empfänglich im Hinblick auf die Ihrerseits zum Ausdruck gebrachten Bedenken sind – mir auch andere legitime Anliegen angehört habe.

Dies ist eine sehr schwierige und extrem heikle Frage. Wir müssen die richtige Balance zwischen der, wie Sie betonen, Flexibilität für kleine und mittelständische Unternehmen und dem Schutz der Arbeitnehmer finden, bei dem ich mir sicher bin, dass auch Sie ihn befürworten. Genau dies werden wir tun. Deshalb appellieren wir an die Sozialpartner, auch einen konstruktiven Vorschlag vorzulegen.-

Lothar Bisky, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Barroso, Sie haben über Ihre Arbeitsvorhaben gesprochen, und darüber ist im Parlament diskutiert worden. Sie haben gesagt, dass Sie kritische Anmerkungen aufgreifen wollen. Ich habe eine Frage: Wir haben in der letzten Zeit viel über die Krise und ihre Bewältigung gesprochen. Ich habe aber den Eindruck, dass sich an der Praxis der Banken relativ wenig verändert hat.

Noch eine Frage würde mich interessieren: Meinen Sie, dass wir genug getan haben bzw. dass die Kommission genug getan hat, oder was ist aus Ihrer Sicht noch nötig, um die Ursachen der Finanzkrise längerfristig zu bekämpfen, damit die Praxis der Banken so nicht weitergeht?

José Manuel Barroso, *Präsident der Kommission*. – Gerade heute haben wir im Arbeitsprogramm unsere Maßnahme im Finanzsektor vorgelegt. Einen großen Teil davon haben wir getan, aber ein weiterer wichtiger Teil muss noch getan werden.

Ich denke, dass die Vorschläge der Kommission die richtigen waren. Tatsächlich bedaure ich, dass in einigen Fällen das Anspruchsniveau durch die Mitgliedstaaten reduziert worden ist. Zum Beispiel im Hinblick auf den Aufsichtsrahmen, der von Ihnen derzeit im Parlament geprüft wird. Und wir werden bald einige Vorschläge vorlegen – es gibt eine komplette Auflistung, die ich heute dem Parlament vorgelegt habe.

Aber ich denke, es gibt einige spezifische Dinge, die wir, um konkreter zu sein, tun können. Beispielsweise unterstütze ich die Idee Sonderabgabe für Banken. Ich meine, dass das ein Thema für den G20 sein sollte. Ich denke es ist fair, wenn der Bankensektor nach all den Problemen, die er für die gesamtwirtschaftliche Situation erzeugt hat, auch einen Beitrag für die Zukunft unserer Wirtschaftssysteme leistet.

Demnach ist es wie immer eine Frage der Ausgewogenheit. Wir möchten nicht untermindern, dass der Finanzsektor ein sehr wichtiger Sektor in unseren Wirtschaftssystemen ist. Aber wir glauben, dass noch weitere Maßnahmen wichtig sind, um das Vertrauen in den Finanzsektor wiederherzustellen.

Lothar Bisky, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Barroso, eine kurze Nachfrage habe ich dennoch. Der Chef der Deutschen Bank, Herr Ackermann, ist ja schwer zu beeindrucken. Er hat glatt wieder davon gesprochen, 25 % Rendite erreichen zu wollen. Halten Sie das nicht für Hohn angesichts der Maßnahmen, die die Kommission und auch einzelne Regierungen unternommen haben? Er ändert gar nichts. Er sagt, er wolle wieder 25 % Rendite. Das sagt Herr Ackermann, der Vorsitzende der Deutschen Bank, und das ist ja keine unwichtige Bank.

José Manuel Barroso, *Präsident der Kommission*. – Ich bitte um Entschuldigung, ich habe die Erklärungen des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank nicht verfolgt, und ich kann mich nicht zu etwas äußern, was mir nicht bekannt ist.

William (The Earl of) Dartmouth, *im Namen der EFD-Fraktion*. – Da die Finanzkrise eine Kreditkrise und eine Bankenkrise gewesen ist, die von den großen Geschäftsbanken – der Royal Bank of Scotland, der IKB, der Fortis und dergleichen – ausging – akzeptieren Sie, dass die Richtlinie über die Verwaltung alternativer

Investmentfonds, die auch für das Vereinigte Königreich äußerst schädlich gewesen ist, einen fehlgeleiteten und irrigen Legislativvorschlag seitens der Kommission darstellt, der ganz das falsche Ziel verfolgt?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Auf keinen Fall. Ich meine, es ist eine sehr gute Initiative. Diese zielt genau darauf ab, ein gewisses Vertrauen in etwas wiederherzustellen, was ein sehr wichtiger Bereich unserer Finanzmärkte ist. Ich denke, es liegt im Interesse des Finanzsektors, Glaubwürdigkeit zu haben. Lassen Sie uns in Bezug darauf offen und ehrlich sein. Es gibt derzeit ein Problem in Bezug auf die Glaubwürdigkeit im Finanzsektor, und es hatte seinen Ursprung im, sagen wir, unverantwortlichen Verhalten einiger wichtiger Akteure in diesem Bereich. Nicht nur, wie Sie sagten, im Vereinigten Königreich, sondern in weiteren Ländern in Europa – abgesehen von der Situation, die in den Vereinigten Staaten entstanden war. Wir brauchen ein angemessenes Regulierungsniveau. Ich glaube, dass die Regulierung, die wir vorgebracht haben, die angemessene Balance darstellt und nicht darauf abzielt, Schwierigkeiten für den Finanzsektor entstehen zu lassen. Ganz im Gegenteil: sie zielt darauf ab, Vertrauen aufzubauen. Der Finanzsektor braucht diese Art von Glaubwürdigkeit, um die Wirtschaft zu finanzieren.

William (The Earl of) Dartmouth, im Namen der EFD-Fraktion. – Wie wird die AIFM-Richtlinie, die auf die Manager alternativer Investmentfonds abzielt, Vertrauen in den Finanzsektor wiederherstellen, wenn das Problem bei den großen Geschäftsbanken liegt? So lautet meine Frage.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Entschuldigung, aber ich stimme dem nicht zu, dass das Problem nur bei den großen Banken liegt.

Tatsächlich ist das in den Vereinigten Staaten geschaffene Problem nicht nur durch die großen Banken erzeugt worden. Es ist auch durch nicht kommerzielle Banken, Investmentgesellschaften und Hedgefonds erzeugt worden. Demnach sind wir mit dieser Analyse, wonach das Problem von den großen Banken erzeugt wurde, nicht einverstanden. Tatsächlich waren einige der großen, traditionellen Geschäftsbanken nicht für die Krise verantwortlich.

Es gab viele Arten von Akteuren, die ein gewisses Maß an Verantwortung für den Schlamassel haben, aber lassen Sie uns das sehr klar feststellen – er wurde im Finanzsektor erzeugt. Wir glauben, dass ein angemessenes Regulierungsniveau der beste Weg ist, das Thema sowohl für Banken als auch für andere Instrumente oder Unternehmen im Markt anzusprechen.

Andrew Henry William Brons (NI). – Herr Präsident, der Europäische Auswärtige Dienst wird dem Hohen Vertreter gegenüber verantwortlich sein. Die Rolle des Hohen Vertreters ist laut Artikel 18, unter dem Mandat des Rates die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zu führen. Der Rat umfasst trotz all seiner Schwächen zumindest Vertreter der Mitgliedstaaten.

Dennoch argumentieren einflussreiche Stimmen zwischen den politischen Fraktionen in diesem Parlament dafür, dass die Kommission eine viel entscheidendere Rolle beim Dienst spielen soll. Insbesondere wird argumentiert, dass die Kommission mindestens 50 % der Bediensteten des Auswärtigen Dienstes stellen soll, und dass der Dienst keiner Einflussnahme durch die Zwischenstaatlichkeit ausgesetzt sein soll. Ich entschuldige mich für das Wort. Es ist nicht mein Wort, aber ich sehe es als einen Code für den Rat und den Europäischen Rat. Darüber hinaus ist natürlich der Hohe Vertreter von Amts wegen ein ehemaliger Vizepräsident der Kommission.

All dies scheint auf die Wahrscheinlichkeit hinzuweisen, dass die Außenpolitik der EU in Wirklichkeit durch die Kommission geführt werden wird und die Vorstellung, dass sie durch den Hohen Vertreter mit einem Mandat des Rates geführt wird, eine juristische Fiktion darstellen würde. Würden Sie dem zustimmen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ich stimme nicht zu. Wir sind nicht dort. Tatsächlich ist, wie Sie wissen, die Schaffung einer institutionellen Position des Hohen Vertreters/Vizepräsidenten der Kommission eine der wichtigsten Neuerungen des Vertrags von Lissabon. Und die Idee ist, zusammenzubringen, was wir typischerweise zwischenstaatliche Zuständigkeiten und gemeinschaftliche Zuständigkeiten nennen.

Was die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anbelangt, wird sie hauptsächlich zwischenstaatlich bleiben: sie ist das Vorrecht der Mitgliedstaaten. Aber es gibt weitere gemeinschaftliche Zuständigkeiten, die jetzt nicht in den zwischenstaatlichen Zweig gehen sollten. Sie sollten natürlich bei der Gemeinschaftsmethode bleiben.

Demnach hat der Hohe Vertreter/Vizepräsident der Kommission, wie wir sagen, üblicherweise eine Doppelfunktion. Sie wird die Dinge zusammenbringen müssen, wobei sie das Beste aus den Synergien, diese

beiden Zuständigkeiten, verwenden wird. Demnach wird es natürlich Zuständigkeiten geben, die sie innerhalb der Kommission als Vizepräsidentin der Kommission entwickeln kann, wobei sie auch eng mit den Mitgliedstaaten und dem Rat kooperieren wird. Ich denke, dass das der Beitrag ist, um zu kohärenteren und homogenen Außenbeziehungen der Europäischen Union zu gelangen und um die Verteidigung unserer Interessen und die Förderung unserer Werte in der Welt zu stärken.

Andrew Henry William Brons (NI). – Ich kann die interne Kohärenz dessen, was Sie als ein Verfechter der europäischen Integration sagen, sehen. Das bin ich jedoch nicht.

Was Sie aber eigentlich vorschlagen, ist, dass wir in der Tat über den Vertrag von Lissabon hinausgehen sollten, was schlimm genug ist. Und geradezu den Rat aussparen, der, wie ich sage, trotz all seiner Schwächen zumindest Vertreter der Nationalstaaten umfasst.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ich könnte nie vorschlagen, dass die Kommission gegen die Verträge verstoßen sollte, denn es ist ihre Pflicht, sicherzustellen, dass die Verträge eingehalten werden. Worum ich die Mitgliedstaaten wirklich bitte, ist, den Vertrag einzuhalten. Alle Institutionen müssen den Vertrag einhalten.

Der Vertrag sorgt für ein Gleichgewicht, und dieses Gleichgewicht muss eingehalten werden. Er stellt einen Fortschritt im Vergleich zur Vergangenheit dar, wo wir völlig verschiedene Institutionen hatten, die mit dem befasst waren, was in der Tat ein sehr wichtiges gemeinsames Interesse darstellt – nämlich die Verteidigung der europäischen Werte in der Welt. Ich halte es für möglich, dass unter Einhaltung des Vertrags genau das erreicht wird, was der Vertrag zu erreichen sucht. Das kann im Geiste einer guten Zusammenarbeit zwischen allen Institutionen und natürlich unter vollständiger Achtung unserer Mitgliedstaaten getan werden.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich komme aus dem Süden Italiens, und in unserer Region beruht die Wirtschaft auf kleinen und mittelständigen Unternehmen der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie sowie auf der Landwirtschaft.

Heute ist diese Art der Industrie wegen des Zustroms von Waren aus der Volksrepublik China und den asiatischen Märkten in ernsthaften Schwierigkeiten. In unserer Region, im südlichen Italien kostet die Herstellung eines Schuhs 13 EUR. Die Kosten des Fertigprodukts aus der Volksrepublik China belaufen sich auf 5,50 EUR. Ein von uns erzeugter Strampelanzug für Neugeborene kostet 4-5 EUR, wogegen ein Produkt aus der Volksrepublik China 1 EUR kostet.-

Um zu überleben, verlagern Unternehmer ihre Standorte, oder sie machen zu. Und wenn sie zumachen, gehen Tausende Arbeitsplätze verloren, und das führt auch zu einer Absatzkrise und einer Verarmung der Region.

Wann immer ich Unternehmerinnen und Unternehmer treffe, fragen sie mich: „Was hält Sie davon ab, Zölle und Steuern zu erheben?“ Denn in der Volksrepublik China haben wir die Niedrigkostenproduktion, weil Kinder ab einem Alter von 12 Jahren 10 Stunden täglich ohne Sozialversicherungsleistungen, ohne Versicherung und ohne das Recht auf Gesundheitsfürsorge arbeiten.-

Ich weiß, dass protektionistische Maßnahmen unerwünscht sind, aber wie lautet die Antwort? Herr Barroso, wenn ich Unternehmerinnen und Unternehmer treffe, was soll ich ihnen im Hinblick darauf sagen, was Europa unternimmt, um eine irreversible Krise zu bekämpfen? Eine Krise, in der so viele Unternehmen in den Konkurs gehen, in der sich so viele Arbeitsplätze in Luft auflösen und ganze Regionen von Europa, einschließlich der ärmsten Regionen, dem Süden von Italien, eine ernste und irreversible Krise durchmachen. Ich würde gern, Herr Barroso, einige Antworten anbieten können, und ich würde sie gern von Ihnen hören.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ich verstehe Ihre Sorgen, und es sind sehr berechtigte Sorgen. Ich möchte einige Worte zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen sagen, die in der Tat und wie Sie wissen der wichtigste Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa sind.

Aber wie kann man auf dieses Wettbewerbsproblem reagieren, dass aus anderen Teilen der Welt herrührt, die niedrigere Standards sowohl im Beschäftigungs- als auch Umweltbereich haben? Ich glaube, die Lösung liegt nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zu unseren Grenzen, denn die Europäische Union ist der mit Abstand größte Exporteur in der Welt. Demnach liegt die Lösung in der weltweiten Förderung menschenwürdiger Arbeit und der Anhebung von Sozialstandards. Das ist eine Frage, die wir innerhalb der G20 vorangetrieben haben; eine Frage, auf die wir mit der Internationalen Arbeitsorganisation drängen, und das ist ein Teil unseres Dialogs mit weiteren Partnern. Aber ich glaube wirklich, dass – solange es Dumping gibt – es weder eine Lösung ist, mittels Antidumpinginstrumenten zu agieren, noch ist es eine Lösung, unsere

Grenzen im Hinblick auf weitere wichtige Handelspartner Europas zu schließen. Das wird selbst zerstörerisch für uns sein.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Herr Präsident, um die Hinweise aufzugreifen, die zuvor bezüglich der Handhabung des griechischen Problems gemacht wurden – wir alle, die wir die Entwicklungen und die Handhabung dieser Probleme verfolgen, sehen – und viele von uns haben den Eindruck –, dass der Rat die Kommission beiseite geschoben hat.

Die Kommission war von Anbeginn, wie ich meine, im Hinblick auf den Rat ein ausgleichender Faktor für die mittleren und kleinen Mitgliedstaaten der Union. Ich denke, heute beschränkt sich ihre Rolle bei den Fragen, die Griechenland, aber nicht nur Griechenland, bewältigen muss, auf Maßnahmen und Erklärungen technokratischer Natur.

Meine spezielle Frage ist: wir sprechen über die Wirtschafts-, über die Währungsunion mit wesentlich akuterem supranationalen Elementen. Wir sprechen auch über die ehrgeizige Strategie Europa 2020, die durch die Kommission vorbereitet wird, und wir sprechen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut. Wenn die Kommission nicht die Rolle hat, die ihr gebührt, wie wird es möglich sein, diese ehrgeizigen Strategien umzusetzen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Die Frage der Beschäftigung hängt, wie Sie wissen, von der gesamtwirtschaftlichen Situation ab. Lassen Sie uns darüber völlig im Klaren sein. Wir können das Beschäftigungsniveau, das wir vor der Krise hatten, nicht wiederherstellen, bevor wir zu mehr Wachstum in Europa zurückkehren.

Deshalb konzentrieren wir unsere Anstrengungen auf die neuen Wachstumsquellen und versuchen tatsächlich, dieses Wachstum, was von entscheidender Bedeutung für die Europäische Union ist, wiederherzustellen.

Das ist jetzt unsere Priorität. Nichtsdestoweniger hat es einige Maßnahmen gegeben, die speziell für die Beschäftigung unternommen wurden. Wir haben einige Vorschläge in unserer EU-Strategie 2020 für neue Fähigkeiten, für neue Arbeitsplätze, für Programme im Jugendbereich. Aber das Grundlegende ist, die Bedingungen für das Wachstum einschließlich des Vertrauens in unsere Wirtschaft wiederherzustellen.

Wenn es um die griechische Situation geht, hat viel, wie Sie wissen, auch mit dem Vertrauen in die Zukunft der griechischen Wirtschaft zu tun. Das ist der Grund, warum es so stark von der Korrektur einiger Haushaltsungleichgewichte abhängt.

Frédéric Daerden (S&D). – (FR) Herr Präsident, Herr Präsident der Kommission, die Beschäftigungssituation in Europa ist, wie meine Kollegen gerade ausgeführt haben, sehr besorgniserregend. Im Jahr 2009 haben 2,7 Millionen Menschen im Euroraum ihren Arbeitsplatz verloren. Darüber hinaus ist die Armutsgefährdungsquote für die Bevölkerung mit einem Arbeitsplatz auf 8 % der Arbeitnehmer in Europa angestiegen. Ganz zu schweigen davon, dass beinahe 17 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt.

Denken Sie angesichts dieser Situation nicht, dass eine Doppelstrategie umgesetzt werden sollte? Indem einerseits menschenwürdige Arbeit verstärkt wird – es hätte sich gelohnt, eher diese Frage als Beschäftigung um des Wachstums willen in die Strategie 2020 einzuschließen; rechnen Sie darüber hinaus mit der Förderung der Schaffung von grünen, intelligenten Arbeitsplätzen zur Entwicklung einer nachhaltigen, geeinten Gesellschaft? – und indem andererseits die Gesamtbeschäftigungsquote in Europa mit besonderem Nachdruck auf Arbeitsplätzen für Jugendliche angehoben wird – Sie sprachen darüber –, aber auch für Personen über 50 Jahren?

In dieser Hinsicht betonen die Zunahme der Anfragen an den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und die Umstrukturierung in verschiedenen Sektoren die Notwendigkeit, eine globale Industriepolitik zu entwickeln.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Alle Fragen, die Sie aufgeworfen haben, Herr Daerden, werden in der Strategie 2020 behandelt. Ich habe in meinen politischen Leitlinien bereits über menschenwürdige Arbeit gesprochen, wie ich auch über die Existenz einer wirklichen Industriepolitik für Europa gesprochen habe. Nicht die alte Industriepolitik, sondern eine Politik, die darauf abzielt, Europa mit einer nachhaltigen Industrie zu versorgen, einer modernen, auf Nachhaltigkeit gerichteten Politik.

Soweit es Jugendliche betrifft, sind mindestens zwei der Leitinitiativen an diese gerichtet, nämlich die Initiativen „Jugend in Bewegung“ und „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung“. Wir haben eine Reihe von Zielen betont, zum Beispiel in Bezug auf die Bildung, den Kampf gegen die Armut und die Kampagne für soziale

Eingliederung. Dieser Aspekt ist in die Strategie 2020 eingeflossen, eben weil wir der Ansicht sind, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aktuell die wichtigste Priorität ist. Ich glaube, dass die Entwicklung dieser Strategie uns helfen wird, signifikante Ergebnisse im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu erzielen.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, wie Sie wissen, ist die Arbeitslosigkeit in allen Ländern Europas in den letzten Jahren gestiegen – wenngleich von einem Land zum anderen in unterschiedlicher Form –, und sie wird weiter ansteigen.

Die Ökonomen stimmen alle darin überein, dass es mindestens zwei Jahre dauern wird, bis die vorläufigen Zeichen der Erholung eintreten, die hier und dort sichtbar sind und die die Norm werden müssen. Und dass in jedem Fall die Erholung für mindestens 10 Jahre so eingeschränkt sein wird, dass sie keine weitere zusätzliche Beschäftigung schafft. Dies bedeutet, dass wir einen Anstieg bei der Arbeitslosigkeit haben werden – mit Arbeitsplatzverlusten bei jenen, die heute in Beschäftigung sind. Gleichzeitig werden wir Generationen von Jugendlichen haben, die nicht in der Lage sind und sein werden, in den Arbeitsmarkt einzutreten.

Ich frage Sie, ob Sie angesichts einer solchen Situation die Förderung einer Maßnahme nicht für erforderlich halten, die darauf abzielt, ein pauschales Einkommen in Europa für all jene zu garantieren, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Und das Thema der Jugendlichen als eine Art Notfall anzusehen und demzufolge eine spezifische, berufsbildende Maßnahme vorzulegen, die ihnen für die Zeit, die sie außerhalb des Arbeitsmarktes bleiben, von Nutzen sein wird.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Grundsätzlich haben Sie mit Ihrer Analyse bezüglich der Arbeitsmarktlage recht. In der Tat verschlechtert sich die Situation weiterhin, wenn auch im moderateren Tempo als in der Vergangenheit. Wir sehen nun auch konsequentere Anzeichen der Stabilisierung in einigen Mitgliedstaaten.

Aber es hat neun Monate gedauert, bis die Wirtschaft begonnen hat, sich von der tiefen Rezession zu erholen. Und es kann dieses Jahr einige Zeit dauern, bevor die zerschlagene Belebung des Wirtschaftsgeschehens einen Einfluss auf die Umkehr des Trends im Arbeitsmarkt hat. Deshalb ist unsere Priorität jetzt die Beschäftigung. Wie Sie sagten, ist die Arbeitslosigkeit für Jugendliche besonders besorgniserregend. Wir haben mehr als 20 % arbeitsloser junger Menschen in Europa. Deshalb haben wir für dieses Jahr drei Initiativen gestartet. Zwei davon habe ich bereits zur Sprache gebracht. Es gibt auch die Beschäftigungsinitiative für die Jugend. Unter den spezifischen Initiativen, die wir entwickeln werden, ist eben die Verstärkung der Berufsausbildung mittels vermehrter Systeme für Auszubildende, die durch den Europäischen Sozialfonds finanziert werden. Diese fördern auch hochwertige Lernerfahrungen im Arbeitsprozess nach dem Abschluss, die so genannten Praktika, einschließlich der Möglichkeit von Praktika in anderen Mitgliedstaaten.

Graham Watson (ALDE). – In der vergangenen Woche hat die European Climate Foundation ihr Programm „Roadmap 2050“ vorgestellt. Dieser Plan zeigt drei Wege auf, über die die Europäische Union ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent in Übereinstimmung mit unseren Kyoto-Bestrebungen reduzieren könnte. Wir könnten ein wenig mehr tun, als zur Tagesordnung überzugehen. Wir könnten bei Energieressourcen beinahe im vollen Umfang selbstversorgend werden, und wir würden eine bedeutsame Schaffung von Arbeitsplätzen mit Hilfe der Kohlendioxidreduzierung unserer Wirtschaft erleben.

Aber es kann nur auf einer europäischen Ebene getan werden. Wird die Kommission diesen Fahrplan annehmen? Wird sie bestrebt sein, der Europäischen Union neuen Elan beim Vorbringen der erforderlichen politischen Maßnahmen zu verleihen? Werden Sie, Präsident Barroso, angesichts der Möglichkeiten für die Schaffung von Arbeitsplätzen die Idee nutzen, um die Mitgliedstaaten zu den erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Mir ist der Bericht der European Climate Foundation bekannt. Und in der Tat haben wir im Rahmen der Strategie 2020 eine ressourcenorientierte europäische Leitinitiative vorgeschlagen, deren Ziel es genau ist, Wachstum von den Ressourcen abzukoppeln und Europa dabei einen Wettbewerbsvorteil im Vergleich zu anderen internationalen Partnern zu einzuräumen.

Dieses Ziel wurde auch vollständig in das Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2010 und darüber hinaus übersetzt. Es ist die Absicht der Kommission, bis zu Jahr 2050 einen Weg für die Umwandlung Europas in eine emissionsarme, ressourceneffiziente und klimawandelresistente Wirtschaft zu entwickeln. Insbesondere über die Kohlendioxidreduzierung des Energie- und Verkehrssektors, um somit einen langfristigen Rahmen für Politik und Investitionen zu gewähren. Ich unterstreiche das Wort Investitionen.

Wir glauben, dass auch die Klima-Agenda – wie der Sektor der erneuerbaren Energien zeigt – ein Weg für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen in Europa, die wir gewöhnlich „grüne Arbeitsplätze“ nennen, sein kann.

Helga Trüpel (Verts/ALE). – Einige jüngste Ankündigungen neuer Hardware, wie die des Google Netbooks oder des iPads, würden den Zugang zu kulturellen Inhalten im digitalen Format erleichtern, insbesondere die so genannten „E-Books“. Dennoch kommen die meisten dieser Initiativen aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Was tut die Kommission, um die Digitalisierung unseres Kulturerbes auf dem europäischen Kontinent zu unterstützen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Die europäische digitale Bibliothek nimmt die Herausforderung an, die Sammlungen unserer Nationalbibliotheken, Museen und ihrer Archive online verfügbar zu machen. Dies ist eine Hauptaufgabe unserer Zeit, den Reichtum unserer Kultur zu digitalisieren, zugänglich zu machen und zu bewahren. Doch wir müssen es tun, ohne die Rechte der Autoren und Herausgeber einschließlich vergriffener Arbeiten und so genannter „verwaister Werke“ zu gefährden. Wir müssen auch bewerten, ob unsere finanziellen Anstrengungen und die öffentlich-privaten Partnerschaften, die man hier und dort erfährt, dieser sehr wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe gerecht werden.

Vor diesem Hintergrund habe ich Vizepräsidentin Kroes und Kommissarin Vassiliou gebeten, ein *comité des sages* einzurichten. Ich freue mich, Ihnen heute mitteilen zu können, dass Herr Maurice Lavie, Frau Elizabeth Nigerman und Herr Jacques Decare mit dieser Aufgabe betraut werden. Als *comité des sages* werden sie diese Idee der Wahrung unseres sehr wichtigen Erbes mittels der Digitalisierung und natürlich bei voller Einhaltung der Eigentumsrechte unterstützen. Ich freue mich auf ihre Empfehlungen zu diesen wichtigen Fragen zum Ende dieses Jahres.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Herr Barroso, ich möchte gern wissen, wie Ihrer Ansicht nach die Auswirkungen auf die Beschäftigung im Luftfahrtsektor im Hinblick auf die Sperrungen des Luftraums, die jetzt seit einigen Tagen anhalten, sein werden. Heute wird auf der Titelseite der einflussreichen Zeitung *Financial Times* gesagt, dass die Sperrungen, von denen beinahe 7 Millionen Fluggäste betroffen waren und die zur Streichung von 80 000 Flügen geführt haben, der Luftfahrtindustrie Verluste in Höhe von 200 Mio. USD pro Tag einbrachten. Wie wird sich dies Ihrer Ansicht nach auf die Beschäftigung in diesem Sektor auswirken? – Denn ich verstehe, dass dies der Hauptgrund für Ihre und die Abwesenheit von Herrn Van Rompuy von der Beisetzung des polnischen Staatspräsidenten in Kraków gewesen ist.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Zunächst einmal möchte ich im Hinblick auf die Frage der Beisetzung diese komplett vom Rest getrennt halten.

Ich hatte große Achtung vor Präsident Kaczyński. Mit ihm habe ich sehr loyal zusammengearbeitet. Ich habe alles dafür getan, um bei dieser Beisetzung anwesend zu sein.

Ich war bei allen Feierlichkeiten, bei denen ich anlässlich des Todes von Präsident Kaczyński, seiner Gattin und all jener, die bei diesem tragischen Unfall ums Leben gekommen waren, teilnehmen konnte, zugegen. Ich verstehe wirklich nicht, wie es möglich ist, diese Art von Kritik gegenüber den europäischen Institutionen zu üben, indem der Tod von so vielen Menschen benutzt wird.

Ich hatte bis zum letzten Moment versucht, zur Beisetzung von Präsident Kaczyński zu kommen. Das Problem ist, dass ich erst am Samstag am sehr späten Abend die Information erhielt, dass der durch die belgischen Behörden organisierte Flug gestrichen worden ist. Es war für mich nicht mehr möglich zu kommen.

Ich möchte demnach deutlich klarstellen, dass ich alles, was ich konnte, getan habe, um nicht nur die Menschen, die bei dem tragischen Unfall umgekommen waren, zu ehren, sondern die Republik Polen als Nation.

Wenn ich im Hinblick auf die Frage jetzt die andere Minute nutzen kann, um die Frage zum Luftfahrtsektor zu beantworten – wir sind uns des sehr wichtigen Einflusses des vulkanischen Problems auf die Industrie bewusst. Deshalb machen wir bereits unsere Arbeit, um zu sehen, wie wir tatsächlich sofern notwendig der europäischen Luftfahrtindustrie helfen können.

Sie erleidet auf Grund dessen, dass ihr mehrere Tage lang nicht gestattet wurde, ihren Geschäftstätigkeiten nachzugehen, schwere wirtschaftliche Verluste. Es ist notwendig, nach einer Globallösung zu suchen, um der Industrie aus der Krise zu helfen. Und in der Tat haben wir einen Präzedenzfall, nämlich die Krise nach dem 11. September. Also prüfen wir, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, mögliche Wege im

Hinblick auf eine Erleichterung der Vorschriften über staatliche Beihilfen. Wir haben dies heute bei der Sitzung des Kollegiums diskutiert.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, Herr Barroso, laut offiziellen Statistiken schwankte die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union zwischen 2000 und 2006 zwischen 8 und 9 % – zum Ruhme der Lissabon-Strategie, die von Vollbeschäftigung sprach.

Die Kommission hat in einem jüngsten Bericht festgestellt, dass die Arbeitslosigkeit im Jahr 2010 10 % erreichen und darüber hinausgehen wird, ein „sozialer Vulkan“, um die Sprache der Gegenwart zu gebrauchen.

Zusätzlich ist die Arbeitslosigkeit in einer Reihe von Ländern, die Sparprogramme anwenden, wie beispielsweise Irland und Griechenland, aber auch Länder wie Rumänien, Ungarn und Lettland, wo der Internationale Währungsfonds engagiert ist, auf Rekordniveau angestiegen.

Angeichts dessen frage ich Sie: hat die Kommission die Auswirkungen dieser Sparprogramme untersucht, die Sie forcieren und in die Sie die Länder hineindrängen, um aus der Krise herauszukommen? Haben Sie die Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Wirtschaft eines Landes, in dem der Internationale Währungsfonds engagiert ist, untersucht? Glauben Sie, dass die Arbeitslosigkeit infolge dieser Politik sinken wird?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Wir zwingen niemanden dazu, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen. Im Hinblick auf Griechenland wurden die Entscheidungen durch die griechischen Behörden getroffen. Aber Sie werden sicherlich verstehen, dass diese Situation des makroökonomischen Ungleichgewichts in der griechischen Wirtschaft sehr negativ für das Wachstum und auch für die Beschäftigung ist.

Es ist klar, dass es ohne eine Wiederherstellung des Vertrauens in die öffentlichen Finanzen Griechenlands keine Investition oder Wachstum in Griechenland geben wird. Ohne Wachstum können wir keine Beschäftigung erzeugen. Aus diesem Grund sollten wir keine makroökonomische Stabilität und Strenge in den Widerspruch oder Gegensatz zum Wachstum setzen. Das Problem ist, zu verstehen, wie wir einen Übergang bewerkstelligen können, wie wir den Stimulus in den Wirtschaften, die einen Spielraum für die Umsetzung haben, beibehalten und gleichzeitig das notwendige Gleichgewicht der makroökonomischen Stabilität einhalten können. Deshalb ist es im Interesse der griechischen Wirtschaft und der griechischen Arbeitnehmer, dass die öffentlichen Finanzen Griechenlands so schnell wie möglich Vertrauen gewinnen.

Paul Rübzig (PPE). - Meine Frage bezieht sich auf den Vulkanausbruch, der natürlich im Bereich des Feinstaubs und im Bereich der CO₂-Emissionen Auswirkungen haben wird. Glauben Sie, es ist möglich zu evaluieren, welche Feinstaubbelastung hier in Zukunft zu berücksichtigen ist, um keine Arbeitsplätze zu gefährden? Unsere Feinstaubrichtlinien sehen hier ja nämlich große Einschränkungen vor.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Dieses Vulkanproblem liegt sicherlich außerhalb der Kontrolle der europäischen Institutionen oder der nationalen Regierungen. Es ist passiert, und nun müssen wir auf dessen Konsequenzen reagieren.

Im Hinblick auf die Luftfahrtindustrie haben wir bereits gesagt, dass wir schauen, was wir unternehmen können. Das basiert auch auf dem Präzedenzfall, den es bereits nach dem 11. September gegeben hat.

Bezüglich der wirtschaftlichen Situation ist es, denke ich, zu früh, eine Gesamtbewertung des entstandenen Schadens vorzunehmen. Und es ist möglicherweise besser, sehr dramatische – oder lassen Sie uns panische Szenarien sagen – zu vermeiden. Wir glauben, dass es jetzt wichtig ist, den Schaden zu beheben und zu erkennen, was wir auf europäischer Ebene tun können. Und zwar unter Berücksichtigung eines wichtigen Aspekts – auf europäischer Ebene sind wir für einen Prozent des öffentlichen Haushalts verantwortlich. Die anderen 99 % liegen in den Händen der Mitgliedstaaten. Also glaube ich, ist es unfair, in Richtung Europäischer Union zu schauen, um all die Probleme zu lösen zu suchen, für die wir nicht die Mittel besitzen.

Piotr Borys (PPE). – (PL) Herr Barroso, in der Strategie 2020 haben Sie sehr ehrgeizige Zahlen für die Zunahme der Beschäftigung – von 63 % bis 76 % – und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei Schulabbrechern bis 10 % präsentiert. Aber Sie haben auch Nachdruck auf die Bildung, die der Schlüsselfaktor für die Entwicklung ist, gelegt, sodass in Zukunft 40 % aller europäischen Bürgerinnen und Bürger eine abgeschlossene Hochschulausbildung haben werden.

Im Zusammenhang damit möchte ich folgende Frage stellen: wird der Europäische Sozialfonds gleichermaßen wie die Fonds für Forschung und Entwicklung künftig weiterhin im Haushalt der Europäischen Union bleiben?

Denn das ist in der Tat der Schlüssel zu einem Schwerpunkt auf modernen Methoden, auf Innovation und steigender Beschäftigung. Glauben Sie nicht, dass wir auch auf die Entwicklung von Kleinbetrieben Wert legen sollten? Denn das ist der beste Weg, die Selbständigkeit zu fördern, und der Anteil der Selbständigkeit ist heutzutage immer noch zu niedrig. Demnach würden diese Fragen in diesem Kontext gerechtfertigt erscheinen.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ja, Sie wissen, dass wir die Bildung als eines der Ziele der Strategie 2020 einschließlich des Kampfes gegen Schulabbrecher und für mehr Hochschulbildung vorgeschlagen haben. Wir glauben, es ist unmöglich, die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu diskutieren, ohne sich mit der Frage der Bildung zu befassen.

Deshalb versuchen wir alle Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, das Ziel zu akzeptieren. Und sicherlich wird es hinterher eine Mobilisierung von Mitteln – einige von den Mitgliedstaaten und einige von der Europäischen Union – geben müssen. Wir müssen im Nachhinein den Finanzrahmen diskutieren. Wir sind sicherlich noch nicht dort. Ich denke, es sollten auch einige Maßnahmen auf europäischer Ebene getroffen werden, die die Bemühungen der nationalen Regierungen ergänzen. Wir haben im Sozialfonds in der Tat einige Maßnahmen für junge Menschen im Hinblick auf Berufsausbildung und Praktika. Dies ist unsere Absicht. Wir können nicht vorwegnehmen, welche Mittel für den Sozialfonds verfügbar sein werden, aber wir glauben sicherlich, dass wir einen angemessenen Ehrgeiz auf der europäischen Ebene der Instrumente haben sollten.

Jutta Steinruck (S&D). – Gestern wurden wir über die Medien informiert, dass das Opel-Werk in Antwerpen schließen wird: eines von vielen Beispielen, wo wir Arbeitsplätze in Europa verloren haben. Nächsten Donnerstag werden die europäischen Industriegewerkschaften einen europaweiten Demonstrationstag veranstalten. Ihre Forderungen sind die Sicherung der Zukunft des Industriestandorts Europa und die Sicherung der Arbeitsplätze. Die Kolleginnen und Kollegen wollen Vollbeschäftigung, sie wollen aber auch, dass die europäische Politik handelt, und sie wollen heute konkrete Antworten und nicht erst in fünf Jahren.

Ihr Arbeitsprogramm ist in dieser Hinsicht nicht sehr konkret. Sie haben eben auch auf die Leitlinien und auf das Positionspapier EU 2020 verwiesen. Das ist aus meiner Sicht nicht konkret genug, Sie sollten wirklich Beispiele bringen. Was wollen Sie tun, um unsere strategisch wichtigen Industriesektoren in Europa neu aufzustellen, und welche Rolle spielt die Kommission dabei, die Automobilindustrie zukunftsfähig zu machen und Arbeitsplätze zu sichern?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Die beschäftigungspolitischen Leitlinien hängen im starken Maße vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum ab, aber wir beabsichtigen, den Beschäftigungsaspekt in unserer Strategie 2020 zu stärken. In der Tat haben wir vier Leitlinien: Erhöhung der Arbeitsmarktbeteiligung und die Reduzierung der strukturellen Arbeitslosigkeit, die Entwicklung von qualifizierten Arbeitskräften, die Förderung der Qualität der Arbeitsplätze und des lebenslangen Lernens, die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme und die Erhöhung der Beteiligung an sozialer Bildung sowie die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Dies sind allgemeine Leitlinien, die jetzt durch die europäischen Institutionen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Instrumenten und durch die nationalen Regierungen verfolgt werden müssen. Es stimmt, dass es gegen die Arbeitslosigkeit in Europa keine Silberkugel, Zaubерlösung oder Wundermittel gibt. Dies muss auch durch die Gesamtmaßnahmen kommen, die für das Wachstum im Hinblick auf die Einhaltung der Finanzstabilität, des Vertrauens in unsere Märkte, der Nutzung des Potentials des Binnenmarktes ergriffen werden. Das ist die einzige Möglichkeit.

Sofern es um die Automobilindustrie geht, wissen wir natürlich, dass es nicht nur in Europa, sondern weltweit Überkapazitäten gegeben hat, und wir verfolgen dies gemeinsam mit der Industrie und den Gewerkschaften in diesem Sektor sehr aufmerksam.

Hannu Takkula (ALDE). – (FI) Herr Präsident, Herr Kommissar, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung sind bei den Jugendlichen ein großes Problem. Wie Sie gesagt haben, sind 20 % der Jugendlichen arbeitslos.

Das Problem ist auch, dass bei der aktuellen Entlassung vieler Menschen ein großer Anteil der Entlassenen über 50 ist. Gleichzeitig jedoch sagt man in einigen Mitgliedstaaten, dass wir die Lebensarbeitszeit verlängern und das Renteneintrittsalter erhöhen müssen. Und man sagt auch, dass wir mehr Arbeitnehmer aus dem Ausland brauchen. Dies würde demnach einen hohen Maß an Arbeitskräftemigration erfordern. Meiner Ansicht nach besteht hierin ein gewisser Widerspruch.

Ich möchte fragen: wenn man die Lebensarbeitszeit verlängern möchte, warum wird dann den über 50-Jährigen nicht die Möglichkeit angeboten, die Arbeit fortzusetzen; warum werden sie stattdessen entlassen? Warum schaffen wir keine Möglichkeiten für junge Menschen, sondern teilen ihnen stattdessen mit, dass wir die Arbeitskräftemigration aus dem Ausland benötigen?

Wie sieht die europäische Strategie in dieser Frage aus? Können wir eine solche Strategie nicht bewirken? Ich bin glaube, wir sind alle der Ansicht, dass für talentierte junge Menschen Arbeit gefunden werden muss und sie nicht ausgegrenzt werden sollten. Unsere Gesellschaft wird immer einen großen Preis für die Ausgrenzung zahlen.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ich möchte diesen Wettstreit um die Wettbewerbsfähigkeit global gewinnen. Eines ist sicher: wir brauchen mehr Menschen, die mehr und länger arbeiten – und ich würde besser, wettbewerbsfähiger hinzufügen.

Es gibt keinen Widerspruch zwischen längeren Lebensarbeitszeiten und einer kontingentierte Einwanderung nach Europa. Es ist in der Tat ziemlich ungewöhnlich, aber es gibt aktuell fast eine Million offener Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und beinahe eine halbe Million im Vereinigten Königreich. Dies zeigt, dass es einen Harmonisierungsbedarf zwischen dem Angebot und der Nachfrage an Arbeitskräften gibt.

Es gibt in diesem Bereich eine Menge zu tun. Ich glaube, dass die Rentenreformen auch ein Weg sind, einen Beitrag dazu zu leisten. Ich möchte betonen, dass die Mitgliedstaaten während dieser Krise nicht auf die traditionelle Politik zurückgegriffen haben, dass Menschen die berufstätige Bevölkerung früher verlassen. Sie haben es nicht getan. Tatsächlich ist es möglich gewesen, Menschen länger in Arbeit zu halten. Dies ist wichtig, denn damit Europa wettbewerbsfähig bleibt, müssen wir in Europa die Beschäftigungsquote erhöhen.

Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE). – (PL) Herr Barroso, Sie sagten heute in Ihrer Rede, es sei für die Kommission im Rahmen ihrer Beschäftigungspolitik eine Priorität, unter anderem Hochschulabsolventen und Jugendlichen dabei zu helfen, beim Eintritt in den Arbeitsmarkt effektiv zu sein.

Wir wissen, dass die Arbeitslosenquote in dieser sozialen Gruppe gegenwärtig sehr hoch ist. In Spanien beträgt sie aktuell fast 40 %, während sie in Polen 20 % beträgt, und leider wächst sie ständig. Meiner Ansicht nach ist eines der Probleme, dass die Fächer, die gelehrt werden, nicht dem Bedarf des Arbeitsmarktes entsprechen, und auch dort gibt es einen schlechten Zugang zu erster Arbeitserfahrung.

Können wir Ihrer Meinung nach von einer geringen Wirksamkeit des Programms Leonardo da Vinci im Bereich von Bildung und Berufsausbildung sprechen? Wie bewerten Sie das Programm? Bereitet die Europäische Kommission neue Maßnahmen vor, und wenn ja, welche, damit der zunehmenden Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen begegnet werden kann? Was können Sie, Herr Barroso, den Jugendlichen von Europa heute anbieten und vorschlagen?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Die Jugendarbeitslosigkeit ist derzeit das schwerwiegendste Problem unter dem Aspekt der Arbeitslosigkeit in Europa, da sie mehr als 20 % beträgt.

Deshalb haben wir drei konkrete Initiativen angekündigt: „Jugend in Bewegung“, „Jugendbeschäftigung“ und „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung“. „Jugend in Bewegung“ zielt darauf ab, die Effizienz und Beteiligung der europäischen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung zu verbessern. „Jugendbeschäftigung“ soll Wege prüfen, um die Auswirkungen der Krise auf Jugendliche zu überwinden, und „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung“ soll Fähigkeiten und das Arbeitsangebot mit der Nachfrage besser abstimmen.

Ich habe gerade die Situation in zwei der größten Mitgliedstaaten in Europa herausgestellt, denn bis zum Jahr 2020 werden weitere 16 Millionen Arbeitsplätze hohe Qualifikationen erfordern. Beispielsweise wird der Europäische Sozialfonds zwischen 2007 und 2013 13,5 Mio. EUR ausgeben, um Anpassungsmaßnahmen für Arbeitnehmer und Unternehmen zu fördern.

Demnach gibt es einige Maßnahmen, die wir auf europäischer Ebene, auf Gemeinschaftsebene ergreifen können, um das Handeln unserer Mitgliedstaaten im Hinblick auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu ergänzen.

Elisabeth Schroedter (Verts/ALE). – Herr Präsident Barroso, ich muss Ihnen widersprechen. Sie haben gesagt, Maßnahmen, um das grüne Arbeitsplatzpotenzial in der Europäischen Union zu nutzen, wären in EU 2020 verankert. Das stimmt nicht. Sie haben diesen Fakt in der Strategie einfach vergessen. Ich frage mich, warum. Es liegt ja eigentlich auf der Hand, dass, wenn man Beschäftigung voranbringen will, die

Ökologisierung der Wirtschaft eine große Chance ist, um mehr Arbeitsplatzpotenzial zu schaffen. Warum fehlt das in EU 2020, und was will die Kommission tun, damit das Arbeitsplatzpotenzial einer nachhaltigen Wirtschaft in Europa wirklich genutzt wird, zumal ja der belgische Ratsvorsitz das als wesentlichen Punkt in seinem Konzept vorsieht, weil er der Meinung ist, dass darin eine große Chance steckt? Was tun Sie als Kommission dazu?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Ich muss Sie daran erinnern, dass es die Kommission war, die den Klimawandel und das Energiepaket eingeleitet hat. Und wir haben das große Potential im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in einigen Bereichen der so genannten Ökologisierung der Wirtschaft betont, was sicherlich die Priorität für die Zukunft und eines der wichtigsten Ziele der EU-Strategie 2020 ist.

Wir haben in den Mittelpunkt der EU-Strategie bis 2020 unsere Klima- und Energieziele gestellt, angefangen bei 20 % Reduzierung von Treibhausgasen bis 20 % erneuerbarer Energien und 20 % Steigerung bei der Energieeffizienz.

Um beispielsweise dieses Ziel von 20 % bei den erneuerbaren Energien zu erreichen, werden wir Arbeitsplätze im gesamten Sektor der erneuerbaren Energien schaffen. Demnach ist das sicherlich der zentrale Teil unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik, und wir haben das in der Tat zu einem unserer Kernziele gemacht. Wachstum, nicht nur intelligentes und faires Wachstum, sondern auch nachhaltiges Wachstum.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – (FI) Herr Präsident, es ist hier vieles über Jugendliche gesagt worden, was nur richtig ist. Es gibt eine weitere Personengruppe, die von dieser Beschäftigungskrise hart getroffen worden ist, und das sind die Frauen. Das ist aktuell der Fall, wo Volkswirtschaften sich verschulden und die Mitgliedstaaten ihre Haushalte kürzen. Diese Haushaltskürzungen zielen häufig auf Bereiche wie das Gesundheitswesen und die Bildung, in denen Frauen arbeiten, ab.

Ich möchte auch fragen, Herr Barroso, wie Sie sich verhalten werden und was Sie im Hinblick auf jene Mitgliedstaaten zu tun beabsichtigen, die Kürzungen beim Personal, der Bildung und dem Gesundheitswesen vornehmen; und zwar trotz der Tatsache, dass die EU-Strategie 2020 besagt, dass wir in diese Bereiche investieren müssen? Wenn man bedenkt, dass derzeit die Stimmungsmusik in den Mitgliedstaaten „Kürzen, kürzen und nochmals kürzen“ und nicht „In Menschen investieren, investieren und nochmals investieren“ lautet, was gedenken Sie im Hinblick auf diese Mitgliedstaaten zu tun?

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Für Frauen ist sie im Februar 2010 auf 9,3 % verglichen mit 9,8 % für Männer gestiegen, also niedriger als die für Männer. Dennoch ist es richtig, dass wie Sie sagen in Zukunft die Frauenerwerbstätigkeit Anlass zu mehr Sorge bieten kann. Denn einige der Bereiche, die am stärksten von der bevorstehenden straffen Finanzpolitik betroffen sein werden, sind genau die, die am stärksten von Frauenarbeitsplätzen abhängen.

Unsere Aufgabe ist es, die Mitgliedstaaten darum zu bitten, dies in ihrer Politik zu reflektieren und nicht zu akzeptieren, dass Frauen bei diesem Übergang benachteiligt werden. Wir glauben, dass die Zielvorgabe für die Beschäftigung darauf abzielen sollte – und wir haben dies auch mit den Mitgliedstaaten im Europäischen Rat diskutiert –, die Beschäftigung sowohl von Männern als auch Frauen zu fördern. In der Tat gibt es in einigen Mitgliedstaaten ein großes Potential dafür. Es gibt einige Mitgliedstaaten, wo die Beschäftigungsquote für Frauen immer noch sehr viel niedriger als die für Männer ist.

Der Präsident. – Präsident Barroso, vielen Dank für Ihre Antworten und Ihre Anwesenheit während der Fragestunde hier im Europäischen Parlament. Ich glaube, es ist interessant gewesen.

Vielen Dank, verehrte Kolleginnen und Kollegen, für Ihre aktive Beteiligung in der vergangenen Stunde.

Wir werden uns auch im nächsten Monat zur Fragestunde mit Präsident Barroso treffen.

VORSITZ: DAGMAR ROTH-BEHRENDT

Vizepräsidentin

8. Strategie der EU für die Beziehungen zu Lateinamerika (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt der Bericht von José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Strategie der EU für die Beziehungen zu Lateinamerika (2009/2213(INI)) (A7-0111/2010).

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, *Berichterstatter*. – (ES) Frau Präsidentin, Frau Hohe Vertreterin, ich möchte sagen, dass der Ausschussbericht, so wie er durch den Ausschuss angenommen worden ist, einerseits die unternommenen Anstrengungen des spanischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union – den ich nicht im Plenarsaal sehe, was mich angesichts der Tatsache, dass wir über eine südamerikanische Angelegenheit sprechen, überrascht – anerkennt, und andererseits begrüßt er die Mitteilung der Kommission „Die Europäische Union und Lateinamerika: Global Players und Partner“. Ich meine, man wird kaum zwei Regionen finden, die hinsichtlich ihrer Werte und ihrer Interessen mehr gemeinsam haben als Europa und Lateinamerika.

Die Zahlen, Frau Präsidentin, sind wohl bekannt: Zusammen haben beide mehr als eine Milliarde Bürgerinnen und Bürger, sie machen mehr als 25 % des weltweiten Bruttoinlandsproduktes aus, und zusammen mit den Staaten der Karibik gehören zu ihnen fast ein Drittel der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

Es ist außerdem wohl bekannt – obwohl die Zahlen auf einen leichten Rückgang hindeuten –, dass die Europäische Union den wichtigsten Entwicklungshilfegeber, den Hauptinvestor in der Region und den zweitgrößten Handelspartner in Lateinamerika sowie den größten des Mercosur und Chiles darstellt.

Wichtiger als die Zahlen ist jedoch, dass wir in Lateinamerika mehr sehen als einen Markt für Europa, und daher teilen wir eine ganze Reihe von Prinzipien und Werten, nämlich die pluralistische und repräsentative Demokratie, die Achtung der Menschenrechte und fundamentaler Freiheiten, die Freiheit der Meinungsäußerung, den Verfassungsstaat, das Rechtsstaatsprinzip, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und die Ablehnung jeglicher Art von Diktatur und autoritärer Herrschaft.

Dieser Gipfel, Frau Ashton, kommt zu einem bemerkenswerten Zeitpunkt im Terminplan der Europäischen Union und Lateinamerikas. Für die Europäische Union ist es ein bemerkenswerter Zeitpunkt, da wir nach dem Reformprozess, mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, damit beschäftigt sind, unsere eigenen Probleme, die Wirtschafts- und Währungskrise, zu betrachten und zu lösen. Zum ersten Mal haben wir erlebt, dass der Internationale Währungsfonds nicht etwa ein lateinamerikanisches Land retten musste, sondern einen Mitgliedstaat der Europäischen Union, der Teil der Währungsunion ist.

Wenn wir uns die Wachstumsraten der Europäischen Union für das Vorjahr anschauen, sehen wir ein durchschnittlich negatives Wachstum von 5 %, während Lateinamerika über ein negatives Wachstum von 1,8 % verfügte. Wenn wir uns die Wachstumsvorhersagen für das kommende Jahr anschauen, sehen wir, dass für die Europäische Union mit einem durchschnittlichen Wachstum von 0,7 % und für Lateinamerika von 5 % gerechnet wird. Das bedeutet, dass der nächste Gipfel kein Nord-Süd-Gipfel sein wird, wie die vorherigen, sondern ein Gipfel zwischen Gleichberechtigten. Was das betrifft, sollten wir kurz einen Blick zurückwerfen und mit dem zufrieden sein, was in den vergangenen Jahren erreicht worden ist.

Klar ist jedoch, dass noch sehr viel zu tun bleibt. Was das betrifft, Frau Ashton, hat die Europäische Union in den Jahren 2000 bis 2010 Assoziierungsabkommen mit Mexiko und Chile geschlossen. Die Vereinigten Staaten jedoch haben Abkommen mit ganz Mittelamerika, mit Kolumbien und Peru, und verschiedenen Ländern des Mercosur geschlossen. Daher müssen wir die verlorene Zeit schnell aufholen und strategische Partnerschaften mit Mexiko und Chile ansprechen, die Evolutivklausel in diesen Abkommen anwenden und Abkommen mit Mittelamerika schließen, wo wir ein noch größeres Maß an Großzügigkeit einbringen müssen. Gleichzeitig begrüßt das Parlament die Initiativen, die Sie hinsichtlich der Einrichtung einer Stiftung Europa-Lateinamerika sowie der Finanzinvestitionsfazilität vorgeschlagen haben.

Dieser Gipfel ist jedoch nicht bloß ein weiterer Gipfel, Frau Ashton. Auf diesem Gipfel wird es um ein ganz klares Thema gehen. Wenn wir weiterhin unseren Anteil am Handel in der Region verlieren, der aufgrund von Ländern wie China von 25 % auf 15 % gesunken ist, werden wir an Bedeutung verlieren. Daher fordere ich – in Einklang mit dem spanischen Ratsvorsitz – Sie, als Hohe Vertreterin und Kommissionsvizepräsidentin, auf, hinsichtlich der Verpflichtung dieses neuen Europas, die wir gegenüber unseren alten Freunden in Lateinamerika eingehen, eine klare und eindeutige Botschaft zu senden.

Catherine Ashton, *Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik*. – Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete, es freut mich, wieder im Europäischen Parlament zu sein, und ich freue mich sehr auf diese Aussprache über die Beziehungen zu Lateinamerika.

Ich möchte damit beginnen, Herrn Salafranca für seinen hervorragenden Bericht zu danken. Ich finde, er stellt sehr gut die unterschiedlichen Ansichten zwischen unseren beiden Institutionen hinsichtlich der Bedeutung der – und wie er ganz richtig erklärt hat, den Aussichten auf die – Partnerschaft der Europäischen Union in dieser Region dar. Ich begrüße das Engagement des Parlaments hinsichtlich der Stärkung der Beziehungen zu Lateinamerika, einschließlich des interparlamentarischen Dialogs, sehr. Unsere gemeinsamen

Anstrengungen stehen bei der Entwicklung einer beständigen Politik und einer starken Präsenz in dieser Region im Mittelpunkt. Ich stimme zu, dass der kommende Gipfel eine gute Möglichkeit darstellt, unser Engagement in der Region und unsere Entschlossenheit, die Partnerschaft zu vertiefen, noch einmal zu bekräftigen.

Wie der Bericht ganz richtig zeigt, stellt die Partnerschaft einen Erfolg dar. Die EU ist heute Lateinamerikas zweitgrößter Handelspartner und der größte Investor in der Region. Wir bauen unsere Zusammenarbeit aus, um über wirtschaftliche Fragen hinaus auch wichtige strategische Fragen abzudecken – den Klimawandel, die Nichtverbreitung von Atomwaffen, die Bekämpfung von Drogen, die weltweite Förderung von Frieden und Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommission ihre Strategie für Lateinamerika im vergangenen Jahr in der Mitteilung mit dem Titel „Die Europäische Union und Lateinamerika: Global Players und Partner“ dargelegt. Unsere wichtigsten Schlussfolgerungen waren es, den regionalen Dialog zu verstärken und die regionale Integration zu unterstützen, die bilateralen Beziehungen – unter Berücksichtigung der Vielfalt der Regionen – zu stärken und die Kooperationsprogramme so anzupassen, dass sie konzentriert und ergebnisorientiert ausgerichtet sind.

Es freut mich, dass wir seitdem eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht haben. Wir haben mit Brasilien und Mexiko sehr eng an strategischen Partnerschaften gearbeitet und mit Chile an der Assoziation für Entwicklung und Innovation. Mit Peru und Kolumbien haben wir die Verhandlungen über ein Mehrparteien-Handelsabkommen abgeschlossen, und wir gehen davon aus, dass die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit Mittelamerika in der nahen Zukunft abgeschlossen sein werden. Außerdem arbeiten wir an der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Mercosur. Wir haben unseren politischen Dialog bei einer Reihe von Fragen intensiviert – nachhaltige Entwicklung, Migration und dem Kampf gegen illegale Drogen. Dabei handelt es sich um bedeutende Verhandlungen und Dialoge. Sie stärken unsere Beziehung.

Daneben gibt es noch vieles, das wir in der Praxis hinsichtlich der regionalen Integration tun können. Es ist äußerst wichtig, dass die gemeinsame Kraft der EU und Lateinamerikas in der Lage ist, sich auf Schwerpunktbereiche zu konzentrieren. Was den Gipfel betrifft, bin auch ich der Ansicht, dass es sich dabei um eine wichtige Gelegenheit handelt. Wir wollen einen Aktionsplan, der die Zusammenarbeit bei wichtigen Fragen miteinbezieht – Wissenschaft, Technologie und Innovation, Umwelt, Klimawandel u. a. Zweitens wollen wir den in verschiedenen Subregionen erreichten Fortschritt würdigen und bilaterale Partnerschaften stärken. Drittens wollen wir, wie auch Herr Salafranca sagte, einen Investitionsfonds ins Leben rufen und eine europäisch-lateinamerikanisch-karibische Stiftung einrichten. Wir arbeiten hart daran, die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika in unserer sich schnell wandelnden Welt zu stärken und das Potenzial, über das wir verfügen, zu maximieren.

Ich bin sehr darauf gespannt, die Ansichten der Abgeordneten dieses Plenums zu hören und beantworte gerne jedwede Frage.

Catherine Grèze, *Berichterstatterin für die Stellungnahme des Entwicklungsausschusses.* – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Finanz-, Gesellschafts- und Umweltkrise muss die Europäische Union vor dem Gipfel in Madrid eine Rolle übernehmen, und zwar bei der Zusammenarbeit für Entwicklung.

Mit ihrer offiziellen Spitzenposition bei den Menschenrechten und der Entwicklungshilfe muss sie sich ihren vielen Herausforderungen in Lateinamerika stellen. Erinnern wir uns daran, dass die EU der größte Geldgeber ist und 3 Mrd. EUR in zehn Jahren zugesagt hat. Der Entwicklungsausschuss ist sehr über die Zusage der Kommission erfreut, sicherzustellen, dass die Millenniums-Entwicklungsziele – insbesondere in Bezug auf die Bildung – eingehalten werden.

Ich freue mich außerdem über die Anerkennung von Femizid und die vorrangige Auseinandersetzung mit dem Kampf gegen den Klimawandel durch den Bericht des Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Dennoch bedauere ich das Fehlen konkreter Maßnahmen und einer wirklichen Entwicklungsstrategie. Nach Kopenhagen forderte der Entwicklungsausschuss die EU dazu auf, den innovativen Projekten in Lateinamerika mehr Beachtung zu schenken, wie zum Beispiel denen, die auf dem Gipfel in Cochabamba in dieser Woche vorgestellt wurden oder dem Yasuni-ITT-Projekt in Ecuador.

Die Achtung der politischen, gesellschaftlichen, ökologischen und kulturellen Rechte der indigenen Völker muss im Mittelpunkt der transatlantischen Beziehungen stehen. Außerdem haben wir die Einhaltung der

IAO-Übereinkommen hervorgehoben, die in Kolumbien missachtet werden. Ein Mindestmaß an Umwelt- und Sozialstandards muss eingehalten werden.

Schließlich bedauern wir, dass der Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten keinen Bezug auf die öffentlichen Versorgungsbetriebe, die Wasserversorgung und das Gesundheitswesen nimmt. Ich persönlich glaube nicht an die starke Zunahme der Studieneinrichtungen mit ihrem lächerlichen Budget, die keinen echten Dialog mit der Zivilgesellschaft ermöglichen. Ich halte es nicht für sinnvoll, weitere Haushaltslinien zu schaffen, die im Namen unklarer Ziele zu Einschnitten bei der Entwicklungshilfe führen. Ich glaube nicht an Abkommen, die der Achtung der Menschenrechte und der Umwelt keinen Vorrang einräumen.

Das Ziel der Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika ist nicht der Schutz von Profiten. Das Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien ist ein sehr dürftiges Gegenbeispiel. Unsere Pflicht lautet, die regionale Integration zu fördern und uns jedem geschlossenem Abkommen entgegenzusetzen, dass die Integration schwächen würde.

Es liegt vor allem in unserer Verantwortung, in all unseren auswärtigen Beziehungen die Menschenrechte und den Umweltschutz zu verteidigen.

Pablo Zalba Bidegain, im Namen der PPE-Fraktion. – (ES) Frau Präsidentin, Frau Hohe Vertreterin, meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass wir Lateinamerika als einen äußerst wichtigen Handelspartner betrachten müssen.

Wir sind der Überzeugung, dass die Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur, von dem 700 Millionen Menschen betroffen sind und das das ehrgeizigste biregionale Abkommen der Welt sein wird, wieder aufgenommen werden sollten.

Wir sind außerdem der Überzeugung, dass die Verhandlungen hinsichtlich eines Abkommens zwischen der Europäischen Union und Mittelamerika vor dem Gipfel in Madrid, der im Mai stattfinden wird, geschlossen werden sollte.

Wir müssen darüber hinaus die Assoziierungsabkommen mit Mexiko und Chile, die einen regelrechten Erfolg darstellen, weiterentwickeln. Wir freuen uns über den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Kolumbien, das sich sowohl für Europa als auch für die lateinamerikanischen Länder als vorteilhaft erweisen wird.

Wir sind der Überzeugung, dass es jetzt die Aufgabe des Parlaments ist, diese Abkommen rechtzeitig zu ratifizieren und sicherzustellen, dass kein Land der Andengemeinschaft, das einem Abkommen beizutreten wünscht, ausgeschlossen wird.

Wir sind natürlich auch der Überzeugung, dass Freihandelsabkommen auch ein nützliches Werkzeug für die Förderung der Bürgerrechte und -freiheiten sein können und sollen.

Schließlich sind wir der Überzeugung, dass der richtige Weg in die Zukunft einerseits die Entwicklung von Abkommen der Europäischen Union mit verschiedenen Ländern und regionalen Gruppierungen und andererseits die Förderung der interregionalen Integrationsabkommen innerhalb Lateinamerikas darstellt.

Emilio Menéndez del Valle, im Namen der S&D-Fraktion. – (ES) Frau Präsidentin, Frau Ashton, gestatten Sie mir zunächst, Herrn Salafranca Sánchez-Neyra zu dem sehr erfolgreichen Ergebnis seines Berichtes zu gratulieren.

Sie sind sich im Klaren darüber, dass der Gipfel im Mai eine hervorragende Gelegenheit für das Voranbringen der Beziehungen zwischen den beiden Parteien ist. Man muss dem spanischen Ratsvorsitz für die Arbeit, die er in dieser Hinsicht geleistet hat, gratulieren. Dennoch meine ich, dass es von Wichtigkeit ist, dass die Beziehung auch nach dem Ende des Ratsvorsitzes gefördert und gestärkt wird. Da es keine andere Region in der Welt gibt, die eine größere historische, kulturelle und institutionelle Verbundenheit mit Europa hat als Lateinamerika, haben Sie in dieser Hinsicht viel zu tun, Frau Ashton. Und es gibt noch mehr Gründe, die Beziehung zu fördern, wenn man bedenkt, dass diese Institutionen bereits ein hohes Maß an Konsolidierung erreicht haben, aufgrund der Wünsche der Lateinamerikaner selbst, aber auch aufgrund Europas ständiger Unterstützung der demokratischen Institutionen.

Dieser Bericht, zu dem meine Fraktion einen zufriedenstellenden Beitrag geleistet hat, ist eine gute Botschaft an den im Mai stattfindenden Gipfel in Madrid, und ich hoffe, dass er etwas zu den Ergebnissen des Gipfels

beitragen wird und dabei hilft hervorzuheben, wie wichtig es ist, bei der strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika und der Karibik voranzukommen.

Wir unterstützen selbstverständlich mit Blick auf den Gipfel die Einführung einer lateinamerikanischen Investitionsfazilität und die Schaffung einer europäisch-lateinamerikanischen-karibischen Stiftung.

Darüber hinaus hoffen wir, obwohl wir uns über die Schwierigkeiten in den vergangenen Jahren im Klaren sind, dass der Gipfel in Madrid den Verhandlungen mit Mercosur entscheidenden Schub geben kann.

Wir begrüßen außerdem den bedeutenden Schritt nach vorne beim Abschluss der Verhandlungen über ein Mehrparteien-Abkommen mit Peru und Kolumbien, und wir vertrauen darauf, dass man, wenn die Zeit reif ist, zu einer guten, intelligenten Formel gelangen kann, die die angestrebte Einbeziehung Ecuadors ermöglicht, und dass wir auch für Bolivien die Tür stets geöffnet lassen.

Und schließlich, wie können wir den mehr als wahrscheinlichen und begrüßenswerten Abschluss des Abkommens mit Mittelamerika und die nun angenommene Einbeziehung Panamas in dieses Abkommen und in diese Verhandlungen nicht feiern?

Zum Schluss, Frau Präsidentin, sage ich, dass dies alles selbstverständlich innerhalb des Rahmens dessen betrachtet werden muss, was die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament als die grundlegende sozio-politische Philosophie in diesem Bereich ansieht. Das bedeutet, die Unterstützung der verschiedenen Integrationsprozesse in Lateinamerika, die Einforderung der Achtung der Menschenrechte und eine ganzheitliche Herangehensweise an die Entwicklung sowie auch die Verpflichtung den Dialog, trotz einer möglicherweise auftretenden Schwierigkeiten, aufrechtzuerhalten und unsere Beziehungen mit unseren strategischen Partnern zu vertiefen, um im Hinblick auf diese Ziele Fortschritte zu machen.

Vladko Todorov Panayotov, im Namen der ALDE-Fraktion. – (BG) Frau Präsidentin, Frau Ashton, meine Damen und Herren, zunächst möchte ich meine Freude zum Ausdruck bringen über den gewaltigen Beitrag, den Herr Salafranca zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika geleistet hat und die außergewöhnliche Rolle, die er bei der Erstellung dieses Berichtes gespielt hat. Die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika für den Zeitraum bis 2015 wird vor dem Hintergrund der „Agenda 2020“ entwickelt, dem globalen Abkommen, das entworfen wurde, um den Klimawandel zu bekämpfen und unsere Ziele hinsichtlich der Schaffung einer grünen, umweltfreundlichen Wirtschaft zu erreichen. Darum möchte ich betonen, dass Lateinamerika einen strategischen Partner darstellt, bei dem Europa seinen wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss noch weiter ausbauen muss. Insbesondere in der derzeitigen globalen Finanzkrise kann diese Partnerschaft von gewaltiger Bedeutung sein und größere Möglichkeiten für wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Austausch eröffnen und uns in die Lage versetzen aus dieser Krise stärker und stabiler hervorzugehen.

Ulrike Lunacek, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (ES) Frau Präsidentin, ich möchte zumindest den ersten Teil meiner Rede auf Spanisch halten.

Auch ich möchte den Fortschritt, der bei den Verhandlungen erzielt worden ist, seit Herr Salafranca Sánchez-Neyra seinen Bericht zum ersten Mal vorgelegt hat, sowie auch das Erreichte würdigen. Ich meine, dass es ein positiver Fortschritt ist, da Sie mehrere unserer Haltungen übernommen haben, wobei ich sagen muss, dass der Bericht natürlich anders ausgefallen wäre, wenn er von der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz verfasst worden wäre, aber so läuft es nun einmal im Parlament.

Herr Salafranca, Sie sagten, Sie wünschen, dass die Beziehung zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika als eine Beziehung zwischen Gleichberechtigten angesehen wird, und ich muss sagen, dass mir dieser Gedanke gefällt, aber das Problem besteht darin festzulegen, wer diese Gleichberechtigten sind: Sind sie die Regierungen, die sich ebenfalls unterscheiden, oder sind es die Menschen, die mehr Informationen oder mehr Rechte – wie es bei den Frauen der Fall ist – oder die Bekämpfung der Armut fordern?

Das ist etwas, dass definiert werden muss und meiner Ansicht nach in dem Bericht teilweise fehlt. Ich gebe jedoch zu, dass in einigen Bereichen Erfolge erzielt worden sind. Ich freue mich außerdem darüber, dass es der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz gelungen ist, die kulturellen Rechte der indigenen Völker mit einzubeziehen, ein Vorschlag, der vom Entwicklungsausschuss stammt. Das Thema des Femizids, ein sehr ernsthafter Aspekt von Gewalt gegen Frauen, ist auch mit aufgenommen worden sowie die Entscheidung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Ich glaube, dass das ein enormer Schritt nach

voran ist. Dann gibt es da noch den Klimawandel, der die Menschen auf beiden Kontinenten gleichermaßen betrifft, wenn man sich zum Beispiel anschaut, was mit den Gletschern geschieht.

In einem Aspekt unterscheidet sich das, was die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz will, von dem, was andere Fraktionen wollen, nämlich, dass wir nicht dafür sind, die Assoziierungsabkommen so weiterzuführen wie bisher. Wir würden es vorziehen, ein Abkommen mit der gesamten Andengemeinschaft zu haben, ein umfassendes Abkommen, und nicht bloß eines mit Kolumbien und Peru.

Ich möchte mit einer konkreten Frage an Frau Ashton schließen:

Ich fahre auf Englisch fort. Das ist eine konkrete Frage an Sie, Frau Hohe Vertreterin, die wir leider nicht mit in den Bericht aufnehmen konnten. Werden Sie sich gegen Großprojekte wie den Damm bei Del Monte am Fluss Xingu in Brasilien aussprechen, der derzeit geplant wird und der große Teile des Lebensraums der indigenen Bevölkerung vernichten wird und auch nicht die beste Lösung in Bezug auf den Energieverbrauch ist?–

In Brasilien finden unter der Teilnahme hunderter zivilgesellschaftlicher Organisationen Proteste statt. Zudem ist ein Gerichtsverfahren in Brasilien anhängig. Ich möchte von Ihnen wissen, was die Kommission und was Sie als Hohe Vertreterin tun, um die Umwelt im Amazonasgebiet für die dort lebenden Menschen und uns alle auf diesem Planeten zu erhalten.

Charles Tannock, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Hohe Vertreterin, ich gratuliere Herrn Salafranca Sánchez-Neyra zu einem hervorragenden Bericht über die strategische Beziehung und Partnerschaft der EU mit Lateinamerika.

Nach der Erweiterung im Jahr 2004 um mittel- und osteuropäische Länder, hat die EU die GASP verständlicherweise wieder auf den Osten konzentriert, d. h. Russland, Zentralasien und China, aber dennoch wächst der Handel zwischen Lateinamerika und der EU weiterhin rapide. Diese größtenteils demokratische Region, mit der wir viel gemeinsam haben, darf nicht in Vergessenheit geraten.

Später in diesem Jahr wird Brasilien eine weitere Stufe seines Aufstiegs als wirtschaftliches und politisches Schwergewicht der Welt nehmen, wenn in dem Land Präsidentschaftswahlen stattfinden und Präsident da Silva nach zwei Amtszeiten, die er höchstens im Amt sein darf, zurücktritt. Brasilien ist nun, zusammen mit Mexiko, ein designierter strategischer Partner der EU. Kolumbien ist zudem ein vielversprechendes Beispiel dafür, wie die Demokratie in Lateinamerika wirklich gedeihen kann, und befindet sich derzeit in Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU. Auch dort wird eine Präsidentschaftswahl stattfinden, und die Menschen werden die visionäre Führung von Álvaro Uribe ohne Zweifel vermissen.

Im Gegensatz dazu wird Venezuela von einem populistischen Demagogen, Hugo Chávez, regiert, der nur einen unzureichenden Respekt für die Demokratie und die Freiheit der Meinungsäußerung hat. Auch in Bolivien und Ecuador gibt es beunruhigende Anzeichen, dass man dort dem schändlichen Beispiel von Chávez und Castros Kuba folgt.

Schließlich ist es äußerst bedauerlich, dass Präsidentin Kirchner in Argentinien sich entschlossen hat, von der Innenpolitik und ihrer schlechten Leistung als Präsidentin abzulenken, indem sie in kriegigerischer Weise über die Falklandinseln spricht, deren Bewohner Briten bleiben möchten.

Bastiaan Belder, *im Namen der EFD-Fraktion*. – (NL) In Bezug auf den wertvollen Bericht von Herrn Salafranca über die EU-Strategie zu Beziehungen mit Lateinamerika ersuche ich den Rat und Kommission, die beide durch Baroness Ashton vertreten werden, in drei Angelegenheiten dringend aktiv zu werden.

Mein erster Punkt ist, dass wir von den lateinamerikanischen Ländern, insbesondere Brasilien, als nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrates, die vollständige Zusammenarbeit bei allen internationalen Versuchen, den Streit mit dem Iran über Atomwaffen zu einer friedlichen Lösung zu bringen, fordern müssen. In diesem Zusammenhang benötigen wir also eine wirkliche Zusammenarbeit.

Mein zweiter Punkt ist, dass wir von den lateinamerikanischen Ländern vollständige Zusammenarbeit in dem kontinuierlichen Kampf gegen islamistische Terrornetzwerke fordern müssen. Das gilt insbesondere für Venezuela, da die Hisbollah dort nicht bloß herumsitzt und mit sich selbst beschäftigt ist, genauso wenig wie der Iran.

Mein dritter Punkt ist, dass wir die vollständige Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Länder im Kampf gegen das weltweite Übel des Antisemitismus fordern müssen. Und wieder ist die Person, die für große Sorge

in dieser Hinsicht sorgt, der venezolanische Präsident Chávez, doch leider ist er da nicht der einzige. Vor kurzem hat das Stephen Roth Institut einen Bericht veröffentlicht, der einige sehr unangenehme Aspekte zu diesem Thema beleuchtet.

Und schließlich blieb die europäische Presse in der vergangenen Woche vielsagend still, was den wachsenden Einfluss Chinas in Lateinamerika angeht. Bedeutet das, dass die Europäische Union gelegentlich bei diesen beiden strategischen Partnern Brüssels zwischen zwei Stühlen stehen wird?

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Frau Präsidentin, der Bericht von Herrn Salafranca Sánchez-Neyra enthält viel Interessantes. Er ist äußerst umfassend. Europa darf sich nicht von den Beziehungen mit einer Region abwenden, in der, wie die Erwägung J uns nochmals ins Gedächtnis ruft, 600 Millionen Menschen leben, die 10 % des weltweiten BIP ausmacht und mit der wir durch besondere historische Verflechtungen verbunden sind, insbesondere durch die romanischen Länder Spanien, Portugal und Italien, von denen viele Bürger nach Argentinien ausgewandert sind, und sogar Frankreich, das immer noch in Guyana präsent ist.

Ich bedauere jedoch, dass der Bericht auf zwei wesentliche Punkte nicht direkter eingeht.

Zunächst ist da das Thema Globalisierung, der der ganzen Welt auferlegte Freihandel, und die internationale Arbeitsteilung, die fälschlicherweise als ein Allheilmittel dargestellt wird und äußerst schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Probleme verursacht, und zwar nicht nur in Europa, sondern auch in Lateinamerika.

Zweitens ist das andere Problem die Unabhängigkeit vom Großen Bruder, um nicht zu sagen, dem Großen Bruder USA. Wir sind nicht ihr Feind, aber dennoch müssen wir daran erinnern, dass die Monroe-Doktrin, deren ursprüngliches Ziel es war, jegliche Rekolonialisierung Lateinamerikas durch Europa zu verhindern, faktisch zu einem Protektorat geworden ist, dessen Folgen wir vor ein paar Jahren, vor allem durch die Brutalität der Intervention in Panama, erleben konnten.

Daher bin auch ich der Ansicht, dass wir uns mit Themen wie der Drogenherstellung auseinandersetzen sollten. Es ist jedoch nicht unsere Aufgabe, den Völkern Lateinamerikas Recht, Vernunft, Gerechtigkeit oder Gleichberechtigung zu diktieren.

Wir sind der Überzeugung, dass wir uns diesen äußerst wesentlichen Themen widmen sollten.

Elena Băsescu (PPE). – (ES) Zunächst möchte ich Herrn Salafranca Sánchez-Neyra für seine hervorragende Arbeit an diesem Bericht danken.

(RO) Das Europäische Parlament sendet derzeit ein klares Signal zur Stärkung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika, um so mehr als das in einem Monat der EU-Lateinamerika-Gipfel stattfinden wird. Gleichzeitig zählen die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika zu den Prioritäten des spanischen Ratsvorsitzes. Ich glaube jedoch, dass es für das Ankurbeln des Handels zwischen beiden Regionen noch ungenutztes Potenzial gibt.

Darum muss die Europäische Union Mittel zur Förderung europäische Produkte auf dem lateinamerikanischen Markt zur Verfügung stellen. Was das angeht, haben einige rumänische Produkte in Lateinamerika bereits einen Absatzmarkt gefunden. Der Dacia, ein rumänisches Auto, ist ein Beispiel dafür. Da unser gemeinsames romanisches Erbe ein wertvolles Gut darstellt, hat Rumänien eine lange Tradition guter Beziehungen zu Lateinamerika.

Ich betone, dass ich den neuen von dem Berichterstatter angesprochenen Dreieransatz begrüße, der die Teilnahme der Europäischen Union, Lateinamerikas und der USA beinhaltet. Gleichzeitig müssen wir Kooperationsprojekte miteinbeziehen, die die rechtliche Stellung des IWF und den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Arbeit festigen.

Schließlich müssen der Bericht von Herrn Salafranca und der Gipfel in Madrid den Grundstock für eine langfristige Entwicklung einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika legen.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, auch ich beglückwünsche Herrn Salafranca Sánchez-Neyra. Ich meine, dass es sich um einen sehr bedeutenden Bericht handelt.

Meine Damen und Herren, ich möchte sagen, dass es Millionen Gründe gibt, aus denen wir Lateinamerika als einen wichtigen Kontinent für Europa betrachten sollten: Es gibt Millionen Europäer, die in Lateinamerika leben, und es gibt Millionen Lateinamerikaner, die in unsere Länder, nach Europa, gekommen sind und in Frankreich, Deutschland, Schweden und Spanien Zuflucht und Asyl vor dem Leiden ihres Volkes gefunden haben.

Meine Damen und Herren, Lateinamerika ist für die Europäische Union von großer Bedeutung. Darum freut es mich sehr, dass es – vielleicht größtenteils als Ergebnis der Arbeit von Frau Ashton sowie dem spanischen Ratsvorsitz – in den nächsten Monaten möglich sein könnte, vier große und sehr wichtige Abkommen mit Kolumbien, Peru, dem Mercosur und Mittelamerika zu schließen. Dies wird für die Europäische Union und vor allem für Lateinamerika von sehr großer Bedeutung sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen Lateinamerika jedoch helfen. Seine Länder verfügen über ein sehr schwaches Staatsgebilde, mit aufgrund der sehr geringen Steuerquoten immer noch schwachen öffentlichen Versorgungsbetrieben, sie verfügen über immer noch fehlerhafte Demokratien und es gibt Probleme bei den Menschenrechten. Wir müssen den Menschen in Lateinamerika helfen. Diese Vision müssen wir stets im Hinterkopf haben.

Ich möchte Ihnen zwei Dinge mit auf den Weg geben, Frau Ashton, oder zwei Empfehlungen, die ich für sehr wichtig halte. Um in Lateinamerika arbeiten zu können, müssen wir die europäischen Unternehmen unterstützen. Unsere Außenpolitik muss mit einer starken Wirtschaftspräsenz unserer großen Unternehmen in Lateinamerika einhergehen, die mit einer Kultur der sozialen Verantwortung und mit einem Engagement für ihre Entwicklung viel für die Entwicklung dieser Länder tun können.

Schließlich müssen wir eine globale Allianz mit Lateinamerika bilden, damit wir gemeinsam in der Welt an einer Weltregierung arbeiten können. Arbeiten wir mit ihnen zusammen, um stärker zu werden.

Gesine Meissner (ALDE). - Frau Präsidentin, verehrte Frau Ashton und lieber Herr Salafranca! Als Mitglied der EuroLat-Gruppe freue ich mich sehr über Ihren Bericht, denn es ist wirklich wichtig, die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika immer weiter zu stärken.

Wir haben jetzt seit 1999 eine Menge Fortschritte gemacht. In Lateinamerika leben 600 Millionen Menschen, hier in der Europäischen Union jetzt auch knapp 600 Millionen. Wir haben ähnliche Werte und Menschenrechte, und auch der Wunsch nach Demokratie und Frieden verbindet uns. Aber die tatsächlichen Gegebenheiten sind doch sehr verschieden. Es ist ja so, dass man bei einem Partner immer darauf achtet, dass möglichst beide Partner gleich stark sein können: Das sind wir noch nicht.

In Lateinamerika bestehen viele Probleme, nicht nur mit Analphabetentum, auch mit fehlender Infrastruktur, generell mit mangelnder Bildung, mit Demokratiedefiziten, mit Menschenrechtsverletzungen. Wir haben zum Glück nicht so viele Probleme. Drogenhandel ist dort etwas, was viele Menschen ernährt und was natürlich auch verändert werden muss. Als wichtiger Handelspartner und als jemand, der auch in der Entwicklungshilfe aktiv ist, ist es unsere Aufgabe zu sehen, dass man Lateinamerika in Demokratisierungsprozessen noch weiter hilft. Ich würde mir wünschen, dass die Partnerschaft dazu führt, dass in Lateinamerika die Menschen ähnlich gut in Frieden leben können, wie wir das in der Europäischen Union tun, und dass man auch ähnlich gemeinsam voneinander lernen und profitieren kann.

Darum gefällt mir auch die Idee einer europäisch-lateinamerikanischen Charta für Frieden und Sicherheit sehr gut, genauso wie die einer Stiftung Europa-Lateinamerika. Ich glaube, das würde insgesamt die Partnerschaft noch vertiefen und uns auch wirklich weiterhelfen.

Edvard Kožušník (ECR). – (CS) Mein Kollege, Herr Salafranca Sánchez-Neyra, erwähnte zu Beginn, dass Europa und Lateinamerika viele vergleichbare Werte haben. Eine Ausnahme besteht jedoch.

Im März debattierten wir über die Situation in Kuba. Bei Verhandlungen über die EU-Strategie über Beziehungen mit Lateinamerika darf Kuba, als wichtiger Akteur in dieser Region, nicht außer Acht gelassen werden. Das stalinistische Regime in Kuba, mit seiner totalitären Natur, versucht, die Beziehungen der EU mit der gesamten Region zu schädigen. Das hat diese Region jedoch nicht verdient. Lateinamerika ist auch ohne das kubanische Regime ein bedeutender Partner für die EU. Die Partner der EU auf kubanischer Seite sollten nicht das gegenwärtige Castro-Regime sein, sondern diejenigen, die sich für den Wandel einsetzen, sowie die demokratische Opposition. Ich habe höchste Achtung vor allen Gegnern der kommunistischen Diktatur in Kuba, und ich möchte Kardinal Jaime Ortega für seine mutigen Worte danken, die er – gestern, glaube ich – an das Regime gerichtet hat.

Ich bin der Meinung, dass die Demokratie, die Einhaltung der Menschenrechte und der Freiheiten, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Rechtsstaatlichkeit, der Rechtsstaat und die Ablehnung jeder Art von Diktatur oder autoritärer Systeme nicht nur die Grundlage der biregionalen strategischen Partnerschaft, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung dafür sind.

John Bufton (EFD). – Frau Präsidentin, zu Beginn der Aussprache sagte Baroness Ashton freundlicherweise, dass Sie auf jede Frage antworten würde. Baroness, ich bitte Sie eindringlich, meine folgende Frage zu beantworten.

Zu den durch den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten dokumentierten Anträgen gehören auch Verhandlungen über die Einrichtung einer Europäisch-Lateinamerikanischen Charta für Frieden und Sicherheit auf der Grundlage der UN-Charta.

Wessen Interessen unterstützen Sie hinsichtlich der offiziellen Forderung Argentiniens an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, die britische Hoheitsgewalt über die Falklandinseln in Frage zu stellen?

Der argentinische Außenminister, Jorge Taiana, hat die UN ersucht, dabei zu helfen, einseitige Aktionen des Vereinten Königreiches hinsichtlich der Ölbohrungen in der Region zu unterbinden.

Während eines vor kurzem stattgefunden habenden Gipfels zwischen den Staatshäusern Lateinamerikas und der Karibik unterstützten alle 32 Länder einhellig die argentinischen Ansprüche auf die Falklandinseln.

Sind auch Sie der Ansicht, dass Großbritannien, gestützt durch das Prinzip der Selbstbestimmung der UN-Charta, die Hoheitsgewalt über die Inseln behalten sollte, und werden Sie seine Interessen gemäß dem internationalen Recht unterstützen? Darauf hätte ich gern eine Antwort.

Angelika Werthmann (NI). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika besteht seit 1999 eine biregionale strategische Partnerschaft. Ein Grundpfeiler dieser Partnerschaft sind die Achtung der Menschenrechte, die Achtung der Grundfreiheiten sowie das Recht auf Bildung. Fakt ist, dass gegen diesen Grundpfeiler oft verstoßen wird. Zudem sind etwa 42 Millionen Menschen in Lateinamerika Analphabeten. Die Europäische Union ist sowohl Hauptinvestor als auch ein wichtiger Handelspartner von Lateinamerika.

Abschließend möchte ich festhalten: Dass Frauen sozial benachteiligt sind und die indigenen Bevölkerungsgruppen weiterhin diskriminiert werden – um nur zwei problematische Punkte anzudeuten –, steht im Widerspruch zu den allgemein gültigen Menschenrechten. Hier gibt es noch einiges zu arbeiten und zu verbessern.

Marietta Giannakou (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, ich möchte Herrn Salafranca zu seinem äußerst umfassenden und fundierten Bericht gratulieren. Auch ich stimme mit der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Hohen Vertreterin hinsichtlich der Bedeutung, die sie dem Schmieden einer engeren Partnerschaft beimisst, überein.

Tatsächlich hat in Lateinamerika in den vergangenen zwanzig Jahren eine Entwicklung stattgefunden, und es stimmt, dass das, was uns noch in den 1980er Jahren Sorge bereitet hat, nämlich die zahlreichen Diktaturen, beseitigt worden ist. Drogenhandel, Geldwäsche, Terrorismus und die riesigen durch die Armut verursachten Probleme, Unsicherheit und Arbeitslosigkeit sind jedoch in der Region nicht beseitigt worden.

Wir fordern daher, dass mit der Hilfe des Europäischen Parlaments und Lady Ashtons den Bereichen Bildung und Kultur besondere Bedeutung beigemessen wird. Die Staaten Lateinamerikas sind die einzigen Staaten, die – mehr noch als andere Staaten der Dritten Welt – eng mit Europa in Bezug auf Geschichte, Bildung und Kultur verbunden sind, und ich meine, dass diesen Bereichen besondere Aufmerksamkeit zuteil werden sollte.

Der Bericht von Herrn Salafranca schließt auch ganzheitliche Programme mit ein und schlägt die Einrichtung einer Stiftung vor, was für das Europäische Parlament von hoher Bedeutung ist, und er fordert selbstverständlich eine neue und stärkere Rolle des Europäischen Parlaments bei den Beziehungen zu diesen Ländern. Ich meine, dass sind die Punkte, die wir aus dem Bericht aufgreifen sollten.

Emine Bozkurt (S&D). – (NL) Frau Präsidentin, in den vergangenen Monaten hat Lateinamerika in den Augen der Europäischen Union ganz klar und konkret an Bedeutung hinzugewonnen, nachdem ihm jahrelang nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Die Europäische Kommission hat eine Mitteilung herausgegeben, in der Teile Lateinamerikas sowohl als Global Players als auch als Partner bezeichnet werden, und derzeit finden Verhandlungen über Assoziierungsabkommen statt. Ich muss noch einmal die strategische Bedeutung guter Beziehungen zu Lateinamerika betonen. Worum es mir besonders geht, sind die andauernden Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit Mittelamerika, deren aktuelle Runde gestern begonnen hat. Ziel ist es, bei den Verhandlung besonders gewissenhaft zu sein und sie zu einem Abschluss zu bringen.

Obwohl ich ein Assoziierungsabkommen mit Lateinamerika im Grunde begrüßen würde, kann ich nicht genug betonen, dass die Achtung der Menschenrechte hierbei von höchster Wichtigkeit ist. Dieses Abkommen sollte etwas zu der Verbesserung der Menschenrechtslage in Mittelamerika beitragen und muss diesen Ländern hinsichtlich der Menschenrechte stets als Ansporn dienen. Dieses Abkommen sollte etwas zu der Verbesserung der Menschenrechtslage in Mittelamerika beitragen und muss diesen Ländern hinsichtlich der Menschenrechte stets als Ansporn dienen. Wir schließen hier nicht bloß ein Handelsabkommen, sondern bauen eine Beziehung zueinander auf, durch das Mittel des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit.

Das Assoziierungsabkommen ist für Mittelamerika wichtig. Die Region ist durch ein hohes Maß an Armut gekennzeichnet, und dieses Abkommen muss etwas zu dem wirtschaftlichen Fortschritt der Menschen dort beitragen. Während der Verhandlungen muss die EU daher außer Acht lassen, dass Europa und Mittelamerika in dem Abkommen keine gleichberechtigten Partner sind. Das Abkommen muss die ungleichen Ausgangspunkte der beiden Regionen hinreichend berücksichtigen. Die Asymmetrie in dem Abkommen ist daher von großer Bedeutung. Um es kurz zu machen, es muss sich um ein ausgeglichenes Abkommen handeln und um eines, das nicht nur für Europa und Großunternehmen, die sich in Mittelamerika niedergelassen haben, von Vorteil ist. Nein, es muss vor allem die Situation der normalen Bürgerinnen und Bürger und der kleinen Unternehmen verbessern.

Wir haben uns für eine gebietsspezifische Herangehensweise entschieden, und ich möchte abschließend betonen, dass die Verhandlungen auf diese Weise zu Ende gebracht werden müssen, damit kein einziges Land hinter seinen Nachbarn zurückbleibt.

Liam Aylward (ALDE). – (GA) Frau Präsidentin, ich begrüße diesen Bericht und spreche dem Berichtersteller mein Lob für seine hervorragende Arbeit aus. Ich möchte gern auf die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika aufmerksam machen.

Es muss sichergestellt werden, dass die Handelsbeziehungen unter fairen Voraussetzungen besprochen werden. Die europäischen Landwirte und Erzeuger sind an viele Vorschriften gebunden und produzieren hochwertige Nahrungsmittel und Waren. Diese hohen Standards führen zu höheren Produktionskosten für europäische Landwirte und Erzeuger, welche auf dem Markt, aufgrund des Imports von Waren schlechterer Qualität und geringerer Kosten, von Nachteil sein können.

Mit diesem Punkt sollten wir uns nicht nur zum Nutzen der europäischen Erzeuger befassen. Die Europäische Union hat beim Schutz und der Stärkung der Verbraucherrechte und -gesundheit hervorragende Arbeit geleistet. Wir sind dazu verpflichtet sicherzustellen, dass die Waren und Produkte, die in nach Europa importiert werden, diese Rechte nicht gefährden und die Gesundheit der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher nicht aufs Spiel setzen.

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Marek Henryk Migalski (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, ich werden versuchen, mich auf eine Minute zu beschränken. Vielleicht irrte Francis Fukuyama, als er sagte, freiheitliche Demokratien seien das Ende der Geschichte, aber er hatte ganz sicher Recht mit seiner Behauptung, die freiheitliche Demokratie sei das Beste, das den Menschen passieren kann. Wenn nur jeder unter solchen Bedingungen leben könnte.

Leider wurde die Demokratie in Lateinamerika durch Populismus ersetzt und der Kapitalismus durch Sozialismus bzw. Wirtschaftspopulismus. Angesichts dessen wende ich mich an Frau Ashton – Frau Kommissarin, ich habe eine sehr große Bitte, nämlich, dass unsere Erfahrung, das Geld der europäischen Steuerzahler und unser Know-how vor allem den Staaten zukommen, die auf dem Weg in die Demokratie sind und eine freie Marktwirtschaft aufbauen, und nicht den Staaten, die populistische Diktaturen errichten.

Corina Crețu (S&D). – (RO) Die Strategie zur Förderung der Beziehungen zu Lateinamerika hat sich seit ihrer Einführung als von unschätzbarem Wert erwiesen. Diese strategische Partnerschaft hat zu den Beziehungen zwischen unseren Regionen zu weiterer Beständigkeit geführt und hat die Finanzierung von Projekten und Programmen von mehr als 3 Mrd. EUR ermöglicht.

Erfreulicherweise waren die Staaten Lateinamerikas bisher erfolgreicher dabei, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu überstehen, als bestimmte Industriestaaten. Die Armut ist jedoch weiterhin sehr hoch oder nimmt bei dem benachteiligten Teil der Bevölkerung, aufgrund der chronischen Natur sozialer Polarisierung und der politischen und institutionellen Dysfunktion in der Region, sogar noch zu. In Bolivien leben beispielsweise etwa 60 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, liegt in Brasilien und Argentinien bei 26 % bzw. 13,9 %. Darum unterstütze ich entschieden

die Forderung, dass sich die Entwicklungshilfe darauf konzentriert, institutionelle Einrichtungen in diesen Staaten zu schaffen, mit dem Ziel, soziale Ungleichheiten ins Gleichgewicht zu bringen.

Für den Bericht von Herrn Salafranca ist es wichtig, einen weitergehenden Dialog zu fördern, um so die Möglichkeiten zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu bestimmen. Ich glaube jedoch, dass es für uns unbedingt notwendig ist, dass diese Strategie erwägt, zivilgesellschaftliche und Nichtregierungsorganisationen in den Dialog und die Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele der Strategie, mit einzubeziehen.

Emma McClarkin (ECR). – Frau Präsidentin, als Mitglied von EuroLat spreche ich dem spanischen Ratsvorsitz und Herrn Salafranca ein Lob dafür aus, dass sie die Bedeutung unserer Beziehung zu Lateinamerika hervorheben.

Der Klimawandel und die globale Erwärmung sollten auf der politischen Tagesordnung zwischen der EU und den lateinamerikanischen Staaten und der Karibik an vorderer Stelle stehen. Außerdem sollte die Verpflichtung zu den Zielen von Kopenhagen bekräftigt werden.

Darüber hinaus sollte der Dialog über Energie und Energieversorgung einen neuen Schub bekommen, um gegen den Klimawandel zu kämpfen und den nachhaltigen Energieverbrauch zu fördern.

Es gibt jedoch vieles, das wir miteinander teilen können, nicht nur in Bezug auf den Handel, sondern auch in den Bereichen Kultur und Bildung. Das Endziel lautet, unseren Handelsbeziehungen zu Lateinamerika durch mehr Innovation auf beiden Seiten und ein höheres Maß an Bildung neuen Schub zu geben. Ich betone, dass wir Erasmus erweitern und dafür bei lateinamerikanischen Teilnehmern werben müssen, und ich betone auch die fantastischen Möglichkeiten, die es persönlich, beruflich und für zukünftige Kontakte sowie verbesserte Handelsbeziehungen zwischen der EU und Lateinamerika bieten kann.

Miroslav Mikolášik (PPE). – (SK) Ich begrüße die für den spanischen Ratsvorsitz vorrangige Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika, da beide Seiten davon profitieren und sie für die Mitgliedstaaten der EU und die Staaten Lateinamerikas von Vorteil ist.

Lateinamerika hat mit seinen mehr als 600 Millionen Menschen ein enormes Humanpotenzial sowie natürliche Ressourcen und einen Anteil von 10 % am weltweiten BIP.

Die EU als Hauptgeber von Entwicklungshilfe, Hauptinvestor und zweitgrößter Handelspartner für Lateinamerika sollte seine Position in der Region systematisch festigen.

Eine voll funktionsfähige Zusammenarbeit zwischen den Regionen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte wie beispielsweise Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Verteidigung der Menschenrechte werden eine zielgerichtete Verbesserung der derzeitigen Mechanismen dieser biregionalen Partnerschaft erfordern. Bei der kommenden Sitzung der Parlamentarischen Versammlung EuroLat in Sevilla im Mai werde ich eine solche Herangehensweise unterstützen.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE). – (ES) Frau Präsidentin, auch ich möchte diese Aussprache nutzen, um ein sehr Besorgnis erregendes Thema anzusprechen, von dem wir erst vor ein paar Tagen erfahren haben und bei dem es um Kolumbien geht.

Wir haben erfahren, dass die kolumbianischen Sicherheitskräfte direkt an der Verfolgung von Oppositionsmitgliedern, an dem Fälschen von Zeugenaussagen und der Kriminalisierung von Oppositionsmitgliedern beteiligt sind.

Dies haben wir aus erster Hand von Senatorin Piedad Córdoba erfahren. Es steht in einem Dossier, dass die kolumbianischen Sicherheitskräfte im Fall von Senatorin Córdoba vorbereiten. Uns ist mitgeteilt worden, dass die kolumbianische Regierung oder zumindest diese Behörde versucht, künstlich eine Verbindung zwischen ihr und Guerillagruppen, und zwar der FARC, herzustellen. Und noch schlimmer ist – und damit wende ich mich direkt an Sie, Frau Ashton – die Operation namens „Operation Europa“, bei der es darum geht, die Behörden für Menschenrechte in Europa, einschließlich des Unterausschusses für Menschenrechte des Europäischen Parlaments, zu verfolgen, anzugreifen und zu diskreditieren.

Ich halte das für eine ernste, sehr ernste Angelegenheit und fordere eine Erklärung der kolumbianischen Regierung. Ich glaube, dass es vor dem Hintergrund dieses Berichts sehr wichtig ist zu erfahren, was stimmt, und herauszufinden, ob die kolumbianischen Behörden tatsächlich etwas in dieser Richtung planen.

VORSITZ: Gianni PITTELLA*Vizepräsident-*

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Nachdem über 300 Jahre Kolonialherrschaft Lateinamerika geprägt haben, nachdem der Kontinent zu einem Schauplatz des Kalten Krieges geworden war, hat sich Lateinamerika nunmehr zu einer aufstrebenden Weltregion entwickelt. Dass etwa Russlands Präsident Medwedjew Mittel- und Südamerika bereist hat, beweist, dass er versucht, die Wirtschaftsbeziehungen zu Südamerika zu stärken. Und es zeigt auch, wie richtig die EU mit ihrem Kurs liegt, die Beziehungen zu diesem Kontinent, der ja mehr Einwohner hat als die EU 27, zu stärken.

Dabei gilt es nicht nur, Verhandlungen mit dem wirtschaftspolitischen Block Mercosur aufzunehmen, sondern auch an all jene kleineren Staaten zu denken, die nicht dieser Wirtschaftsregion oder der Andengemeinschaft angehören. Die EU ist ja nicht nur Hauptinvestor oder wichtigster bzw. zweitwichtigster Handelspartner, sondern auch der wichtigste Geber von Entwicklungshilfe. Wir sind bereits aus finanzieller Sicht ein wichtiger Faktor, und es gilt meines Erachtens, diese Poleposition im europäisch-lateinamerikanischen Sinne zu nutzen.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Europäische Union und Lateinamerika entwickelten vor einiger Zeit eine strategische Partnerschaft mit dem Ziel, eine effektive Partnerschaft zwischen beiden Regionen zu etablieren.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass seit 1999 regelmäßig bilaterale Gipfel abgehalten wurden und dieses Jahr keine Ausnahme bilden wird. Tatsächlich ist ein weiteres EU-Lateinamerika-Treffen für nächsten Mai in Madrid anberaumt.

Daher spreche ich heute vor dem Plenum gerne und mit besonderer Unterstützung für den Bericht von Herrn Salafranca Sánchez-Neyra. Ich teile die Komplimente und Gratulationen, die alle bzw. die meisten Redner bekundet haben; Glückwünsche, die absolut geteilt werden und gerechtfertigt sind. Der Bericht zielt tatsächlich darauf ab, die bereits zwischen beiden Regionen bestehenden starken politischen, historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zu stärken, und daher halte ich die Stiftungsinitiative für angemessen und gegenwärtig völlig relevant.-

Als Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung möchte ich diesen besonderen Aspekt der Wirtschaft hervorheben und ein paar Zahlen nennen, die zeigen, dass dies ein rasch expandierender Bereich vorrangigen Interesses ist, der sich auf 600 Mio. Verbraucher beläuft und wesentliche Rohstoffe produziert.

Die Preise landwirtschaftlicher Rohstoffe in Lateinamerika haben kürzlich von leichten atmosphärischen Störungen profitiert, die in vielen Erzeugerländern der Gegend zu einer konstanten und reichlichen Versorgung und zur allgemeinen Rückkehr vieler Investoren geführt haben. Darüber hinaus möchte ich Sie daran erinnern, dass die Europäische Union der Hauptinvestor in Lateinamerika und der Hauptgeber von Entwicklungshilfe ist, mit einer voraussichtlichen Investition von 3 Mrd. EUR für den Zeitraum 2007-2013.

Als letzte und abschließende Bemerkung, Herr Präsident, möchte ich den Klimawandel erwähnen – der ebenfalls kürzlich in den entsprechenden Ausschüssen, einschließlich der Genehmigung wichtiger Berichte, angesprochen wurde –, um erneut auf einen Teil dieser Entschließung, die meine volle Unterstützung hat, einzugehen.

Ich fordere daher Diskussionen und Zusammenarbeit mit Lateinamerika im Kampf gegen den Klimawandel, damit die Kopenhagener Zielsetzungen schneller erreicht werden können. Die Zusammenarbeit mit den größten Entwicklungsländern ist äußerst wichtig, wenn Europa die Klimaziele erreichen soll, die es sich selbst gesetzt hat.

Peter Skinner (S&D). – Herr Präsident, ich möchte kurz die Arbeit, die getan wurde, und die bereits hervorgebrachten Kommentare beglückwünschen.

Es bleiben jedoch immer noch, wie einige vielleicht betonen, einige schwierige Fragen in Sachen Kolumbien und seiner Menschenrechtssituation. In Abwesenheit von ein oder zwei meiner Kollegen, zu denen Richard Howitt gehört, der wegen der Vulkane nicht hier sein kann, muss ich davon sprechen, worauf er hingewiesen hat: dass es spezielle Probleme gab, die die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Kolumbien betreffen. Ich möchte gerne die Kommissarin und alle anderen darum bitten, dies bei jeder Strategie und Einmischung, die wir in diesem Kontinent praktizieren, zu berücksichtigen.

Catherine Ashton, *Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission*. – Herr Präsident, ich möchte zunächst – wie es die Abgeordneten getan haben – Herrn Salafranca zu seinem ausgezeichneten Bericht gratulieren und außerdem – wie er und andere es getan haben – dem spanischen Ratsvorsitz für die geleistete Arbeit danken, und zwar nicht nur dafür, die Arbeit für den Gipfel koordiniert zu haben, sondern auch für all die Arbeit zur Unterstützung der Initiativen, die unternommen wurden.

Der bevorstehende Gipfel ist sehr wichtig. Er ermöglicht es uns, die Beziehung, von der die Abgeordneten gesprochen haben, zu verstärken. Wir werden außerdem am Rande des Gipfels ein Treffen der Außenminister abhalten, was für mich besonders wichtig ist. Ich hoffe, wir werden diese Gelegenheit nutzen können, die Beziehungen zu einer Vielzahl von Staaten, die zu der Zeit anwesend sein werden, zu vertiefen.

Einige Abgeordneter sprachen außerdem über die Bedeutung des Handels und die Rolle europäischer Unternehmen, dem ich vollständig zustimme. Wir sind der größte Investor in dieser Region. Ich habe mich besonders darüber gefreut, dass die Kolleginnen und Kollegen über die Rolle von Innovationen sprachen, die ich auch für besonders wichtig halte. Natürlich lag der Schwerpunkt, wie erwartet, auf den Menschenrechten – die Wichtigkeit, dafür zu sorgen, dass dies ganz klar Teil aller dynamischen Beziehungen ist, die wir pflegen, und unsere Arbeit umfasst.

Die Abgeordneten sprachen über den besonderen Punkt der Femizide im Bericht und natürlich der indigenen Bevölkerung. Die Kommission hat immer die Rechte indigener Völker verteidigt und wird weiterhin die beschriebenen Projekte überwachen.

In Sachen Kolumbien sind mir die Ansichten sehr wohl bekannt, nicht nur in diesem Haus, sondern natürlich auch im Europäischen Gewerkschaftsbund und im Internationalen Gewerkschaftsbund, mit denen ich in meiner früheren Position zu tun hatte. Wir verfolgen die Lage weiterhin sehr genau. Wir haben den signifikanten Fortschritt, der gemacht wurde, zur Kenntnis genommen. Im Rahmen des Handelsabkommens werden die Kolleginnen und Kollegen die Wichtigkeit der stabilen Menschenrechtsklausel und der Verpflichtungen, die innerhalb dieses Abkommens eingegangen werden, erkennen, die hoffentlich – indem wir diese überwachen – tatsächlich zur Ausräumung der Bedenken beitragen, aber sicherlich Teil unserer fortwährenden Beziehung zu Kolumbien sein werden.

Ich stimme auch der Wichtigkeit der Rolle zu, die wir mit diesen Ländern bezüglich breiterer internationaler Fragen spielen. Brasilien und der Iran waren besondere Beispiele, die genannt wurden. Ich habe mit Celso Amorim, dem Außenminister von Brasilien, genau über diese Frage diskutiert, und wir werden über ihre Wichtigkeit in Kontakt bleiben.

Die Falklandinseln wurden angesprochen. Die Mitgliedstaaten haben das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen ratifiziert. Die Falklandinseln sind ein assoziiertes Gebiet der Union, und das Rechtsstaatsprinzip würde Anwendung finden.

Der Klimawandel ist außerdem ein sehr wichtiges Thema. Wir sollten uns daran erinnern, dass wir einen wichtigen Dialog mit dieser Region haben. Schlussendlich hat mich auch sehr gefreut, dass Erasmus und die Wichtigkeit von Bildungsprogrammen in diesem Zusammenhang erwähnt wurden.

Um zum Ende zu kommen – nochmals, meine Glückwünsche gehen an Herrn Salafranca.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, *Berichterstatter*. – (ES) Herr Präsident, ich möchte allen meinen Kolleginnen und Kollegen für ihre Reden danken.

Ich möchte Ihnen, Frau Ashton, gerne sagen, dass das grundlegende Element, das sicherstellen wird, dass sich diese Beziehungen in den nächsten Jahren weiterentwickeln werden, die Mobilisierung des politischen Willens sein wird. Politische Gründe standen 1985 hinter dem Dialog auf Ministerebene in San José; politische Gründe standen 1990 hinter der Institutionalisierung des Dialogs mit der Rio-Gruppe; und politische Gründe waren darüber hinaus der Hintergrund bei den Gipfelmechanismen.

Ich würde gerne Herrn Kožušník damit antworten, dass wir in der Tat eine Wertegemeinschaft sind, und ich möchte gerne darauf hinweisen, dass wir in der letzten Sitzungsperiode eine wichtige Entschließung zu Kuba verabschiedet haben, in der wir die unverzügliche und bedingungslose Freilassung politischer Gefangener forderten. Ich möchte gerne diese Gelegenheit nutzen, Frau Ashton zu bitten, im Namen einer Dissidentin, Marta Beatriz Roque, zu vermitteln, die unter bedingter Freilassung steht und krank ist. Sie hat gerade in einem von einem früheren Parlamentsabgeordneten, Herrn Fernando Fernández Martín, geführten Fall die spanische Staatsangehörigkeit erhalten, damit sie nach Spanien kommen und sich behandeln lassen kann.

Wir müssen jedoch von Worten zu Taten schreiten, und das zeigt sich in den Assoziierungsabkommen. Ich denke, Frau Ashton, dass Sie die Abkommen mit Kolumbien und Peru sehr gut verhandelt haben. Ich denke, dass sich die Menschenrechtslage in Kolumbien wesentlich verbessert hat, obwohl sie immer noch besorgniserregend ist. Die kolumbianische Bevölkerung schreit nach Frieden und verdient dieses Abkommen absolut. Ich glaube außerdem ernsthaft, dass eine Mehrheit im Parlament für dieses Abkommen ist.

Frau Ashton, wir müssen den Mittelamerikanern in den Verhandlungen etwas Raum zum Atmen geben. Wir stellen 25 % ihrer Exporte, und sie 2 % unserer. Wir müssen großzügig sein und, wie Sie sagten, das Abkommen mit Mercosur wieder einführen.

Abschließend, Herr Präsident, denke ich, dass die Europäische Union, wirtschaftlich gesehen, einerseits auf dem absteigenden Ast ist, und andererseits durch die Anwesenheit der Hohen Vertreterin gestärkt wird.

Daher muss sie sich besonders anstrengen, auf dem Gipfel in Madrid unseren politischen Willen zu zeigen und damit fortzufahren, die Beziehungen zu Lateinamerika weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung der EU stehen zu haben.

Der Präsident. – Die Debatte ist beendet.

Die Abstimmung wird während der ersten Sitzungsperiode im Mai stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

George Sabin Cutaş (S&D), schriftlich. – (RO) Die Europäische Union ist der Handelspartner Nr. 1 von Lateinamerika und der zweitgrößte Handelspartner im Falle von Mercosur und Chile. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union stellen außerdem die größte Quelle direkter Investitionen in Lateinamerika. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika gehen allerdings über den kommerziellen Aspekt hinaus, indem sie auch historische, institutionelle und kulturelle Elemente einschließen.

In diesem Zusammenhang, glaube ich, dass ein Handelsabkommen, das eine engere Zusammenarbeit mit Lateinamerika umfasst, entworfen werden muss. In der Tat markieren die fortlaufenden Bemühungen, ein Assoziierungsabkommen mit Mercosur zu unterzeichnen, den ersten Schritt in diese Richtung.

Das Assoziierungsabkommen liefert ein Instrument, das helfen würde, die allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und geopolitischen Interessen beider Regionen zu fördern. Es wäre außerdem das erste interkontinentale Assoziierungsabkommen zwischen Norden und Süden, das eine Alternative zu anderen weniger vernünftigen Integrationsversuchen bieten würde, wie zum Beispiel der gesamtamerikanischen Freihandelszone.

Eine engere Handelskooperation zwischen Lateinamerika und der Europäischen Union würde die Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Kohäsionspolitik erleichtern, die die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung und des Wohlstandes in beiden Regionen zum Ziel hat. Ich hoffe, dass wir eine Reihe zufriedenstellender, in diese Richtung weisende Abschlüsse sehen werden, die auf dem Gipfel, der am 17. Mai zwischen der Europäischen Union und Mercosur abgehalten wird, vorgestellt werden.

9. Tagesordnung (Fortsetzung): siehe Protokoll

10. Kirgisistan (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission bzw. der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage in Kirgisistan.

Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission. – Herr Präsident, ich freue mich, diese Gelegenheit zu haben, um eine Erklärung zu Kirgisistan zu machen. Wie dieses Haus sehr wohl weiß, so bleibt die Lage vor Ort unbeständig und angespannt. Kirgisistan hat bei den Medien und in der Politik große Aufmerksamkeit auf sich gezogen, und ich habe die Entwicklungen von Anfang an sehr genau mitverfolgt und zwei Erklärungen abgegeben, eine am 7. April und die andere am 8. April.

Ich habe fast unmittelbar eine von Herrn Pierre Morel, dem Sonderbeauftragten der EU, angeführte Delegation ins Land gesandt und wir blieben während seines Besuches in engem Kontakt.

Die gemeinsamen Bemühungen von EU, UN und OSZE, die letzte Woche in Bischkek aufgenommen wurden, dauern im Augenblick noch an und werden anhalten, bis die Krise und ihre Folgen überstanden sind. Gestern sprach ich mit dem kasachischen Außenminister Saudabayev, der heute Bischkek in seiner Eigenschaft als amtierender Vorsitzender der OSZE besucht und mir gerade buchstäblich eine Nachricht geschickt hat, die besagt, dass er seine Aufgabe erledigt habe.

Vom Rücktritt des Präsidenten auf Grundlage des Artikels 50 der aktuellen kirgisischen Verfassung und von seiner Ausreise aus dem Land erwartet man eine Entspannung der politischen Lage. Das ist allerdings nicht das Ende der Krise, und wir haben noch wichtige Arbeit vor uns.

Hauptsächlich müssen wir Stabilität und öffentliche Ordnung sichern, und, obwohl sich die Lage im Allgemeinen beruhigt hat, halten die Gewalttaten an. Berichte von gestern sprachen von fünf Menschen, die bei Unruhen in den Vororten von Bischkek ums Leben kamen. Alle Seiten müssen vorsichtig sein und Provokationen vermeiden. Die Wiederherstellung von Recht und Ordnung muss Vorrang haben. Bürger und Geschäfte in Kirgisistan müssen in der Lage sein, ihrem täglichen Geschäft nachzugehen, ohne um ihr Leben oder ihre körperliche Unversehrtheit bangen zu müssen.

Das zweite Thema betrifft die Rechtmäßigkeit der provisorischen Regierung. Obwohl Präsident Bakijew offiziell zurückgetreten ist, muss sich die provisorische Regierung zu einem klaren Plan verpflichten, wie zur konstitutionellen und demokratischen Ordnung sowie Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren sei.

Elemente eines solchen „Fahrplans“ sind verkündet worden – eine neue Verfassung wird entworfen und in einer Volksabstimmung zur Entscheidung gestellt sowie Präsidentschafts- und Parlamentswahlen finden statt.

Wir freuen uns auf solch einen Plan. Was für uns in diesem Zusammenhang wichtig ist, ist, dass der konstitutionelle Prozess integrativ und partizipativ ist. Vertreter aller Parteien und ethnischen Gruppen sollten in der Lage sein, zu einem neuen Verfassungsentwurf beizutragen, bevor es zum Volksentscheid kommt.

Die ersten Angaben sind ermutigend – das kann ich Ihnen sagen, geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich hoffe, diese werden in den kommenden Tagen bestätigt, und ich werde das am Montag mit den Ministern in Luxemburg besprechen.

Wenn wir zufrieden sind, sich die provisorische Regierung der schnellen Rückkehr zur Rechtmäßigkeit verpflichtet und wirklich zur demokratischen Familie beitreten will, dann werden wir bereit sein, die notwendige politische, finanzielle und technische Unterstützung zu liefern.

Mit der Venedig-Kommission des Europarates könnten wir zur Arbeit an der Verfassungsreform und der Aktualisierung des Wahlrechts beitragen. Wir wissen von den Präsidentschaftswahlen letztes Jahr, dass es erheblichen Spielraum für Fortschritte gibt.

Mit der OSZE sind wir bereit an den Vorbereitungen und den Modalitäten zur Überwachung der Wahlen zu arbeiten und mit der kirgisischen Bevölkerung sind wir bereit zu tun, was wir können, um zu helfen, ihre Sehnsüchte nach einer demokratischen und offenen Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen.

Drittens ist es klar, dass Kirgisistan materielle Unterstützung braucht. Wir werden in Kürze bereit sein, uns jeglicher humanitärer Bedürfnisse anzunehmen, die durch die jüngsten Ereignisse entstanden sein könnten.

Auf der Grundlage der Informationen, die wir von unseren Partnern vor Ort hatten – dem Roten Kreuz und dem UN-Entwicklungsprogramm –, scheint es zu diesem Zeitpunkt keine größeren unerfüllten humanitären Bedürfnisse zu geben. Es kann allerdings besondere medizinische Bedürfnisse geben. Die Kommission wird die humanitäre Lage im Land durch die GD ECHO natürlich weiterhin überwachen und, falls nötig, ausgleichen.

Wir werden die Hilfe fortsetzen, die bereits im Gange ist, vor allem in den Bereichen Menschenrechte, Bildung und Armutsbekämpfung.

Viertens gibt es nach den dramatischen Ereignissen der letzten zwei Wochen einen Bedarf nach Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit. Über 80 Menschen starben und viele Hunderte wurden durch das gegen Demonstranten in Bischkek eröffnete Geschützfeuer verwundet. Diese Ereignisse können nicht einfach nur einer Seite zugeschrieben werden. Wir brauchen Klarheit darüber, was eigentlich passiert ist, wer verantwortlich war und was getan werden muss, um zu vermeiden, dass sich dies in Zukunft jemals wiederholt.

Schlussendlich gibt es einen Bedarf für ernsthafte wirtschaftliche und soziale Reformen, wie es die jüngste Krise gezeigt hat. Leider zeigt das Beispiel Kirgisistan, wie eine schlechtgeführte Regierung und der Mangel an ernsthaften Reformen politische Instabilität und letztlich Gewalt bringen kann.

Durch den Aufruhr und die dann folgenden massenhaften Plünderungen und den jetzigen Anstieg organisierter Kriminalität in großem Stil, spitzt sich die Lage weiter zu.

Am Montag werde ich mit den Ministern den politischen Rahmen besprechen, in dem die Europäische Union bereit sein wird, sich der dringendsten Bedürfnisse anzunehmen, aber ich bin heute natürlich sehr daran interessiert, die Ansichten der Abgeordneten in dieser Angelegenheit zu hören.

Elmar Brok, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Ihnen sehr für die Einschätzung der Lage und halte auch die Einschätzung für richtig, dass man erst versuchen soll, Ruhe und Ordnung herzustellen und Menschenleben zu sichern, um auf dieser Grundlage aufzubauen.

Es zeigt sich wiederum – und das haben Sie ja in Ihrer letzten Bemerkung deutlich gemacht –, in welchem Umfang man für wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu sorgen hat, weil dies auch ein wichtiger Maßstab ist, um letztlich politische Stabilität zu haben. Hierzu gehören sicherlich auch die Fragen von Gleichbehandlung, die durch Korruption und ähnliches oftmals unter die Räder kommt, was offensichtlich – berechtigt oder unberechtigt – eine Ursache für diese Auseinandersetzung war.

Wir müssen sehen, dass diese Länder in einem Maße instabil sind, dass unsere Anstrengungen für eine Stabilitätsorientierung durch unseren Beitrag zu einer besseren Staatenbildung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von entscheidender Bedeutung sind. Denn hier geht es nicht um irgendein bestimmtes Land, sondern diese gesamte Region ist für uns von großer strategischer Bedeutung, was nicht nur mit Energiequellen zusammenhängt, sondern insgesamt, auch wenn man bedenkt, welche religiösen Ausrichtungen beispielsweise ein Großteil der früheren Republiken der Sowjetunion hatten. Wenn dies dann in eine falsche, fundamentalistische Richtung ginge, wäre das für uns von katastrophaler Auswirkung.

Aus diesem Grunde ist die Hilfe in solchen Ländern auch für uns von außerordentlicher Wichtigkeit, auch im Sinne unserer Interessen und nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Hilfe.

Wir sollten uns auch daran erinnern, dass die Nachbarn – auch große Nachbarn in der Region – ein besonderes Maß an Verantwortung tragen, solche Schwächungen nicht dazu zu nutzen, wieder alte Machtzusammenhänge aufzubauen, die einer modernen Entwicklung nicht gerecht werden.

Hannes Swoboda, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Frau Hohe Vertreterin! Ich danke ebenfalls für den Bericht. Es ist so: Ein Diktator oder ein Präsident, der sich diktatorisch verhält, wird gestürzt. Der Neue jubelt und freut sich über die Demokratie, die er seinen Untertanen bringt. Nach wenigen Monaten ist er in derselben Position, so dass man eigentlich meint, die Demokratie sei nur dazu wiederhergestellt worden, damit an den Sohn oder an die sonstigen Familienmitglieder entsprechende Pfründe verteilt werden können.

Wir hoffen, dass es nicht wieder dieser Zyklus ist, den wir gesehen haben, sondern dass Frau Rosa Otunbajewa eine andere Haltung mitbringt. Ihre Vergangenheit, ihre Haltung, die sie schon öfters gezeigt hat, sind Indizien dafür. Aber Indizien sind nicht genug, wir wollen wirkliche Beweise. Wenn sie nicht dasselbe Schicksal wie ihre Vorgänger erleiden will, muss sie eine andere Haltung einnehmen, muss sie schauen, dass sie den Menschen im Lande Hilfe gibt. Hoffentlich wird der jetzt geschasste Präsident so einsichtig sein, dass er nicht versucht, neue Zwietracht zu säen, sondern dass er wirklich versucht, doch in seinem Exil in Ruhe zu leben, und der kirgisischen Bevölkerung auch die Chance auf eine demokratische Entwicklung gibt.

Leider ist das, was ich kurz geschildert habe, ja nicht nur für Kirgisistan der Fall. Wir haben auch in den anderen Ländern ähnliche Verhältnisse. Wir wünschen dem Vertreter Kasachstans viel Glück bei seiner Aufgabe im Namen der OSZE. Aber so ideal sind die Verhältnisse in Kasachstan auch nicht. Und wenn ich an Usbekistan und andere Länder denke: Dort auch nicht. Das heißt, die Frage, wie wir dort die Demokratie vorantreiben können – wir können sie nicht hinbringen, das ist nicht eine Ware, die wir einfach bringen und abliefern, sondern sie muss in diesen Ländern entstehen –, ist sicherlich eine Frage, die wir weiter verfolgen müssen. Denn das ist eine sehr heikle Region, wie Kollege Brok bereits gesagt hat. Herr Morel leistet gute Arbeit als Sonderbeauftragter, aber das alleine genügt uns nicht.

Ich erinnere daran, dass insbesondere unter der deutschen Präsidentschaft mit Frank-Walter Steinmeier eine Zentralasienstrategie entwickelt wurde, von der man in letzter Zeit wenig gehört hat. Ich würde gerade Sie bitten, das wieder aufzugreifen, um aus dieser Strategie wirklich eine Stabilitätsstrategie für diese Region zu

machen. Es geht nicht nur um Energieversorgung von Turkmenistan bis Kasachstan. Es ist auch eine Frage der Stabilität, der politischen Stabilität in einer Region, die sehr nahe an Afghanistan liegt. Von einigen Ländern – Usbekistan usw. – wissen wir doch genau, dass die Situation sehr fragil und sehr problematisch ist. Natürlich ist es letztendlich eine Frage der Menschlichkeit, denn jedes einzelne Opfer sollte vermieden werden.

In diesem Sinne brauchen wir einen erneuten Anlauf für eine Zentralasienstrategie mit den verschiedenen Elementen Wirtschaft, Demokratie und Humanität. Ich würde Sie bitten, den Fall Kirgisistan als Anlass zu nehmen, diese Zentralasienstrategie zu erneuern und ihr einen neuen Impuls zu geben.

Niccolò Rinaldi, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, Baroness Ashton, meine Damen und Herren, es gibt eine wundervolle abschließende Textpassage im kirgisischen Manas-Epos – welches kein unbedeutendes Literaturwerk und 20-mal länger als die Odyssee und die Ilias zusammen ist und außerdem eine Hilfe zum Verständnis der Geschichte dieses Landes darstellt –, wo sich die Gemahlin des Helden, stellvertretend für die gesamte Bevölkerung, auf den Weg macht, um sein Andenken gegen feindliche Angriffe zu verteidigen und sein Grab zu schützen. Am Ende beschließt sie, dass der Name auf seinem Grabmal der seiner Gemahlin sein sollte, statt dem des Helden Manas, und zwar genau deshalb, um sicherzustellen, dass es angesichts feindlicher Angriffe unversehrt bleibt.

Diese Art von Einsatz für das Gemeinwohl, für das Volk, sollte das sein, was wir von der neuen kirgisischen Führungsschicht erwarten, die in Wirklichkeit nicht einmal so neu ist. Ich rate der Hohen Vertreterin natürlich, eine konstruktive und, ich würde sagen, positive, jedoch vorsichtige Haltung der Übergangsregierung gegenüber einzunehmen, aber auch eine Reihe von Reformen zu fordern, ein Paket von Maßnahmen, das eindeutig sein muss.

Nicht nur ein internationaler Untersuchungsrat dafür, was stattgefunden hat, nicht nur ein klarer Plan für die Wiederherstellung demokratischer Regeln – denn diese Übergangsregierung ist definitionsgemäß nicht durch eine Volksabstimmung als rechtmäßige Regierung anerkannt –, sondern auch Reformen, um Korruption entschieden und wirksam zu bekämpfen und Kirgisistan schließlich von der Justizgewalt zu befreien, die sehr weit von der gegenwärtigen Situation entfernt ist.

Und auch – und das steht mit den beiden Themen, der Justizgewalt und der Korruption, in Zusammenhang –, um das, was eine äußerst repressive bürokratische Nomenklatur und öffentliche Verwaltung ist, zu modernisieren. Das ist tatsächlich der erste wirkliche Test für die neue Zentralasienstrategie der Europäischen Union in einer kritischen Notsituation, wie sie gegenwärtig in Kirgisistan besteht.

Wir dürfen dieses Land, wo der Einfluss der Vereinigten Staaten jetzt sehr begrenzt ist, nicht im noch erstickenden Griff des gegenwärtigen Russlands enden lassen, und daher glaube ich, dass dies eine Gelegenheit für uns alle ist, einen Beitrag zu leisten.

Ulrike Lunacek, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, Frau Hohe Vertreterin! Wir wissen ja, welche Hoffnungen 2005, als die Tulpenrevolution stattfand, bestanden, dass endlich alles anders wird, wenn ein neuer Präsident kommt, der die Bedürfnisse und die Interessen der Bevölkerung im Sinne von Demokratie, von Mitsprache wirklich ernst nimmt. Es hat sich leider gezeigt, dass er das nicht tat, und jetzt ist ihm dasselbe passiert wie zuvor seinem Vorgänger.

Vonseiten der Europäischen Union hier massiv einzuwirken, ist jetzt das Gebot der Stunde. Frau Ashton, Sie haben gesagt – und ich habe das auch begrüßt –, dass Sie den Sonderbeauftragten Morel gleich in die Region geschickt haben. Ich denke, das war sinnvoll und hilfreich. Es ist aber genauso notwendig, dass die EU jetzt – und ich hoffe, das wird ab nächstem Montag beim Rat geschehen – ihre Zentralasienstrategie so revidiert, dass sie tatsächlich auch Wirkung haben kann.

Meine Frage ist: Wie haben Sie vor, das anzugehen? Wie wollen Sie unterstützen, dass der Prozess der Ausarbeitung einer Verfassung ein wirklich umfassender sein wird, der alle Menschen miteinbezieht, wie Sie das ja vorgeschlagen haben? Denn es ist notwendig, dass wir dazu beitragen, dass es in dieser Region und in Kirgisistan selbst in Richtung Zusammenarbeit geht und nicht mehr in Richtung Konfrontation. Ich denke, das ist für die Zukunft der gesamten Region und darüber hinaus wichtig.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – (FR) Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren, die Situation in Kirgisistan ist in der Tat besonders instabil. Trotzdem war dieses Land, und ist vielleicht immer noch, eines derjenigen, die der Einrichtung demokratischer Institutionen gegenüber besonders offen schienen.

Die Tulpenrevolution 2005 erweckte einmal mehr große Hoffnung. Herr Bakijew hat versagt; er war nicht in der Lage, auf die Bedürfnisse und Forderungen der Bevölkerung zu reagieren; er hat zugelassen, dass sich Korruption entwickelte, und spielte, mit einem gewissen Stammesgefühl, seine eigene Rolle darin; er hat die Kassen geleert, falls man einigen Aussagen Glauben schenken kann; und er hat ein zunehmend autoritäres Regimes eingesetzt, für das politische Gegner, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten einen hohen Preis gezahlt haben.

Nach den Ausschreitungen des 7. April wurde eine provisorische Regierung eingesetzt, aber trotz alledem scheint Herr Bakijew nicht aufgegeben zu haben, obwohl er das Land verlassen hat, und gestern fanden tatsächlich, wie Sie sagten, im Süden des Landes und um die Hauptstadt herum neue Unruhen statt.

Frau Kommissarin, dieses Land ist tatsächlich von erheblicher strategischer Bedeutung, und das nicht nur aus militärischer Sicht. Es darf nicht das Spielfeld gewisser Großmächte sein. Trotz einiger Gespräche hat die Europäische Union immer noch keine ausreichend große Präsenz in dieser Region der Welt. Ihre Unterstützung und diplomatische Präsenz bleibt halbherzig. Man muss nur die Geschichten lesen, die gegenwärtig über die Lage in diesem Land gemeldet werden, um davon überzeugt zu sein. Dabei geht es nicht nur um die Vereinigten Staaten, Russland und Kasachstan, dem Land, das derzeit den Ratsvorsitz der OECD innehat. Die Unterstützung der EU ist jedoch unerlässlich, um die Unabhängigkeit des Landes zu sichern. Sie haben Recht, Baroness Ashton; Priorität muss sein, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, aber wir müssen sehr schnell darüber hinausgehen und, wie einige meiner Kolleginnen und Kollegen bereits gesagt haben, eine richtige Strategie für diese Region der Welt umsetzen.

Ja, wir müssen diesem Land helfen, die Armut zu bekämpfen; 40 % der Bevölkerung dort lebt unter der Armutsgrenze. Ja, wir müssen die wirtschaftliche Entwicklung unterstützen und, wie Sie sagten, besonders hinsichtlich Bildung, Gesundheit, aber auch Wasser, dem besondere Priorität in dieser Gegend der Welt zukommt. Ja, wir müssen natürlich die Demokratie unterstützen und den Schutz der Menschenrechte. Das ist nun eine Angelegenheit höchster Dringlichkeit.

Unser Vorhaben, Frau Kommissarin, kann und muss es nun sein, zu verhindern, dass dieses Land in Richtung Fundamentalismus und neuem autoritären Regime schwingt. Es geht nicht darum, dass wir uns in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einmischen, sondern im Gegenteil, dass wir den Kirgisen helfen, wieder an die Demokratie zu glauben. Das ist der Schlüssel, um sicherzustellen, dass das Land eine größere Rolle in dieser Gegend der Welt spielt.

Fiorello Provera, im Namen der EFD-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Lage in Kirgisistan ist sehr wichtig für die Stabilität Zentralasiens, einer Region, an der Europa wegen der Rohstoff- und Energieversorgung besonderes Interesse hat.

Nach den Unruhen des 7. April ist es notwendig, die Bedingungen wiederherzustellen, die zur freien, legalen und raschen Wahl eines demokratischen Regimes führen werden, falls das mit den lokalen Verhältnissen vereinbar ist. Es ist besorgniserregend, dass Verbrecherbanden eine erhebliche Menge an Waffen gestohlen haben, einschließlich aller Gefahren wachsender Gesetzlosigkeit, bewaffneter Konflikte und Terrorismus in dieser Gegend, das dies nach sich zieht.

Europa und andere Kräfte, einschließlich der OSZE, könnten dem Land dabei helfen, Institutionen zu entwickeln, die stabil, einsatzbereit, wenig korrupt und eher demokratisch sind. Eine solche Unterstützung könnte eine Beobachtungsmission für die anstehenden Wahlen sein.

Wir können jedoch nicht so tun, als ob eine neue Verfassung oder eine parlamentarische Ordnung ausreichen würden, um wahre Demokratie herbeizuführen; das hängt unweigerlich vom politischen Wachstum der Bürgerinnen und Bürger und von einem weitverbreiteten Rechtsbewusstsein sowie der Rechte des Einzelnen ab. Wir müssen in dieser Gegend langfristige Hilfe anbieten.

Inese Vaidere (PPE). – Herr Präsident, die Unruhen letzter Woche haben Kirgisistan in eine politische, rechtliche und wirtschaftliche Krise gestürzt. Das Verfassungsgericht war praktisch aufgelöst, und die Maßnahmen der Übergangsregierung wirken unkoordiniert. Zwischenzeitig hat der Bruder von Kurmanbek Bakijew bekanntgegeben, dass die handschriftliche Rücktrittserklärung gefälscht ist und Bakijew nicht selbst zurücktrat.

Augenzeugen zufolge sind neue lokale Gruppen, die versuchen, an die Macht der Regionalregierungen zu kommen, aufgetaucht. In ähnlicher Weise erscheinen ethnische Gruppierungen, die Angst vor weiteren ethnischen Gewalttaten erzeugen. Kriminelle Gruppen agieren frei im Land. Große Zahlen von Waffen sind

in Umlauf, und Überfälle finden statt. Sicherheit und Interessen der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in diesem Land sind immer noch gefährdet.

Die gegenwärtige Übergangsregierung ist nicht in der Lage, diesen Bedrohungen entgegenzuwirken. Die Lage ist völlig ungewiss für die Menschen vor Ort. Die Hohe Vertreterin, Frau Ashton, hat zwei Erklärungen abgegeben, die ihre Besorgnis ausdrücken; es sind aber stattdessen aktivere und praktischere Maßnahmen dringend nötig. Es ist wichtig, dass die EU einen entschiedenen Standpunkt zur Lage in Kirgisistan in diesem strategisch wichtigen Land einnimmt. Wir müssen dort präsenter sein, mit der UN, den USA und der OSZE zusammenarbeiten, um die Interessen der kirgisischen und der EU-Bürgerinnen und -Bürger zu verteidigen, die momentan nicht in der Lage sind, ihr Leben zu schützen und ihr Eigentum zu verteidigen. Es ist klar, dass die EU eine unabhängige Untersuchung der Ursachen und Auswirkungen der Unruhen verfolgen sollte.

Zu den materiellen Mitteln der kirgisischen Bank und der Behörde für Investitionen und Entwicklung: sie müssen untersucht werden, bevor weitere finanzielle Unterstützung fließt. Untätigkeit und Unschlüssigkeit von Seiten der EU und das Fehlen einer richtigen Strategie und Taktik können zu sehr gefährlichen Entwicklungen führen und die wirtschaftlichen und politischen Interessen der EU selbst sowie die Glaubwürdigkeit der EU in der Region und der übrigen Welt unterminieren.

Eleni Theocharous (PPE). – (EL) Herr Präsident, Lady Ashton, in den zwanzig Jahren seiner Unabhängigkeit ist Kirgisistan von einem korrupten Regime regiert worden und hat nur wenig Fortschritte bei der Verbesserung seiner demokratischen Institutionen gemacht. Was die letzten fünfzehn Jahre betrifft, kann ich Ihnen das, aufgrund meiner persönlichen Beteiligung während meiner Tätigkeit als Mitglied der OSZE und anderen, selbst versichern.

Die Regierungspersonen von gestern und die Menschen, die diese gestürzt haben, sind alle Zahnradchen desselben korrupten Systems. Die Armee ist in der Hauptstadt und führt Durchsuchungen durch und macht Festnahmen, während wir hier sprechen. Trotzdem müssen wir dem gegenwärtigen Regime eine Chance geben, weil wir uns kurz vor einem Bürgerkrieg und dem Zerfall des Landes befinden.

Die Menschen von Kirgisistan sind ein friedliebendes Volk, und ich nehme an, dass viele von Ihnen sie durch das Buch des berühmten Autors Tschingis Aitmatow kennengelernt haben, der bis vor 4 Jahren in Brüssel Botschafter war. Finanzielle Notlagen und soziale Ungleichheiten sowie ausländische Interventionen haben jedoch für Zündstoff gesorgt, der bei Gelegenheit an die Grenzen eines Bürgerkrieges reichen kann, und hier wäre ich diesbezüglich ein wenig anderer Meinung, ob die Menschen von Kirgisistan Terrorismus abwehren können.

Wie ich sagte, die Gefahr, dass Kirgisistan in Norden und Süden zerfällt, ist real und wird von ausländischen Agenten gepflegt, während seine Mitgliedschaft in der OSZE und die ständige Präsenz der OSZE in Kirgisistan offenbar in Sachen Demokratisierung keine Früchte trägt. Natürlich gibt es eine dauerhafte humanitäre Krise, die vielleicht nicht akut ist, aber es hat keine Modernisierung und keine Verbesserung in den demokratischen Institutionen über all diese Jahre gegeben. Die Menschen leben weit unter der Armutsgrenze.

Daher muss das Europäische Parlament in Verbindung mit den anderen Institutionen der Europäischen Union, der Kommission und dem Rat, einschreiten und die Strategie überprüfen, die im Moment in dieser Region verfolgt wird.

Eine starke Delegation des Europäischen Parlaments muss die Fortschritte der Demokratisierung überwachen und Geld in kontrollierter Weise zur Verfügung stellen, mit Blick auf Entwicklung der Institutionen und der Bildung; denn eine Destabilisierung Kirgisistans birgt die große Gefahr der Destabilisierung ganz Zentral- und Westasiens, und damit Europas. Wenn die Europäische Union eine effektive friedenserhaltende Rolle spielen will, dann muss sie jetzt handeln.

Elena Băsescu (PPE). – (RO) Die Lage in Kirgisistan gibt besonderen Anlass zur Besorgnis. Dieses Land besitzt eine strategische Position in Zentralasien. Es beherbergt auf seinem Territorium eine US-Militärbasis und trägt damit maßgeblich zu den Operationen in Afghanistan bei, sowie russische Truppen.

Es ist bedauerlich, dass die Proteste der letzten Wochen in Gewalttaten ausarteten und zum Verlust von Menschenleben geführt haben. Die Behörden müssen Maßnahmen zum Schutz des Lebens der Zivilbevölkerung ergreifen. Erst gestern fanden neue Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen von Kirgisen, Russen und Türken statt. Da große russische und usbekische Gemeinschaften in diesem Land leben, wird sich dies, im Falle fortbestehender interethnischer Auseinandersetzungen, auf die Stabilität der gesamten Region auswirken.

Frau Ashton, die Europäische Union muss besonderes Augenmerk auf den Konflikt in Kirgisistan legen, humanitäre Hilfe leisten und sich an der Stabilisierung der Lage beteiligen.

Ivo Vajgl (ALDE). – (SL) Frau Ashton, wir sind hier, um die alarmierenden Ereignisse in Kirgisistan zu diskutieren und soviel wie möglich zu helfen, die Lage in diesem Land zu stabilisieren. Ein proaktiver Ansatz seitens der EU in Richtung auf Kirgisistan ist besonders wichtig, aber es ist genauso wichtig, dass wir prinzipiell auch ein hohes Maß an Engagement hinsichtlich eines anderen Themas beibehalten, das von der Tagesordnung dieser Sitzung gestrichen wurde. Weil es jedoch aktuell ist und Menschenleben auf dem Spiel stehen, fühle ich mich veranlasst, ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken. Ich spreche von der Notlage der Saharaui-Aktivist*innen, Friedenssoldaten aus der Westsahara, die in marokkanischen Gefängnissen gefangen gehalten werden und sich im Hungerstreik befinden und ihr Leben riskieren. Amnesty International hat auch unsere Aufmerksamkeit bezüglich ihrer Notlage gefordert. Ich würde daher darum bitten, Frau Ashton, dass Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen diesem Problem ihre unmittelbare Aufmerksamkeit zollen, weil es sonst zu spät sein könnte.

Charles Tannock (ECR). – Herr Präsident, die jüngsten Ereignisse in Bischkek sind alarmierend und ein trauriges Ende für die Tulpen- oder Farbenrevolution von 2005, in der Präsident Bakijew Demokratie und Menschenrechte versprach und stattdessen Korruption, Vetternwirtschaft und zunehmende Alleinherrschaft brachte.

Kirgisistan bleibt das kleinste und ärmste Land Zentralasiens, und es hat im Fergana-Tal in den letzten Jahren eine besorgniserregende Infiltration mit radikalen Islamisten erfahren, daher muss die Stabilität der Region für die EU Vorrang haben.

Es ist nun ganz richtig, die neue Otunbajewa-Regierung anzuerkennen, ein ungewöhnliches Beispiel, wo wir ein gemeinsames Interesse mit Russland haben, das tatsächlich die Revolution und den Sturz des Bakijew-Regime unterstützt hat. Präsidentin Rosa Otunbajewa war kurz Botschafterin in Großbritannien, also kennt sie die Arbeitsweise der Europäischen Union gut.

Schließlich ist Zentralasien eine strategische Region aus Gründen der Energieversorgung und globalen Sicherheit, und die Einsatzfähigkeit des US-Luftwaffenstützpunkts in Kirgisistan ist außerdem von zentraler Bedeutung bei der Unterstützung der ISAF in Afghanistan.

Piotr Borys (PPE). – (PL) Herr Präsident, fünf Jahre nach der Tulpenrevolution, als Präsident Akajew zurücktrat, hat nun eine blutige Revolution stattgefunden. Man kann dafür natürlich zwei Gründe anführen. Erstens das Problem der Vetternwirtschaft und Korruption und folglich das Fehlen der Fundamente eines demokratischen Staates und zweitens die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme des Landes.

Die Initiative von Frau Ashton, die beinhaltet, dass Herr Morel uns heute einen vollständigen Bericht darüber geben kann, was wirklich in Kirgisistan passiert, scheint mir ziemlich wichtig. Ich möchte innigst bezüglich der Lage in Kirgisistan appellieren. Das Land steht, wie wir wissen, unter russischem Einfluss und hat außerdem eine amerikanische Militärbasis. Die aktive Teilnahme der Europäischen Union sollte grundsätzlich auf der Bildung der Fundamente eines demokratischen Landes und auch auf der Sicherstellung der inneren Sicherheit basieren. Über 80 Todesopfer sind ein schlechtes Zeichen für die Bildung von Kirgisistan. Ich wiederhole daher meine sehnlichste Bitte und drücke die Daumen für den Auftrag von Frau Ashton.

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Kurmanbek Bakijew ist weder der erste noch wird er definitiv der letzte politische Führer sein, der Enttäuschung und Desillusionierung bringt und sich wie einen Diktator behandeln lässt, nachdem es einen Hoffnungsschimmer ganz zu Beginn gab und sein Name anfangs mit demokratischem Optimismus verbunden war.

Es gibt eine einfache Erklärung für diese Situation. Aufgrund des Mangels an stabilen Institutionen verursachen Politiker mit großer Wahrscheinlichkeit Enttäuschung und geraten in den Teufelskreis von Konflikten, Korruption und Erpressung. Keiner von uns sollte vergessen, dass Präsident Bakijew die Tatsache, dass es eine russische und eine US-amerikanische Militärbasis auf kirgisischem Territorium gibt, ausgeschlachtet hat, um den Westen immer wieder zu erpressen.

Daher lautet die Lösung, Institutionen einzurichten, die im Einvernehmen geschaffen werden, und zwar auf der Grundlage eines weitgefassten Konsultationsprozesses und eines breiten Konsens und einigen Kompromisses unter den politischen Kräften. Die Hauptpriorität ist allerdings, den Gewalttaten dringend ein Ende zu setzen, wie von der Hohen Vertreterin erwähnt wurde. Die Gewalt ist beträchtlich und eine

Lösung muss so schnell wie möglich gefunden werden, um ihr ein Ende zu setzen, denn sonst wird sie den Beginn eines Prozesses politischen Aufbaus verhindern.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, Baronin Ashton, meine Damen und Herren, die Lage in Kirgisistan ist gelinde gesagt alarmierend, besonders, wenn wir die Erklärungen des früheren Außenministers betrachten, dessen Meinung nach sich das Schicksal von Kirgisistan immer enger an den russischen Wirtschafts- und Grenzraum anzulehnen scheint.

Eine Woche nach dem Fall der Regierung des früheren Präsidenten Bakijew, der am 15. April per Flugzeug aus seinem Land floh, hat niemand ein Konzept für eine endgültige politische Einigung des Landes oder zukünftige politische Absichten. Was allerdings sicher ist, ist die Rolle des russischen Verteidigungsministers, der die Flucht des früheren Präsidenten Bakijew ermöglichte, nachdem die Menschen auf die Straße gegangen waren und seinen Rücktritt gefordert hatten.

Viele Waffen sind in Kirgisistan in Umlauf, einem kleinen Land, das nur 5,3 Mio. Einwohner hat, und welches das einzige Land der Welt ist, das sowohl eine US-amerikanische als auch eine russische Militärbasis hat. Die Spannung überträgt sich nun auf die Nachbarländer, und die Europäische Union muss die Vorrangigkeit und die sich jetzt bietende Gelegenheit erkennen, was vor allem heißt, einem möglichen Bürgerkrieg einen Riegel vorzuschieben und dem Land zu helfen, sich in den nächsten sechs Monaten zu einer demokratischen parlamentarischen Republik mit einer stabilen Präsidentschaft zu entwickeln.

All das kann, wie Sie sagten, Baronin Ashton, geschehen, falls wir in der Lage sind, zweierlei proaktive Beiträge zu leisten: erstens einen diplomatischen Beitrag, aber auch – wie Sie, Frau Hohe Vertreterin, erklärt haben – einen substantiellen und materiellen Beitrag. Unser Timing der Hilfeeieferung zur Linderung und Minderung der vorhandenen sozialen Spannungen wird entscheidend sein.

Baroness Ashton, lassen Sie uns unversehens handeln und unser Möglichstes tun; denn dies wird eine weitere wichtige Probe für Europa sein. Wir sind nicht in Haiti, sondern in Kirgisistan. Lassen Sie uns wenigstens diesmal rechtzeitig kommen.

Franz Obermayr (NI). – Herr Präsident! Als sich die Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre auflöste, meinten manche, dass sich junge Demokratien quasi von selbst entwickeln würden. Heute wissen wir, dass diese jungen Staaten gewaltige Erblasten aus der sowjetischen Zeit mittragen. Unterschiedlichkeiten der Völker wurden während der Sowjetherrschaft weitgehend unterdrückt, weshalb es in diesen Staaten heute zu so vielen religiösen und kulturellen Konflikten kommt. Demokratie entsteht eben nicht von heute auf morgen und schon gar nicht, wenn sich korrupte Clans auf Kosten des Landes und seiner Bürger bereichern.

Gerüchten zufolge handelt es sich bei den Scharfschützen, die in die Menschenmenge in Bischkek geschossen haben, um usbekische und tadschikische Söldner. Man versucht also, einen internationalen Konflikt zu entfachen, der für ganz Zentralasien gefährlich werden könnte. Die europäische Außenpolitik sollte zur Entschärfung der Situation beitragen, Militärpräsenz ist jedoch der falsche Weg, wie man derzeit am deutschen Einsatz in Afghanistan unschwer erkennen kann. Es gilt, eine kluge und zielorientierte Wirtschafts- und Entwicklungshilfe zu leisten. Die Korruptionsbekämpfung muss Vorrang haben, die lokalen Clans gehören entmachtet! Nur dann – und wirklich nur dann – hat die Demokratie in Zentralasien eine reelle Chance.

Malika Benarab-Attou (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, das Europeana-Projekt ist dabei, eine neue ambitionierte Dimension anzunehmen. Mit dieser digitalen EU-Bibliothek werden die Vielfalt und der Reichtum unserer Kultur zugänglich gemacht werden. Es ist wichtig, dass unsere verschiedenen Länder sich stark an diesem Projekt beteiligen. Ein entscheidender Aspekt dieser Initiative betrifft einen Grundwert: die Wahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt.

Einer der Horizonte unseres Kontinents ist Afrika, aber wir haben diesen Horizont mit Sklaverei und Kolonialismus geschwärzt. Wir haben die Pflicht, das gegenüber Afrikas Völkern einzugestehen und wiedergutzumachen. Ausgleichszahlungen könnten diese Anforderungen nicht allein erfüllen, aber dank des Europeana-Projektes können wir dazu beitragen, den Völkern Afrikas einen Teil ihrer Kultur in Form ihrer oralen Literatur zurückzugeben.

Amadou Hampâté Bâ, ein malischer Intellektueller, sagte: „Wenn in Afrika ein alter Mensch stirbt, dann ist das wie eine Bibliothek, die brennt.“ Daran zu arbeiten, Werke oraler Literatur zu digitalisieren, die meist von Ethnologen- und Anthropologenteams gesammelt wurden, und sie mit Hilfe des Europeana-Projektes frei zugänglich zu machen und ihnen damit einen universellen Maßstab zu verleihen, wäre eine Art Schutz und Belebung der kulturellen Vielfalt der Menschheit, zu der wir alle gehören.

Catherine Ashton, *Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik*. – Herr Präsident, heute sitze ich auch auf dem Kommissionsplatz. Die Abgeordneten haben eine Anzahl wichtiger Punkte angesprochen, und ich werde in der kurzen Zeit, die ich habe, versuchen, so viele wie möglich von ihnen aufzugreifen und anzusprechen.

Herr Brok sprach, zusammen mit Herrn Tannock und anderen, über die Wichtigkeit, dass es sich um eines der ärmsten Länder in Zentralasien handelt und natürlich eines der Hauptempfänger von EU-Hilfen pro Kopf ist. Ich bin ganz Ihrer Meinung, dass soziale und wirtschaftliche Entwicklung als Teil der Strategie, die wir vorbringen müssen, unerlässlich ist. Frau Swoboda sprach ebenfalls darüber, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass das, was wir vor uns haben, eine wirkliche politische Reform ist. Wir arbeiten sehr eng mit den UN und der OSZE zusammen. Einhellig haben diejenigen, die sich in den letzten Tagen in der Region aufhielten, beständig darauf hingewiesen, dass wir die Wichtigkeit einer Neuordnung als wesentlich für das erkennen müssen, was als nächstes passiert, und ich stimme bezüglich der politischen Stabilität der Region völlig zu. Sie ist sehr wichtig.

Wir müssen wieder sehr sorgfältig hinsehen. Es gibt eine Strategie für diesen Teil Zentralasiens, sie wird überprüft werden, aber ich schaue auf sie im Zusammenhang mit dem Auswärtigen Dienst und was wir in dieser Region tun sollten, um die verschiedenen Hilfen von Kommission und Rat zusammenzuziehen. Herr Rinaldi und auch andere, denke ich, beschrieben ganz richtig, dass unsere Haltung vorsichtig, positiv und konstruktiv sein muss, und ich stimme auch einer Reihe Abgeordneter zu, die von Wert und Wichtigkeit der Rechtsstaatlichkeit sprachen. Es ist für alles, was wir in dem Land tun, wichtig, dass wir dafür sorgen, dass natürlich Rechtsstaatlichkeit betrieben wird und sie natürlich im Rechtssystem verankert ist, aber auch in der politischen und konstitutionellen Neuordnung, die so unverzichtbar ist.

Herr Lunacek sprach darüber, dass die Standards der Wahlen erheblich von dem abweichen – ich denke, das waren die Worte, die tatsächlich während der Unterweisung fielen –, was wir uns international wünschen würden. Und ich denke, die Elemente, die ich hinzufügen würde, würden natürlich eine finanzielle Unterstützung beinhalten, und ich habe die Rechtsstaatlichkeit, politische und konstitutionelle Neuordnung und die Wahlen und die Verbindung, die wir auch wirtschaftlich herstellen wollen, erwähnt. Ein kleines Beispiel hierfür ist es natürlich, dass es sich hier um eines der großen wasserreichen Länder in dieser Region handelt und es den Regionen Wasser liefert, wie Sie, die Abgeordneten, wissen werden. Wir haben sie bei ihrer Wasserbewirtschaftung über fünf Jahre lang unterstützt, und ich hoffe, dass wir zu dieser so wichtigen Arbeit zurückkehren können, sobald die Krise überstanden ist und wir eine rechtmäßige Regierung fest institutionalisiert haben.

Das sind nur einige der Elemente, die ich einschließen würde. Ich denke, dass unser Maß an Präsenz in der Gegend wahrscheinlich richtig ist. Pierre Morel war mehrere Tage dort. Er ist gerade zurückgekommen. Er wird Herrn Borys vom AFET-Ausschuss am 27. April unterrichten, um den Ausschuss über alle Ereignisse auf den neuesten Stand zu bringen. Wir texten uns alle paar Stunden und haben uns mehrmals gesprochen, und er steht natürlich auch mit Kolleginnen und Kollegen in Kontakt. Wir haben in ihm eine starke Präsenz gehabt, ich zolle ihm und seinem Team Anerkennung für die Arbeit, die sie getan haben.

Die Bedeutung der Demokratie, wie Herr Provera sagte, kann meiner Ansicht nach niemals unterschätzt werden; wir müssen über einige Themen hinauskommen, von denen Frau Vaidere sprach: die Instabilität, Gerüchte, Unsicherheiten, die Fragen, die ganz klar von enormer Wichtigkeit sind, und wir haben, wie ich angedeutet habe, begonnen, was wir in diesen ersten entscheidenden Tagen wollten, was die Abgeordneten hoffentlich für reaktionsfähig halten werden.

Ich denke, als Letztes möchte ich sagen, dass einige der gegenwärtigen Mitglieder der sich bildenden Regierung die früheren Menschenrechtsaktivisten der Opposition sind, die von dem ehemaligen Präsidenten unterdrückt wurden und die von der Europäischen Union unterstützt wurden, wozu selbstverständlich Mitglieder dieses Hauses gehören. Ich denke also, obwohl ich keinerlei Illusionen über die Art der Politik in diesem Land und natürlich in dieser Region habe, dass wir es versuchen müssen und dieser Regierung eine Chance zur eigenen vernünftigen Regierungsbildung, zum Einverständnis der Durchführung politischer und konstitutioneller Reformen, die so unverzichtbar sein werden, und zur Abhaltung der versprochenen Wahlen geben müssen, und, falls sie bereit ist, diese Dinge zu tun, das Land jetzt für die Zukunft zu unterstützen. Und auf dieser Grundlage bin ich sehr dankbar für die Kommentare, die gemacht wurden, und wir werden die Strategie verfolgen, wie ich sie dargelegt habe.

Der Präsident. – Die Debatte ist beendet.

Die Abstimmung wird während der ersten Sitzungsperiode im Mai stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Paolo Bartolozzi (PPE), *schriftlich*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Volksunruhen, die in den letzten Tagen in der Hauptstadt Kirgisistans ausbrachen, haben die Entwicklungen der „Tulpenrevolution“ zum Stillstand gebracht, die 2005 Hoffnungen auf einen demokratischen Umbruch in der früheren Sowjetrepublik entfacht hatten.

Das Europäische Parlament verfolgt die Entwicklungen der politischen Krise im Land mit großer Besorgnis. Dies nicht nur wegen der wichtigen geostrategischen Lage des Landes für Russland und die Vereinigten Staaten, sondern auch, weil die Stabilität Zentralasiens, seine politische und wirtschaftliche Entwicklung und interregionale Zusammenarbeit für die EU von Interesse ist, nicht zuletzt wegen der Wichtigkeit Zentralasiens für unsere Energieversorgung und unsere Wirtschafts- und Handelspartnerschaft.

Die Gefahr des Ausbruches eines Bürgerkrieges und eines „zweiten Afghanistans“ muss abgewendet werden. Wir vertrauen auf die diplomatische Vermittlung, die die Präsidenten der Vereinigten Staaten, Russlands und Kasachstans – letzteres in seiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitz der OSZE – bei ihren Verhandlungen mit der kirgisischen Übergangsregierung für den Aufbau der öffentlichen Ordnung und konstitutionellen Legalität anwenden, damit die freien Wahlen abgehalten und die Probleme des Landes gelöst werden können.

Als Vorsitzender der EU-Zentralasien-Delegation hoffe ich, auch trotz der aktuellen ethnischen Auseinandersetzungen, dass wir alles uns Mögliche tun werden, um nationalen Frieden und die dauerhafte Rückkehr des demokratischen Lebens in Kirgisistan herbeizuführen.

Krzysztof Lisek (PPE), *schriftlich*. – (PL) Die Stabilisierung der Lage in Zentralasien wird eine gute Zusammenarbeit mit der EU sicherstellen. Niemand bezweifelt, dass Kirgisistan hier eine besondere Rolle spielt. Kirgisistan ist für die Europäische Union aus strategischen Gründen wichtig – als ein Land, das Energiequellen und natürliche Ressourcen besitzt, und weil es eine US-amerikanische Militärbasis beherbergt, die die NATO-Streitkräfte in Afghanistan unterstützt. Zur selben Zeit hat das Versagen, nach Erreichung der Unabhängigkeit Kirgisistans entsprechende Reformen durchzuführen, zu der dramatischen Situation geführt, die wir heute sehen. Lassen Sie uns gegenwärtig auf die Gewährleistung der Sicherheit von Zivilisten konzentrieren und darauf, ihnen humanitäre Hilfe zu bringen. Darüber hinaus sollten wir jede mögliche Maßnahme ergreifen, um eine Radikalisierung des Landes zu verhindern. Wir dürfen nicht zulassen, dass ein Bürgerkrieg ausbricht. Langfristig ist es wichtig, für die gesamte Region eine neue Strategie zu entwickeln. Wir brauchen die rasche Entwicklung einer besonderen EU-Position, die entscheidende Aspekte abdeckt, wie zum Beispiel die Verhinderung von religiösem Fundamentalismus, die Bekämpfung von Armut und Korruption, die Bildung einer Zivilgesellschaft, die Verteidigung der Menschenrechte und die Demokratisierung. Insbesondere sollten wir ein Beobachterteam zu den nächsten Wahlen schicken. Wir müssen uns über die Geschehnisse auf dem Laufenden halten und, während wir die Einmischung in innere Angelegenheiten vermeiden, sollten wir alles tun, um Kirgisistan zu helfen, demokratisch zu werden, und, nach Stabilisierung der Lage, wirksame Reformen durchzuführen. Ich denke, dass die Sendung weiterer Hilfe von der EU nach Kirgisistan von der Einführung von Reformen, die für Recht und Ordnung und die Wahrung der Menschenrechte sorgen werden, abhängig sein muss.

Kristiina Ojula (ALDE), *schriftlich*. – (ET) Herr Präsident, Baroness Ashton, ich begrüße die Tatsache, dass die Europäische Union einen Sonderbeauftragten nach Kirgisistan entsandt hat. Wir müssen die Pläne der Übergangsregierung dort kennen. Es muss sichergestellt sein, dass die Gewalt in Kirgisistan ein Ende hat, und die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dort muss gewährleistet sein. Während der Revolution in Kirgisistan warfen die Kräfte, die an die Macht kamen, Präsident Bakijew Einschränkungen der Pressefreiheit, Gewalt gegen Journalisten, Verhaftungen von Oppositionsführern, Korruption, die Abkehr von demokratischen Werten und die erbärmliche Wirtschaftslage des Landes vor. Unsere Erwartung sollte daher sein, Kirgisistan sich in Kürze in einen demokratischen Staat verwandeln zu sehen, in dem Rechtsstaatlichkeit regiert. Gleichzeitig wird unsere Hoffnung nur gerechtfertigt sein, wenn wir selbst bereit sind, Ressourcen in die Umsetzung dieses Plans zu leiten, weil sich die kirgisische, ums Überleben kämpfende Wirtschaft die zur Durchführung der lang erwarteten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen notwendige Unterstützung nicht leisten kann. Mit dem Ziel, in der zentralasiatischen Region nachhaltige Entwicklung zu schaffen, müssen wir, genauso wie wir Wirtschaftshilfe anbieten, der Übergangsregierung auch unser Know-how bei der Durchführung von Reformen anbieten, so wie wir es im Kosovo, in Mazedonien und anderswo getan haben. In diesem Bereich lohnt es sich, zu bemerken, dass Estland diese Art von Hilfe der Ukraine und Georgien geleistet hat, was zeigt, dass unsere Erfahrungen der Verständigung mit den Menschen, die in der früheren Sowjetunion leben, nicht unterschätzt werden sollten. Mit dem stattfindenden Regimewechsel dürfen wir keine Gelegenheit verpassen, eine Bewegung in Richtung demokratischer Werte

in Kirgisistan zu unterstützen. Es wäre daher unverantwortlich von uns, Kirgisistan ohne Unterstützung zu lassen und von einigen seiner großen Nachbarn abhängig zu machen.

11. Gipfel EU-Kanada (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zum EU-Kanada-Gipfel.

Catherine Ashton, Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. – Herr Präsident, Kanada ist einer der ältesten und gleichgesinntesten Partner der Europäischen Union. Wir arbeiten an einer Vielzahl von Themen zusammen – sowohl bilateral als natürlich auch global.

Unsere Beziehung ankert in der gemeinsamen Geschichte, die weit zurückreicht, und in gemeinsamen Werten, die tief verwurzelt sind. Auf dieser Grundlage kooperieren wir, um unsere gemeinsamen Interessen zu schützen. Wir tun das natürlich zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger Europas und Kanadas, aber auch um Sicherheit und Wohlstand weltweit zu fördern.

Daher ist es eine wichtige Beziehung. Wir müssen sie pflegen und in sie investieren, damit wir ihr volles Potenzial ausschöpfen. Diesem Zweck dient der nächste EU-Kanada-Gipfel, der am 5. Mai in Brüssel stattfindet.

Der Zeitpunkt ist glücklich gewählt. Weil es bedeutet, dass uns unser EU-Kanada-Gipfel, weil Kanada den Vorsitz des G8- und des G20-Gipfels Ende Juni innehat, erlaubt, eine Zwischenbilanz zu ziehen und unsere Strategien zu globalen Themen in eine Linie zu bringen, die auf dem G8- und dem G20-Gipfel eine Rolle spielen werden, zum Beispiel, wie ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung, eine Zusammenarbeit an der Finanzmarktreform und -regulierung, der Klimawandel und die Bekämpfung der Weiterverbreitung von Kernwaffen zu fördern ist.

Ich war kürzlich auf dem G8-Treffen der Außenminister in Kanada, wo in der Tat viele dieser Themen diskutiert wurden.

Wir werden außerdem die Gelegenheit haben, bilaterale Beziehungen zwischen der EU und Kanada sowie die Art der Zusammenarbeit bei regionalen Krisen zu diskutieren. Unser Ziel ist es, einen themenorientierten, geschäftsmäßigen Gipfel zu haben.

Mit unseren bilateralen Beziehungen wird es bei dem Gipfel um Bemühungen gehen, die Beziehung der Europäischen Union mit Kanada auszubauen und zu modernisieren. Er wird uns eine ausgezeichnete Gelegenheit bieten, auf höchster politischer Ebene Hilfe zu leisten, um so schnell wie möglich ein ehrgeiziges umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zu erreichen.

Wir werden Bilanz über die während der ersten drei Verhandlungsrunden gemachten Fortschritte ziehen, aber diesen Verhandlungen auch neue Impulse geben und dabei die Wichtigkeit des Ausbaus von Handelsbeziehungen und Arbeitsplatzbeschaffung berücksichtigen. In Sachen Handel im weiteren Sinne sollte der Gipfel deutlich signalisieren, dass die EU und Kanada Protektionismus ablehnen, und erinnert damit an unsere Verpflichtung, einen ehrgeizigen, umfassenden und ausgewogenen Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde zu erreichen.

Der Gipfel sollte auch das Thema gegenseitigen visumfreien Reisens ansprechen. Unser Ziel ist klar: wir wollen für alle Bürgerinnen und Bürger der EU so schnell wie möglich visumfreies Reisen nach Kanada.

Wir werden auch eine Chance haben, unsere Zusammenarbeit beim Krisenmanagement zu besprechen, die sich, und ich freue mich das zu sagen, rasch intensiviert. Wir haben mehrere laufende Krisenmanagementoperationen, namentlich unsere Polizeimission in Afghanistan, wo unsere Zusammenarbeit mit Kanada beispielhaft ist.

Haiti wird aus nahe liegenden Gründen auch auf der Tagesordnung des Gipfels stehen. Kanada spielt eine sehr wichtige Rolle in Haiti, und einer der Bereiche, wo wir unsere gemeinsamen Bemühungen stärken können und sollten, ist die Verlinkung des Krisenmanagements zu einer längerfristigen Entwicklung. Das war auch der Punkt, den ich während der Konferenz über Haiti am 31. März in New York betont habe, bei der sich die EU und Kanada den Vorsitz teilten, nebst Frankreich, Spanien und Brasilien.

Zusammen mit meinen Amtskollegen, dem Kommissar für Entwicklung, Andris Piebalgs, und der Kommissarin für Internationale Zusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und Krisenreaktion, Kristalina Georgieva,

habe ich mich gefreut, in New York zu verkünden, dass die EU über 1,2 Mrd. EUR für den Wiederaufbau und die Entwicklung Haitis beisteuern wird.

Die EU und Kanada engagieren sich beide langfristig dafür, Haiti auf dem Weg des Wiederaufbaus zu unterstützen; um es für eine bessere Zukunft wiederaufzubauen.

Der Gipfel wird sich mit dem Klimawandel beschäftigen. Unter Berücksichtigung des Kontexts nach Kopenhagen werden Anpassung an den Klimawandel bzw. Abmilderung seiner Auswirkungen weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung stehen und eine unterstützende Energiepolitik erforderlich machen. Es gibt breite Unterstützung der Idee, dass sich die Zusammenarbeit von EU und Kanada auf Finanzierungsmechanismen sowie auf die Unterstützung der umweltverträglichen Entwicklung von Drittländern konzentrieren sollte.-

Die Folgen des Klimawandels für die Arktis werden ein weiteres wichtiges Element unserer Diskussionen auf dem Gipfel sein. Nirgendwo sind die Auswirkungen des Klimawandels schmerzlicher spürbar als in der Arktis. Umweltveränderungen haben wachsende Auswirkungen auf Menschen, Artenvielfalt und Landschaft der Arktis – sowohl an Land als auch im Meer. Die Region, einschließlich ihrer Bevölkerung, zu schützen, ist eine wichtige Zielsetzung der sich entwickelnden Arktispolitik der EU, wie sich die ehrenwerten Abgeordneten vielleicht an meinen Vortrag während der Plenarsitzung im März zurückerinnern. Mit mehr als 40 % seiner Landmasse im Norden, teilt Kanada unser Interesse in Sachen Schutz des arktischen Raums und der Sicherung nachhaltiger Wirtschaft und sozialer Entwicklung der Region.

Schließlich, wenn wir über die Erweiterung und die Modernisierung der Beziehung zwischen EU und Kanada sprechen, haben wir den Rahmenvertrag von 1976 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Kanada. Es ist immer noch in Kraft, aber veraltet. Die Zusammenarbeit zwischen EU und Kanada hat sich auf andere Bereiche ausgeweitet, wie zum Beispiel die Außen- und Sicherheitspolitik und engere Zusammenarbeit im Bereich der Justiz und Innenpolitik.

Also brauchen wir einen modernisierten Rahmenvertrag, um als Dach für alle unseren sektoralen Abkommen zu agieren, einschließlich der umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen, und wir halten Sondierungsgespräche mit Kanada, um das Abkommen gleichzeitig zu erweitern.

In einer Welt großer Herausforderungen und die ständig im Wandel ist, brauchen wir Partner. Kanada gehört zu den wichtigsten, die die Europäische Union hat. Wir streben einen produktiven Gipfel mit klaren Ergebnissen an.

Elisabeth Jeggle, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, verehrte Hohe Vertreterin, Frau Vizepräsidentin Baronin Ashton, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Frau Vizepräsidentin, für Ihre umfassenden Ausführungen. Als stellvertretende Vorsitzende der Kanada-Delegation im Europäischen Parlament freue ich mich heute besonders, dass wir den bevorstehenden EU-Kanada-Gipfel im Vorfeld im Parlament diskutieren. Leider musste die Abstimmung, wie Sie wissen, auf Anfang Mai verschoben werden. Dennoch darf ich hier kurz die wesentlichen Punkte für die EVP-Fraktion vorstellen.

Kanada gehört seit 1959 zu den engsten und zu den ältesten Partnern der Europäischen Union. Die Europäische Union und Kanada teilen viele gemeinsame Werte und setzen sich nachdrücklich für die multilaterale Bewältigung von globalen Herausforderungen ein. Kanada hat im Jahre 2010 den Vorsitz in der G8-Ländergruppe inne und wird auch Gastgeber des nächsten G20-Gipfels sein. Im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen für ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada ist es wichtig, die guten Beziehungen der beiden Partner beim kommenden Gipfel weiter zu vertiefen und zu verstärken.

Aus diesem Grund fordern wir in unserer Gemeinsamen Entschließung, den bevorstehenden Herausforderungen insbesondere in Bezug auf die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Außen- und die Sicherheitspolitik, die Entwicklungszusammenarbeit, die Klima- und Energiepolitik und die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde koordiniert und kohärent zu begegnen. Allerdings fordern wir auch, dass die Problematik der von der kanadischen Regierung teilweise wieder eingeführten Visumpflicht für EU-Bürger aus der Tschechischen Republik, Bulgarien und Rumänien im Rahmen des kommenden EU-Kanada-Gipfels gelöst wird. Die Einrichtung eines Visumbüros in der kanadischen Botschaft in Prag und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe von Sachverständigen zu diesem Thema sind in diesem Zusammenhang außerordentlich zu begrüßen.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal betonen, dass ich überzeugt davon bin, dass der kommende EU-Kanada-Gipfel die bereits engen politischen Beziehungen zwischen beiden Partnern vertiefen wird. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement und Ihre Aufmerksamkeit.

Ioan Enciu, im Namen der S&D-Fraktion. – (RO) Wie Frau Ashton, die Hohe Vertreterin, ebenfalls gesagt hat, ist Kanada einer der ältesten Partner der Europäischen Union, und dieser Gipfel dieses Jahr ist wichtig, um diese enge Zusammenarbeit in jedem Bereich fortzuführen und zu festigen: wirtschaftlich, gewerblich, bezüglich des Klimawandels und militärisch. In der Tat möchte ich die Maßnahmen begrüßen, die bis lang unternommen wurden und deren Ziel es ist, ein Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada zu unterzeichnen, und ich hoffe, dass das Treffen dieses Jahr den nötigen Impuls geben wird, dieses abzuschließen.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und Klimasituation muss ich die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit betonen, um Alternativen zu traditionellen Quellen der Energieerzeugung vorzuschlagen, die den Besonderheiten beider Staaten gerecht werden, der Europäischen Union und Kanada, die an der Entwicklung und dem Einsatz kohlenstoffemissionsarmer Technologien beteiligt sind. Zur gleichen Zeit sollte eine Zusammenarbeit auch im Energie- und Klimasektor sowie im Seeverkehrssektor in der Arktis gefördert werden.

Es gibt auch sensible Themen, die auf dem Gipfel angeschnitten werden sollen. Ich beziehe mich hier auf ökologische Fragen, die globale Erwärmung, das Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie ACTA, das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA, den Bankensektor, die Schaffung von Stabilität auf den Finanz- und Wirtschaftsmärkten, die CITES-Konferenz und das EU-Kanada-Abkommen bezüglich der Fluggastdatensätze PNR-Informationen. Ich denke, dass es die Europäische Union und Kanada unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vergangenheit schaffen werden, so viele dieser Fragen wie möglich zu klären. Diese Themen müssen allerdings mit Feingefühl und Verständnis angegangen werden, ohne gegenseitige Schuldzuweisungen, einfach nur nach vorn in die Zukunft schauend und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger beider Seiten berücksichtigend. Für Gegenseitigkeit in bilateralen Beziehungen zu bürgen, ist eines der Grundprinzipien der Europäischen Union. Wir hoffen, dass Kanada in naher Zukunft auf die Visumpflicht für rumänische, tschechische und bulgarische Staatsangehörige verzichten und damit die gerechte und gleiche Behandlung aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union gewährleisten wird.

Schlussendlich muss unter Berücksichtigung dessen, dass die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zur Unterzeichnung jedes internationalen Vertrags erforderlich ist, das Parlament gleich in der Anfangsphase eines jeden Projektes miteinbezogen und um Rat gefragt werden. Ich ergreife diese Gelegenheit, um die Kommission zu bitten, eine effektive Kommunikation mit dem Europäischen Parlament zu etablieren, um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen.

Wolf Klinz, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die EU und Kanada haben eine sehr gut funktionierende Partnerschaft, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch bei Fragen der Außenpolitik – ich denke da an Iran, Afghanistan, Haiti und andere ähnliche Fälle.

Trotzdem haben wir eine Reihe von gravierenden Herausforderungen vor uns. Wir können sie sicherlich meistern, eben weil wir eine so enge Freundschaft und Partnerschaft haben. Ich denke insbesondere an fünf Punkte. Zunächst einmal müssen wir bei der Regulierung des Finanzsektors jetzt tatsächlich Nägel mit Köpfen machen. Die G20 haben sehr viel versprochen, und ich bin davon überzeugt, dass auf dem G20-Gipfel in Toronto – also unter kanadischer Führung – jetzt tatsächlich gezeigt werden muss, dass die G20-Staaten auch konkrete Maßnahmen ergreifen und nicht nur Versprechen abgeben.

Zweiter Punkt: Es ist schon erwähnt worden: Auch bei der Klimapolitik sind wir in unseren Zielsetzungen eng verbunden. Wir in Europa können sicherlich von Kanada lernen, bei Vorhaben der CCS und bei Entwicklungen auf diesem Sektor. Wir hoffen, dass wir uns auf gemeinsame Reduktionsstandards einigen werden können.

Drittens: Wir brauchen ein neues Handelsabkommen, und ich glaube, auch hier liegen unsere Zielsetzungen sehr dicht beieinander. Zwei Punkte möchte ich anmerken, bei denen noch Handlungsbedarf besteht, bei denen die Absicht besteht, zusammenzukommen, bei denen wir aber doch noch etwas auseinander sind. Das ist zum einen beim visumfreien Reisen – das haben Sie, Frau Hohe Vertreterin, schon angesprochen. Ich hoffe, dass es tatsächlich gelingt, ethnische Minoritäten aus EU-Staaten in gleicher Weise zu behandeln wie alle anderen EU-Bürger.

Letzter Punkt ist das Passagierdatenabkommen, das im Herbst letzten Jahres abgelaufen ist. Es ist de facto noch in Kraft, hat aber keine Rechtsbasis mehr. Wir brauchen eine neue Rechtsbasis, damit es zu einer Neuauflage kommen kann, und diese neue Rechtsbasis muss sicherstellen, dass das, was wir für Bürgerrechte halten, auch tatsächlich eingehalten wird. Es kann bei der modernen technologischen Möglichkeit der Vernetzung nicht angehen, dass alle Informationen betreffend Namen, Geburtsdaten, Flugdaten, Kreditkarten usw. dann zugänglich gemacht und missbraucht werden. Wir hoffen, dass es uns zusammen gelingt, eine Rechtsbasis zu schaffen, die tatsächlich unseren europäischen Vorstellungen von Bürgerrechten entspricht.

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, sehr geehrte Vizepräsidentin! Kanada ist für die EU ein guter Freund, ein wichtiger Partner, ein wichtiger internationaler Akteur, und Kanada ist eine seit langem reife Demokratie, von der wir durchaus viel lernen können. Doch gerade weil es schon lange her ist, dass in diesem Haus überhaupt eine Entschließung zu Kanada beschlossen worden ist, sollten wir uns aus Anlass einer solchen Entschließung dann doch ernsthafter mit den europäisch-kanadischen Beziehungen befassen, als das hier in der vorgelegten Entschließung versucht wird.

Mir ist das etwas peinlich. Mir ist peinlich, dass von vielen gemeinsamen Herausforderungen die Rede ist, aber die Arktis-Politik unter diesen gemeinsamen Herausforderungen gar nicht genannt wird. Der Schutz der Arktis mit Zielen und Standards kommt nicht vor. Die Arktis steht überhaupt nur in einem Nebensatz, und dass Kanada im März in nicht sehr freundlicher Weise Schweden, Finnland, Island und die indigenen Völker an dem internationalen Treffen zur Arktis nicht hat teilnehmen lassen, wird verschwiegen.

Mir ist peinlich, dass das Problem der Teersande nicht angesprochen wird, dass das Problem des Blauflossenthunfisches und des Robbenjagdverbots nicht angesprochen wird. Es ist ja nicht so, dass wir Kanada provozieren müssen, aber wenn man unter Freunden ernsthaft diskutiert, ist es schlicht unsinnig und unwürdig, Probleme, die man hat, nicht anzusprechen. Es wird nicht angesprochen, dass Kanada keine besonders positive Rolle in Kopenhagen gespielt hat, und auch das Problem der Visumpolitik insbesondere gegenüber Tschechien und den Roma aus Tschechien sollte man deutlicher hervorheben.

Also lassen Sie uns in guter Freundschaft zusammenarbeiten, aber lassen Sie uns die Schwierigkeiten nicht ausblenden, sonst nützt das niemand etwas. Deswegen wird meine Fraktion dafür eintreten, dass wir, wenn wir abstimmen, jedenfalls dafür sorgen, dass das Problem der Teersande und das Problem des Imports von Robbenprodukten auch noch in die Entschließung aufgenommen werden.

Philip Bradbourn, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Herr Präsident, als Vorsitzender der Delegation für Beziehungen zu Kanada begrüße ich diese Entschließung sehr, die tatsächlich ein erster Teil des EU-Kanada-Gipfels ist. Wie gesagt ist Kanada einer der ältesten Partner Europas, und die Stärkung unserer transatlantischen Beziehungen ist für beide Seiten zur Priorität geworden. Noch einmal, wie die Baroness in ihren einführenden Bemerkungen sagte, schreiten die Gespräche mit Kanada für ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen voran, was hoffentlich für zukünftige Handelsabkommen zwischen der EU und Drittländern einen Standard setzen wird.

Das Parlament wird diese Abkommen genehmigen müssen, und ich hoffe, dass die Kommission die Abgeordneten, besonders die interparlamentarische Delegation und den Ausschuss für internationalen Handel, weiterhin uneingeschränkt unterrichten und in jeder Phase dieser Gespräche einbeziehen wird.

Die vor uns liegende Entschließung ist eine, die ich vollends unterstützen kann, da sie präzise ist und sich an die Themen des Gipfels und unserer Beziehungen mit der kanadischen Regierung hält. Die Entschließung stimmt einen positiven Ton an für zukünftige Gespräche und verdeutlicht die Bereitschaft dieses Parlaments, positiv mit unserem ältesten Handelspartner zusammenzuarbeiten. Darauf kann aufgebaut werden, nicht nur, um den Ruf dieses Hauses zu steigern, sondern auch in zukünftigen Verhandlungen mit anderen Drittländern.

Joe Higgins, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Herr Präsident, es hat keinerlei Beurteilung der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines Wirtschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada gegeben.

Die kanadische Gewerkschaft für den Öffentlichen Dienst ist mit 600 000 Mitgliedern in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Stadtverwaltungen, Stadtwerken und Verkehrsbetrieben ernsthaft über die Auswirkungen eines solchen Abkommens besorgt. Die nationale Gewerkschaft der Arbeitnehmer des öffentlichen Sektors (NUPGE) mit ihren 340 000 Mitgliedern in Kanada im öffentlichen und privaten Sektor ist ebenso besorgt wie das Bündnis des öffentlichen Dienstes in Kanada (PSAC) mit seinen 165 000 Mitgliedern.

Diese Arbeiter sind besorgt, weil sie verstehen, dass ein derartiges Abkommen hauptsächlich im wirtschaftlichen Interesse großer Unternehmen durchgeführt wird, in Kanada genauso wie in der Europäischen Union, und nicht hauptsächlich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung oder sozialer Gerechtigkeit.

Jetzt wollen sich sowohl europäische als auch kanadische transnationale Konzerne in die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in Kanada einmischen – natürlich auf Basis einer Maximierung ihrer Profite. Für sie ist ein EU-Kanada-Abkommen ein Mittel, um eine umfassende Privatisierung in Bereichen wie dem öffentlichen Nahverkehr, der Wasserversorgung und der Elektrizität zu erzwingen. Eine derartige Entwicklung wäre für die Löhne und Arbeitsbedingungen kanadischer Arbeiter verhängnisvoll. Das könnte eine Abwärtsspirale in genau derselben Weise in Gang setzen, wie wir es in Europa gesehen haben, wo die EU-Kommission selbst die Rechte von Privatunternehmen, die Dienstleistungen anbieten, um Arbeitnehmer auszubeuten, durchsetzt, wie sich zeigte, als die Kommission den Staat Luxemburg in dem Versuch vor Gericht brachte, Migranten im Dienstleistungssektor denselben Schutz wie den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen aus Luxemburg zu geben.

Nun ist kanadisches Wasser ein besonderes Ziel der Wasser-Multinationals. Einige EU-niedergelassene Multinationals haben zuvor mit der Privatisierung der Wasserversorgung verheerenden Schaden in Ländern wie Bolivien angerichtet, und ihr verhängnisvoller Einfluss ist bereits in Kanada zu spüren.

Glücklicherweise ist die Bevölkerung in Kanada bereit, für den Schutz ihrer staatlichen Wasserversorgung zu kämpfen. Sie werden wachsam sein müssen.

Die Europäischen Gewerkschaften für Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes sind ebenfalls besorgt, und ich fordere sowohl die kanadischen als auch die EU-ansässigen Gewerkschaften auf, eine wirkliche Kampagne zu starten, um das öffentliche Eigentum im Öffentlichen Dienst mit demokratischer Kontrolle zu schützen statt einer Maximierung privaten Profits, aber nicht nur ein Treffen auf Führungsebene, sondern eine wirkliche Beteiligung der breiten Masse, um ihren Öffentlichen Dienst zu schützen.

Anna Rosbach, im Namen der EFD-Fraktion. – (DA) Herr Präsident, Europa und Kanada haben sich viele Jahre lang einer guten Partnerschaft erfreut, also ist es nur natürlich, dass wir versuchen, den Freihandel auszubauen. Ist die momentane Methode jedoch die beste, angesichts der Zeit, die die Verhandlungen gekostet haben? Ist der Apparat der EU zu schwerfällig und bürokratisch, um diese Aufgabe zu bewältigen?

Kanada hätte gerne ein Freihandelsabkommen mit der EU, aber zur selben Zeit weigert sich Kanada, die schreckliche Methode abzuschaffen, mit der Robben abgeschlachtet werden und die absolut gegen alle Vorschriften des Tierschutzes verstößt.

Ebenso will Kanada das Recht auf steuerpflichtigen Schiffsverkehr durch eine eisfreie Nordwestpassage. Eine Route nördlich von Amerika muss jedoch allen frei zugänglich sein. Die Nordwestpassage ist ein idealer Weg, um Zeit, Geld und Treibstoff zum Wohle der Umwelt zu sparen. Es verbessert die Wettbewerbsfähigkeit aller Länder der nördlichen Halbkugel. Ich bitte Kanada daher dringend, die Ideen hinter dem Freihandelsabkommen zu verfolgen und jegliche Konzepte der Besteuerung der offenen See fallenzulassen.

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Als wäre es nicht schon peinlich genug, dass mitten in den Verhandlungen über das Wirtschafts- und Freihandelsabkommen CETA Informationen durchsickerten, wird auch noch der Vorwurf laut, Kanada werde im Rahmen von CETA und ACTA regelrecht zu Anpassungen der Urheberrechtsgesetze an US- und EU-Standards gedrängt, genötigt. Wie es scheint, weist das CETA-Abkommen auf starke Privatisierung, Deregulierung und Umstrukturierung hin. Da soll es Kommunen untersagt werden, spezifische örtliche oder ethnische Beschaffungsrichtlinien anzuwenden. Natürlich ist es sinnvoll, größere Aufträge auszuschreiben, und selbstverständlich muss es dafür Regeln geben, damit Korruption und Freunderlwirtschaft nicht fröhliche Urständ feiern.

Wenn bereits unsere heimischen Gemeinden darüber klagen, dass sie etwa gar nicht auf sozial engagierte Unternehmer zurückgreifen dürfen, sondern meistens genötigt werden, dominante Konzerne zu begünstigen, ist es umso unverständlicher, warum Derartiges anderen Ländern auch noch aufgezwungen wird. Und wenn dann gar multinationale Firmen Regierungen für umwelt- und gesundheitspolitische Entscheidungen dank Freihandelsabkommen in eigenen Verfahren auf Schadenersatz verklagen können, spätestens dann ist klar, dass die Europäische Union offenbar aus der vergangenen Finanz- und Wirtschaftskrise zu wenig gelernt hat und den Irrweg des Neoliberalismus weitergeht.

Wenn die EU wirklich für die Bürger da sein soll, wie es in Sonntagsreden immer wieder heißt, dann muss sie diesen Irrweg beenden und zum Bollwerk gegen die Globalisierung werden, und dabei muss sie auch befreundeten Mächten wie etwa Kanada zur Seite stehen.

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Zunächst möchte ich gerne, wie es andere Kolleginnen und Kollegen auch getan haben, betonen, dass der EU-Kanada-Gipfel eine wichtige Gelegenheit darstellt, um unsere Partnerschaft mit dieser wichtigen Demokratie zu intensivieren. Diese Beziehung ist für die EU äußerst wichtig, da Partner an ihr beteiligt sind, die dieselben Werte teilen und schon seit sehr langer Zeit zusammenarbeiten.

Gleichzeitig möchte ich Sie an die Erklärung erinnern, die auf dem vorigen EU-Kanada-Gipfel im Mai 2009 in Prag abgegeben wurde, die die gemeinsame Zielsetzung der Partner wiederholte, und ich zitiere: „zur Erweiterung des freien und sicheren Personenverkehrs zwischen der EU und Kanada, mit Blick darauf, so schnell wie möglich das visumfreie Reisen nach Kanada auf alle EU-Bürgerinnen und Bürger auszuweiten.“

Ein Jahr später müssen wir feststellen, dass wir weit von der Erreichung dieses Ziels entfernt sind. Momentan unterstehen nicht nur Rumänen und Bulgaren immer noch einer vorgeschriebenen Visumpflicht, sondern, wie Sie wissen, sind letztes Jahr für die Tschechische Republik Visa wieder eingeführt worden.

Ich denke, dass wir hier in erster Linie ein Problem der Gegenseitigkeit haben. Wie Ihnen sehr wohl bekannt ist, haben wir angesichts dessen, dass alle Mitgliedstaaten der EU im Einklang mit unserer Gesetzgebung auf Visa kanadischer Bürgerinnen und Bürger verzichteten, auf der anderen Seite, wenn ich das so sagen darf, ein Problem mit der Konsequenz, da Kanada die Visumpflicht für eines der Kandidatenländer, Kroatien, aufgehoben hat, während es, ich wiederhole, die Visumpflicht für Bürgerinnen und Bürger von Mitgliedstaaten der EU gegenwärtig beibehält.

Ich glaube daher, dass der Gipfel im Mai umfangreichen, wenn nicht entscheidenden Fortschritt bei der Frage des Verzichts auf Visa aller Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten erzielen muss. Ich denke, dass Sondermaßnahmen erforderlich sind und diese Zielsetzung auf der Tagesordnung oberste Priorität haben muss, denn wir lassen uns nicht länger mit Grundsatzserklärungen zufriedenstellen. Diese Art der Diskriminierung ist äußerst ungerecht, besonders für Bürgerinnen und Bürger meines Landes, einem Mitgliedstaat der Europäischen Union mit umfangreichem technischen Fortschritt in Sachen Visaerlass.

Jörg Leichtfried (S&D). – Herr Präsident! Ich frage mich, warum ich immer das Gefühl habe, die Kommission im Verdacht haben zu müssen, Dinge nicht wirklich ins Europäische Parlament transportieren zu wollen. Und so ist es auch mit dem Freihandelsabkommen, das mit Kanada verhandelt wird. Ich möchte mich der Kritik der Kolleginnen und Kollegen anschließen, die gemeint haben, es bestehen gewisse Verdachtsmomente, insbesondere dem, was Kollege Higgins erwähnt hat, und ich gebe ihm da vollkommen Recht.

Handelsabkommen sind meines Erachtens dann eine gute Sache, wenn sie dem allgemeinen Wohlstand auf beiden Seiten dienen, und nicht, wenn sie beinahe ausschließlich den Interessen einzelner großer multinationaler Firmen dienen. Und wenn man Informationen bekommt, dass Gesundheit, Bildung oder öffentliche Sicherheit plötzlich Gegenstand von Handelsabkommen werden sollen, sie dereguliert und privatisiert werden sollen, dann habe ich schon den Verdacht, dass das wieder nur dem Gewinn einiger Weniger dient und zum Schaden für viele andere beiträgt. Ich möchte diejenigen warnen, die diese Dinge an uns, am Europäischen Parlament vorbei in solche Abkommen einbringen möchten.

Das Zweite, was ich ansprechen möchte, ist Folgendes: Wenn man mit einem alten Partner, wie Kanada es ist, verhandelt und sich trifft, so muss man auch manche Dinge ansprechen, die nicht so angenehm sind. Ich denke, in so einem Gespräch und in einem solchen Abkommen gehört auch die Frage des Robbenschlachtens angesprochen. Nicht um irgendjemanden zu verärgern, sondern um den europäischen Standpunkt klarzumachen und eine Lösung zu finden, die dieser grausamen Gewinnerzielung auf Kosten von kleinen Tieren ein Ende bereitet.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Mein Kollege Sebastian Bodu konnte heute leider nicht nach Straßburg kommen, und ich werde ihn daher vertreten.

Im Moment ist es 39 Mio. europäischer Bürgerinnen und Bürger aus Rumänien, der Tschechischen Republik und Bulgarien unmöglich, ohne Visum nach Kanada zu reisen. Über die Hälfte davon – 22 Mio. – sind Rumänen. Die Beibehaltung des Visasystems für die Einreise nach Kanada, wie auch im Falle des Systems der Vereinigten Staaten, schafft die Situation, in der einige Europäer Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse sind.

Die Freizügigkeit europäischer Bürgerinnen und Bürger muss auf einheitlicher Grundlage behandelt werden. Die Visumfrage beeinträchtigt die Beziehung zwischen der Europäischen Union und Kanada. Präsident Barroso hat auf den vorigen Gipfeln zu einer Lösung dieser Angelegenheit gedrängt. Das Thema muss weiterhin im Gespräch bleiben.

In Rumäniens Fall ist der Anteil der abgelehnten Visumanträge rumänischer Bürgerinnen und Bürger zwischen 2004 und 2008 von 16 % auf 5 % zurückgegangen. Ungefähr 200 000 Rumänen leben in Kanada, die große Mehrheit von ihnen ist durch das offizielle kanadische Einwanderungssystem ins Land gekommen. Ich verstehe nicht, warum Kanada unterschiedliche Ansätze verfolgt. 2009 wurde auf die Visa eines europäischen Landes, das kein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist, verzichtet, und der Grund, der dafür angegeben wurde, war, dass eine große Anzahl der aus jenem Land stammenden Bürgerinnen und Bürgern bereits in Kanada lebte.

Ich glaube auch, dass die Tschechische Republik wieder von der Aufhebung der Visumpflicht profitieren muss. Der angegebene Grund zur Wiedereinführung von Visas darf nicht zum Faktor für andere Staaten werden. Das Europäische Parlament hat das Visum-Thema auf die Tagesordnung des EU-Kanada-Gipfels gesetzt. Die EU muss bei dieser Haltung von Oktober 2009 bleiben, die da ist, die Solidaritätsklausel durchzusetzen, wenn das Problem nicht bis Ende 2010 gelöst ist.

Vizepräsidentin Ashton, die Abschaffung der Visumpflicht für die Mitgliedstaaten zu erreichen, wäre ein großer Erfolg für Sie in Ihrem Job. Ich wünsche Ihnen bei diesem Unterfangen viel Erfolg.

Kriton Arsenis (S&D). – (EL) Herr Präsident, Kanada ist einer der ältesten und engsten Verbündeten der Europäischen Union und das seit 1959. Allerdings muss unsere Zusammenarbeit immer auf gemeinsamen Werten und gegenseitigem Respekt basieren.

Kanada ist einer der zehn schlimmsten Emittenten von Treibhausgasen weltweit und das einzige Land, das, obwohl es sogar das Kyoto-Protokoll unterzeichnet und ratifiziert hat, dann öffentlich bekanntgab, dass es nicht die Absicht habe, seinen rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Statt die Emissionen im Vergleich zu 1990 um 6 % zu reduzieren, sind die Emissionen in Kanada um 26 % gestiegen. Die Teersandproduktion ist der Hauptgrund. Treibhausgasemissionen aus der Teersandproduktion liegen drei- bis fünfmal höher als die aus der herkömmlichen Erdöl- und Erdgasproduktion. Die Teersandproduktion benötigt außerdem zwei bis fünf Barrel Wasser für jedes extrahierte Barrel Teer und schafft dann zahlreiche Abfallprodukte, die sowohl die Artenvielfalt als auch das Leben der Einheimischen bedrohen. Die Produktion zerstört außerdem die borealen Wälder, eine der größten Kohlenstoffsinken unseres Planeten. Bis 2020 wird Teersand wahrscheinlich mehr Emissionen als Österreich und Irland produziert haben. Kanada gibt pro Person nur 77 USD für Umweltsubventionen aus. Im Vergleich dazu: Korea 1 200 USD, Australien 420 USD und die Vereinigten Staaten 365 USD.

Den Schutz der borealen Wälder zu garantieren, ist äußerst wichtig, und es ist wichtig, dass wir Kanada bitten, die internationalen Abkommen zu befolgen, die wir gemeinsam unterzeichnet haben, die aber nur wir einseitig achten, und das sollte die Grundlage für jede weitere Zusammenarbeit sein.

Miroslav Mikolášik (PPE). – (SK) Seit 1959 ist Kanada einer der engsten und stabilsten Partner der Europäischen Union. Ich freue mich, dass sich die Wirtschaftslage in Kanada während der Amtszeit der gegenwärtigen rechtsstehenden Amtsführung verbessert hat, was während früherer Wahlen in diesem Land nicht stattgefunden hat.

Die sich festigende Wirtschaftslage und der stärkere kanadische Dollar, die beide zu größerem Wohlstand für die kanadischen Bürgerinnen und Bürger führen, haben auch anderen Ländern ein positives Signal gegeben und damit günstige Bedingungen für die Entwicklung nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Zusammenarbeit geschaffen. Ich glaube, dass der EU-Kanada-Gipfel in Brüssel konkrete Fortschritte bei den Verhandlungen über ein komplexes Abkommen zur Wirtschaftspartnerschaft erbringen wird.

Kanada ist der elftgrößte Handelspartner der EU und macht bis zu 1,7 % des gesamten Außenhandels der Union aus, und die EU ist der zweitgrößte Investor in Kanada, während Kanada der viertgrößte Investor in der EU ist.

2008 erreichte das Gesamtvolumen an Gütern fast 50 Mrd. EUR, während Dienstleistungen 20,8 Mrd. EUR ausmachten. Die Liberalisierung des Handels von Gütern und Dienstleistungen zwischen der EU und Kanada, samt größerem Zugang zu den Märkten, wird ermöglichen, den bilateralen Handel zu stärken und

zu intensivieren, was ganz sicher umfangreichen Nutzen für sowohl die Wirtschaft der EU als auch die Wirtschaft Kanadas bringen wird.

Jan Březina (PPE). – (CS) Herr Präsident, Baroness Ashton, meine Damen und Herren, der gemeinsamen Visumpolitik der EU steht nun eine große Herausforderung in Form der Visumpflicht bevor, die von Kanada für die vergangenen zehn Monate den Bürgerinnen und Bürgern der Tschechischen Republik auferlegt wurde. Durch seine einseitige Maßnahme in Bezug auf die Tschechische Republik hat Kanada auch ziemlich inakzeptabel die für die gemeinsame Visumpolitik verantwortlichen EU-Organen umgangen. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eines Mitgliedstaates, so wie das Ansehen der EU-Institutionen, die sich für diese Rechte einsetzen, sind demnach bedroht worden. Die beispiellose Maßnahme der kanadischen Regierung gegenüber einem Mitgliedstaat der Union konfrontiert die gesamte EU mit einer Prüfung der Solidarität.

Tschechische Bürgerinnen und Bürger verlassen sich auf die Europäische Kommission, entschlossen die Rolle des Verteidigers und Vertreters eines Mitgliedstaats und seiner rechtmäßigen Interessen einzunehmen. Dafür wird es eine einzigartige Gelegenheit auf dem bevorstehenden EU-Kanada-Gipfel geben, wo die Visumfrage unter den Diskussionspunkten sein sollte. Es ist höchste Zeit, dass alle möglichen Schritte unternommen werden, um einen Durchbruch in dieser langwierigen Angelegenheit zu erzielen. Ich begrüßte die Tatsache, dass die Kommission im Oktober 2009 einen Bericht verabschiedete, in dem sie Kanada auffordert, eine Visastelle in Prag zu eröffnen und einen Zeitplan für die Aufhebung der Visumpflicht festzulegen. Kanada ist der ersten Forderung nachgekommen, aber noch nicht der zweiten, und daher sollte aktuell weder die Europäische Kommission noch der Rat mit den Fortschritten zufrieden sein. Der Druck auf Kanada darf nicht nachlassen, sondern sollte im Gegenteil eher verstärkt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich von der Kommission fordern, eine eindeutige Erklärung hinsichtlich ihrer Zusage abzugeben, im Falle ungenügender Fortschritte Gegenmaßnahmen vorzuschlagen, die die Einführung einer Visumpflicht für kanadische Beamte und Diplomaten beinhaltet.

Ich glaube fest daran, dass wir aufhören müssen, die Sache schleifen zu lassen. Tschechische Bürgerinnen und Bürger erwarten keine schönen Versprechen und kein mitfühlendes Tamtam von EU-Organen, sondern konkrete, zielorientierte Maßnahmen. Meiner Meinung nach ist es nun Sache der Kommission und besonders von Präsident Barroso, der der Hauptverhandlungspartner des kanadischen Ministerpräsidenten auf dem Gipfel sein wird. Wenn wir es nicht schaffen, gegenüber der kanadischen Regierung selbstbewusst aufzutreten und konsequent zu handeln, werden alle unsere Bemühungen an Wirkung verlieren, und das Ergebnis wird sein, dass das Vertrauen der Tschechischen Bürgerinnen und Bürger in die europäischen Institutionen ernsthaft in Frage gestellt sein wird. Unser Gerede über europäische Solidarität wird dann einfach nur heiße Luft für sie sein.

Othmar Karas (PPE). - Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren! Als Mitglied der EU-Kanada-Delegation möchte ich betonen, dass Kanada und die EU gemeinsame Werte teilen. Unsere gemeinsamen Werte sind die Grundlage, sind von grundlegender Bedeutung für die Gestaltung unserer Gesellschaft. Wir sollten diese gemeinsame Basis verstärkt nützen, um miteinander Verantwortung bei der Neugestaltung globaler Rahmenbedingungen zu tragen. Die engen historischen und kulturellen Bindungen sowie unser Respekt für den Multilateralismus, auch was das Eintreten für die Charta der Vereinten Nationen betrifft, sind die Grundlagen unserer Partnerschaft. Wir müssen unsere Beziehungen auf den verschiedensten Ebenen verbessern und stärken, natürlich auch auf der politischen Ebene.

Mit dem Abkommen, das wir heute diskutieren, werden wir zum ersten Mal ein Abkommen auf der Grundlage des neuen Vertrags behandeln. Das muss die Kommission wissen. Transparenz und Zusammenarbeit und die Einbindung des Parlaments sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Beschlussfassung für dieses Abkommen. Hier sind ja zwei wesentliche Themen angeschnitten worden. Die einseitige Visaregelung gegenüber unseren tschechischen Bürgerinnen und Bürgern ist unerträglich und gehört beseitigt. Die Kritik Kanadas an den strengen Auflagen für die Vermarktung von Robbenprodukten zeigt, dass nicht wir, sondern Kanada sich ändern muss.

Aber wir haben auch das Ziel, dass wir mit dem Abkommen EU-Kanada einen stärkeren Raum miteinander gestalten, als es der NAFTA-Raum ist. Es geht hierbei nicht nur um die wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern es ist auch ein deutliches Signal gegen den Protektionismus. Es ist ein schöner Zufall, dass an dem Tag, an dem Joe Biden im Europäischen Parlament in Brüssel sprechen wird, der EU-Kanada-Gipfel stattfindet, weil uns eine effiziente professionelle Zusammenarbeit mit beiden Teilen des nördlichen amerikanischen Kontinents wichtig ist und weil wir miteinander mehr Verantwortung in der Welt übernehmen wollen.

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Baroness Ashton, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Achillesferse bezüglich erfolgreicher Ratifizierung des Abkommens zwischen der EU und Kanada die einseitige Visumpflicht für die Tschechische Republik, Rumänien und Bulgarien ist, weil sie eine inakzeptable Form der Bürgerschaft zweiter Klasse in der EU schafft. Nicht nur die anderen Länder, die mit uns solidarisch sind, sondern auch viele Abgeordnete werden durchaus berechtigt sein, die Ratifizierung zu blockieren, wenn Kanada das Versprechen nicht einlöst, seine laxen Asylpolitik anzuziehen, was angeblich die Vorbedingung für die Aufhebung der Visumpflicht sein soll. Baroness Ashton, können Sie mir sagen, ob Sie Kanada darauf hingewiesen haben, dass es für das Land nicht akzeptabel ist, die Verschärfung des großzügigen Asylgesetzes bis 2013 aufzuschieben, das dem Missbrauch offensteht, und dass es das Gesetz angesichts der gemeinsamen Werte und guten Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Union, deren Bedingungen im neuen Handelsabkommen enthalten sein sollen, sobald wie möglich ändern muss? Frau Vizepräsidentin, sehen Sie es als Ihre Priorität an, die Frage der Vorverlegung dieser Fristsetzung in zwei Wochen auf dem Gipfel mit Kanada anzusprechen und die Aufhebung der Visumpflicht durchzusetzen, bevor Sie das Abkommen mit Kanada unterzeichnen? Wenn das nicht der Fall ist, ist Ihnen die Möglichkeit bekannt, dass dieses wichtige Abkommen vielleicht hier im Europäischen Parlament nicht ratifiziert wird, weil wir nicht beabsichtigen, dieses Verhalten seitens Kanadas gegenüber den drei Mitgliedstaaten der EU hinzunehmen?

Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei Ihnen im Namen von Millionen Bürgerinnen und Bürgern für Ihre Solidarität bedanken und die Tatsache begrüßen, dass der Entwurf Ihrer gemeinsamen Entschließung, über die wir in Brüssel abstimmen werden, eine klare Forderung nach Änderung des kanadischen Asylsystems und schnellstmöglicher Aufhebung der Visumpflicht für fast 50 Millionen europäische Bürgerinnen und Bürger enthält.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, Frau Hohe Vertreterin, Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass die Diskussion und die Debatte diesem Plenum und seinen Handlungen mit Blick auf den Gipfel im Mai große Kraft verleihen.

Es gibt keinen Zweifel über die Ideen, die jeder hier zum Ausdruck gebracht hat: die Wichtigkeit unserer Beziehung mit Kanada, die Wichtigkeit der Partnerschaft und unserer gemeinsamen Werte mit einem großen demokratischen Land, mit dem wir aus strategischen Gründen kooperieren sollten.

Allerdings sind einige Fragen angesprochen worden, die, meiner Meinung nach und auf der Grundlage Ihres Mandats von diesem Haus, Fragen sind, die absolut bearbeitet und, wenn möglich, geklärt werden müssen, weil es am Ende des Tages die Lösungen sind, die zählen, nicht die Schlachten.

Die erste davon betrifft die Notwendigkeit, das Prinzip der Gegenseitigkeit in Bezug auf die Bewegungsfreiheit kanadischer und europäischer Bürgerinnen und Bürger hervorzuheben. Ich bin weder Tscheche noch Rumäne oder Bulgare und andere Kolleginnen und Kollegen aus Rumänien haben vor mir Ihre Rede gehalten, aber, ganz gleich, als europäischer Bürger fühle ich mich genauso meiner Rechte betrogen, wenn europäische Bürgerinnen und Bürger sich nicht frei in Kanada bewegen können – ich spreche schnell, weil Sie mich verstehen, Herr Präsident, aber ich denke, Sie möchten, dass ich es für die Übersetzung wiederhole – aber, ganz gleich, ich fühle mich betrogen, wenn sich andere Bürgerinnen und Bürger aus anderen europäischen Ländern nicht frei in Kanada bewegen können, während sich kanadische Bürgerinnen und Bürger in allen europäischen Ländern frei bewegen können.

Um zum Thema des Robbenschlachtens zu kommen: wir sind jedes Mal erschüttert, wenn Fernsehprogramme oder Nachforschungen der Presse die brutalen, schrecklichen Verfahren gewisser Jagdmethoden zeigen: in diesem Parlament haben wir die Möglichkeit, unsere Meinung zu äußern, und ich glaube, wir sollten mit der Empörung und dem Protest aufhören und anfangen zu handeln.

Unsere Beziehung mit einem großen demokratischen Land wie Kanada sollte uns außerdem erlauben, Probleme anzusprechen und Moratorien zu fordern. Ich danke Baroness Ashton für die Maßnahmen, die sie ergreifen und diesem Parlament zurückmelden wird, angefangen mit dem Gipfel im Mai.

Olga Sehnalová (S&D). – (CS) Frau Vizepräsidentin der Kommission, Kolleginnen und Kollegen, in Verbindung mit dem bevorstehenden EU-Kanada-Gipfel möchte ich eines der Grundprinzipien, auf die sich die EU gründet, erwähnen. Das ist das Solidaritätsprinzip. Dieser Wert muss unter allen Umständen geachtet werden, wenn die EU das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger behalten will, auch in Fällen, wo es um ein Problem nur eines Mitgliedstaates geht. Wie bereits gesagt wurde, hat Kanada im Juli 2009 für Bürgerinnen und Bürger der Tschechischen Republik eine Visumpflicht eingeführt. Auf Antrag der Tschechischen Republik hin wurde die Frage der Visumbeziehungen mit Kanada als Punkt in die Februarsitzung des Rates Justiz und Inneres aufgenommen. Solidarität mit der Tschechischen Republik wurde von Rumänien, Bulgarien, Ungarn

und der Slowakei und auch in klaren Worten vom spanischen Ratsvorsitz auf der Sitzung geäußert. Die Kommission proklamierte ebenfalls Solidarität, obwohl keine konkrete Lösung in Sicht ist, nicht einmal nach den Verhandlungen zwischen den Sachverständigengruppen. Die Zeit verstreicht und bestimmt nicht zugunsten der EU und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Für EU-Bürgerinnen und -Bürger aus der Tschechischen Republik ist das Warten auf ein neues kanadisches Asylgesetz, das als Bedingung für eine Aufhebung der Visumpflicht verabschiedet werden muss und dessen frühester realistischer Termin für das Jahr 2013 angesetzt ist, schwer hinzunehmen. In diesem Zusammenhang erwarten sie daher wirkliche Hilfe von der EU. Wenn wir des Öfteren von Bürgerinnen und Bürgern sprechen, die in einer Vertrauenskrise zu den europäischen Institutionen stecken, so lassen Sie uns dafür Gründe in dem Ansatz suchen, der leider bislang nicht komplett solidarisch war.

Chris Davies (ALDE). – Herr Präsident, ich hoffe, die Hohe Vertreterin wird den Kanadiern zu ihrem diplomatischen Geschick gratulieren; denn wir können wirklich von ihnen lernen. Auf der letzten Konferenz zum Handel mit gefährdeten Arten (CITES) haben sie sich mit ihren japanischen Verbündeten zusammengetan, um unseren Versuch, ein Handelsverbot für Roten Thun einzuführen, auf der ganzen Linie zu vereiteln.

Diese CITES-Konferenz erinnerte nur allzu sehr an den Klimagipfel in Kopenhagen, wo die EU keine klare Position bezog. Wir haben anscheinend tagtäglich eine Menge Zeit damit verbracht, mit uns selbst zu debattieren statt mit anderen, und haben letztlich dafür ganz ordentlich Prügel bezogen.--

Japan und seine kanadischen Verbündeten haben im Vorfeld Monate damit verbracht, die Runden zu machen, Freunde zu gewinnen und sich hier und da ein bisschen Einfluss zu erkaufen, um die Stimmen zu bekommen, die sie brauchten, um die erwünschten Ergebnisse zu erzielen. Wir gaben letztlich nur ein inkohärentes, unorganisiertes und schwaches Bild ab.

Der Umweltkommissar sagte, dass das nie wieder vorkommen darf. Er ist entschlossen, dies zu ändern. Wir haben allerdings Konferenzen dieser Art andauernd und überall auf der Welt, und wir müssen sicherstellen, dass wir das vollständige diplomatische Geschick der Europäischen Union auffahren, um zu gewährleisten, dass wir eine zukunftsorientierte Strategie haben, dass wir unsere Ressourcen effektiv nutzen und dass wir aufhören, schwach aufzutreten.

Franz Obermayer (NI). - Herr Präsident! Ich möchte auf ein sehr schwieriges Problem bei der Durchsetzung der Rechte an immateriellen Gütern bei diesen Verhandlungen hinweisen. Laut kritischen Stimmen von kanadischen Rechtsprofessoren oder auch aus Harvard kommt das geplante Abkommen einer kompletten Revision des kanadischen Rechts in den Bereichen *Copyright*, Patent und Markenrecht gleich.

Die Kanadier fühlen sich einerseits in ihrer Souveränität eingeschränkt und auch darin eingeschränkt, über ihr eigenes intellektuelles Kapital zu verfügen. Auf der anderen Seite sind aber natürlich genaue und strenge Vorschriften beim Kopierschutz und der Ausbau des Schutzes audiovisueller Aufführungen – sprich Filme – sehr, sehr wichtig.

Besonders wichtig erscheint mir bei der Durchsetzung der Rechte an immateriellen Gütern, dass gerade auch das Internet hier einbezogen wird. Gerade das Internet macht es nämlich unmöglich, den Schutz von immateriellen Rechtsgütern im Internet ohne grenzüberschreitende Abkommen zu gewährleisten. Ich bin auch für das ausdrückliche Verbot von Camcorder-Mitschnitten in Kinos; das sollte man Kanada gegenüber durchsetzen. Man muss hier allerdings einen Mittelweg finden. Ja zum Schutz von immateriellen Rechtsgütern einerseits, aber Nein zu einer Totalüberwachung und -verfolgung im Internet.

Man muss weiters hier natürlich beachten, dass Kanada eine andere Rechtstradition und auch ein anderes Rechtssystem hat. Ein sehr schwieriger Weg. Ich hoffe, wir finden hier einen guten Weg.

Paul Rübig (PPE). - Herr Präsident, sehr geehrte Kommissarin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wichtigste Anliegen ist, dass wir uns für die kleinen und mittleren Unternehmen einsetzen. Dies gilt gerade in einer Wirtschaftskrise. Diese Unternehmen zählen zwei Drittel der Beschäftigten und generieren 80 % der Steuereinnahmen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass öffentliche Ausschreibungen insbesondere darauf fokussiert werden, dass kleine und mittlere Betriebe eine Chance erhalten, auch öffentliche Aufträge zugeteilt zu bekommen. Natürlich sind auch die technischen Vorschriften, nämlich die so genannte *Trade Facilitation*, in diesen Abkommen also ausreichend zu berücksichtigen. Meine Frage ist: Gibt es mit der WTO eine Vereinbarung, dass die Grundlagen für die Doha-Verhandlungen auch bei diesen Freihandelsabkommen schon berücksichtigt werden?

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Herr Präsident, Frau Kommissarin, der Luftverkehr ist unerlässlich, um die Europäische Union und Kanada einander näherzubringen, indem der Personen- und Güterverkehr vereinfacht wird. Das Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und Kanada, das am 18. Dezember 2009 unterzeichnet wurde, und das Abkommen über die Zivilluftfahrt zwischen der Europäischen Union und Kanada, das am 6. Mai 2009 in Prag unterzeichnet wurde, sind zwei wichtige Elemente im transatlantischen Dialog zwischen der Europäischen Union und Kanada. Das erste Abkommen wird vorläufig bis zu seinem Inkrafttreten nach seiner Ratifizierung durchgeführt. Der Rat hat diesbezüglich noch keinen Bescheid erhalten.

Das zweite Abkommen wird nicht provisorisch durchgeführt. Der Rat muss den Vorschlag für eine Entscheidung des Rates und den Text des Abkommens ans Europäische Parlament zwecks dessen Stellungnahme schicken.

Angesichts der Wichtigkeit des Lufttransports bei der Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und Kanada möchte ich Sie gerne fragen, Frau Vizepräsidentin, wann die beiden Abkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada richtig in Kraft treten können.

Fiona Hall (ALDE). – Herr Präsident, Kanada ist ein enger Verbündeter, aber die EU muss, wenn dies erforderlich ist, ein kritischer Freund sein. Kanadas Protokoll in Sachen Klimawandel ist schlecht, und Kanada war während der Verhandlungen in Kopenhagen hinderlich. Sehr bedenklich ist die Teersandindustrie, wie Herr Arsenis erwähnte. Öl aus Teersand zu extrahieren, erfordert viel mehr Energie, als Öl aus anderen Quellen herzustellen, und verursacht außerdem eine starke Verschmutzung der Umwelt vor Ort.

Darf ich, angesichts der Tatsache, dass die kanadische Regierung momentan sehr bemüht ist, den Ansatz der Kommission zur Kohlenstoffmessung bei der Durchführung der Richtlinie über die Kraftstoffqualität zu schwächen, die Hohe Vertreterin fragen, ob sie in den Diskussionen während des Gipfels das Teersandproblem ansprechen wird?

Catherine Ashton, Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. – Herr Präsident, dies war eine äußerst nützliche und wertvolle Debatte für die Vorbereitungen zum Gipfel. Die Abgeordneten haben einen breiten Bereich verschiedener Themen abgedeckt, und ich werde nicht zuletzt dafür sorgen, dass die beiden Präsidenten – der Präsident der Kommission und der Ratsvorsitzende –, die natürlich die Europäische Union auf dem Gipfel führen werden, in voller Kenntnis der angesprochenen Themen sind.

Ich bin sehr dankbar für die hilfreiche Art, in der die Parlamentarier mich informiert haben, und stelle Fragen zu Bereichen, über die ich zugegebenermaßen nicht sehr viel weiß – zum Beispiel in Sachen Lufttransport, über den ich mich für sie informieren muss.

Ich möchte nur auf zwei oder drei der Hauptbereiche zu sprechen kommen, die diskutiert wurden. In diesem Rahmen schien die allgemeine Ansicht unter den Abgeordneten zu herrschen, dass dies eine wichtige Beziehung ist. Vielleicht waren einige der Frustrationen, die ich im Plenarsaal bemerkte, weil wir die Bedeutung Kanadas und die Wichtigkeit der gemeinsamen Werte, die wir haben, erkennen. Die Enttäuschung dieser Abgeordneten aus den Ländern, die besonders durch die Visumfrage beeinträchtigt sind, ist daher voll und ganz verständlich.

Lassen Sie mich mit dem Handel beginnen, denn ziemlich viele der verschiedenen Beiträge hatten dort ihren Schwerpunkt. Es ist richtig, dass wir uns für ein ehrgeiziges Handelsabkommen einsetzen. Das wird nicht einfach werden, und wir haben von Anfang an – und ich habe in der Tat schon mit den Handelsverhandlungen begonnen – gewusst, dass dies wegen der besonderen Interessen der EU und Kanada niemals eine leichte Verhandlung werden würde. Dennoch sollten wir auf beiden Seiten sehr ehrgeizig sein.

Ein Beispiel ist das Recht des geistigen Eigentums, bei dem ich leider feststellen musste, dass Kanada noch keine ordentliche Regelung dafür hat. Ich weiß, dass es sich damit beschäftigt und die Diskussionen und die Runden bislang äußerst positiv und konstruktiv waren und die Dinge gut vorankommen.

Ich stimme dem zu, dass wir den Ausschuss für internationalen Handel umfassend unterrichtet halten müssen und, wie Herr Bradbourn sagte, jene mit einem besonderen Interesse an Kanada müssen darüber ganz klar auf dem Laufenden sein. Es wird eine Folgenabschätzung geben, an der bereits zum jetzigen Zeitpunkt gearbeitet wird, und natürlich wird das Parlament seine Rolle dabei spielen, seine Zustimmung zum Abkommen zu geben oder nicht, wenn es schließlich vorgebracht wird. Die Rolle des Parlaments ist da sehr klar und wichtig.

Alles, was ich da hinzufügen würde, sind zwei Dinge. Eines ist, dass unsere Bürgerinnen und Bürger tatsächlich von einem guten Handelsabkommen profitieren. Das ist, worauf es ankommt. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass es für Verbraucherinnen und Verbraucher eine größere Auswahl und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Möglichkeiten gibt. Wir müssen dafür sorgen, dass alle unsere Handelsabkommen echte Chancen in der ganzen Europäischen Union bieten.

Der Punkt zu den Klein- und Mittelbetrieben, der, ich stimme zu, sehr wichtig ist, erinnert mich daran, dass eine der Statistiken, die ich immer für sehr interessant hielt, besagt, dass nur 8 % unserer Klein- und Mittelbetriebe tatsächlich Handel treiben und davon nur 3 % dies außerhalb der Europäischen Union tun.

Ich war immer der Meinung, und bin es immer noch, dass, wenn wir in der Lage wären, hier größere Zahlen zu schreiben und Möglichkeiten zu schaffen – und die öffentliche Auftragsvergabe kann in der Tat einer der Bereiche sein, wo das möglich ist –, dann ist dies eine Möglichkeit für unsere Klein- und Mittelbetriebe, in beide Richtungen davon zu profitieren.

Viele der Abgeordneten sprachen über die Arktis, und wir hatten in letzter Zeit im Parlament Diskussionen darüber. Ich gebe zu, dass dies ein sehr wichtiges Thema ist, nicht zuletzt, weil es mit dem anderen wichtigen Thema in Verbindung steht, das ich, bevor ich mich zur Visumfrage äußere, ansprechen möchte: dem Klimawandel.

Soweit es uns betrifft, gehörte Kanada zu der Gruppe von Ländern, die uns bei den Verhandlungen in Kopenhagen unserer Ansicht nach bei weitem nicht weit genug brachten. Wir können noch mehr über Kopenhagen debattieren – und zweifelsohne wird es in anderen Gesprächen mit dem verantwortlichen Kommissar Gelegenheit dazu geben. Wir fanden interessant, dass die kanadische Regierung in der Thronrede am 3. März behauptete, dass sie die Kopenhagener Übereinkunft zum Klimaschutz voll und ganz unterstützt. Das ist wichtig, und was wir im Zusammenhang mit dem Gipfel tun wollen, ist, Kanada zu ermutigen und dringend darum zu bitten, ambitioniert zu sein, insbesondere in Bezug auf die Erhöhung seines 2020-Ziels für Schadensminderung.

Der internationale Kohlenstoffmarkt ist bei der Umlenkung von Investitionen in Richtung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft wichtig, und Teil dessen, was wir in der Lage sind, in unserer bilateralen Beziehung zu tun, ist es, solche strategischen Fragen von Investitionen, grüner Technologie und Zusammenarbeit voranzutreiben und damit zu versuchen, alle Maßnahmen zu unterstützen, die wir ergreifen müssen, um die Probleme des Klimawandels zu mindern.-

Das letzte Thema – und es gab viele, aber ich will nur drei ansprechen – und eines, das ich natürlich ansprechen wollte, ist der Fragenkomplex zur Visumpflicht. Das ist äußerst wichtig und, wie die durch ihre Abgeordneten hier vertretenen Mitgliedstaaten erwähnt haben, gibt es drei Mitgliedstaaten, die davon tatsächlich betroffen sind.

Es wird intensiv daran gearbeitet, diese Angelegenheit zu prüfen und zu klären. Wir haben mit Kanada in intensivstem Dialog darüber gestanden, viele der Probleme sind wohlbekannt, und für Kanada gibt es Fragen hinsichtlich der Gesetzgebung zu klären, die es zuvor in Ordnung bringen muss. Die Abgeordneten haben zu Recht diese Frage angesprochen, und sie wird Teil der Diskussionen sein.

Das zweite Arbeitsgruppentreffen der Sachverständigen fand in Prag statt, um sich speziell die Probleme, die für die Tschechische Republik relevant sind, anzusehen, und das wurde von der Kommission unterstützt, also ist sie voll und ganz involviert.

Entgangen ist sie mir nicht, und ich werde sie aus dieser Debatte mitnehmen, die Frustration der Abgeordneten, die angesprochen haben, dass schneller und weiter gearbeitet werden muss, um dieses Problem anzugehen und zu erkennen, was absolut der wichtigste Punkt hierbei ist, nämlich, dass dies kein bilaterales Problem ist, sondern ein Problem zwischen der Europäischen Union und Kanada, und wir müssen es als solches angehen.

Der Präsident. – Die Debatte ist beendet.

Die Abstimmung wird während der ersten Sitzungsperiode im Mai stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Momentan können 39 Mio. europäische Bürgerinnen und Bürger aus Rumänien, der Tschechischen Republik und Bulgarien nicht ohne Visum nach Kanada reisen.

Über die Hälfte davon, 22 Millionen, sind Rumänen. Die Beibehaltung des Systems zur Visumerteilung für die Einreise nach Kanada für einige von uns, ist eine unhaltbare Situation, da sie die Bürgerinnen und Bürger Europas in zwei Klassen einteilt. Die Bewegungsfreiheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger muss auf einer gemeinsamen, einheitlichen Basis behandelt werden, solange die Visumfrage die Beziehung zwischen der EU und Kanada betrifft und keine bilaterale Beziehung zwischen Kanada und den jeweiligen Staaten ist.

In Rumäniens Fall ist der Anteil der abgelehnten Visumanträge rumänischer Bürgerinnen und Bürger zwischen 2004 und 2008 von 16 % auf 5 % zurückgegangen. Ungefähr 200 000 Rumänen leben in Kanada, einige von ihnen sind dort durch das offizielle kanadische Einwanderungssystem eingereist. Das ist einer der Gründe für eine große Anzahl von Visumanträgen. Das Europäische Parlament hat das Thema Visum auf die Tagesordnung für den EU-Kanada-Gipfel gebracht.

Die Haltung der EU muss sein, die Solidaritätsklausel anzuwenden, falls das Problem nicht bis Ende 2010 gelöst ist. Der Visumerlass für Mitgliedstaaten wäre eine erste Errungenschaft der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik.

Corina Crețu (S&D), schriftlich. – (RO) Ich denke, dass einer der Themenschwerpunkte auf der Agenda des EU-Kanada-Gipfels, der am 5. Mai in Brüssel stattfinden wird, sein muss, die Visumpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union aufzuheben, und zwar auf der Grundlage von Gegenseitigkeit und um die gegenwärtige Diskriminierung zu beseitigen, die Rumänen, Bulgaren und Tschechen daran hindert, Kanada ohne Visum zu besuchen.

Diese Situation ist umso befremdlicher, wenn man bedenkt, dass die kanadischen Behörden letztes Jahr die vorgeschriebene Antragspflicht für Visa für Kurzaufenthalte für Bürger aus Kroatien, einem Land, das immer noch seinen Beitritt zur EU verhandelt, aufhoben. Rumänien hat in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, einschließlich hinsichtlich bestimmter wichtiger Kriterien zur Aufhebung des Systems zur Visumerteilung. Die Ablehnungsquote für Visumanträge, die Überschreitungsquote der Dauer des rechtmäßigen Aufenthalts und die Anzahl der Asylanträge nehmen ständig ab.

Daher würde der Erlass der Visumpflicht diese Entwicklung widerspiegeln, und, abgesehen davon, würde eine Gleichbehandlung europäischer und kanadischer Bürgerinnen und Bürger helfen, das gegenseitige Vertrauen zu festigen.

(Die Sitzung wird für wenige Augenblicke ausgesetzt)

VORSITZ: Stavros LAMBRINIDIS

Vizepräsident

12. Fragestunde (Anfragen an die Kommission)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Fragestunde (B7-0207/2010/Rev. 1). Es werden die folgenden Fragen an die Kommission gestellt.

Erster Teil:

Frage Nr. 25 von **Georgios Papastamkos** (H-0124/10)

Betrifft: Einrichtung einer europäischen Rating-Behörde

Beabsichtigt die Kommission, die Einrichtung einer europäischen Rating-Behörde vorzuschlagen, welche die Kreditwürdigkeit der Mitglieder der Eurozone und/oder ihrer Finanzinstitute bewerten soll?

Michel Barnier, Mitglied der Kommission. – (FR) Herr Präsident, ich möchte Herrn Papastamkos für seine Frage zu einem Thema danken. In meiner aktuellen Position halte ich es für eine gute Funktion der Wirtschaft und der Finanzmärkte für absolut wesentlich.

Ratingagenturen spielen bei der Beurteilung von Risiken, die mit der Situation von Unternehmen und eigentlich auch von Mitgliedstaaten verbunden sind, eine entscheidende Rolle. Die Krise hat auch – vorsichtig formuliert – gezeigt, dass ihre Arbeitsweise Probleme bereitet hat und weiterhin mit zeitweise sehr ernsten Folgen bereitet. Deswegen haben die G20 zu Recht schwerwiegende Entscheidungen zur Einrichtung einer Überwachung sowie neuer Kontrollregelungen getroffen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie daran erinnern, dass die Kommission zu Krisenzeiten ihre Aufgaben in dieser Hinsicht sehr schnell erfüllt hat. Dabei hat sie der Regulierung von Aktivitäten der Ratingagenturen der vergangenen zwei Jahre den Vorrang gegeben. Im September 2009, anders gesagt ein Jahr nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, wurde die Verordnung für Ratingagenturen mit der Unterstützung des Parlaments angenommen; ich möchte insbesondere der Arbeit des Berichtstatters, Herrn Jean-Paul Gauzès, Anerkennung zollen. Er hat sich mit den von der Arbeitsweise dieser Agenturen verursachten Problemen, die erheblich zur Finanzkrise beitrugen, befasst.

Die Verordnung von der ich spreche, hat ein System der Anmeldepflicht für alle Ratingagenturen auf dem Gebiet der Europäischen Union eingeführt. Sie hat eine Reihe strenger Anforderungen eingeführt: Zunächst muss dafür gesorgt werden, dass mögliche Interessenkonflikte beendet werden; zweitens müssen die Qualität der Beurteilungen sowie die angewandte Methode überarbeitet und verbessert werden; und schließlich muss gewährleistet werden, dass diese Ratingagenturen transparent arbeiten.

Meine Damen und Herren, ich bin zuversichtlich, dass die neuen Regeln für Ratingagenturen, von denen ich gerade gesprochen habe, definitiv die Unabhängigkeit und Integrität des Ratingverfahrens steigern, die Arbeit von Ratingagenturen transparenter machen und die Qualität solcher Bewertungen verbessern werden. Dies gilt auch für Bewertungen von Staatsschulden der Mitgliedstaaten – den Ländern der Europäischen Union – sowie der EU-Finanzinstitutionen. Das ist der aktuelle Stand.

Herr Papastamkos, die Idee der Einrichtung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur, wie Sie es fordern, ist Teil einer Debatte über mögliche Alternativen zum aktuellen ökonomischen Modell der Rating-Agenturen, das als „Modell des zahlenden Emittenten“ bekannt ist. Die Auswirkungen einer solchen Idee müssen sorgfältig geprüft werden. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Verantwortung.

Herr Papastamkos, meine oberste Priorität besteht heute eindeutig darin, dafür zu sorgen, dass die Verordnung von 2009 ordentlich umgesetzt wird und das aktuelle, umgestaltete System funktioniert. Dennoch schließe ich diese von Ihnen unterstützte Idee der Einrichtung einer europäischen Agentur nicht aus. Sie muss auf dem Hintergrund der Bewertung der Verordnung von 2009 sowie ihrer Auswirkungen auf Ratingagenturen erwägt werden. Außerdem ist diese Bewertung in der Verordnung vorgesehen, und die Kommission muss sie dem Parlament und dem Rat bis Dezember 2012 vorlegen.

Ich kann bestätigen, dass die Kommission bald einen Änderungsantrag zur Verordnung für Ratingagenturen vorlegen wird, um der neuen Europäischen Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA) die Gesamtverantwortung für die Aufsicht über diese Agenturen anzuvertrauen. Sie haben dies im Parlament gefordert, als die Verordnung verhandelt wurde, und die Staats- oder Regierungschefs haben sich auf dieses Prinzip geeinigt. Aus diesem Grund werden wir diese Änderung vornehmen. Ich bin davon überzeugt, dass die Übergabe der Aufsicht über Ratingagenturen an die neue Behörde die uns in der Europäischen Union zur Verfügung stehenden Rahmenbedingungen stärken und verbessern wird.

Georgios Papastamkos (PPE). – (EL) Herr Präsident, ich möchte Herrn Kommissar Barnier für seine Antwort danken. Ich möchte auch sagen, Herr Kommissar, dass ich bereits seit 2006, in anderen Worten bereits vor dem Ausbruch der internationalen Wirtschaftskrise, wiederholt parlamentarische Kontrolle zu diesem Thema ausgeübt habe.

Meiner Meinung nach gibt es zwei Paradoxe: Es gibt internationale Rating-Firmen, aber sie unterliegen keiner internationalen Aufsicht. Das zweite Paradox besteht darin, dass private Systeme und Interessen außerhalb von Europa eigenmächtig gegen europäische Institutionen und Mitgliedstaaten agieren.

Herr Kommissar, ich wünsche mir und fordere ein Europa, das sich schneller bewegt. Abschließend möchte ich wissen, wo der geografische Sitz ist und wie der Umsatz dieser Kreditfirmen aufgeteilt wird.

Michel Barnier, Mitglied der Kommission. – (FR) Herr Präsident, Herr Papastamkos, ich bin mir Ihres langjährigen Engagements bewusst, und deswegen begrüße ich diesen Dialog, den Sie heute zum ersten Mal zwischen uns eröffnen, denn ich selbst bin erst seit wenigen Wochen im Amt.

Ich berücksichtige diese neue Verordnung, die von der vorherigen Kommission unter der Leitung von Herrn Barroso vorgeschlagen wurde und die Dinge verbessert. Ich habe die neuen Anforderungen erwähnt, die an Ratingagenturen gestellt werden, und ich habe von dem neuesten Fortschritt gesprochen, den der Vorschlag erreicht hat, den ich Ihnen gemäß Ihren Wünschen für die Kontrolle durch die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESA) vorlegen werde.

Sie haben recht: Das ist nicht der einzige Bereich, in dem wir – in einem nun sehr integrierten gemeinsamen Binnenmarkt – Unternehmen und insbesondere Finanzunternehmen finden, die nicht mehr dem Staat gehören. Ich möchte Sie, Herrn Papastamkos, daran erinnern, dass in der Hälfte der Länder unserer Europäischen Union 50 % der Bankenindustrie Gruppen aus anderen Ländern gehört.

Wir befinden uns aus diesem Grund in einem Binnenmarkt mit Unternehmen, die zu großem Teil transnational sind. Die Aufsicht ist jedoch auf nationaler Ebene verblieben. Unsere Aufgabe besteht deswegen darin, für Integration zu sorgen und dieser Aufgabe sind wir verpflichtet. Indem der ESMA die neuen Befugnisse anvertraut werden, wird die internationale – sagen wir europäische Aufsicht –, die Sie fordern, zu einer echten Realität.

Was Ihr Land betrifft, das unter diesem Schock sehr gelitten hat, müssen wir nun sehr wachsam sein. Über das Geschehene werde ich keine voreiligen Schlüsse ziehen. Wir müssen in allen Fällen wachsam sein, in denen Ratingagenturen Entscheidungen über Mitgliedstaaten fällen und ihre Wirtschaftslage sowie die Lage ihrer öffentlichen Rolle bewerten. Warum? Denn hier stehen tatsächlich ein souveräner Staat, die Kosten seiner Schulden und in der abschließenden Analyse die Situation seiner Steuerzahler auf dem Spiel, denen meiner Meinung nach die Dinge zu oft aufgelastet werden. Dies war im Übrigen Thema der Vorschläge, die ich dem Ecofin-Rat am Samstag in Madrid zur Vorhersage, Verhinderung und Handhabung von zukünftigen Krisen gemacht habe, so dass die Steuerzahler nicht immer die Hauptlast der Dinge tragen müssen.

Ich bin mir durchaus der Folgen der von Ratingagenturen getroffenen Entscheidungen sowie der Auswirkungen, die diese Entscheidungen auf das Verhalten von Investoren haben, bewusst. Deswegen benötigen wir starke, anspruchsvolle Rechtsvorschriften. Diese Agenturen müssen all ihre Verantwortlichkeiten abwägen, und sie müssen kontrolliert werden, damit sie das tun. Sie werden von den europäischen Behörden gemäß dem Vorschlag, den ich Ende dieses Jahres machen werde, kontrolliert werden.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! Danke für den ausgezeichneten Bericht. Er stimmt mich wirklich leise optimistisch, dass wir, wenn es tatsächlich zu einer Installierung der gewünschten europäischen Ratingbehörde kommt, letztlich von privaten US-Agenturen unabhängig werden. Allerdings interessiert mich in diesem Zusammenhang nicht nur der Standort, sondern mich würde in der Folge auch interessieren, wie sich denn diese europäische Ratingbehörde sachlich und strukturell zusammensetzen würde. Letztlich soll eine solche Agentur ja auch Biss haben, nicht zahnlos sein. Es würde mich natürlich auch interessieren, welche Konsequenzen man beim Prozedere plant und welche Konsequenzen schlechte Ergebnisse eines Eurozonenmitglieds hinsichtlich seiner Kreditwürdigkeit hätten.

Michel Barnier, Mitglied der Kommission. – (FR) Herr Obermayr, Herr Papastamkos hat mich zur von ihm unterstützten Möglichkeit der Einrichtung einer europäischen Rating-Agentur befragt. Diese Agentur sollte öffentlich sein, wenn ich seine Idee richtig verstehe.

Ich habe zu diesem Thema keine Position bezogen. Ich kann hinzufügen, dass dies nicht die von der Kommission eingeschlagene Richtung ist. Denn ihr Vorschlag hat sich durch die von diesem Parlament verabschiedete Verordnung auf die Reform des aktuellen Systems der Agenturen, die privat sind, sowie auf die sehr konsequente Konsolidierung der Transparenzanforderungen zur Vermeidung von Konflikten bei Interessen und Aufrichtigkeit in ihrer Ratingarbeit, konzentriert. Das ist der aktuelle Stand. Diese Verordnung ist nun auf dem Tisch. Sie wird so bald wie möglich ohne Verzögerung – das erwähne ich kurz – in Kraft treten, und wir werden diesen Plan dann vervollständigen, indem wir der Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde eine Kontrollfunktion anvertrauen.

Ich schließe diese neue Agentur, die Herr Papastamkos so sehr wünscht, nicht aus. Dennoch benötigen wir wirklich Zeit, um die Änderung des Geschäftsmodells zu prüfen, welche die Idee einer europäischen Rating-Agentur zur Folge hat. Ich finde diese Idee interessant, aber sie muss sorgfältig geprüft werden. Ich werde deswegen nicht sagen, wer ihr angehören würde oder wie sie funktionieren würde, weil ich es nicht weiß. Es gäbe auch die Frage des Eingreifens durch öffentliche Behörden in die Arbeit einer solchen Agentur. Die strengen Bedingungen, die für private Ratingagenturen gelten, sollten auch auf eine europäische öffentliche Agentur angewandt werden. Das gilt insbesondere für die Regeln über Interessenkonflikte.

Diese Fragen kämen auf, wenn wir auf die Einrichtung einer neuen europäischen öffentlichen Agentur hinsteuern würden. Offen gesagt, um ernsthaft an diesem Thema und ohne zu improvisieren zu arbeiten, müssten wir uns zunächst Zeit nehmen und die notwendigen Entscheidungen für die Umsetzung des reformierten Systems treffen, welches Sie mit dieser Verordnung angenommen haben. In einem zweiten Schritt müssten wir uns dann Zeit nehmen, um Antworten auf jede Frage und insbesondere die gerade von mir erwähnten Fragen zu finden.

Der Präsident. – Es gilt die Regel, dass wenn der Fragesteller nicht zugegen ist, die Frage ausgelassen wird. In Anbetracht der außergewöhnlichen Umstände dieses Plenums werde ich jedoch die Namen der Abgeordneten, die nicht anwesend sind, vorlesen, und diese werden eine schriftliche Antwort auf ihre Anfragen erhalten. Es wird in dieser Plenartagung jedoch keine Debatte darüber geben.

Also, die Abgeordneten, die abwesend sind, aber eine schriftliche Antwort erhalten werden, sind in der Reihenfolge der Abgabe ihrer Anfragen Herr Balčytis and Frau Morkūnaitė-Mikulėnienė.

Zweiter Teil:

Frage Nr. 28 von **Liam Aylward** (H-0155/10)

Betrifft: Wahlmöglichkeiten für die Verbraucher und Smartphone-Technologie

Die zunehmende Beliebtheit von Smartphones hat in Sachen Technologie, Software und Anwendungen einen neuen Markt geschaffen. Bestimmte Smartphone- und Geräteserviceanbieter gehen auf Verbraucherfang und haben den Markt so organisiert, dass sie die Erfahrung Nutzer in Bezug auf ihren Zugang zu Software, Navigationsprogrammen und Anwendungen vollständig kontrollieren. Wie es scheint, ist die Auswahl der Verbraucher unter diesen Umständen begrenzt. Beabsichtigt die Kommission, die Verbraucherrechte und ihre Wahlmöglichkeiten auf diesem wachsenden digitalen Markt zu schützen und kann sie uns sagen, ob offene Betriebssysteme für Konsumenten von Smartphones einen Ausweg bieten werden?

Joaquín Almunia, *Vizepräsident der Kommission.* – Die Kommission beobachtet die Entwicklungen hinsichtlich der Smartphones und der damit verbundenen Märkten genau. Wie der Abgeordnete in seiner Frage anerkennt, werden in einigen Bereichen gerade neue Märkte geschaffen.

Die Kommission ist entschlossen, dafür zu sorgen, dass allgemeine Regelungen und Grundsätze der EU mit Bezug auf Wettbewerb eingehalten werden und berücksichtigt dabei die dynamischen und sich schnell wandelnden Gegebenheiten auf dem Markt. Wie jüngste Fälle wie Microsoft und Intel gezeigt haben, wird die Kommission Durchsetzungsmaßnahmen treffen, um dafür zu sorgen, dass ein echter Wettbewerb es wo nötig zulässt, dass Verbraucher unter verschiedenen Alternativen auswählen und somit von technischen Entwicklungen und Innovationen profitieren. In dieser Hinsicht erkennt die Kommission an, dass proprietäre Technologie im Herzen des Erfolges von Europa bei der zweiten und dritten Generation mobiler Technologien steht. Gleichzeitig ist sie sich der exzellenten technischen Entwicklung bewusst, die von nichtkommerziellen Technologien vorangetrieben wird.

Während wir die Festlegung des gewünschten spezifischen Geschäftsmodells der Industrie und die Auswahl des Gewinners dem Markt überlassen müssen, betont die Kommission die Bedeutung von Kompatibilität, indem sie einen echten Wettbewerb zwischen Technologien unterschiedlicher Unternehmen fördert und dabei hilft, Stagnation zu verhindern. In diesem Zusammenhang begrüßt die Kommission die Verwendung von offenen Spezifikationen, die möglicherweise die unfaire Übertragung von marktbeherrschenden Stellungen unter benachbarten Märkten vermeiden. Offene Plattformen dienen diesem Zweck und ermöglichen neben der Schaffung von Softwaresystemen auch jene von wettbewerbsfähigen Märkten.

Liam Aylward (ALDE). – Ich möchte mich bei dem Kommissar für die Antwort bedanken. Zu einem etwas anderen Thema, kürzlich gab eine Reihe neuer Geschichten bezüglich des Konzepts der inhaltebasierter Zensur, die bei dieser Technologie vorkommt. Einige Anwendungen wurden von Betreibern und Softwareherstellern aufgrund ihres politischen Inhalts abgelehnt.

Was kann die Kommission tun, um zu gewährleisten, dass es beim Zugriff auf Information mithilfe von neuen Technologien gesteigerten Wettbewerb gibt und dass das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht verletzt wird?

Joaquín Almunia, *Vizepräsident der Kommission.* – Ich weiß, dass die Punkte, die Sie in Ihrer zweiten Frage ansprechen, Probleme für den Wettbewerb auf dem Markt schaffen können.

Wir beobachten dieses Thema ständig intensiv, aber ich kann keine einzelnen Untersuchungen, die jetzt gerade stattfinden oder entwickelt werden, kommentieren. Dennoch bin ich mir voll und ganz bewusst, dass die von Ihnen angesprochenen Fragen und Besorgnisse, die Sie dem Parlament vorgestellt haben, real sind. Meine Rolle und die der Wettbewerbsbehörde besteht darin, die Situation zu beobachten und eine Art marktbeherrschende Position mit einer Schließung des Marktes, Barrieren für den Marktzugang und schließlich Problemen für Verbraucher und Nutzer dieser neuen Technologien zu vermeiden. Diese sollten daraus Nutzen ziehen und nicht unter der Entwicklung und Verbesserung von Technologien leiden.

Paul Rübig (PPE). - Sehr geehrter Herr Kommissar! Wir haben ja in der Roaming-Verordnung I für Datenaustausch und für Telefoniegespräche festgelegt, dass es eine *Must-carry*-Regelung gibt, dass also jeder Betreiber in Europa jeden Kunden erreichen können muss. Jetzt entstehen auf einmal Konflikte dadurch, dass Betreiber diese Dienstleistungen vom Netz nehmen und nicht bereit sind, darin die notwendige Unterstützung zu geben. Sind Sie der Ansicht, dass es notwendig sein kann, dass die nationalen Regulierungsbehörden hier tätig werden?

Franz Obermayr (NI). - Es ist durchaus erfreulich und zu begrüßen, dass man sich hier seitens der Kommission wettbewerbsrechtlich mit diesem Thema befasst. Meine Frage ist: Gibt es vom Europäischen Gerichtshof ausjudizierte analoge Fälle, und könnten diese Fälle auch für diese Art der Zugangsbeschränkung analog herangezogen werden? Gibt es Smartphone-Konsumenten, die bereits versucht haben, rechtlich gegen ihren Anbieter vorzugehen?

Joaquín Almunia, Vizepräsident der Kommission. - Hinsichtlich Ihrer Frage denke ich, dass wir gegebenenfalls Vorschriften und Wettbewerbsinstrumente kombinieren sollten.

Hinsichtlich einiger Aspekte, die in den Fragen und Ihren Ausführungen angesprochen wurden, sind Wettbewerbsinstrumente erfolgreich gewesen und werden weiterhin erfolgreich sein. Ich schließe aber nicht aus, dass die Kommission jeden Augenblick falls angemessen ihre Rechtssetzungskompetenzen einsetzen wird. Wir haben dies in der Vergangenheit getan und können es auch in Zukunft wieder tun.

Ich denke, die beste Lösung besteht in einer angemessenen Mischung aus Wettbewerb und Vorschriften – nicht als alternative, sondern als komplementäre Instrumente. Und bezüglich Ihrer Frage, entschuldigen Sie mich, Herr Abgeordneter, ich bin kein Jurist; Ich weiß nicht das Geringste über Beschwerden einzelner Bürgerinnen und Bürger vor den Gerichtshöfen. Jedenfalls erhalten wir einige Informationen und manchmal Beschwerden. Jedes Mal, wenn wir reagieren müssen, wo wir meinen, dass die Information, die wir erhalten haben, oder die Beschwerden, die an die Kommission geschickt wurden, eine Reaktion von uns verdienen – und Sie haben unsere Mittel gesehen –, tun wir auch genau das.

Wie ich bereits in meiner vorangegangenen Antwort, in dieser Frage, mit diesen Problemen gesagt habe, befassen wir uns auf diesem Gebiet mit einigen Untersuchungen, aber ich kann dazu keine öffentlichen Aussagen machen, weil ich natürlich diskret sein muss.

Der Präsident. – Der nächste Verfasser, Herr Toussas, der abwesend ist, und Herr Ziobro werden wie zuvor erklärt schriftliche Antworten erhalten.

Frage Nr. 32 von Herrn **Nikolaos Chountis** (H-0125/10)

Betrifft: Tätigkeit von Ratingagenturen

Am Tag nach der Ankündigung der harten Maßnahmen durch die griechische Regierung droht die Ratingagentur Moody's damit, die fünf größten Banken in Griechenland herabzustufen.

Gemäß der internationalen Ratingagentur können die Zunahme von Arbeitslosigkeit und der Rückgang des verfügbaren Einkommens zusätzlichen Druck auf das griechischen Bankensystem ausüben, das bereits niedrigen Gewinnen und der weiteren Wertminderung ihres Vermögens gegenübersteht.

Ankündigungen dieser Art und der Zeitpunkt, an dem sie gemacht werden, nähren die Spekulation. Welche Kommentare hat die Kommission zur Situation im griechischen Bankensystem?

Welche Maßnahmen beabsichtigt sie hinsichtlich der „Tätigkeit“ von Ratingagenturen zu treffen?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Die Finanzkrise in Griechenland hat ihren Ursprung nicht im Bankensektor, sondern im öffentlichen Sektor. Der Bankensektor ist jedoch aufgrund der Auseinandersetzung von Banken mit griechischen Staatsanleihen und, was noch wichtiger ist, aufgrund der Perspektiven niedrigen Wirtschaftswachstums anfälliger geworden.

Die Kommission berücksichtigt bei ihrer eigenen Analyse der Wirtschaft und des Finanzsystems von Griechenland vielfältige Informationsquellen, zu denen auch Ratingagenturen gehören. Mit Blick auf die Einhaltung der Haushaltsziele für 2010 verfolgt die Kommission in diesem Zusammenhang aufmerksam die Umsetzung zusätzlicher Steuermaßnahmen, die von den griechischen Behörden am 3. März 2010 angekündigt und vom griechischen Parlament am 5. März 2010 angenommen wurden.

Die Kommission verfolgt die Entwicklungen auf dem griechischen Bankensektor aufmerksam. Etwa 8 % der Vermögenswerte der Banken bestehen in Staatsanleihen, obwohl aufgrund der schwachen Wirtschaft nicht

erwartet wird, dass sich ergebende staatliche und Not leidende Kredite 2010 acht Prozent überschreiten werden.

Außerdem hängen griechische Banken stark von Refinanzierungsoperationen der EZB für die kurzfristige Finanzierung ab, denn das Land ist von den internationalen Geldmärkten abgeschnitten. Die Kommission übernimmt Verantwortung dafür, die makrofinanzielle Stabilität im Euroraum und der gesamten EU zu gewährleisten. In der Tat sind Banken in anderen EU-Staaten insbesondere durch ihren Besitz von Staatsschulden der griechischen Krise ausgesetzt, und Frankreich und Deutschland sind davon am meisten betroffen.

Diese Risiken sind im Hinblick auf das BIP zwar nicht besonders groß, sie werden aber wahrscheinlich hinsichtlich der Bilanz einzelner Banken an Bedeutung gewinnen. Zwischenzeitlich werden etwa 10 % der Bilanzen von griechischen Banken in Süd- und Osteuropa investiert, was andere Übertragungswege impliziert.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, ich danke dem Herrn Kommissar für seine Antwort. Offensichtlich gibt es mit den Banken in Griechenland Probleme. Da ist die Liquidität, die vom griechischen öffentlichen Sektor produziert wurde, leider ohne sich auf die tatsächliche Wirtschaft zuzubewegen; aber was ich anmerken möchte ist, dass jedes Mal, wenn Griechenland bestimmte Maßnahmen, bestimmte Formen der Anleihen ankündigt, diese berühmten Ratingagenturen ankommen und die Kreditbewertung von Griechenland und den griechischen Banken herabstufen.

Das ist eine traurige Rolle. Es wurde zuvor eine Debatte geführt, und ich möchte sie nicht wiederaufbereiten. Diese Ratingagenturen, bei denen es sich um private US-Firmen handelt, sind wirklich unzuverlässig, und ich halte es für inakzeptabel, dass die Europäische Zentralbank und die europäischen Institutionen sie selbst heute für wichtig erachten. Folgende Frage und die zuvor gehörten Antworten kommen auf: Sicherlich, das Thema kann bis 2013 geregelt werden. Können die Europäische Union und die Institutionen gerade jetzt aufhören, diese Ratingagenturen zu berücksichtigen?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Wie ich gerade sagte, berücksichtigt die Kommission bei ihrer eigenen Analyse nicht nur die Ratingagenturen, sondern auch ihre eigenen Analysen. Die Europäische Kommission verfolgt die Ereignisse in der Öffentlichkeit und im Bankensektor in Griechenland sehr aufmerksam, also kommen wir zu unseren eigenen Schlüssen und machen dem Rat auf Grundlage dieser Schlüsse Vorschläge. Es gibt natürlich etwas anders, und das ist die Tätigkeit der Ratingagenturen. Dies sind private Unternehmen, die mit Hinblick auf die Finanzmärkte sehr einflussreich sind, aber das liegt natürlich nicht in der Verantwortung der Europäischen Kommission.

Morten Messerschmidt (EFD). – (DA) Herr Präsident, wir sind alle sehr besorgt darüber, was wir tun können, um die sich aus der Finanzkrise ergebenden Probleme zu lindern. Herr Kommissar, ich habe neulich in den Medien gesehen, dass Sie vorgeschlagen haben, dass die Mitgliedstaaten in Zukunft ihre Haushaltsentwürfe der Kommission vorlegen sollten, bevor sie von den nationalen Parlamenten debattiert und verabschiedet werden. Ich möchte, dass Sie uns weitere Details darüber geben, wie die Kommission in Zukunft Gelegenheit bekommen wird, die Haushaltsentwürfe der Mitgliedstaaten vor den Parlamenten zu kommentieren. Das klingt extrem interessant. Ich möchte mehr darüber hören.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar, vielen Dank für Ihre Antwort. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit der Information, die Sie uns gegeben haben, sowie Ihrer Erklärung der Position der Kommission zugehört.

Ich versuche, eine Schlussfolgerung zu ziehen. Wenn irgendwann in der nahen Zukunft ein anderes Land im Euroraum mit ähnlichen Problemen mit Ratingagenturen und Druck vom Markt konfrontiert ist, werden wir demselben ausgetretenen Pfad folgen? Werden wir eine abwartende Haltung einnehmen? Werden wir davon ausgehen, dass wir es bei der Herangehensweise, die wir bisher auf das Problem von Griechenland angewandt haben, insgesamt mit strukturellen Problemen in der Eurozone zu tun haben, die irgendwann für andere Mitgliedstaaten besorgniserregend sein können?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Lassen Sie mich zunächst daran erinnern, dass ich diese Fragen stellvertretend für Kommissar Rehn beantworte, der krank ist. Das ist also nicht mein besonderer Arbeitsbereich, aber ich kann zu den Fragen, die mit Hinblick auf den nationalen Haushalt gestellt wurden, den wir letzte Woche zum ersten Mal im Kollegium diskutiert haben, sagen, welche Maßnahmen zur zukünftigen Überwachung getroffen werden sollten. Das ist natürlich eines der Themen, die bearbeitet werden, aber es ist zu diesem Zeitpunkt klar, dass es dazu noch keine Entscheidung gibt. Es gab nur eine

Debatte, um zu gewährleisten, dass das Thema rechtzeitig im Kollegium diskutiert wird und der zuständige Kommissar wird in Kürze Vorschläge vorlegen. Dann können Sie mit ihm natürlich direkt diskutieren.

Zur zweiten Frage gibt es für die Kommission keinen Grund, bezüglich Griechenland und irgendeinem anderen Mitgliedstaat eine andere Haltung einzunehmen. Ich hoffe, dass uns diese Fragen nicht erneut gestellt werden; wenn wir erneut vor diese Fragen gestellt wären, würden wir genau dieselbe Stellung beziehen.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 30 von Herrn **Brian Crowley** (H-0172/10)

Betrifft: Breitbandstrategie der EU

Welche Maßnahmen wird die Kommission ergreifen, um den Hochgeschwindigkeits-Internetzugang in der gesamten Europäischen Union und vor allem in den ländlichen Gebieten zu fördern?

Neelie Kroes, *Vizepräsidentin der Kommission.* – In einer Welt, die sich schnell auf ein neues digitales Zeitalter zubewegt, muss Europa mit der modernsten Breitbandinfrastruktur gerüstet sein, die in der Tat das Wachstum von morgen ankurbeln wird. Der Rat von März 2009 hat ein Richtziel bestimmt, demzufolge bis 2013 eine hundertprozentige Abdeckung erreicht werden soll. Die Strategie Europa 2020 hat die Herausforderung einen Schritt weitergetrieben, indem sie die Ziele für Hochgeschwindigkeits-Breitband mit 30 Mbit/s für alle Europäer, einschließlich der Menschen, die in ländlichen Gegenden leben, festlegte. 100 Mbit/s sollen für 50 % der für das Internet angemeldeten Haushalte gelten.

Die Digitale Agenda für Europa, die zu den sieben Hauptinitiativen von EU 2020 gehört, legt eine Strategie zur Förderung von Hochgeschwindigkeits-Internet in Europa dar und soll in nicht allzu ferner Zukunft verabschiedet werden. Der Agenda werden drei Dokumente zum Thema Breitband folgen: zunächst die Breitband-Kommunikation, welche die Umsetzung der Agenda bezüglich Breitband detailliert; zweitens die Empfehlung zum Zugang zu Netzen der nächsten Generation (NGA), welche die Grundlage für die Förderung von Investitionen in Hochgeschwindigkeits-Internet klären soll; und drittens das erste Programm für die Frequenzpolitik, welches die Grundlage für die Strategie der Kommission zur Schaffung von genügend Frequenzen für drahtlosen Breitbandanschluss bilden wird.

Die Aktionen zur Förderung von Hochgeschwindigkeits-Breitband in der digitalen Agenda umfassen nicht nur das Engagement der Kommission, sondern auch Vorschläge für Mitgliedstaaten. Diese Vorschläge werden die Entwicklung von nationalen Breitbandstrategien ins Zentrum rücken, welche die Förderung von privaten Investitionen unter Verwendung von Regelungen für die Städteplanung, von Infrastruktur-Kartierung und der Klärung von Wegerechten abdecken; und damit können die Mitgliedstaaten die Investitionskosten erheblich senken und sie rentabler machen. Sie werden sich auch auf die Überbrückung der Finanzlücke konzentrieren, indem sie die verfügbaren Strukturfonds zur Finanzierung von Hochgeschwindigkeits-Breitband voll ausschöpfen, und dort, wo es keine Anreize für private Finanzierung gibt, direkte öffentliche Finanzierung nutzen.

Die Kommission sieht sich ihrerseits die zur Verfügung stehenden Optionen zur Steigerung privater und öffentlicher Investitionen in den NGA an, damit die vereinbarten Ziele erreicht werden. Neue Finanztechniken werden zu den erwägten Optionen für die Reduzierung der Lücke zwischen dem Geforderten und dem, was der Markt zu investieren bereit ist, gehören.

Liam Aylward, *in Vertretung d. Verf.* – In Anbetracht der Tatsache, dass wir, wie Sie bestätigt haben, in einer zunehmend digitalen Welt leben, wo ein so großer Anteil unserer täglichen Geschäfte online ausgeführt wird, gehören in meinen Augen die älteren Bürgerinnen und Bürger zu den Gruppen, die zurückgelassen wurden und die begrenzten oder keinen Zugang zum Internet haben. Was können wir tun, um zu gewährleisten, dass sie nicht aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, und was können wir tun, um ihnen zu helfen?

Neelie Kroes, *Vizepräsidentin der Kommission.* – Nicht nur die Kommission, sondern auch der Rat traf sozusagen die weise Entscheidung eines Richtziels einer hundertprozentigen Abdeckung bis 2013. 100 % sind 100 %. Egal, an wen Sie denken, er sollte von den 100 % abgedeckt sein.

Malcolm Harbour (ECR). – Ich begrüße diese Anfrage von Herrn Crowley sehr, und ich bin in der Tat daran interessiert, dass es in Irland einen neuen drahtlosen Breitbandausbau gibt, um ländlichen Gemeinden Zugang der ersten Generation zu gewähren, was ich für eine anregende Initiative halte.

Ich wollte Sie speziell zu einem Thema befragen, das bei meiner Arbeit aufkam und sich auf Kriterien für Staatshilfen zur Förderung lokaler Breitbandinitiativen bezieht. Einige lokale Behörden, die ich kenne, haben

versucht, mit öffentlichen Behörden zusammenzuarbeiten, um die Nachfrage gemeinsam zu festigen und ein für einen Investoren rentables Paket anzubieten.

Aber in manchen Fällen wird das offensichtlich für eine Verletzung der Kriterien für staatliche Hilfen gehalten. Ich möchte also fragen, ob ihre Dienste einige dieser Gemeinschaftsprojekte unterstützen können, indem sie klare Richtlinien über Kriterien für Staatshilfen abgeben, um jenen öffentlich-privaten Partnerschaften zu helfen, die – da stimme ich zu – für das Erreichen universellen Breitbandzugangs entscheidend wären.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Frau Kommissarin, das Europäische Konjunkturprogramm stellt eine Summe von 1 Mrd. EUR zur Verfügung, um die 100 % der Breitbandinfrastruktur abzudecken. Ich möchte Sie fragen, in welchem Stadium sich dieses Projekt, unter Berücksichtigung der Bedeutung der Einrichtung dieser Infrastruktur, befindet.

Neelie Kroes, Vizepräsidentin der Kommission. – Ich bin für die erste Frage dankbar, denn in der Tat, wenn man von Breitband spricht, geht es nicht nur um Kabelfasern, sondern auch um drahtlose Übertragung per Satellit usw. Wenn ich also die Anfrage des Abgeordneten beantworte, indem ich sage, dass sie hundertprozentig ist, erwähne ich nicht die Art und Weise, wie das Problem behandelt oder gelöst wird.

Aber ich habe eine recht positive Haltung zu Irland und dem Investitionsniveau des Landes. Als sich die Gelegenheit bot, Strukturfonds auszugeben und dabei besonders derartige Themen zu fokussieren und in sie zu investieren, hat Irland das Beste aus dieser Gelegenheit gemacht. Es lag bei etwas unter 50 %. Beim Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten war ich konsterniert, da es manchmal bei einem Drittel lag oder noch nicht einmal diese Gelegenheit genutzt wurde. Wenn man in diese Art von Infrastruktur investiert, arbeitet man wirklich für die Zukunft und die Erholung der Wirtschaft sowie die Arbeitsplatzschaffung.

Aber manchmal bin ich dankbar für das Erreichte und auch meine vergangenen Erfahrungen. In meinem vorherigen Arbeitsbereich hatte ich das Privileg, die Reglementierung von Staatshilfen zu überarbeiten. Eine dieser geprüften Staatshilfen war beispielsweise mit Breitband verbunden. Mit dieser Überarbeitung gaben wir mehr Anleitung dazu, wann und wie man sich damit befassen kann.

Übrigens werden mit der Europäischen Investitionsbank auch mögliche Wege geprüft, ihre Fonds auszunutzen und die Finanzierung des Bauwesens zu unterstützen. Ich denke, dass es zu diesem Zeitpunkt mit der jüngsten Überarbeitung der Regelungen von Staatshilfen recht klar ist, was möglich und was nicht akzeptabel ist. Sie können die Mitarbeiter von Herrn Joaquín Almunia immer bitten, Ihnen Anleitung zu geben, zögern Sie also bei Unsicherheiten nicht.

Insgesamt müssen wir uns bewusst sein, dass eine öffentlich-private Partnerschaft bei einer solchen Frage wirklich den großen Unterschied ausmacht. Natürlich hängt es von dem Mitgliedstaat ab, was auf dem Spiel steht. Aber insgesamt denke ich, dass wir mit der hundertprozentigen Abdeckung – und ich wiederhole mich – einem exzellenten Ziel dienen, wenn wir von 50 % sprechen. Ich weiß, was 100 Megabyte sind, aber was soll ich mir vorstellen? Nun, ein Augenschlag ist weniger als 100 Megabyte, also sprechen wir von einem ungeheuren Schritt vorwärts. Also ist vorgesehen, dass Breitbandmaßnahmen und das, was uns in dieser Debatte wirklich betrifft, vor 2011 stattfinden.

Der Präsident. – Frage Nr. 33 von **Bernd Posselt** (H-0128/10)

Betrifft: Großbritannien, Schweden und der Euro

Wie beurteilt die Kommission die Risiken, die für die EU als einheitlichen Wirtschaftsraum davon ausgehen, dass Mitgliedstaaten wie Großbritannien und Schweden nach wie vor nicht den Euro einführen, und welche Maßnahmen und Initiativen sind für die neue Amtsperiode der Kommission auf diesem Sektor geplant?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Die wirtschaftlichen Vorteile der Annahme des Euros entstehen sowohl für die Mitgliedstaaten, die dem Euroraum beitreten, als auch dem Euroraum insgesamt. Detaillierte Analysen und Argumentationen können zu diesem Thema beispielsweise im Bericht der Kommission zu EMU@10 von 2008 gefunden werden.

Gemäß den Verträgen sind alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, dem Euroraum beizutreten, sobald sie die notwendigen Bedingungen erfüllen. Dänemark und das Vereinigte Königreich haben jedoch eine Opt-out-Klausel verhandelt, die es ihnen ermöglicht, außerhalb des Euroraums zu bleiben.

Wenn Dänemark und das Vereinigte Königreich entscheiden, sich für eine Mitgliedschaft zum Euroraum zu bewerben, werden sie derselben Konvergenzbewertung wie jeder anderer Kandidat unterworfen sein. So

geschah es auch mit anderen Mitgliedstaaten, die bereits dem Euroraum beigetreten sind. Die Kommission würde ihre Vorbereitung einschließlich der Vorbereitung auf die tatsächliche Bargeldumstellung gänzlich unterstützen.

Schweden hat keine Opt-out-Klausel. Zurzeit erfüllt Schweden nicht alle Kriterien für die Einführung des Euros. Insbesondere ist es kein Mitglied des Werkzeugs für den Wechselkursmechanismus, und einige Elemente seiner Zentralbankgesetzgebung müssten mit der neuen Mitgliedschaft zum Euroraum kompatibel gemacht werden. Nichtsdestotrotz meint die Kommission, dass jene Mitgliedstaaten, die aktuell nicht in einer Lage sind, alle Konvergenzkriterien für den Beitritt zum Euro zu erfüllen, sich bemühen sollten, diese Bedingungen zu erfüllen.

Bernd Posselt (PPE). - Herr Kommissar! Ich habe nur zwei ergänzende Punkte. Erstens, will die Kommission nicht versuchen, Schweden zu ermuntern, seine Pflichten zu erfüllen? Schweden ist doch vertraglich verpflichtet, das kann man doch nicht einfach willkürlich auslegen.

Der zweite Punkt: Was ist mit Estland? Glauben Sie, dass Estland noch in absehbarer Zeit, noch in diesem Jahr aufgenommen wird?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Wie ich richtig erwähnt habe, erfüllt Schweden bestimmte Kriterien nicht. Ich habe die beiden Kriterien erwähnt: Es ist kein Mitglied des Wechselkursmechanismus, und einige Elemente seiner Zentralbankgesetzgebung müssten mit einer Mitgliedschaft zum Euroraum kompatibel gemacht werden. Es scheint mir, dass diese Kriterien, sagen wir, erfüllt werden können. Es sind keine Wirtschaftskriterien mit Hinblick auf Schulden oder die Einhaltung von Defiziten. Ob die Kommission in dieser Hinsicht agieren wird, ist eine Frage, die Sie dem dafür zuständigen Kommissar, Herrn Rehn, der derzeit leider krank ist, vorlegen müssen.

Mit Blick auf Estland wird darüber, soweit ich weiß, noch immer hinsichtlich der Konvergenzkriterien Bericht erstattet, und es gibt keine endgültige Haltung der Kommission dazu.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 34 von **Georgios Papanikolaou** (H-0130/10)

Betrifft: Ausdehnung der Kürzungen auch auf den Privatsektor

Am 4. März kündigte der Sprecher der Kommission Amadeu Alfataj an, dass den Kürzungen im griechischen öffentlichen Sektor höchstwahrscheinlich entsprechende Kürzungen im Privatsektor folgen würden.

Aus wirtschaftlicher Sicht würde eine solche Maßnahme die Rezession aber nur noch weiter verschärfen, da die nationale Nachfrage und der nationale Konsum dadurch stark eingeschränkt würden. Eine direkte Folge dieses Kreislaufs ist der Rückgang der Staatseinnahmen. Kann die Kommission daher mitteilen, was sie zu der optimistischen Annahme veranlasst, dass ein Rückgang der Kaufkraft in Griechenland zu einem Ausweg aus der Krise führt? Ich denke, dass man wohl auch ohne spezielle Wirtschaftskenntnisse mit Sicherheit annehmen darf, dass Kaufkrafteinschränkungen lediglich zu einer weiteren Verschärfung der Krise führen.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Indikatoren zeigen, dass es im vergangenen Jahrzehnt eine Trennung zwischen Einkommens- und Produktivitätsentwicklungen in Griechenland gegeben hat. Das hat zu sinkender Wettbewerbsfähigkeit geführt, die sich in einem anhaltenden Leistungsbilanzdefizit und einem Absturz der Exportmarktanteile widerspiegelt. Starre Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und Lohnbildung wurden als ein wichtiger Faktor hinter dem exzessiven Lohnwachstum in Griechenland und der daraus hervorgehenden Kluft von Lohnstückkosten zu seinen Haupthandelspartnern identifiziert.

In den vergangenen Jahren ist die Binnennachfrage der Hauptbeitrag zum Wirtschaftswachstum gewesen und wurde von einem heiteren Wachstum von Staatsausgaben und Haushaltseinkommen angetrieben. Private Konsumausgaben pro Kopf wuchsen im Laufe des vergangenen Jahrzehnts um über 80 %. Dieses Modell ist eindeutig untragbar gewesen. Es hat zum Aufbau erheblicher Steuerprobleme geführt, was hohes allgemeines Staatsdefizit und wachsenden Schuldenstand, steigende Schuldentrückzahlungen und makroökonomische Probleme bedeutet und was ein hohes Leistungsbilanzdefizit und externen Schuldenausfluss von Einkommensungleichgewichten mit sich bringt.

Die steigenden Finanzierungsbedürfnisse der Regierung haben dazu geführt, dass der öffentliche Sektor einen großen Teil der verfügbaren Finanzierung absorbiert, wodurch der private Sektor ausgeschlossen wird und die Wachstumsprognosen der Wirtschaft nachteilig berührt werden. Lohnmäßigung in der gesamten Wirtschaft mit Lohnabbau im öffentlichen Sektor, die eine wichtige Signalrolle für den privaten Sektor spielen, sowie Steuersparmaßnahmen werden so unumgänglich, um die griechische Wirtschaft mit der

Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und dem Erreichen einer Steuerkonsolidierung auf ein stärkeres Fundament zu stellen.

Die Kommission ist sich bewusst, dass Steuersparmaßnahmen und Lohnmäßigung kurzfristige negative Auswirkungen auf die Nachfrage haben können. Nichtsdestotrotz sind diese Maßnahmen angesichts der aktuellen Lage, mit der Griechenland konfrontiert ist, für die Wiederherstellung des Vertrauens in den Markt und zur langfristigen Schaffung einer Grundlage für ein nachhaltiges Wachstumsmodell für die griechische Wirtschaft notwendig.

Griechenland hat ein ehrgeiziges Programm für die Korrektur seines Defizits und die Reform seiner öffentlichen Verwaltung sowie der Wirtschaft verabschiedet. Die von Griechenland getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen sind für die Verbesserung der steuerlichen Nachhaltigkeit und des Vertrauens in die Märkte wichtig und wurden von der Kommission, der Eurogruppe, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond stark begrüßt.

Die mutigen Maßnahmen haben ein Stabilitätsprogramm eingeschlossen und die im Februar und März 2010 angekündigten Pakete umfassen nicht nur die ins Auge gefassten Lohnkürzungen durch eine Reduzierung der an Beamte bezahlten Zulagen sowie Oster-, Sommer- und Weihnachtzulagen, sondern auch Maßnahmen zur Verbesserung der Steuererhebungsmechanismen, zur Erweiterung der Besteuerungsgrundlage und Erhöhung der Steuerbefolgung.

In der am 9. März 2010 angenommenen Kommunikation schloss die Kommission, dass Griechenland den Beschluss des Rates vom 16. Februar 2010, nach den vorliegenden Informationen, umsetzt und dass die von den griechischen Behörden am 3. März angekündigten Maßnahmen für eine Wahrung der Haushaltsziele für 2010 ausreichend erscheinen.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar, das griechische Amt für Statistik hat in seiner neusten – ich denke es war die heutige – Mitteilung angekündigt, dass die Arbeitslosigkeit in Griechenland auf 11,3 % gestiegen ist. Fast die Hälfte davon (45 %) sind junge Menschen im Alter von bis zu 34 Jahren. Im produktivsten Alter zwischen 25 und 34 Jahren beträgt die Arbeitslosigkeit 14,6 %. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass diese Generation junger Menschen in Griechenland extrem niedrige Löhne, weit unter dem europäischen Durchschnitt, erhält. Sie sind die 700-Euro-Generation, wie sie in Griechenland genannt werden, und wir sind beunruhigt, dass die Löhne sogar noch weiter sinken werden.

Also denke ich, dass wir sehr vorsichtig sein müssen, wenn wir diese Verallgemeinerungen machen. Das gilt insbesondere zu einer für Arbeitslosigkeit so schwierigen Zeit, denn Sie werden verstehen, dass die griechische Gesellschaft beunruhigt ist. Denken Sie, dass wir mit neuen Einschnitten und mit neuer Arbeitslosigkeit das Wachstum ankurbeln können, während es in Griechenland so hohe Arbeitslosigkeit und all diese Probleme gibt?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Natürlich sind wir sehr betroffen über die Arbeitslosigkeit in Griechenland, und nicht nur in Griechenland, sondern auch in der restlichen Europäischen Union. Andererseits ist es ziemlich wichtig, dass wirtschaftliche Grundsätze eingehalten werden. Und wenn die Löhne im Laufe einer Zeitspanne schneller steigen, als die Produktivität, dann haben Sie ein Problem, und dass ist im Wesentlichen in Griechenland passiert. Ich sehe, dass dies insbesondere für junge Menschen ein massives Problem ist, und wir beobachten die Situation aktiv. Wir sind aber auch der Meinung, dass langfristige finanzielle Nachhaltigkeit eines Mitgliedstaats der europäischen Währungsunion wesentlich ist.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, meine Frage bezieht sich auf das Prinzip hinter der Frage meines Kollegen sowie deren Grund.

Er sagte, dass Herr Rehns Vertreter vorgeschlagen hat, dass Einschnitte im Privatsektor in Griechenland gemacht werden sollten. Die Frage, Herr Kommissar, ist folgende: Mit welchem Recht besprechen, empfehlen, prognostizieren und üben Aufsichtsbeamte und Sprecher der Kommission und möglicherweise Kommissare Druck darauf aus, was Griechenland in Branchen machen sollte, die mit Gemeinschaftspolitik nicht zusammenhängen, wie Löhne, Pensionen, öffentliche Verwaltung und Gesundheit? Wer akkreditiert diese Stellungnahmen, und wo kommt die Zuständigkeit her, derartige Regelungen für die griechische Wirtschaft zu verfolgen oder vorzuschlagen?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Wir fordern sicherlich nicht, dass die Beschäftigung im privaten Sektor reduziert wird, aber wir sehen, dass die Arbeitslosigkeit nicht nur in Griechenland, sondern auch in einem Großteil der Europäischen Union als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise zunimmt.

Wir sagen, dass wir der griechischen Wirtschaft abhelfen müssen, wenn wir wollen, dass die griechische Wirtschaft langfristig nachhaltig wird. Wir sollten auch die Wirtschafts- und Währungsunion, die für die gesamte europäische Wirtschaft von unschätzbarem Wert ist, aufrechterhalten: Das ist unsere Aussage; wir sagen gewiss nicht, dass die Arbeitslosigkeit zunehmen sollte. Leider ist dies das Ergebnis einer Politik, die über eine gewisse Zeit hinweg betrieben wurden.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 35 von **Ádám Kósa** (H-0133/10)

Betrifft: Kompetenzkonflikt zwischen den Mitgliedstaaten und der EU bei Vereinbarungen mit dem IWF

Die Kommission hat in Bezug auf die Förderungsfähigkeit von KMU unter anderem die Regeln für staatliche Beihilfen vorübergehend geändert und bedeutende Vereinfachungen eingeführt, um eine Krise größeren Ausmaßes zu verhindern (Europäisches Konjunkturprogramm). Ungarn ist in der letzten Zeit wegen seiner Wirtschaftspolitik in eine besonders schwere Finanzkrise geraten. Aufgrund der mit dem IWF abgeschlossenen Vereinbarung über etwa 20 Mrd. EUR ist Ungarn gezwungen, gegen von ihm selbst als EU-Mitgliedstaat für vorrangig erklärte und in den Grundlagenverträgen verankerte Werte zu handeln, nämlich ein hohes Beschäftigungsniveau und den Schutz benachteiligter Gruppen. Kann eine derartige Vereinbarung rechtmäßig sein? Wer trägt die Verantwortung dafür, wenn sich in einem EU-Mitgliedstaat infolge einer Vereinbarung mit einer internationalen Organisation, die keinen Bezug zur Europäischen Union hat, die Beschäftigungssituation dramatisch verschlechtert, was auch die Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen betrifft?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Als die weltweite Finanzkrise Ungarn im Herbst 2008 besonders hart traf, entschieden die Kommission und der Rat sehr schnell, Ungarn mit einem großen EU-Unterstützungspaket von bis zu 6,5 Mrd. EUR zu unterstützen. Das übertraf die Hälfte der zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Finanzierung für Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, und machte zusammen mit Krediten vom IWF und der Weltbank insgesamt 20 Mrd. EUR aus.

Ich möchte betonen, dass Ungarn ohne diese Hilfe mit einer viel größeren Störung seiner Wirtschaft konfrontiert gewesen wäre, als mit dem Rückgang von 6 %, der im vergangenen Jahr beobachtet wurde und der sich dieses Jahr voraussichtlich stabilisiert. Darüber hinaus hätte, in Anbetracht der Tatsache, dass die Regierung den Zugang zu den Finanzmärkten verloren hat, keine Unterstützung bedeutet, dass die Steuerpolitik noch einschränkender hätte sein müssen, als es unter diesem Programm der Fall war, und die Ausgabenkürzungen hätten strenger sein müssen. Mit der Begrenzung des Ausmaßes der Rezession und der Vermeidung einer schärferen Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie der Unterstützung der Finanzierung des Defizits, hat diese internationale Hilfe direkt dazu beigetragen, die sozialen Konsequenzen der Krise, auch in empfindlichen Teilen der Gesellschaft, zu begrenzen.

Natürlich war es wichtig, dass die Regierung eine Wirtschaftsstrategie umsetzt, die finanzielle Konsolidierungsmaßnahmen einschließt, um das Wirtschaftsprogramm glaubwürdig zu machen und Investoren zu beruhigen, dass Ungarn mit der Zeit zu soliden öffentlichen Finanzen und nachhaltigem Wachstum zurückkehren wird. Das Subsidiaritätsprinzip gebietet es, dass Mitgliedstaaten für die Gestaltung und Umsetzung von Maßnahmen der Sozialpolitik verantwortlich sind. Allerdings hat die Hilfe die Aktionen der Regierung unterstützt, die auf Haushaltseinsparungen und einen gezielteren Einsatz von Ausgaben sowie insbesondere die Unterstützung von Geringverdienern abgezielt waren.

Kinga Gál, in Vertretung d. Verf. – (HU) Vielen Dank für die Antwort. Im Namen von Herrn Kósa möchte ich eine Bemerkung hinzufügen. Der Grund, warum Ungarn den milliarden schweren, vom Europäischen Konjunkturprogramm angebotenen Anreiz nicht nutzen konnte, bestand schließlich genau darin, dass Regelungen wie diese einen größeren Wirtschaftsanreiz nicht ermöglichten, und dies ging Hand in Hand mit weiterer Verschlechterung der Beschäftigung. Insbesondere konnte die Unterstützung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen nicht verwirklicht werden, und so entsteht hier ein seltsamer Widerspruch. Ich möchte Sie um Ihre Meinung dazu bitten.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Ich bin für diese Kommissionsakte nicht verantwortlich, aber es scheint mir, dass der Abgeordnete ein 100-Mrd.-EUR-Paket meint. Dieses Paket wurde aber von den Mitgliedstaaten selbst finanziert und die Mitgliedstaaten haben die Erlaubnis bekommen, es zu realisieren. Es wurde den Mitgliedstaaten kein Geld zur Verfügung gestellt. Sie werden die 100 Mrd. EUR auf der Schuldenseite ihrer nationalen Haushalte finden.

Für Ungarn war es nötig, dass dem Land eine zusätzliche Hilfe von 20 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt wird. Das ist bei den anderen Wirtschaftssystemen nicht passiert. Es wurde ihnen lediglich erlaubt, Maßnahmen

zu ergreifen, um die Krise überwinden zu können. Eine tatsächliche Auszahlung wurde jenen Mitgliedstaaten jedoch nicht gemacht.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar, Ihre Antwort spiegelt das Problem und die Spekulation hinter der Frage meiner Meinung nach nicht wider, und angesichts der Lage in Griechenland möchte ich Sie Folgendes fragen: Haben Sie irgendwelche Bedenken bezüglich der Einmischung des Internationalen Währungsfonds, einer externen Organisation, in die internen Angelegenheiten der Europäischen Union? Wo der Internationale Währungsfonds auch war, er hat – das könnte man sagen – Zerstörung gesät. Also ist die Frage: Hat die Kommission irgendwelche Bedenken bei der Frage, warum der Internationale Währungsfonds in die Europäische Union eingedrungen ist, und in welchem Vertrag und in welchem Artikel gibt es Bestimmungen für die Teilnahme des Internationalen Währungsfonds an den Verfahren der Europäischen Union? Warum entscheidet sie sich nicht für eine europäische Lösung im Fall von Griechenland, wie es in Artikel 122(2) der Verträge vorgesehen ist?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Sehr kurz gesagt, wenn der IWF in Griechenland eingreifen sollte, wäre dies natürlich auf Wunsch von Griechenland. Sie greifen nicht unilateral ein. Wie der Herr Abgeordnete auch weiß, gab es eine europäische Vereinbarung unter den Mitgliedstaaten und den Mitgliedern der Wirtschafts- und Währungsunion, gemeinsame Anstrengungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Union und dem IWF zu haben. Das geschieht jedoch nur auf Wunsch eines Mitgliedstaats, in diesem Fall Griechenland, und das wird meiner Meinung nach gerade diskutiert.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 36 von **Eleni Theocharous** (H-0139/10).

Betrifft: Haushaltsdefizit in Zypern

Die Wirtschaftskrise plagt die gesamte Welt – so auch die Länder Eurozone.

Verfügt die Kommission über Daten, aus denen das Haushaltsdefizit und die verschiedenen Indikatoren für die Wirtschaftslage Zyperns hervorgehen?

Sind die wirtschaftliche Lage Zyperns und damit auch die einschlägigen Wirtschaftsindikatoren als bedenklich zu erachten? Wird davon ausgegangen, dass Maßnahmen in Bezug auf die Haushaltslage Zyperns ergriffen werden müssen, und über welchen Zeitraum hinweg?

Hat ein Meinungsaustausch stattgefunden bzw. wurden die Standpunkte und Stellungnahmen der EU und der Kommission an die Regierung von Zypern übermittelt?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, darf ich Sie höflich fragen, ob diese Debatte zu einem Ende kommen könnte? Ich vertrete Herrn Rehn und normalerweise endet die Fragestunde um 20.00 Uhr. Ich habe andere Verpflichtungen und kann deswegen nicht bleiben. Das ist für mich ein echtes Problem. Ich habe keine Zeit und kann nicht bleiben.

Gay Mitchell (PPE). – Ich bin unter großen Schwierigkeiten aus einem anderen Teil der Europäischen Union angereist, und ich akzeptiere die Antwort des Kommissars, dass er keine Zeit hat, nicht. Wenn Sie keine Zeit haben, dann verlassen Sie jetzt den Saal. Ich bin ein Abgeordneter in diesem Parlament und habe eine Frage, die hier beantwortet werden sollte. Auch ich habe eine Menge Termine. Ich habe hier sehr lange gesessen und auf meine Frage gewartet, während alle möglichen Zusatzfragen beantwortet wurden. Ich verdiene die Höflichkeit einer Antwort in diesem Parlament. Ich denke, es ist sehr arrogant von Ihnen zu sagen, Sie haben keine Zeit.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Der Präsident sollte darüber entscheiden. Lassen Sie uns auch klarstellen, dass ich gerade keine Fragen beantworte, die mir gestellt wurden, sondern dass ich Herrn Rehn vertrete, der nicht hier sein kann, weil er krank ist. Sie müssen das dem Präsidenten sagen. Ich respektiere die Amtsgewalt des Parlamentspräsidenten. Es hängt nicht von mir ab.

Der Präsident. – Sie haben recht, auf das Problem hinzuweisen. Sie vertreten gerade Kommissar Rehn, was natürlich in Anbetracht der Bedeutung der Fragen unglücklich ist. Nichtsdestotrotz ist die Fragestunde auf unserer Tagesordnung bis 20.30 Uhr vorgesehen. In Anbetracht der Umstände, wobei ich Sie nicht an Ihren Stuhl fesseln kann, kann ich Ihnen sagen, was von Ihnen erwartet wird, da Sie die unglückliche Rolle der Vertretung für Kommissar Rehn erhalten haben: Es wird erwartet, dass Sie dies für all seine Fragen tun.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Ich hatte verstanden, es sei bis 20.00 Uhr, aber wie gesagt, Sie haben den Vorsitz und Sie entscheiden, was ich tun soll, also fahre ich fort.

Die Finanzkrise, die sich auch zu einer makroökonomischen Krise entwickelt hat, ist sowohl in ihrem Ausmaß, als auch in der weltweiten Reichweite die Schlimmste in der Nachkriegsgeschichte. Die Krise hat von der Weltwirtschaft einschließlich der EU und den Ländern des Euroraums einen hohen Tribut gefordert. Als solche hatte sie unvermeidliche Auswirkungen auf Zypern, eine sehr kleine, offene Wirtschaft.

Gemäß vorläufigen Schätzungen des Statistischen Dienstes von Zypern scheint das Bruttoinlandsprodukt von Zypern 2009 effektiv um 1,7 % geschrumpft zu sein. Das ist das erste Mal, dass die Wirtschaftsaktivität in Zypern in den vergangenen 35 Jahren eine negative Wachstumsrate verzeichnet hat.

Die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse zusammen mit dem Schwund des Vermögensbooms und einer expansiven Steuerpolitik teilweise aufgrund von Maßnahmen, die im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms angenommen wurden, haben zu einer Verschlechterung der öffentlichen Finanzen geführt. Gemäß der neuesten Mitteilung von BIP-bezogenen Daten der zyprischen Behörden, die im März 2010 übermittelt wurden und derzeit von Eurostat geprüft werden, erreichte der allgemeine Finanzierungssaldo ein Defizit von 6,1 % des BIP und die allgemeine Bruttoverschuldung der Regierung erreichte 2009 56,25 % des BIP.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt verlangt, dass die Kommission einen Bericht darüber vorbereitet, ob ein tatsächliches oder geplantes Defizit eines Mitgliedstaats den Referenzwert von 3 % des BIP überschreitet. Derzeit bereitet die Kommission gerade einen solchen Bericht für Zypern vor. Sobald der Bericht fertig ist, wird er dem Rat vorgelegt, der darüber entscheiden sollte, ob das Defizit übermäßig ist. Wenn der Rat entscheidet, dass dies der Fall ist, würde er Zypern Empfehlungen machen und Fristen setzen, in denen effektive Korrekturmaßnahmen getroffen werden müssen.

In der Zwischenzeit hat die zyprische Regierung auch ihr aktualisiertes Stabilitätsprogramm eingereicht. Das Programm beschreibt die mittelfristige Haushaltsstrategie bis 2013. Derzeit prüft die Kommission diese Aktualisierung und bereitet ihre Empfehlung für eine Stellungnahme des Rates zu dem Programm vor.

Eleni Theocharous (PPE). – (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar, es wäre extrem peinlich, wenn Sie uns jetzt nicht sofort eine Antwort auf die gestellte Frage geben. Sei es wie es ist, ich möchte, dass Sie uns sagen, ob Zypern Gefahr läuft, unter Aufsicht gestellt zu werden und ob Sie mit dem Konvergenzprogramm zufrieden sind. Natürlich haben Sie etwas über die Schätzungen gesagt, aber ich möchte wissen, ob Sie mit dem von der Regierung vorgelegten Konvergenzprogramm zufrieden sind.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Nun, ich kann nur wiederholen, was ich sagte: Es wird eine Prüfung geben, und das ist das normale Verfahren, das wir auf alle Mitgliedstaaten einschließlich Zypern anwenden.

Wenn die Kommission zu dem Schluss kommt, dass es sich um ein übermäßiges Defizit handelt, wird sie Empfehlungen an Zypern abgeben.

Der Präsident. – Anfrage Nr. 37 von **Morten Messerschmidt** (H-0142/10)

Betrifft: Griechenland und die aktuelle Krise der Euro-Zusammenarbeit

Griechenland macht derzeit die Schattenseiten der Euro-Zusammenarbeit durch. In den guten Jahren hat man gegenüber der EU den Eindruck vermittelt, alles sei in bester Ordnung. Als aber die Finanzkrise über Europa kam, gingen die Dinge furchtbar schief. Das griechische Staatsdefizit betrug 2009 12,7 % des BNP, und das kann als beträchtliche Überschreitung der Drei-Prozent-Grenze gelten, die im Stabilitätspakt für die Euro-Staaten gesetzt ist. Die Regierung in Athen hat nun einen Sparplan beschließen müssen, der den Staatshaushalt um 4,8 Mrd. EUR beschneidet. Die Griechen müssen den Gürtel enger schnallen, und das werden alle schmerzlich spüren, von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bis zu den Rentnern.

Im Grunde genommen sind freie Wechselkurse keine gute Sache. Sie nützen niemandem und lösen auch keine grundlegenden strukturellen Probleme. Wir müssen uns aber darüber klar werden, dass Geld, wie alles andere auch, einen Preis hat. In Griechenland hat dieser Preis die Gestalt himmelhoher Zinssätze angenommen, durch welche die gesamte Wirtschaftstätigkeit gelähmt wird. Wenn eine Lage derart dramatisch wird, muss ein Staat die Notbremse ziehen und den Preis des Geldes „senken“ dürfen. Stimmt die Kommission diesem Gedanken zu? Wenn ja: Erkennt sie damit nicht die eingebaute Schwäche des Euro an?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Der Abgeordnete scheint vorzuschlagen, dass eine unabhängige Währungspolitik in Griechenland ein Weg zur Linderung der Krise in diesem Land wäre. Das stimmt nicht;

die hohen Zinssätze der griechischen Regierung liegen nicht an Faktoren der Währungspolitik, sondern vielmehr an hohen Risikoprämien in Verbindung mit Bedenken des Marktes über Schuldentragbarkeit.

Die Zinssätze der EZB befinden sich auf einem historischen Tief, und die Europäische Zentralbank hat das Finanzsystem des Euroraums, einschließlich der griechischen Institutionen, mit sehr reichlicher Liquidität versorgt. Selbstverständlich verlangt die Euro-Teilnahme eine solche wirtschaftliche Anpassung natürlich über andere Wege, als Umrechnungskurse, wie es aus vielen Kommissionsdokumenten und beispielsweise dem umfassenden Bericht von 2008 über EMU@10 hervorgeht.

Die Anpassung ist in der Vergangenheit im Euroraum nicht reibungslos genug gewesen. Deswegen hat die Kommission die Notwendigkeit betont, die Verfahren der multilateralen Überwachung auf Grundlage intensivierte Gruppenzwangs zu verstärken, um Schwächen in Mitgliedstaaten früh zu identifizieren und anzugehen. Dazu bereitet die Kommission gerade Vorschläge vor, wie ich in Antwort auf eine vorangehende Frage bereits erwähnt habe.

Morten Messerschmidt (EFD). – (DA) Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten für die Regelung der Währung eines Landes – vorausgesetzt, das Land hat seine Unabhängigkeit. Doch genau die fehlt den Mitgliedern des Euroraums, weil sie viele der Instrumente, die sie zuvor nutzten, in Frankfurt abgegeben haben. Außerdem stimmt es nicht, dass sich Zinssätze innerhalb des Euroraums nicht unterscheiden, da es starke Schwankungen bei privaten Zinssätzen sowohl für mittel- als auch für langfristige Anleihen gibt, und die griechischen Anleiheraten sind viel höher als beispielsweise die dänischen Anleiheraten, obwohl wir unsere eigene Währung haben.

Ich möchte, dass die Kommission hier darauf antwortet oder einräumt, dass sie sich der Tatsache stellen wird, dass Griechenland abgewertet hätte, wenn es nicht von der von Frankfurt bestimmten Position gebunden gewesen wäre. Und diese Abwertung hätte einen großen Teil der Probleme, mit denen Griechenland kämpft, gelöst.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Sicherlich nicht. Die Idee einer Währungsunion besteht natürlich darin, dass man seine eigene Währung nicht mehr abwerten kann, weil man tatsächlich keine Währung mehr hat. Und alle sind sich dessen völlig bewusst, wenn sie Mitglied der europäischen Währungsunion werden. Es gibt nur die gemeinsame Währung.

Es gibt keine griechische Währung mehr. Die Griechen haben den Euro als ihre Währung. Also widerspricht eine individuelle Abwertung vollkommen der Grundidee einer europäischen Währungsunion. Griechenland ist auch nicht zufällig Mitglied der europäischen Währungsunion. Es ist Mitglied, weil sie alles, wirklich alles taten, um hineinzukommen.

Der Präsident. – Frage Nr. 38 von **Gay Mitchell** (H-0145/10)

Betrifft: Europäischer Währungsfonds

In den letzten Wochen wurde die Idee eines Europäischen Währungsfonds als Mechanismus zur Bewältigung von Krisen, wie Griechenland sie Anfang dieses Jahres erlebt hat, diskutiert.

Wie ist der Stand der Dinge in Bezug auf diesen Vorschlag? Wie würde ein solcher Fonds in der Praxis funktionieren? Welche Haupthindernisse stehen der Schaffung eines EWF entgegen? Wäre es beispielsweise möglich, im Rahmen der derzeitigen Vertragsbestimmungen einen solchen EWF zu schaffen?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Die Krise hat das Bedürfnis gezeigt, für den Euroraum ein Rahmenwerk zur Krisenbewältigung einzurichten.

Da alle wirtschaftlichen, rechtlichen und institutionellen Folgen bedacht werden müssen, ist dieses Thema eher mittelfristig Art, als dass es im unmittelbaren Blickpunkt steht.

Die Staats- oder Regierungsoberhäupter des Euroraums haben am 25. März ein starkes Signal ausgesandt, indem sie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vor Ende des Jahres forderten, die an Maßnahmen für das Rahmenwerk des Euroraums zur Krisenbewältigung arbeiten soll.

Die öffentliche Diskussion hinsichtlich des Europäischen Währungsfonds hat eine Reihe von Elementen berührt, die in dieser Hinsicht relevant sind. Insbesondere stimmt die Kommission dem zu, dass es sinnvoll ist, ein Rahmenwerk für eine finanzielle Nothilfe unter strengen Bedingungen und mit anreizkompatiblen Zinssätzen einzurichten.

Dennoch ist kein neues Organ nötig, um dafür zu sorgen oder um die Konditionalität zu bestimmen oder zu kontrollieren. Es muss für eine Übereinstimmung mit dem stabilitätsorientierten Kontrollrahmen der EWU gesorgt werden. Die Kommission erwägt die Möglichkeiten entsprechender Vorschläge. Genereller bleibt ein großes Engagement von allen Mitgliedstaaten des Euroraums für solide Politik der Dreh- und Angelpunkt der erfolgreichen Arbeit der EWU.

In diesem Zusammenhang ist die Kommission dabei, Vorschläge für eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik sowie die Überwachung der Länder auf Grundlage der Vorschläge, die in der jüngsten Mitteilung der Kommission zur Strategie Europa 2020 vorgestellt wurden, vorzubereiten.

Gay Mitchell (PPE). – Zuallererst möchte ich mich bei dem Herrn Kommissar entschuldigen. Wir leiden alle ein wenig unter Lagerkoller, weil einige von uns nicht nach Hause kommen konnten und versuchen, unseren Familien zu helfen, durchzukommen. Ich verstehe, dass der Herr Kommissar andere Termine hat und hier in Vertretung für einen Kollegen ist.

Darf ich den Herrn Kommissar bezüglich seiner Antwort fragen, was unter mittelfristig zu verstehen ist? Sprechen wir von der Mitte der Amtszeit dieser Kommission? Sprechen wir von einem Jahr, 18 Monaten? In welcher Zeitspanne wird es seiner Meinung nach eine etwas definitivere Antwort auf diese Frage geben?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Sie sollten Kommissar Rehn die Frage nach einem bestimmten Zeitraum stellen, aber wenn Sie sich die von uns gemachten Empfehlungen sowie das Abkommen zur Unterstützung von Griechenland insbesondere mit einer Kombination bilateraler Kredite und der Unterstützung des Internationalen Währungsfonds ansehen, wird deutlich, dass die Kommission der Ansicht ist, dass was nun geschehen ist sowieso nicht mit der Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds hätte gelöst werden können, weil das sicherlich viel mehr Zeit in Anspruch genommen hätte, als wir mit Hinblick auf Griechenland haben.

Wir sympathisieren also mit einem mittelfristigen Projekt. Hinsichtlich eines spezifischen Zeitrahmens schlage ich aber wirklich vor, dass Sie Herrn Rehn die Frage stellen.

Der Präsident. – Frage Nr. 39 von **Rodi Kratsa-Tsagaropoulou** (H-0150/10)

Betrifft: Mechanismen der Finanzaufsicht der Mitgliedstaaten

Das für Wirtschaft und Währung zuständige Mitglied der Kommission, Olli Rehn, erklärte, dass die wichtigste Lektion, die aus der Krise zu ziehen sei, darin bestehe, unverzüglich die Wirtschaftspolitiken intensiver und umfassender zu überwachen und insbesondere rechtzeitig die Ungleichgewichte aufzuzeigen und zu beheben, um die makroökonomische Stabilität der Eurozone zu gewährleisten. Da die Kommission gemäß den Artikeln 121 und 126 des Vertrags über die für die Überwachung der Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten notwendigen Instrumente und Mechanismen verfügt und in Anbetracht der Tatsache, dass die Mehrheit der Mitgliedstaaten ein Defizit aufweist, das weit über der Grenze von 3 % liegt, wird die Kommission gebeten, folgende Fragen zu beantworten: Beabsichtigt sie, den präventiven Aspekt der Überwachung zu verstärken? Wenn ja, durch welche Mittel und durch welche Verfahren? Beabsichtigt sie, Vorschläge zur Stärkung der wirtschaftlichen Konvergenz in der Eurozone vorzulegen? Zieht sie in Betracht, die Strukturveränderungen zu fördern, die in den Mitgliedstaaten notwendig sind, damit sie diese Änderungen einführen können, sobald es ihre öffentlichen Finanzen erlauben?

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Die Kommission hat lange für die Vertiefung und Ausweitung der Wirtschaftsüberwachung im Euroraum plädiert. Die Bedeutung dieses Themas wurde vom Europäischen Parlament in seinem Bericht zu der jährlichen Erklärung zum Euroraum 2009 und den öffentlichen Finanzen anerkannt.

Die Kommission beabsichtigt, die neuen Vertragsinstrumente voll auszuschöpfen, um eine stärkere Koordinierung der Politik und ein stärkeres Regierungshandeln zu erreichen. Eine kommende Mitteilung wird die neuen Vorschläge umreißen, um der Entwicklung eines umfassenden Rahmenwerkes zur Krisenvermeidung und -korrektur im Euroraum mit Hilfe eines Rückgriffs auf den neuen Artikel 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union einen Rahmen zu geben. Die Mitteilung kann Vorschläge zur Verstärkung der präventiven und korrigierenden Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts – Vorschläge für eine effektivere und umfassendere Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten im Euroraum – umfassen und die Optionen zur Schaffung eines Mechanismus zur Krisenbewältigung für Länder des Euroraums untersuchen.

Hinsichtlich der Steuerpolitik wird wegen der Auswirkungen der Krise auf Schulden und das Wachstumspotential sowie demografischer Faktoren eine stärkere Betonung von steuerlicher Nachhaltigkeit gewährleistet. Die Anreize für die Einhaltung der präventiven und korrigierenden Dimensionen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes müssen verstärkt werden. Das Engagement für Konsolidierung muss in guten Zeiten stärker werden. Unterschwellige Schwachstellen von öffentlichen Finanzen sollten sorgfältig bei der Gestaltung des optimalen Konsolidierungsabschnitts berücksichtigt werden. Ein neuer Schwerpunkt sollte auf Schuldendynamik und -nachhaltigkeit sowie auf die Qualität von öffentlichen Finanzen, einschließlich nationaler Steuerherkunft gelegt werden. Fälle, in denen die Regeln kontinuierlich gebrochen werden, müssen auch bearbeitet werden; Sanktionen könnten abschreckender gemacht und Anreize könnten verstärkt werden.

Für alle EU-Mitgliedsstaaten sind Entwicklungen der Wettbewerbsfähigkeit und makroökonomische Ungleichgewichte zusätzlich zu Steuerungleichgewichten Anlass zu Sorge. Die Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten und Ablenkungen der Wettbewerbsfähigkeit werden insbesondere für EU-Mitgliedstaaten gewährleistet, die mit dem Euro verbunden sind. Dies liegt an dem höheren Maß wirtschaftlicher und finanzieller Quereffekte in Mitgliedstaaten des Euroraums; weniger Marktdisziplin; dem Fehlen von Wechselkursrisiken und anspruchsvoller Anpassung mit möglicherweise hohen Kosten für den gesamten Euroraum.

Divergenzen der Wettbewerbsfähigkeit veranlassen zu ernststen Sorgen über die Funktionsweise der Europäischen Währungsunion. In dem Jahrzehnt vor der Krise ist die Divergenz von einem beunruhigenden Aufbau einer Reihe von Ungleichgewichten des Binnenmarktes in einigen Mitgliedstaaten untermauert worden. Dazu gehören *unter anderem* die hohe Verschuldung und Immobilienblasen in einigen Staaten mit Leistungsbilanzdefizit, sowie eine etablierte Schwäche der Binnennachfrage in einigen Ländern mit Überschuss. Unterschiedliche Lohn- und Kostenentwicklungen, die Anhäufung einer tragfähigen Position der Auslandsverschuldung und die verschleppte, mythische Vergabe von Mitteln haben den Einsatz für Anpassung und gesteigerte Anfälligkeit von öffentlichen Finanzen erhöht. Gleichzeitig sind Länder, die stark von Handelsüberschüssen abhängen, zum Opfer des drastischen Rückgangs im Weltwirtschaftsverkehr zu Beginn der globalen Krise geworden. Deswegen beabsichtigt die Kommission ergänzend zur Haushaltskontrolle Vorschläge für die Erweiterung der wirtschaftspolitischen Überwachung im Euroraum vorzulegen und damit makroökonomisches Ungleichgewicht und Wettbewerbsentwicklungen anzugehen. Das Ziel besteht darin, ein Rahmenwerk für Früherkennung, Prävention und die effektive Korrektur von Ungleichgewichten innerhalb des Euroraums einzurichten.

Das dritte Hauptelement des Kommissionsvorschlags wird die Optionen für die Einrichtung eines Mechanismus zur Krisenbewältigung untersuchen. Der ad hoc-Mechanismus für eine mögliche finanzielle Unterstützung für Griechenland bedient die unmittelbaren Bedürfnisse. Es ist jedoch nötig, einen dauerhaften Mechanismus zur Krisenbewältigung mit starken, eingebauten negativen Anreizen für die Aktivierung einzurichten. *Vorab* klare, glaubwürdige und beständige Regelungen und Verfahren für die Bestimmung außerordentlicher und bedingte Unterstützung für einen Staat des Euroraums in ernster Bedrängnis zu schaffen, wird die Grundlage der EWU stützen.

Die Vorschläge für eine erweiterte wirtschaftspolitische Überwachung und Koordinierung im Euroraum sind eine wichtige Ergänzung zur umfassenden 2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Die Kommission wird für die effiziente Verbindung zwischen diesen beiden Rahmenwerken sorgen.

Rodi Kratsa-Tsagaropoulou (PPE). – (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar, vielen Dank für Ihre Antwort; erlauben Sie mir, auf das Thema Überwachung und Ungleichgewichte zurückzukommen. Mit meiner Frage wollte ich erfahren, ob Divergenz nun ein wichtiges Element der Tagesordnung werden wird; nicht nur Finanzungleichgewichte, sondern auch wirtschaftliche Divergenz und nicht nur Überwachungsmechanismen, sondern auch Aktion zur Bearbeitung der Divergenzen. Internationale Krisen, die griechische Krise haben die ganze Schwäche im Euroraum ans Tageslicht gebracht.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Zuerst möchte ich mich auch bei den Dolmetschern entschuldigen, aber ich befinde mich in einer außergewöhnlichen Situation. Sie konnten auch verstehen, dass ich versucht habe, alle Fragen bis 20.30 Uhr zu beantworten.

Hinsichtlich der Zusatzfrage, denke ich, dass Sie auf den Ursprung der Krise in Ihrem Land zurückkommen sollten. Tatsächlich sind diese Ungleichgewichte mit der Zeit geschaffen worden. Es gibt hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit ein sehr großes Ungleichgewicht. Die Löhne haben viel stärker zugenommen, als die Wettbewerbsfähigkeit und das ist natürlich zunächst eine Angelegenheit nationaler Politik.

Auf die Frage, ob es besser ist, verschärfte Kontrolle zu haben, ist die Antwort „Ja“. Deswegen schlagen wir einen neuen Entwurf dafür vor. Sie sollten nicht vergessen, dass die Europäische Kommission 2002 einen Vorschlag gemacht hat, dass Wirtschaftsprüfer in einen Mitgliedstaat geschickt werden könnten, um beispielsweise die Zahlen zu überprüfen. Er wurde von den Mitgliedstaaten jedoch nicht angenommen. Die Kommission war sich also immer bewusst, dass Überwachung ein sehr wichtiger Teil der Kompatibilität von nationalen Haushaltsplänen mit der Europäischen Währungsunion war, insbesondere im Fall von Griechenland.

Der Präsident. – Ich kann Ihnen nur sagen, dass Ihnen Olli Rehn offensichtlich etwas schuldet! Bei der nächsten Fragestunde können Sie mit ihm also etwas aushandeln, vielleicht wenn Sie an der Reihe sind, hier zu stehen.

Die Fragestunde ist geschlossen.

(Fragen, die aus Zeitmangel nicht beantwortet wurden, werden schriftlich beantwortet (siehe Anhang)).

(Die Sitzung wird um 20.25 Uhr unterbrochen und um 21.00 Uhr wieder aufgenommen)

VORSITZ: Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ

Vizepräsident

13. Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Empfehlung für die zweite Lesung (A70118/2010) durch Jean Lambert im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres betreffend den Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (16626/2/2009 – C7-0049/2010 – 2009/0027(COD)).

Jean Lambert, Berichterstatterin. – Herr Präsident, ich bin mir nicht sicher, ob ich Inspiration bieten kann, aber es handelt sich hierbei offensichtlich um ein sehr kontroverses Thema, das viele Abgeordnete dieses Parlaments davon abgeschreckt hat, zu kommen und einen Redebeitrag zu leisten, daher müssen diejenigen von uns, die tapfer genug sind, um hier anwesend zu sein, die Gelegenheit ergreifen.

Ich möchte damit beginnen, mich bei all den Schattenberichterstattern, die an diesem Bericht gearbeitet haben, für ihren sehr aktiven Einsatz herzlich zu bedanken, und dafür, dass wir in der Lage waren, eine gemeinsame Verhandlungsposition zu finden und als Team zu handeln. Ich möchte auch den beiden beteiligten Ratsvorsitzen – dem tschechischen und insbesondere dem schwedischen Ratsvorsitz – für ihre Einstellung danken, die offener war als das, was wir in einigen Verhandlungen gesehen haben, da wir in der Lage waren, zu verhandeln, anstatt das Gefühl zu bekommen, dass wir nur das zu tun haben, was der Rat verlangt – nun ja, zumindest zeitweise.

Was haben wir also erreicht? Das Ziel des gemeinsamen europäischen Asyl-Unterstützungssystems besteht darin, einheitliche und qualitativ hochwertige Entscheidung im Interesse derjenigen zu treffen, die Schutz benötigen, wobei es sich für die Betroffenen tatsächlich um eine Frage von Leben und Tod handeln kann. Es ist allgemein bekannt, dass das System in den verschiedenen Mitgliedstaaten nicht einheitlich angewendet wird. Manchmal sind die Unterschiede zwischen der besten und schlechtesten Umsetzung so groß, dass ein Vertrauensmangel herrscht, der dazu führt, dass diejenigen, die versuchen, objektive Entscheidungen zu fällen, das Gefühl haben, dass ihre Bemühungen von denen unterminiert werden, die dies nicht tun. Die Leidtragenden sind letztendlich diejenigen, die Schutz bedürfen.

Einige Mitgliedstaaten, die besonders unter Druck stehen, haben das sehr starke Gefühl, dass ein Mangel an Solidarität vonseiten der anderen vorliegt, und dass es auf ihren Unterstützungsbedarf keine echte praktische Reaktion gibt. Unter dem Flüchtlingsfonds gibt es eine Fördermittelausrichtung für die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, die zu einigen positiven Entwicklungen geführt hat, aber es ist ebenfalls deutlich geworden, dass dieser eher fragmentarische Ansatz seine Grenzen hat.

Das Unterstützungsbüro für Asylfragen wird daher eingerichtet, um eine anhaltende Unterstützung zu gewährleisten und so einen einheitlichen Ansatz zu fördern und den unter besonderem Druck stehenden

Ländern aktive Unterstützung zu geben. Ihm werden durch andere Rechtsvorschriften bereits Spezialaufgaben zugewiesen.

Die Schlüsselpunkte für das Europäische Parlament während der Verhandlungen waren die Rolle des Europäischen Parlaments selbst im Verhältnis zum Unterstützungsbüro für Asylfragen, wie eine größere Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten erreicht werden kann, und die Rolle der Zivilgesellschaft und des UNHCR im Bezug auf das Büro.

Die Fragen bezüglich der Rolle des Parlaments konzentrierten sich auf unser Verhältnis zum Direktor, was dessen Ernennung und anhaltende Beziehungen betrifft. Wir haben uns schließlich auf eine Anhörung des empfohlenen Kandidaten durch das Europäische Parlament, die Abgabe einer vertraulichen Stellungnahme und den Erhalt einer Rückmeldung darüber, inwieweit dies berücksichtigt wurde, geeinigt.

Der Direktor wird ebenfalls bei dem Jahresbericht an den betreffenden Ausschuss anwesend sein – ich kann kaum glauben, dass wir darum kämpfen mussten, aber so ist es –, und wir können den Direktor auch dazu auffordern, über die Durchführung bestimmter Aufgaben Bericht zu erstatten.

Die Rolle des Parlaments im Verhältnis zu Agenturen ist jetzt ein Diskussionsthema innerhalb der interinstitutionellen Arbeitsgruppe, und ich bin jetzt ein Mitglied des Teams des Europäischen Parlaments für diesen Bereich – was teilweise auf meine Erfahrungen und ein gewisses Gefühl der Frustration über die Verhandlungen über das Unterstützungsbüro für Asylfragen zurückzuführen ist.

Was die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten betrifft, wollte das Parlament verpflichtende Mechanismen, der Rat wollte den freiwilligen Charakter der Zusammenarbeit zementieren, und die endgültige Wortwahl ist eher neutral, aber wir können uns auf eine externe Bewertung des Unterstützungsbüros für Asylfragen freuen, die die Auswirkungen des Unterstützungsbüros auf die praktische Zusammenarbeit in Asylfragen umfasst.

Was die Rolle des Beratungsforums angeht, so steht den Mitgliedstaaten eine Menge echten Fachwissens zur Verfügung, und es erschien uns offensichtlich, dass ein solches Fachwissen wertvoll sein könnte. Wir wissen, dass einige Mitgliedstaaten aktive Beziehungen zu NRO pflegen, und wir wollten außerdem gewährleisten, dass die Kommunalbehörden, die oft vieles von dem bereitstellen, was unter dem gemeinsamen System erforderlich ist, auch eine Möglichkeit hatten, einbezogen zu werden. Daher sind wir zufrieden darüber, dass wir diesem Körper wieder ein wenig Leben einhauchen konnten.

Abschließend sind wir der Auffassung, dass das Unterstützungsbüro für Asylfragen eine wertvolle Rolle bei der Entwicklung eines gemeinsamen Systems spielen könnte. Wir hoffen, dass es von hoher Qualität sein wird – auch wenn wir dies nicht ganz in den endgültigen Text bekommen konnten – und dass es ein Gefühl von gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Unterstützung fördern wird. Ich möchte die beteiligten Mitgliedstaaten ebenfalls auffordern, offener für die Beiträge anderer Institutionen, gewählter Behörden und der Zivilgesellschaft zu sein, denn, obwohl es hier um die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten geht, findet diese nicht ausschließlich zwischen Regierungen statt. Wir sind dabei, eine europäische Institution zu schaffen.

Cecilia Malmström, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, ich bin sehr froh darüber, dass wir nun kurz vor der Annahme einer Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen stehen. Die Kommission hat dies bereits im Februar 2009 vorgeschlagen, und der Rat und das Parlament haben sich stark dafür eingesetzt.

Die Einrichtung eines gemeinsamen Asylsystems ist seit vielen Jahren ein Ziel der Europäischen Union, und die Kommission und ich selbst fühlen uns diesem Ziel weiterhin verpflichtet.

Wir müssen ein System einrichten, das gerecht und effizient ist, auf der Grundlage von gemeinsamen Standards und gemeinsamen Prinzipien. Dieses System sollte außerdem auf Solidarität basieren, und damit ist Solidarität mit den Migranten, mit den Herkunfts- und Transitländern und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten gemeint. Um die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken, ist die praktische Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden im Asylbereich ein wichtiger Bestandteil der Gestaltung des europäischen Asylsystems. Um diese praktische Zusammenarbeit zu intensivieren, wurde die Einrichtung des Unterstützungsbüros für Asylfragen durch den Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl von 2008 gefordert und im Stockholmer Programm von 2009 vereinbart. Das Unterstützungsbüro wird daher ein Eckpfeiler beim Aufbau eines gemeinsamen Asylsystems sein.

Das Unterstützungsbüro wird, wie Sie alle wissen, seinen Sitz in Valletta haben. Es wird den Behörden der Mitgliedstaaten konkrete und operative Unterstützung bieten, und es wird die Entwicklung der erforderlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und die Entwicklung gemeinsamer Verfahren erleichtern. Dies wird durch die Schulung von Einzelpersonen, die mit Asylanträgen zu tun haben, und durch den Austausch von Informationen und empfehlenswerten Verfahren erfolgen. Das Unterstützungsbüro wird außerdem Mitgliedstaaten, die unter besonderem Druck stehen, Hilfe leisten, indem es Expertenteams schickt, die bei der Registrierung von Asylanträgen helfen können.

Ich möchte dem Europäischen Parlament und allen verantwortlichen Berichterstattern herzlich danken – Frau Jean Lambert natürlich für ihre Arbeit und Herrn Moraes für die erforderlichen Anpassungen an den Europäischen Flüchtlingsfonds, sowie allen Mitberichterstattern und Schattenberichterstattern. Ihre volle und andauernde Unterstützung war sehr wertvoll, und ich freue mich darauf, mit Ihnen an den letzten Schritten vor der Eröffnung dieses Büros zu arbeiten, was hoffentlich bald der Fall sein wird.

Simon Busuttil, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (MT) Herr Präsident, ich möchte ebenfalls beginnen, indem ich Frau Jean Lambert zu ihrem Bericht und zum Erfolg dieses Dossiers gratuliere, sowie zu der loyalen Art und Weise, in der sie mit uns, den Schattenberichterstattern, zu diesem Thema zusammen gearbeitet hat. Die Europäische Volkspartei sieht die Einrichtung des Unterstützungsbüros für Asylfragen unter positiven Vorzeichen, da sie dies als einen wichtigen Schritt vorwärts bei der Einrichtung und Umsetzung einer gemeinsamen Asylpolitik innerhalb der Europäischen Union betrachtet. Ganz persönlich bin ich als maltesischer Abgeordneter offensichtlich nicht nur zufrieden sondern auch stolz darauf, dass diese Büro in der Hauptstadt meines Landes, in Valetta, eingerichtet wird. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieses Büro anerkennen muss, dass eine gemeinsame Asylpolitik auf einem Wort aufbauen muss, das bereits erwähnt wurde, und zwar auf Solidarität: Solidarität gegenüber Asylbewerbern, die nach Europa reisen und Anspruch auf Schutz haben, den das besagte Büro gewährleisten muss, und, wie die Kommission richtig festgestellt hat, Solidarität gegenüber denjenigen Ländern, die die Last bisher allein getragen haben, ohne jede Hilfe. Daher muss dieses Konzept der Solidarität in seiner Gesamtheit verstanden werden; es ist in der Tat so, als ob wir zwei Seiten der gleichen Medaille betrachten, wenn wir gegenüber denjenigen, die Schutz verdienen, und gegenüber den Mitgliedstaaten, die eine unverhältnismäßige Last zu tragen haben, Solidarität zeigen. Ich möchte sagen, dass es bisher den Anschein hat, dass die Botschaft bezüglich der Bedeutung von Solidarität verstanden wurde. Wir sind jedoch bisher noch nicht einen Schritt weiter gegangen. Nun würde ich gerne sehen, wie Worten Taten folgen, und wie dieses Prinzip auf einer praktischen Ebene umgesetzt wird. Hier wird das Unterstützungsbüro eine wichtige Rolle spielen – dieses Prinzip mit Leben zu füllen, es umzusetzen und zu gewährleisten, dass die ergriffenen Maßnahmen tatsächlich dazu führen werden, gegenüber allen Solidarität zu bezeugen, die diese benötigen. Ich hoffe daher, dass dieses Büro seine Arbeit so bald wie möglich aufnehmen wird und möchte anderen versichern, dass wir als Abgeordnete des Parlaments seine Arbeitsweise in den kommenden Monaten und Jahren genau überwachen werden.

Sylvie Guillaume, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch ich möchte damit beginnen, sowohl Frau Lambert als auch Herrn Moraes zu ihrer hervorragenden Arbeit zu gratulieren, die es uns in den nächsten Tagen – sobald der Luftraum wieder in den Normalzustand zurückgekehrt ist – ermöglichen wird, die Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen anzunehmen. Ich denke daher, dass wir alle in einem Punkt übereinstimmen: Wir begrüßen die bevorstehende Einrichtung dieses Büros.

Durch seine eindeutige Ausrichtung auf die praktische Zusammenarbeit wird das Büro zur Verringerung der beträchtlichen Diskrepanzen beitragen, die trotz einer ersten während des Europäischen Rates in Tampere begonnenen, so genannten Harmonisierungsphase immer noch zwischen den Asylpraktiken der verschiedenen Mitgliedstaaten bestehen. Diese Einrichtung wird es uns ermöglichen, die Konsequenz zu gewährleisten, die in der gegenwärtigen Praxis fehlt.

Ich möchte auch die wichtige Rolle betonen, die die Zivilgesellschaft in diesem Büro über ihre Beteiligung an den Beratungsforen spielen wird. Die basisdemokratische Beteiligung der Zivilgesellschaft wird einen besseren Einblick in die Schwierigkeiten geben, denen sich Asylbewerber gegenüber sehen, und in die Unzulänglichkeiten der nationalen Systeme.

Wir müssen jedoch anerkennen, dass diese Sache einen etwas bitteren Nachgeschmack hinterlässt. Für das Parlament ist es das Bedauern, dass man nicht in der Lage ist, eine umfassende Rolle bei der Ernennung des Direktors des Büros zu spielen, und für das Büro selbst ist es die Unmöglichkeit, zur Einführung eines Systems erzwungener Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten beizutragen, um für eine Erleichterung der Länder zu sorgen, die sich an den Toren zur Europäischen Union befinden.

In praktischer Hinsicht ist diese freiwillige Solidarität eine leere Floskel. Die Tatsache ist, wenn wir uns weigern, ein stärker verpflichtendes System zu erwähnen, wie werden wir es dann jemals erreichen können? Dies bleibt ein wichtiges Thema bei unseren Debatten, und wir werden unsere Partner, den Rat und die Kommission, auch weiter daran erinnern.

Die Schaffung dieses Büros veranschaulicht perfekt, dass es der Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems bedarf. Alle Mitgliedstaaten sind sehr dafür, wenn es ein Fall von Erklärungen ist, wie bei dem Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl im Jahre 2008. Seltsamerweise haben die gleichen Mitgliedstaaten dann Erinnerungslücken, wenn es darum geht, den Worten Taten folgen zu lassen und ihr Engagement von allgemeinen Regeln in Texte umzusetzen.

So ist es beispielsweise sehr bedauerlich zu sehen, wie bereitwillig der Rat eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Einwanderung angenommen hat, wie es beim Rat Justiz und Inneres im Februar der Fall war. Er zeigt sich jedoch sehr viel vorsichtiger, wenn es um die Verhandlungen über das Asylpaket geht, bei denen jetzt seit mehreren Monaten ein Stillstand herrscht. Ich fordere die Mitgliedstaaten auf, ein echtes Europa der Solidarität aufzubauen, anstatt ein rein opportunes politisches Schauspiel aufzuführen, das durch Zwangsmaßnahmen erreicht wird.

Einerseits wissen wir, dass diese repressiven Maßnahmen eine echte Bedrohung des Rechts auf Asyl in Europa für Einzelpersonen bedeuten, die aufgrund der gesteigerten Überwachung und anderer Barrieren immer gefährlichere Reisen auf sich nehmen. Andererseits könnte Europa endlich tatsächlich harmonisierte Asylverfahren auf der Grundlage echter Garantien für Asylsuchende vorweisen.

Wir können sehen, dass die Mitgliedstaaten dem Asylpaket sehr viel Widerstand entgegen bringen, und dass die Tendenz besteht, nationale Vorgehensweisen beizubehalten. Dieser Widerstand findet einen deutlichen Widerhall in Auseinandersetzungen über die Haushaltskosten einer solchen gemeinsamen Strategie, die anscheinend im Kontext der Krise unvertretbar sind. Dennoch hat Europa eine riesige Verantwortung, was Asyl angeht.

Wir sollten die Tatsache betonen, dass es bis heute in den meisten Fällen so ist, dass Drittländer, die weniger wohlhabend als wir sind, ihre Rolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernommen haben. Lassen Sie uns daher hoffen, dass dieses Asylpaket genauso erfolgreich ist wie das Büro und dass dieser Erfolg schnell kommen wird, da ein dringender Handlungsbedarf besteht.

Marie-Christine Vergiat, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, das Recht auf Asyl ist einer der Grundwerte der Europäischen Union und niemand wagt es, dieses Recht öffentlich in einer Rede in Frage zu stellen. Dennoch gibt die Realität der europäischen Strategien und der Strategien der Mitgliedstaaten Anlass zu Fragen.

Im Jahr 1999 begann die Europäische Union mit der Harmonisierung ihrer Strategien zu diesem Thema, und heute gibt es offensichtlich ein Gefühl der Befriedigung angesichts des spektakulären Rückgangs bei der Anzahl der Asylbewerber. Wir von der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke könnten damit ebenfalls zufrieden sein, wenn diese Zahlen eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in der gesamten Welt widerspiegeln würden. Wir wissen jedoch alle, dass dies nicht der Fall ist. Unsere Debatten werden dies erforderlichenfalls beweisen, wenn sie am Donnerstagnachmittag stattfinden.

Seit 2004 ist eine abwärts gerichtete Harmonisierung insbesondere der Aufnahmeverfahren und -bedingungen zu verzeichnen. Zwischen den Vorgehensweisen der einzelnen Länder gibt es deutliche Unterschiede, und wir wissen, dass einige der Anwendungen ausgelagert wurden und dass heute manche Asylbewerber nicht länger die Möglichkeit haben, ihre Anträge registrieren zu lassen. Der Preis für die stärkste Reduzierung bei der Anzahl der Asylanträge geht wieder einmal an Frankreich. Als in Frankreich tätige Menschenrechtsaktivistin weiß ich ganz genau, was diese Resultate hervorgebracht hat. Wenn man einen Asylbewerber nur einmal zu den Diensten des Französischen Büros für den Schutz von Flüchtlingen und staatenlosen Personen begleitet hat, weiß man bereits, was der Grund dafür ist. Es ist unerträglich, wenn man zusehen muss, wie diese Männer und Frauen aufgefordert werden, Beweise für die von ihnen erlittenen Folterungen vorzulegen.

Daher könnte der Vorschlag, den wir heute prüfen, etwas frischen Wind in diese Sache bringen. Er hilft dabei, die Umsetzung des europäischen Systems für das Asylrecht zu verbessern. Er zielt darauf ab, die praktische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern, insbesondere indem er den Zugang zu genauen Informationen über das Herkunftsland verbessert, was eine gute Sache ist. Die Mehrheit der von Parlament

bei der ersten Lesung gemachten Vorschläge wurden vom Rat angenommen. Wir wissen, dass wir dieses Ergebnis vor allem dem schwedischen Ratsvorsitz verdanken und sind ihm sehr dankbar dafür. Ich möchte noch hinzufügen, dass Schweden tatsächlich Modellfunktion hat und dass ich es sehr begrüßen würde, wenn sich andere Staaten in diesem Bereich an Schweden ausrichten würden.

Wir haben unsere Berichterstatterin sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten Lesung im Ausschuss unterstützt, und ich möchte ihr gratulieren und mich bei ihr bedanken. Wir werden dies ebenfalls im Plenum tun, und wir geben unserer aufrichtigen Hoffnung Ausdruck, dass dieser kleine Schritt nach vorn einen Wendepunkt bei der europäischen Politik in diesem Bereich darstellt. Wir haben die Hoffnung, dass Europa, anstatt sich in das, was wir in diesem Parlament als die Festung Europa bezeichnen, zurückzuziehen, diese Männer und Frauen, die ein Recht auf Asyl haben, willkommen heißen wird, wie dies in den internationalen Verträgen und in der Europäischen Menschenrechtskonvention, die wir bald ratifizieren werden, proklamiert wird.

Mario Borghezio, im Namen der EFD-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe gehört, dass diese Maßnahme Solidarität erfordert. Meiner bescheidenen Ansicht nach fehlt noch etwas anderes, nämlich Sicherheit.

Dabei muss man sich nur mit denjenigen unterhalten, die sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigen, beispielsweise mit der Polizei – in dieser Hinsicht hatte ich das Glück, mit einigen Mitgliedern der Strafverfolgungsbehörden zu reisen, mit *Carabinieri* Beamten des Versorgungsbüros in Turin, die ich namentlich erwähnen möchte, Romanini und Tavano. Sie haben mir gegenüber bestätigt, dass diese Asylbewerber in vielen Fällen falsche Karten und Dokumente vorlegen; solche Fälle wurden von verschiedenen Polizeikräften und anderen Behörden berichtet.

Wäre es nicht eine gute Idee, diese Frage auch unter dem Aspekt der Sicherheit zu betrachten? Ich bin nicht der Auffassung, dass die Frage der Sicherheit in diesem Dokument besonders betont wird, und dennoch ist sie sehr wichtig, denn wir müssen es vermeiden, ein wichtiges Prinzip, eine wichtige Institution mit einem so großen humanitären Wert, mit anderen Worten das Recht auf Asyl, durch die schmutzigen Interessen derjenigen kontaminiert wird, die ihr Geschäft mit illegalen Einwanderern machen und die oft das Asyl als Möglichkeit nutzen, um Menschen einzuschleusen, die keine Rechte und keine Beziehungen zu denjenigen haben, die tatsächlich verfolgt werden.

Zweitens besagt Artikel 2 der Verordnung, dass das Büro die praktische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in allen Aspekten des Asylrechts erleichtern, koordinieren und intensivieren soll, um zu einer besseren Umsetzung des gemeinsamen europäischen Asylsystems auch im Außenbereich beizutragen. Artikel 7 sollte dies spezifizieren, tut dies jedoch nur sehr vage, indem gesagt wird, dass das Büro mit Drittländern in technischen Fragen Zusammenarbeitsmethoden einrichten kann.

Ich bin der Ansicht, dass wir sehr viel weiter gehen müssen, und ich frage mich, wieso niemand über den Vorschlag der Einrichtung dieser Büros auch in Drittländern spricht, obwohl dies von vielen Menschen, einschließlich uns, vorgeschlagen wird? Was verhindert dies? Ich denke, dass es sehr wichtig ist, zu filtern, teils um die Arbeitsbelastung und die Situation der Länder zu erleichtern, die davon direkter betroffen sind. Jemand hat von den Bedürfnissen dieser Länder gesprochen, aber diese Länder müssen unterstützt werden, und ich glaube, dass Büros in Drittländern eingerichtet werden sollten, beispielsweise in Nordafrika, in der Subsahara-Region, wo es eine Konzentration von Asylanträgen und Asylbewerbern gibt.

Dort müssen wir filtern, möglicherweise unter Einsatz des Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union, der Operationen durchführt, an denen bestimmte Entwicklungsländer, die einen Teil der Verantwortung übernehmen, beteiligt sind; wir müssen ihnen in der Asylfrage ein Verantwortungsbewusstsein vermitteln.

Ich bin der Ansicht, dass diese Themen sehr wichtig sind, und dass wir sie nicht vernachlässigen sollten; auch die Bedürfnisse der von diesen Themen betroffenen europäischen Mittelmeerländer dürfen wir nicht ignorieren und nicht nur darüber reden oder einige Beamte schicken; wir haben in Italien schon unsere eigenen Bürokraten. Was wir brauchen, um mit dieser Situation fertig zu werden, ist Geld, Ressourcen und echte Unterstützung.

Es wurde gesagt, dass in Schweden alles gut läuft. Das mag ja der Fall sein, aber Schweden ist weit von den Bedürfnissen entfernt, die in Malta, Italien, Frankreich und dem Mittelmeerraum herrschen: Dort liegt das Problem, und es muss angegangen werden – und wir müssen die Länder der Europäischen Union dafür in die Verantwortung nehmen. Privilegien und Belastungen gehen Hand in Hand, und da wir die Belastung haben, sollten wir auch die Mittel erhalten, um sie bewältigen zu können.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! Eine einheitliche Anwendung von Asylrechtsregelungen zur Minderung einer Sekundäremigration innerhalb der EU zur Unterstützung jener Mitgliedstaaten, die einen besonders hohen Ansturm von Asylanten zu bewältigen haben, ist sicherlich keine schlechte Idee. Aber es bestehen doch erhebliche Zweifel, ob die Neuschaffung dieses Unterstützungsbüros zur Verbesserung überhaupt erforderlich ist und ob diese nicht zu stark in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingreift.

Die Errichtung der Agentur ist ein weiterer Schritt in Richtung Zentralisierung der EU-Asylpolitik. Insgesamt wird ein deutlich hohes Schutzniveau, das sich am Handeln der großzügigsten Mitgliedstaaten, wie z. B. Österreich, orientiert, angestrebt. Bestehende Unterschiede sollen abgebaut werden, wobei die großzügigeren Länder auf Kurs bleiben und die anderen sich anpassen sollen. Das ging alles sehr gut, doch die ausufernde Gründung und Aufgabenerweiterung von EU-Agenturen – wir haben seit 2000 eine Verdreifachung – widerspricht klar dem Bestreben der Lissabon-Strategie nach Deregulierung und Subsidiarität.

Das viel angesprochene Ziel einer zirkulären Migration – ein bisschen da, ein bisschen dort, zeitweise hier – halte ich für absolut verfehlt. In der Praxis funktioniert das nicht, und aus einer zirkulären Migration wird häufig eine dauerhafte. Weitere Kritikpunkte sind natürlich auch zu vermerken: Unrealistische Schubhaftbedingungen gehen auf Kosten der Sicherheit und auf Kosten unserer Exekutive. Eine Ausdehnung des Familienbegriffs bis zur Großmutter hin wird auch hier zu einem weiteren Zuzug einladen, und erleichterter Arbeitsmarktzugang in Zeiten hoher Arbeitslosenzahlen ist untragbar.

Die Erweiterung der Grundversorgung auf das Niveau von Ländern wie Österreich und Deutschland ist unfinanzierbar. Das neue Asylbüro ist daher nicht zweckmäßig und sollte eingespart werden. Eine gemeinsame Asylstrategie muss von Grund auf überdacht werden, denn so, wie Sie sie empfehlen, wird das in den betroffenen Ländern jedenfalls nicht funktionieren.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Herr Präsident, die Einrichtung eines europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen ist in der Tat extrem wichtig und daher sehe ich es von der Symbolwirkung her für wichtig an, dass es in Malta eingerichtet wird, einem Land im Süden Europas, das durch Asylbewerber und auch im Rahmen der illegalen Einwanderung großem Druck ausgesetzt ist.

Es ist wichtig, dass wir die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in Asylfragen noch weiter verstärken und koordinieren und schließlich von den verschiedenen nationalen Vorgehensweisen zu einem einheitlichen Ansatz gelangen, insbesondere da wir alle die riesigen Unterschiede erkennen, die gegenwärtig existieren. Zum Beispiel – diese Information steht der Kommission zur Verfügung, aber ich glaube, dass sie bereits weiß, dass ein irakischer Asylbewerber in einem Mitgliedstaat eine Chance von 71 % hat, dass sein Antrag akzeptiert wird, während dies Chance in einem anderen Mitgliedstaat lediglich bei 2 % liegt, und natürlich gibt es auch verschiedene Probleme zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Dublin-II-Verordnung wird einigen Mitgliedstaaten unweigerlich eine schwerere Bürde auferlegen als anderen, und natürlich wird dieses Büro für Asylfragen auch die durch den Europäischen Flüchtlingsfonds verfügbaren Solidaritätsmechanismen unterstützen. Ich beziehe mich auf die Beförderung und Umverteilung von Flüchtlingen aus Drittländern in Europa und auf die sogenannte interne „Umverteilung“ von Flüchtlingen.

Was die Umverteilung aus Drittländern betrifft, so machen wir nur kleine Schritte, aber wir kommen weiter. Was jedoch die interne Umverteilung von Flüchtlingen angeht, möchte ich betonen, dass, trotz der Tatsache, dass wie alle anerkennen, dass einige Mitgliedstaaten, insbesondere in Südeuropa, eine größere Belastung haben als andere, wir bisher keinen genauen Vorschlag gemacht haben; wir haben bezüglich dieser Fragen keine Initiative ergriffen. Wir erwarten die Vorschläge der Kommission; wir haben außerdem zu diesem Thema ein Schreiben im Rahmen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres verschickt, und wir müssen in jedem Fall in diesen Fragen mutiger vorgehen, da der Druck groß ist.

Abschließend muss ich dies sagen: Es ist sehr wichtig, dass wir in der Europäischen Union Mechanismen zur Aufnahme von Flüchtlingen, zur Aufnahme von Asylbewerbern entwickeln, nicht nur aus humanitären und den von vielen Abgeordneten bereits genannten Gründen, sondern auch zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Wir müssen allen, die auf der Suche nach einer besseren Heimat, einer besseren Zukunft sind, die Botschaft übermitteln, dass in Europa jeder, der den legalen Weg geht, letztendlich eine bessere Chance hat als derjenige, der den Weg der illegalen Einwanderung geht, über die unglücklicherweise sehr viel Druck aufgebaut wird.

John Bufton (EFD). – Herr Präsident, die Einrichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen läuft der britischen Opt-out-Klausel im Bereich Einwanderung völlig zuwider und ist mit der Zurückweisung des Schengen-Besitzstands durch das Vereinigte Königreich unvereinbar. Der Vorschlag, dass 40 Mio. EUR

dafür ausgegeben werden sollen, ein vollständiges Büro in Malta einzurichten und mit Personal zu besetzen, um sich mit Asylbewerbern in der gesamten EU zu befassen, vermittelt den Eindruck, dass diese Kommission die Entscheidungen treffen möchte, die den nationalen Regierungen überlassen werden sollten.

Jede gemeinsame europäische Asylpolitik bedroht die britische Souveränität über die Grenzkontrolle. Die wiederholten Appelle, das Vereinigte Königreich darüber entscheiden zu lassen, wer das Land betritt und verlässt und wer aufgenommen werden kann, rühren von der Tatsache her, dass wir ein riesiges Bevölkerungsproblem haben, das der Situation im restlichen Europa völlig unähnlich ist.

Die Kommission bietet keine Hilfe oder Unterstützung an, wenn das Vereinigte Königreich Schwierigkeiten hat. Stattdessen nimmt sie das Geld des britischen Steuerzahlers, um die Kosten dafür zu decken, dass unsere Entscheidungen für uns getroffen werden. 40 Mio. EUR wären besser für den Bau neuer Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen im Vereinigten Königreich eingesetzt worden sowie zur Bereitstellung lebenswichtiger Dienste wie einer sauberen Wasserversorgung, die dringend benötigt wird, wenn wir auch weiterhin eine der Ersten Welt entsprechende Lebensqualität für alle gewährleisten wollen.

Bei einer von vier Geburten wurde die Mutter selbst nicht im Vereinigten Königreich geboren, das sind 170 000 Geburten pro Jahr. Wo ist das Geld, das es dem britischen Steuerzahler ermöglichen soll, für all dies aufzukommen? Befindet es sich in Ihrer Tasche oder wurde es bereits für die Einrichtung eines neuen Asylbüros ausgegeben, das zweifellos noch mehr Druck auf das Vereinigte Königreich ausüben wird?

In unseren Wahlkämpfen versprechen alle Parteien des Vereinigten Königreichs, etwas gegen die Einwanderung zu tun, weil die Menschen zuhause verlangen, dass etwas getan werden soll. Aber was kann Westminster tun, solange wir in der EU sind, denn zu genau dem gleichen Zeitpunkt verlangt die Europäische Kommission, dass ihr die gesamte Befugnis über Asylbewerber übertragen wird?

Die Kommission hat immer wieder ihre Geringschätzung für die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen des Vereinigten Königreichs gezeigt. Beabsichtigt die Kommission die Opt-out-Klausel des Vereinigten Königreichs in diesem Bereich ebenfalls zu widerrufen? Die Menschen zuhause verdienen Ihre Ehrlichkeit, weil diese Frage sehr wichtig für sie ist. Von Ihnen wird erwartet, dass Sie sie vertreten, und sie verdienen es, zu erfahren, was Sie geplant haben.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, wir dürfen ein Büro, das ein Verfahren zur Feststellung der tatsächlichen Umstände von Asylbewerbern unterstützen soll, nicht in Solidarität einhüllen.

Wir glauben, dass dies wichtig und nützlich ist, aber es muss gewährleistet sein, dass einerseits diejenigen, die tatsächlich ein Recht auf Asyl haben, es schneller gewährt bekommen, und dass andererseits gegen all diejenigen, die nicht über die erforderliche Berechtigung verfügen und die versuchen, das System zu missbrauchen, entschieden vorgegangen wird, da es klar ist, dass nicht allen, die das Recht auf Asyl haben, auch Asyl gewährt wird.

Ich möchte nur ganz kurz die Aussagen von Herrn Borghesio wiederholen: Bestimmte Länder wie Italien und insbesondere der südliche Teil Italiens, aus dem ich stamme, bieten der Einwanderung natürliche Zugangswege und sind aufgrund ihrer historischen Traditionen der freundlichen Aufnahme von Einwanderern besonders von Asylanträgen betroffen.

Europa muss sich hier engagieren, und die Europäische Union muss ihre Aufmerksamkeit und ihre Bemühungen, auch ihre wirtschaftlichen Bemühungen, auf die Gebiete konzentrieren, die die meisten Einwanderer aufnehmen.

Cecilia Malmström, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich bin für die starke Unterstützung dankbar, die die Mehrheit dieses Plenums der Einrichtung dieser Agentur entgegen bringt. Wie Sie wissen haben die Mitgliedstaaten die Einrichtung dieser Agentur einstimmig gefordert, sogar diejenigen mit Opt-out-Klauseln, die wissen, dass die Kommission nicht die Absicht hat, irgendwelche Änderungen der Opt-out-Klauseln des Vereinigten Königreichs zu erzwingen. Diese Entscheidung bleibt den Menschen im Vereinigten Königreich überlassen.

Aber auch in diesem Plenum hat es eine starke Unterstützung für eine Agentur gegeben, und ich bin sehr froh darüber, dass diese nun geschaffen wird. Wir wissen, dass besonders in bestimmten Jahreszeiten ein großer Druck auf den Mittelmeerländern lastet, und diese Agentur kann Hilfe und Unterstützung bieten. Migranten kommen auch nach Nord-, Ost-, West- und Mitteleuropa, daher ist dies eine Agentur für das gesamte Europa, auch wenn sie nicht zufällig ihren Sitz in Valetta hat.

Es ist nicht einfach eine weitere Agentur. Es ist ein Eckpfeiler beim Bau eines gemeinsamen Asylsystems und wird ein wichtiges Instrument bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten sein, wenn es darum geht, Verfahren und gemeinsame Standards zu entwickeln und Mitgliedstaaten zu unterstützen, die besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Sie würde Informationen sammeln, ein Portal errichten, Experten haben usw. Letztendlich bleibt es den Mitgliedstaaten überlassen, zu entscheiden, wer bleiben darf, aber es gibt bestimmte Verfahren, die harmonisiert werden müssen.

Wie einige von ihnen gesagt haben, ist dies ein Bestandteil der Entwicklung eines gemeinsamen Asylsystems in Europa. Dies ist nur ein Bestandteil. Wie die Berichterstatterin glaube ich gesagt hat, stecken wir fest, was den Rest des Asylpakets angeht. Die Kommission rechnet auf die Hilfe und die Unterstützung des Europäischen Parlaments dabei, in diesem Bereich voranzukommen, damit wir in nicht allzu ferner Zukunft tatsächlich innerhalb der Europäischen Union eine gemeinsame Asylpolitik haben werden.

Jean Lambert, Berichterstatterin. – Herr Präsident, ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um eine oder zwei aufgetretene Fragen zu klären, obwohl es schade ist, dass diejenigen, die die Fragen gestellt haben, nicht mehr da sind, um die Antworten zu hören.

Die Asylverpflichtungen sind in den von allen Mitgliedstaaten einzeln unterzeichneten internationalen Übereinkommen eindeutig festgelegt. Dies ist nicht das gleiche wie eine Einwanderungspolitik, und man sollte wirklich den Unterschied erkennen.

Was diejenigen angeht, die sich um das Geld Sorgen machen – wenn ich hier eine parteipolitische und nationalpolitische Aussage machen darf –, wenn einige der Mitgliedstaaten mit der Schaffung von Asylbewerbern aus dem Irak und Afghanistan aufhören würden, dann könnten wir sicherlich sehr viel mehr Geld sparen und in der Tat den Menschen sehr viel Leid ersparen.

Was einige andere der angesprochenen Punkte betrifft, so hoffen wir, dass die Verbesserung der Qualität des Systems in bestimmten Mitgliedstaaten dazu führen wird, das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken und die Blockaden in einigen der anderen Teile des Asylsystems aufzuheben sowie Mitgliedstaaten das Gefühl zu vermitteln, dass sie Unterstützung erhalten, wenn sie besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Wie andere bereits gesagt haben, sind viele der überlasteten Länder gar nicht in der Europäischen Union sondern anderswo, auch wenn einige unserer Mitgliedstaaten durch die ankommenden Flüchtlingsströme beträchtlichem geographischem Druck ausgesetzt sind.

Ich habe interessiert zugehört, als ein Kollege weitere Unterstützung bezüglich des Unterstützungsbüros für Asylfragen verlangte, aber ich fürchte, ich habe die Änderungsvorschläge nicht mitbekommen, die er zu diesem Thema vorgelegt hat.

Ich möchte außerdem klarstellen, dass das Unterstützungsbüro für Asylfragen nicht dazu da ist, um über den Status zu entscheiden; es übernimmt nicht die Rolle der Mitgliedstaaten in diesem Bereich.

Insgesamt gesehen begrüße ich die Kommentare meiner Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße die aktive Beteiligung derjenigen, die mir bei diesem Bericht sehr geholfen haben, und ich bin mir sicher dass wir alle – oder zumindest die meisten von uns – uns darauf freuen, dabei zu sein, wenn in Valletta das Unterstützungsbüro für Asylfragen eröffnet wird und wir mit unserer Arbeit beginnen können.

Der Präsident. – Ich werde die Aussprache beenden. Ich werde dies jedoch nicht tun, ohne vorher mit Nachdruck zu sagen, dass ich nicht unbewegt von der Tatsache bin, dass die Person, die bei dieser Aussprache den Vorsitz geführt hat, in den Genuss des Asylrechts gekommen ist, und zwar aufgrund der Großzügigkeit der Regierungen und der Menschen von Frankreich, Österreich und Belgien, denen ich heute meinen Dank aussprechen möchte, da es für Dankbarkeit keine zeitliche Begrenzung gibt, obwohl dies vor mehr als 40 Jahren stattgefunden hat.

Die Aussprache wird geschlossen.

Die Stimmabgabe erfolgt während der Sitzungsperiode in der ersten Maiwoche.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Ioan Enciu (S&D), schriftlich. – (RO) Die Einrichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, wie es der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl und das Stockholmer Programm vorsehen.

Das Büro wird zu einer Steigerung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Institutionen, Kommunalbehörden und der Zivilgesellschaft beitragen und gemeinsame Verfahren im Asylbereich identifizieren. Ich bin mir sicher, dass dies zu einer Annäherung der Standpunkte der Mitgliedstaaten hinsichtlich asylbezogener Strategien führen wird. Bei dieser Sache handelt es sich um eine absolute Notwendigkeit, da einige Mitgliedstaaten einem starken Zustrom von Asylbewerbern gegenüberstehen. Zusammenarbeit und Solidarität sind zwischen den Mitgliedstaaten ebenfalls erforderlich, nicht nur um diesen Ländern bei der Bewältigung der vor ihnen liegenden Probleme zu helfen, sondern auch um das Europäische Gemeinsame Asylsystem zu verbessern.

Ich muss erwähnen, dass sich dieses System unter juristischen und praktischen Aspekten auf eine vollumfängliche Anwendung der Europäischen Konvention für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten gründet.

14. Allgemeine Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds im Hinblick auf die Vereinfachung bestimmter Anforderungen und im Hinblick auf bestimmte Bestimmungen bezüglich der finanziellen Verwaltung (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist der Bericht (A7-0055/2010) von Evgeni Kirilov im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 hinsichtlich allgemeiner Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds im Hinblick auf die Vereinfachung bestimmter Anforderungen und im Hinblick auf bestimmte Bestimmungen bezüglich der finanziellen Verwaltung(KOM(2009)0384 – C7-0003/2010 – 2009/0107(COD)).

Herr Kirilov, der Berichterstatter für diesen Bericht, war aufgrund der Luftverkehrssituation nicht in der Lage zu kommen. Frau Krehl, die Herrn Kirilov vertritt, hat das Wort.

Constanze Angela Krehl, stellvertretende Berichterstatterin. – Herr Präsident! Es tut mir sehr leid, dass Herr Kirilov nicht selber hier vortragen kann. Er hat sich sehr bemüht, für dieses Parlament einen Bericht in einer Angelegenheit zu erstellen, die für die Regionen und für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sehr wichtig ist. Deswegen möchte ich auch wirklich seine Notizen vortragen. Und zwar auf Englisch, was für einen bulgarischen Kollegen immer ganz überraschend ist. Gut, dass ich zumindest nicht Bulgarisch reden muss. Es ist mir eine Freude, dass er durch meine Stimme quasi doch hier im Parlament vertreten ist, auch wenn er in Sofia keinen Flug bekommen konnte.

stellvertretende Berichterstatterin. – Herr Präsident, ich bin froh darüber, dass wir heute Abend die Möglichkeit haben, wichtige Änderungen zur allgemeinen Regelung des Strukturfonds zu diskutieren. Diese Änderungen sind ein wichtiges Element hinsichtlich der gemeinsamen Bemühungen auf europäischer und nationaler Ebene, um die Folgen der Wirtschaftskrise zu bewältigen. Sie sind eine logische Fortsetzung der Dokumente, die wir letztes Jahr angenommen haben.

Dann habe ich als Berichterstatter über die Rolle der Kohäsionspolitik für Investitionen in die Realwirtschaft den Rat und die Kommission aufgerufen, an einer Vereinfachung der Strukturfondsregelung zu arbeiten und so den Zugang zu diesen Finanzmitteln zu erleichtern, wenn sie von den Mitgliedstaaten benötigt werden.

Ich freue mich darüber, dass die wichtigsten Empfehlungen des Parlaments hinsichtlich einer weiteren Vereinfachung berücksichtigt wurden. Ich bin davon überzeugt, dass die neuen Änderungen der allgemeinen Bestimmungen, die einige der bestehenden Verfahren vereinfachen werden, unsere Unterstützung verdienen. Die Reduzierung von unnötigem Verwaltungsaufwand, Bürokratie und unklaren Bestimmungen wird zu mehr Transparenz, besserer Kontrolle und weniger Unregelmäßigkeiten beitragen.

Dies bedeutet ebenfalls eine verbesserte Umsetzung und eine korrekte Verwendung von EU-Geldern. Hier ist nur ein Beispiel. Durch die Änderung von Artikel 88 erhalten die Mitgliedstaaten zusätzliche Anreize, Unregelmäßigkeit zu entdecken und zu korrigieren, bevor diese durch die Kontrollstellen der EU gefunden werden. In diesem Fall verlieren die Mitgliedstaaten nicht die betreffenden Gelder, sondern können sie erneut für andere Projekte innerhalb des jeweiligen Programms verwenden.

Die zweite Gruppe von Änderungen betrifft Bestimmungen für die finanzielle Verwaltung. Vorauszahlungen für die Länder, die von der Krise am stärksten betroffen sind, werden 2010 erhöht werden. Alle Mitgliedstaaten

erhalten mehr Zeit um für 2007 zugesagte Finanzmittel für Projekte auszugeben, die nicht innerhalb der gesetzten Fristen genehmigt oder durchgeführt wurden.

Beide Gruppen von Maßnahmen sind aufgrund ihrer Botschaft an die Begünstigten und wegen ihres praktischen Nutzens von Bedeutung. Krisenbewältigungsmaßnahmen sind eine deutliche Solidaritätskundgebung. Sie bringen den Mitgliedstaaten neue Gelder, um aus der Krise zu kommen.

Alle Maßnahmen werden die Realisierung von weiteren Projekten gerade jetzt ermöglichen. Dies ist für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Investitionen und Infrastruktur und die Anpassung von Arbeitnehmern und Firmen an den wirtschaftlichen Wandel von entscheidender Bedeutung.

Beide Arten von Maßnahmen sind nützlich und umso wertvoller, wenn sie rechtzeitig umgesetzt werden; aber sie erwarten immer noch ihre abschließende Genehmigung. Leider kam es im Rat, der das führende Gremium für die Annahme der geänderten Verordnung ist, zu einer enormen Verzögerung beim Erreichen einer Einigung.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir nun, wo das Parlament die gleiche Macht hat wie der Rat, die Genehmigung und das Inkrafttreten dieser lange erwarteten und notwendigen Maßnahmen nicht hinausschieben werden.

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Krehl, vielen herzlichen Dank für Ihren Bericht. Meine Bitte geht auch dahin, dem Kollegen Kirilov meinen Dank zu übermitteln. Er hat einen ganz speziellen Beitrag dazu geleistet, dass wir so schnell durch all die institutionellen Stationen hindurch die Möglichkeit gefunden haben, heute diese vorgeschlagene Novelle zur allgemeinen Verordnung zu diskutieren und sie demnächst im Parlament – so hoffe ich – mit einer breiten Mehrheit zu beschließen, so dass die angedachten Punkte auch schnell umgesetzt werden können. Das ist ein gutes Zeichen des fruchtbaren Dialogs zwischen den Institutionen Rat, Parlament und Kommission und ein gutes Beispiel dafür, dass das Zusammenspiel in der Tat schon funktioniert.

Was verfolgen wir mit der angestrebten Novelle? Langfristig eine wirksame Vereinfachung der Regeln, kurzfristig soll aber auch ein Beitrag geleistet werden für jene Mitgliedstaaten, die von der aktuellen Wirtschaftskrise am stärksten betroffen sind. Wir akzeptieren den Kompromissvorschlag des Rates, der auch breite Zustimmung im Parlament findet, denn es ist wichtig, dass wir rasch und gezielt helfen und das Programm auf den Weg bringen.

Das gemeinsame und übergreifende Ziel dieser Initiative ist es, eine Beschleunigung der Implementierung der Programme herbeizuführen. Wir haben vor Kurzem den ersten Strategiebericht präsentiert und auch gesehen, was in den ersten Jahren des aktuellen Programmzeitraums noch nicht so optimal gelaufen ist und was sich ganz gut entwickelt hat. Wir müssen durchaus selbstkritisch sagen, dass es gilt, die Frage der da und dort komplizierten Regeln aufzugreifen. Das ist meines Erachtens mit der aktuellen – der dritten – Novelle im laufenden Programm gelungen. Ferner soll ein Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet werden.

Was kann getan werden? Um Ihnen stakkatoartig ein paar Beispiele zu nennen: Vereinheitlichung der Schwellenwerte bei Großprojekten auf 50 Millionen Euro, einfachere Regelungen bei der Modifizierung der operativen Programme, wenn es – auch das ist ein ganz wichtiger Punkt – zur Krisenbewältigung notwendig ist, Ermöglichung der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Wohnbau und in der Wohnbausanierung – etwas, was nicht nur im Sinne des Energiesparens ist, sondern sich auch für das Baunebengewerbe entsprechend auswirkt.

Die aktuelle Regelung bedient vor allen Dingen die bestehenden Liquiditätsprobleme der fünf betroffenen Länder – Rumänien, Ungarn und die drei baltischen Staaten – und soll, wie gesagt, auch zu einer beschleunigten Absorption der Mittel durch eine erhöhte Flexibilität beitragen. Mit diesen in Aussicht gestellten Mitteln in Höhe von 775 Millionen Euro, die vorzeitig ausbezahlt werden können, können viele Projekte schneller realisiert werden.

Abschließend darf ich in diesem Zusammenhang auf die schon im Jahr 2009 gewährten 6,2 Milliarden Euro als Vorauszahlung verweisen. Das zeigt, dass zwar die Strukturmittel weder ursprünglich noch in der Zukunft als Krisenfeuerwehr zu betrachten sind, dass wir aber, wenn es notwendig ist, dennoch die Flexibilität entwickeln, um in Zeiten der Krisen mit unseren Möglichkeiten einen entsprechenden Beitrag zu leisten.

Ich bedanke mich und freue mich auf die Diskussion.

Regina Bastos, *Berichterstatterin für die Stellungnahme des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.* – (PT) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, als Berichterstatterin für die Stellungnahme des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten möchte ich Herrn Kirilov trotz seiner zwangsweisen Abwesenheit gratulieren und die Art und Weise hervorheben, in der es ihm möglich war, diesen wichtigen Bericht zu erstellen und sein Hauptziel zu fördern. Ich möchte außerdem Frau Krehl für ihre Präsentation danken.

Um es gleich auf den Punkt zu bringen, besteht das Hauptziel darin, die Verfahren zu vereinfachen und die Umsetzung der durch den Kohäsionsfonds, den Strukturfonds und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanzierten Programme zu beschleunigen.

Während der gegenwärtigen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise ist der Druck auf die nationalen Finanzressourcen gewachsen. Dieser Druck wird durch eine bessere Verwendung der Finanzierung durch die Gemeinschaft und durch eine schnellere Bereitstellung dieser Ressourcen für die durch den wirtschaftlichen Abschwung am stärksten betroffenen Begünstigten reduziert werden.

Mehr als 20 Millionen Europäer sind arbeitslos, bzw. 4 Millionen mehr als noch vor einem Jahr, und unglücklicherweise wird ein weiterer Anstieg dieser Zahl vorhergesagt. Diese Situation erfordert es, dass wir gewährleisten, dass Kohäsionsprogramme richtig umgesetzt werden, da es sich bei ihnen um ein wichtiges, kraftvolles Instrument zur Unterstützung der Realwirtschaft handelt, insbesondere hinsichtlich der Klein- und Mittelbetriebe und der Arbeitsplätze. KMU sind der Motor der europäischen Wirtschaft und die Erzeuger nachhaltigen Wachstums, die eine Vielzahl hochwertiger Arbeitsplätze schaffen.

Eine weitere Vereinfachung und Verdeutlichung der Regeln für die Kohäsionspolitik wird unbestreitbar positive Auswirkungen auf die Umsetzungsgeschwindigkeit der Programme haben, insbesondere dadurch, dass nationalen, regionalen und lokalen Behörden klare und weniger bürokratische Bestimmungen vorliegen, die bei der Anpassung der Programme an die neuen Herausforderungen mehr Flexibilität erlauben.

Sophie Auconie, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Kirilov, hier meinen herzlichsten Dank für die monatelange konstruktive Zusammenarbeit aussprechen.

Ich möchte auch die hohe Qualität der vom Rat insbesondere seit Beginn des spanischen Ratsvorsitzes geleisteten Arbeit hervorheben. Dies ist umso wichtiger, da wir heute Abend über eine Verordnung debattieren, deren Maßnahmen von tausenden von Akteuren vor Ort erwartet werden. Ich bin davon überzeugt, dass für diese Akteure vor Ort die Regionalpolitik der greifbarste Ausdruck der Europäischen Union in ihrem Gebiet oder ihrer Region ist.

Dennoch wird die Regionalpolitik, obwohl sie ihnen helfen soll, oft als komplex und einschränkend empfunden. Es ist daher an der Zeit, ihr Image durch eine tiefgreifende Vereinfachung der Bestimmungen für ihre Anwendung zu ändern. Die 350 Mrd. EUR europäische Finanzmittel sind zum Nutzen unserer europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Heute demonstrieren wir die vor Ort erwartete ansprechbare Vorgehensweise in diesen Zeiten der von uns allen durchlebten wirtschaftlichen und sozialen Krise.

Wenn ich nur bestimmte Aspekte dieses wichtigen Texts auswählen müsste, dann würde ich sagen, dass er uns in Europa größere Flexibilität und Solidarität gibt. Größere Flexibilität, da die vorgeschlagenen Vereinfachungsmaßnahmen eine Reduzierung der zur Verfügung zu stellenden Informationsmenge, weniger Kontrollen und eine größere Flexibilität bei Einnahmen schaffenden Projekten ermöglichen.

Er steigert jedoch außerdem die Solidarität, da außergewöhnliche Maßnahmen zu Bekämpfung der Wirtschaftskrise ergriffen werden, wie die bereits von der Kommissarin und Frau Krehl erwähnten finanziellen Vorleistungen und ein neues Berechnungssystem. Die endgültige Abstimmung Anfang Mai wird es uns daher ermöglichen, sowohl den Empfängern europäischer Finanzmittel als auch den Planungsabteilungen eine große Hilfe zu sein. Aber lassen Sie uns nicht vergessen, dass es auf dem Gebiet der Vereinfachung noch viel zu tun gibt.

Karin Kadenbach, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Herr Präsident, Herr Kommissar Hahn, wertes Hohes Haus! Ich glaube, der Kommissar hat zusammengefasst, um was es heute Abend geht, nämlich rasch und gezielt zu helfen. Wir brauchen dringend eine Beschleunigung der Implementierung dieser Programme, und ich glaube, die dritte Novelle der allgemeinen Strukturfondsregelung wurde als Antwort auf die finanzielle Krise veranlasst und soll, wie schon ausgeführt, einen schnellen und vor allem einfachen Zugang zu diesen Fonds ermöglichen.

Wir wissen aus der Vergangenheit, dass gerade die Strukturfondsmittel ganz wesentlich dazu beigetragen haben, dass in den Regionen Lebensqualität, Arbeitsplätze, Zukunft geschaffen werden. Ich glaube, in Zeiten wie diesen braucht es die Solidarität der Europäischen Union, um in diesem Augenblick als Krisenfeuerwehr tätig zu werden, denn, wie gesagt, es sind Flexibilität und Solidarität gefragt.

Krisenbekämpfungsmaßnahmen, wie ausgeführt, sind Zeichen dieser Solidarität, und wir brauchen die flexiblen Vorauszahlungen, damit die angestrebten Projekte, die Lebensqualität und Arbeitsplätze schaffen, auch ermöglicht werden. Wie im Vorfeld von unserem Berichterstatter – bzw. heute Abend von Frau Krehl – angesprochen wurde, gab es bei der Annahme dieser Verordnung eine nahezu unverzeihliche Verzögerung. Gerade aus diesem Blickwinkel sollte die zukünftige Kohäsionspolitik so ausgestaltet sein, dass sie prozedurale und technische Aspekte nicht als Hindernis für eine schnelle und effiziente Implementierung der Regionalpolitik heraufbeschwört.

Ich unterstütze daher die Forderungen unseres Berichterstatters nach einem schnellen Inkrafttreten dieser Abänderung der Strukturfondsregelung: rasch und gezielt helfen.

Elisabeth Schroedter, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Herr Kommissar! Reden wir doch mal Klartext: Die Vereinfachung, die Sie hier alle so loben, bedeutet, dass groß dimensionierte Abwasseranlagen und riesige Müllverbrennungsanlagen nicht mehr, wie bisher in der Verordnung vorgesehen, ab einer Investitionssumme von 25 Millionen von der Kommission genehmigt werden müssen, sondern erst ab einer Summe von 50 Millionen. Das bedeutet für Projekte unter 50 Millionen, dass die Kommission auch keinerlei Kosten-Nutzen-Analyse mehr prüft, und das bedeutet vielleicht, dass eine solche Kosten-Nutzen-Analyse gar nicht mehr durchgeführt wird. Anders als bisher wird auch nicht mehr überprüft, ob solche Projekte der EU-Gesetzgebung im Umweltbereich entsprechen – oder eben nicht.

Da es sich bei diesen Projekten um teilweise kreditfinanzierte Projekte handelt, wird auch nicht geprüft, ob es sinnvoll ist, den Bürgern und Bürgerinnen in der Region so hohe Kreditlasten aufzubürden, und in welchem Verhältnis diese Kreditlast zum tatsächlichen Nutzen für sie steht. Für die Banken ist das ein attraktives Geschäft, weil sie gerade während der ersten Jahre der Projektlaufzeit hohe Gebühren einstreichen können. Eine Ex-ante-Prüfung von Großprojekten hatte sich deshalb in der Vergangenheit als wesentlich für eine effiziente Nutzung der europäischen Fonds erwiesen. Deswegen sind wir Grüne der Meinung, dass eine Überprüfung von Großprojekten gestärkt werden muss und nicht, wie hier im Vorschlag, geschwächt werden sollte. Wir sind deshalb gegen die Anhebung der Prüfgrenze.

Wir wollen zudem erreichen, dass Kosten-Nutzen-Analysen und Übereinstimmung mit der EU-Gesetzgebung öffentlich einsehbar werden und in diesem Zusammenhang nicht mehr gemauschelt wird. Nach wie vor krankt die Strukturfonds-Verordnung daran, dass finanzierte Großprojekte vom Investitionszeitpunkt an nur fünf Jahre lang bestehen müssen. Wir Grüne hatten deshalb bereits bei der Verordnung eine Verlängerung von zehn Jahren gefordert, um wirklich Nachhaltigkeit in Investitionen zu bringen und dauerhaft Arbeitsplätze in der Region zu halten.

Mehr Nachhaltigkeit beim Verbleib von Projekten in der Region würde auch verhindern, dass Projektbetreiber europäische Fördermittel einstreichen und nach fünf Jahren einfach verschwinden. Der Fall Nokia in Nordrhein-Westfalen hat ja gezeigt, welcher Schaden für Regionen entsteht, wenn dieses so genannte *subsidy hopping* Schule macht. Für kleine und mittlere Unternehmen soll aus unserer Sicht deswegen auch die Nachhaltigkeitsklausel bestehen bleiben, und zwar für fünf Jahre und nicht, wie jetzt in der Veränderung vorgesehen, nur für drei Jahre.

Wir Grüne sind auch hier dagegen, denn eine Kombination von großzügigeren Investitionen ohne Prüfung und zu kurzer Nachhaltigkeitsdauer fördert massiv, dass Gelder zum Fenster hinausgeworfen werden. Gegenüber dem europäischen Steuerzahler ist das aus unserer Sicht nicht vertretbar.

Wenn unsere Änderungsanträge nicht angenommen werden, können wir dem nicht zustimmen. Wir werden ebenfalls eine namentliche Abstimmung beantragen, um später, wenn die Bürger und Bürgerinnen sich bei uns beklagen, dass Gelder zum Fenster hinausgeworfen worden sind, zeigen zu können, wie hier abgestimmt worden ist.

(Die Rednerin erklärt sich damit einverstanden, auf eine mittels blauer Karte gestellte Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten.)

Lambert van Nistelrooij (PPE). – (NL) Herr Präsident, ich habe eine Frage an Frau Schroedter. Sie hat bei ihrer Analyse eine sehr negative Vorgehensweise an den Tag gelegt. Meine Frage an sie lautet: Ist es nicht der

Fall, dass die Kommunalverwaltungen, die die Programme in den Mitgliedstaaten innerhalb der für die einzelnen Ländern vereinbarten Strategierahmen und Bestimmungen implementieren durch die Mitfinanzierung verpflichtet sind, ihre eigene Verantwortung zu erfüllen? Wieso zeichnet sie heute ein so negatives Bild? Es besteht kein Grund dafür, heute all diese Negativität in diesen Vorschlag einzubringen.

Elisabeth Schroedter (Verts/ALE). - Herr Präsident! Gern werde ich darauf antworten. Es handelt sich um Großprojekte, für welche die Investitionen hier vereinfacht werden. Es handelt sich also um Investitionen von bis zu 50 Millionen Euro, die bisher von uns überprüft wurden, weil wir eine Verantwortung für diese Steuergelder haben. Ich bin der Meinung, dass dies bei Großprojekten so bleiben sollte, denn wir haben die Erfahrung gemacht, dass oft überdimensionierte Investitionen gestartet wurden und dann letztendlich die Bürgerinnen und Bürger die Last tragen.

Oldřich Vlasák, im Namen der ECR-Fraktion. - (CS) Herr Kommissar, meine Damen und Herren, wir debattieren hier einen Kompromissvorschlag zur Änderung der Verordnung, ein Vorschlag, der darauf abzielt, den Zugang zu europäischen Finanzmitteln zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wir haben definitiv ein gemeinsames Interesse daran, dieses Ziel zu erreichen, und wir sollten dies während der Debatten über die Zukunft der Kohäsionspolitik nach dem Jahr 2014 berücksichtigen. Die vorgeschlagene Regelung bezieht sich vor allem auf große, umwelt- und infrastrukturbezogene Projekte, Projekte, die Profite erzeugen, und die Unterstützung von Energieprojekten und erneuerbaren Energien im Wohnungswesen. Der Kompromissvorschlag beinhaltet daher keine radikalen Eingriffe in die Architektur der europäischen Fonds. Umfassende Veränderung sind nicht einmal gegenwärtig möglich. Wir können lediglich eine schrittweise Modernisierung des vorhandenen Systems bewerkstelligen. Der Vorschlag ist ein Kompromiss.

Ich möchte an diesem Punkt feststellen, dass ich die von der ungarischen Delegation abgegebene Erklärung zum Einsatz von Finanzierungsinstrumenten im Rahmen des Kohäsionsfonds für Eingriffe im Bereich der Energieeffizienz und erneuerbarer Energiequellen unterstütze. Andererseits bin ich über die rückwirkenden Maßnahme in Bezug auf Verbindlichkeiten besorgt, da diese nicht vor 2010 genehmigt werden wird, während die Ressourcen zum Ende des Jahres 2009 wieder in der EU-Kasse sein sollten. In diesem Zusammenhang ist es daher von entscheidender Bedeutung, dass alle technischen Details dieser Rechtsvorschrift geklärt werden. Es wurde jedoch ein Kompromiss gefunden, und die Debatte sollte daher abgeschlossen werden. Für mich ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Vereinfachung der europäischen Fonds, die wir heute in Straßburg genehmigen, vor Ort in den Mitgliedstaaten umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang gibt es für uns in unseren Regionen noch viel zu tun.

Ich begrüße die Bemühungen des gegenwärtigen Ministeriums für lokale Entwicklung in der tschechischen Republik, das Mitte dieses Jahres eine Gesetzesänderung bezüglich der Entnahme von einzelnen Summen aus dem Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds genehmigt hat. Diese verwaltungsbezogene Vereinfachung umfasst Genehmigungsverfahren, Finanzplanung und Finanzmanagement, einschließlich Kontrollaktivitäten und die Auflösung von Unstimmigkeiten.

Cornelia Ernst, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. - Herr Präsident! Ich bin auch gewissermaßen als Vertretung für meinen Kollegen hier, der nicht da sein kann, und möchte einige Bemerkungen machen. Die erste ist: Die Vereinfachung beim Umgang mit den Strukturfonds begrüßen wir ausdrücklich. Es mag sicherlich eine Reihe von anderen Dingen geben, über die man sehr kritisch nachdenken muss, die Frau Schroedter auch nannte, aber ich glaube, allein darauf kann man sich nicht zurückziehen. Wir begrüßen die Vereinfachungen sehr wohl und sind auch der Meinung, dass die Verordnung dringend umgesetzt werden muss, und zwar bald. Es ist schon viel Zeit ins Land gegangen.

Dennoch will ich aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Der Kompromiss ist nicht unbedingt das, was wir uns letztendlich vorgestellt hatten. Bekanntlich hat die Kommission für einen begrenzten Zeitraum und zum Zweck arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen einen anderen Vorschlag in Bezug auf die einmalige 100 %-ige Auszahlung von Zwischenzahlungsanträgen auf den Tisch gelegt. Das konnte sich aus verschiedenen Gründen, die im REGI-Ausschuss sehr gründlich diskutiert wurden, nicht durchsetzen. Dennoch müssen wir uns die Frage stellen: Haben wir genug getan, um umzusetzen, was die Kommission am 3. Juni 2009 in ihrer Mitteilung benannte: ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung, mit dem der Krise entgegengewirkt werden soll?

Ziel war – und das ist auch das, worüber wir jetzt reden –, die Strukturfonds zur Bewältigung der Krise besser nutzbar und besser ausnutzbar zu machen. Gerade die ESF-Mittel sind in dieser Frage – wie alle wissen – ein Hauptinstrument für Investitionen in Bürger und zur Bekämpfung der Krise, für Beschäftigung. Schauen wir nach Europa, dann stellen wir fest, dass die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der Krise in den Ländern

immens sind und Handeln tatsächlich notwendig ist. Die Arbeitslosigkeit ist enorm gestiegen, und zwar nicht nur in fünf Ländern, sondern in allen Ländern, wenn wir uns das genau anschauen. Hinzu kommt, dass auch ansonsten Arbeitslosigkeit, unabhängig von der Krise, eine große Rolle spielt. In Europa haben wir einen sehr hohen und wachsenden Anteil an Arbeitslosen, unabhängig von der Krise.

Ja, der nun vorliegende Alternativvorschlag der Kommission ist sicherlich ein Schritt nach vorn, den wir erst einmal begrüßen – was sonst –, denn immerhin kommen wenigstens fünf Staaten in den Genuss eine Förderung, die nicht ganz unwichtig ist, nämlich jene Staaten, deren BIP um 10 % gegenüber 2008 gesunken ist. Diese können profitieren und eine zusätzliche Vorfinanzierung aus dem Kohäsions- und dem ESF-Fonds nutzen. Das ist gut, aber wir wünschen uns mehr. Sie kennen unsere Position aus dem Ausschuss. Insofern haben wir ein frohes Herz und ein nicht so frohes Herz, aber jeder Schritt nach vorn bringt auch uns nach vorn, und in dieser Weise sollten wir uns auch bewegen.

(Die Rednerin erklärt sich damit einverstanden, auf eine mittels blauer Karte gestellte Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten.)

Elisabeth Schroedter (Verts/ALE). - Herr Präsident! Die einzige Frage ist: Warum hat Ihre Fraktion, Frau Ernst, jetzt im Plenum keinen Änderungsantrag gestellt, wo es doch die Möglichkeit gab, Änderungsanträge zu stellen, damit der ursprüngliche Entwurf der Kommission wieder eingesetzt wird und vielleicht doch über eine 100 %-Finanzierung des ESF mit dem Rat neu verhandelt werden könnte?

Cornelia Ernst (GUE/NGL). - Herr Präsident! Frau Schroedter, ich schätze, wir haben unsere Chancen als begrenzt eingeschätzt und insofern davon abgesehen. Ich gehe davon aus, dass mein Kollege auch so gedacht hat. Als ich mir die gesamte Initiative der Kommission anschaute, war ich sehr verzückt, musste mich aber am Ende in langen Diskussionen, die ich in den letzten Tagen zu diesen Dingen hatte, ein bisschen belehren lassen. Ich hätte mir mehr gewünscht. Klar, man hätte einen Änderungsantrag einreichen können, da gebe ich Ihnen Recht, aber wenn wir beide uns anschauen, wissen wir, wie das Ganze ausgeht, und insofern hat die Fraktion darauf verzichtet. Das muss ich erst mal selbst zur Kenntnis nehmen.

Lambert van Nistelrooij (PPE). - (NL) Herr Präsident, außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Heute ist der lang gehegte Traum dieses Parlaments von einem vereinfachten Verfahren und schnelleren Resultaten wahr geworden. Was wir letztendlich wollen, ist die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, und diese Woche sind, wie Herr Hahn schon aufgezeigt hat, einige Zahlen aufgetaucht, die enthüllen, was die Kohäsionspolitik erreicht hat: 1,4 Millionen Arbeitsplätze mehr als im vorherigen Zeitraum. Europäische Finanzmittel können jetzt allgemein schneller und einfacher zur Verfügung gestellt werden, nicht nur für Großprojekte sondern auch für kleinere, damit wir damit fortfahren können, Innovationen, Umweltverbesserungen, Stadtentwicklung usw. zu fördern.

Es gibt einen Punkt, an dem das Parlament widersprochen hat, und das war der Vorschlag, die Mitfinanzierung abzuschaffen. Dies würde einen der Eckpfeiler unseres Systems bedrohen, durch den nationale Behörden, Kommunalverwaltungen und, sofern möglich, Einzelpersonen zu dem gemeinsamen Projekt der regionalen und städtischen Entwicklung beitragen. Daher müssen wir uns jetzt darauf konzentrieren, die Finanzierung für einen etwas längeren Zeitraum zu erhalten, für drei anstatt zwei Jahre, wobei es sich um einen weiteren Punkt handelt, dem Sie zugestimmt *haben*. Dadurch wird Geld auf dem Tisch bleiben, die Mitfinanzierung wird möglich, und das Gute daran ist, dass wir bei einer Verzögerung immer noch in der Lage sind, mit diesen wertvollen Projekten fortzufahren. Dies bedeutet nicht, dass Geld die Region verlässt: Oh nein, es bedeutet, dass Geld ausgegeben wird. Das war unser Schema für 2007. Ich habe eine Frage an Herrn Hahn: Möchte er diesem guten Beispiel nicht ein weiteres folgen lassen? Wieso können wir dieses Schema nicht 2008 und 2009 wiederholen? Das wäre ein sehr positiver Schritt. Können Sie das beantworten?

Abschließend möchte ich sagen, dass wir auch etwas Solidarität zeigen könnten. Es gibt einige Länder, die nicht die gesamten, ihnen zugewiesenen ESF-Finanzmittel in Anspruch nehmen und ungefähr 30 bis 40 % davon nicht ausgeben. Wieso haben sie keine Solidarität gezeigt und diese Mittel nicht auf andere Länder übertragen? Das ist vollkommen zulässig und würde es diesen Ländern ermöglichen, wieder auf die Beine zu kommen. Das wäre ein echter Solidaritätsbeweis, aber leider hat er nicht stattgefunden. Ich habe daher ein durchaus positives Gefühl, zumindest was den Berichtstatter angeht. Dieser Vorgang hat nun neun Monate in Anspruch genommen, und ich frage mich genauso wie Frau Krehl, ob es nicht möglich wäre, ihn während der nächsten Verhandlungsrunde zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission abzuschließen.

Pat the Cope Gallagher (ALDE). - (GA) Herr Präsident, seit 1973 hat mein Land ungefähr 18 Mrd. EUR aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds der Europäischen Union erhalten. Über die Jahre hinweg hat die

Kohäsionspolitik eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Wiederbelebung der irischen Wirtschaft gespielt. Der Europäische Sozialfonds ist besonders wichtig, da wir versuchen, die Arbeitslosigkeit in Irland und natürlich auch in ganz Europa zu bekämpfen.

Seit Irland der Europäischen Union 1973 beigetreten ist, hat das Land mehr als 7 Mrd. EUR an Finanzhilfen aus dem Europäischen Sozialfonds erhalten.

Diese Gelder wurde in erster Linie zur Bekämpfung der Jugend- und der Langzeitarbeitslosigkeit eingesetzt. Unter dem operationellen Programm für Humanressourcen der EU für Irland für den Zeitraum von 2007 bis 2013 stellt die Europäische Union Irland 375 Mio. EUR aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Das Gesamtbudget dieses Programms beläuft sich auf 1,36 Mrd. EUR.

Diese Gelder werden verwendet, um Arbeitslosen, Menschen mit Behinderungen, Schulabbrechern und Angehörigen von Randgruppen unserer Gesellschaft Ausbildungskurse zu bieten. Wir leben im Zeitalter der Globalisierung. Um auf die Herausforderungen und Möglichkeiten zu reagieren, welche die Globalisierung für die irischen Arbeitnehmer schafft, unterstützt der Europäische Sozialfonds in Irland auch lebenslange Ausbildungskurse, die an die Gegebenheiten auf dem globalisierten Arbeitsmarkt angepasst werden können. Somit hat die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Krise die Relevanz und den Wert dieses wichtigen Fonds – des Europäischen Sozialfonds – unter Beweis gestellt.

Kay Swinburne (ECR). – Herr Vorsitzender, grundsätzlich scheint dieser Bericht einige sehr gute Ziele zu enthalten, um den Mitgliedstaaten der EU, die von der wirtschaftlichen und finanziellen Krise schwer getroffen wurden, durch eine europäische Finanzierung zu helfen. Er hat das lobenswerte Ziel, die Belastungen auf die Haushalte der Mitgliedstaaten zu reduzieren, wenn sie von allen Seiten in Anspruch genommen werden. Die Reduzierung der Projektschwellen und die Vereinfachung des Verfahrens werden genauso helfen wie die Vorfinanzierung vereinbarter Projekt als Starthilfe für die Wirtschaften.

Wenn Europa sich Arbeitslosenzahlen von mehr als 10 % gegenüber sieht, und in einigen Mitgliedstaaten ist es noch schlimmer, und die Wirtschaft sich nur langsam wiederbelebt, dann gibt es viele Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten ergreifen sollten, um ihre Staatsfinanzen wieder aufzubauen. Dieser Bericht ist jedoch ziemlich eingeschränkt und scheint nicht viele davon zu nennen.

Ich möchte jedoch zur Vorsicht mahnen: Das Konzept, nach dem die Mitgliedstaaten Projekte nicht mehr mit ihrem eigenen Geld mitfinanzieren müssen, scheint mir eine sehr riskante Strategie zu sein. Schon jetzt werden viele europäischen Gelder aufgrund von unzulässigen Überwachungsverfahren bei Projektausgaben nicht ordnungsgemäß nachgewiesen. Die Eliminierung des Interesses eines Mitgliedstaats, zu gewährleisten, dass sein eigenes Geld sinnvoll verwendet wird, sollte keine Einladung zum Missbrauch sein.

Wir müssen dafür sorgen, dass eine Lockerung der Mitfinanzierungskriterien nicht zu einer reduzierten Rechenschaftspflicht führt. Dieses Problem wird jedoch auf meine Wählerschaft in Wales wohl kaum Auswirkungen haben, da wir, wenn die Europäische Union ihren Willen bekommt, nach 2013 keine Gelder für laufende Projekte mehr haben werden, die gegenwärtig so großzügig durch europäische Finanzmittel mitfinanziert werden. Es ist natürlich schön und gut, wenn gesagt wird, dass einige der neuen Mitgliedstaaten ärmer als die alten sind und daher besondere Hilfe benötigen, aber ich hoffe, dass die kolossale Schuldenlast im Vereinigten Königreich und das sehr niedrige BIP pro Kopf in meiner Region von Wales, das vor kurzem wenig hilfreich mit der Wirtschaftsleistung von Ruanda verglichen wurde, nicht vergessen wird. Ich habe durch Mundpropaganda erfahren, dass Pläne gemacht werden, Regionen wie Wales zu disqualifizieren, und ich hoffe, dass wir in Zukunft Anspruch auf eine Übergangsfinanzierung haben.

Andrey Kovatchev (PPE). – (BG) Herr Kommissar, ich möchte zuerst Herrn Kirilov zu diesem Bericht gratulieren. Ich begrüße und unterstütze jeden Schritt, der die legale Verwendung europäischer Solidaritätsfonds garantiert und erleichtert. Die europäische Union kann es sich nicht leisten, von EU-Bürgerinnen und -Bürgern mit einem Vulkan verglichen zu werden, der bürokratische Asche ausstößt, die auf den Wunsch niederregnet, die Ungleichheiten zwischen den Regionen Europas zu reduzieren. Es ist schwierig, ja sogar unmöglich, die Strukturfonds einzusetzen, mit denen wir unsere wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ziele erreichen möchten. Ich bin der Ansicht, dass Veränderungen, die zu einer Vereinfachung des Verfahrens führen sollen, nicht nur im Licht der gegenwärtigen Krise gesehen werden dürfen, sondern auch langfristig den Zugang zu den Solidaritätsinstrumenten der Europäischen Union erleichtern müssen.

Ich bin der Ansicht, dass der von der Europäischen Kommission auf den Tisch gelegte Vorschlag trotz der Verzögerung zusammen mit den in diesem Bericht genannten Änderungen den Mitgliedstaaten und den Endbegünstigten eine bessere Gelegenheit bieten wird, ihre Situation im Zusammenhang mit der

gegenwärtigen Krise zu verbessern. Ich möchte die Bedeutung der Änderung bezüglich der periodenverschobenen Aufwendung der für 2007 vorgesehenen Ressourcen hervorheben. Diese Änderung bietet allen Mitgliedstaaten, darunter auch Bulgarien, wo der Nutzungsgrad dieser Ressourcen immer noch sehr gering ist, eine zweite Möglichkeit, um Projekte unter Verwendung von Ressourcen durchzuführen, die sonst verloren gegangen wären. Wir müssen an regionale und kommunale Behörden und an alle anderen Stakeholder appellieren und sie dringend auffordern, diese zweite Chance zu nutzen. Ich glaube, dass die in diesem Bericht hervorgehobene Flexibilität, wenn man die Durchführung von Programmen zu Förderung der Nutzung von Fonds berücksichtigt, die richtige Vorgehensweise ist, wenn zukünftig eine Privatisierungspolitik entworfen wird.

Was die Vereinfachung der Verwaltungsbestimmungen für die Inanspruchnahme des Strukturfonds angeht, so stellt der Bericht einen Schritt in die richtige Richtung hin zu einem Gleichgewicht zwischen der größtmöglichen Erleichterung der Koordinierung von Projekten durch die europäischen Fonds und der Kontrolle der Verwendung dieser Ressourcen dar. Die Reform der Verordnungen muss instrumentell bei der Gewährleistung von mehr Transparenz in den Augen der europäischen Bürgerinnen und Bürger und Steuerzahler sein, sowie bei der Festlegung machbarer Bedingungen für die Mitgliedstaaten. Während des gesamten Verfahrens dürfen wir das Endziel nicht aus den Augen verlieren, das in der Schaffung vergleichbarer sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen in der gesamten Europäischen Union besteht.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise wurde die Europäische Union bei mehreren Gelegenheiten dafür kritisiert, dass sie unfähig sei, auf die Krisensituation angemessen zu reagieren. Meiner Ansicht nach wird dies durch die gegenwärtige Debatte und Herrn Kirilovs hervorragenden Bericht ausgezeichnet widerlegt, da gezeigt wird, dass die Europäische Union in der Lage war, auf diese Vorgänge zu reagieren. Ich habe kein Verständnis für Kolleginnen und Kollegen, die sich darüber Sorgen machen, dass die vorliegenden Vereinfachungen bedeuten könnten, dass die Verfahren nicht überwacht werden, da der große Wert der Kohäsionspolitik genau darin besteht, dass sie über einen sehr genauen Überwachungsmechanismus verfügt. Daher sollte sich niemand Sorgen machen, und wenn meine Abgeordnetenkollegen dies tun, dann hoffe ich, dass dies nicht ein Solidaritätsdefizit ihrerseits gegenüber den Mitgliedstaaten wie beispielsweise meinem Land, Ungarn, darstellt, die ihrer Ansicht nach diese Fonds nicht angemessen nutzen werden. Wir werden sie in der Tat sachgerecht nutzen. Diese Debatte ist auch sehr wichtig, um zu bestätigen, dass die Kohäsionspolitik erforderlich ist. Ich freue mich, dass Herr Hahn und Herr Ciolos hier sind. Ich bin sehr besorgt darüber, dass Herrn Barrosos erstes Dokument die gemeinsame Agrarpolitik nicht einmal erwähnt, und auch die Kohäsionspolitik wird nur sehr oberflächlich erwähnt, obwohl es sich dabei um äußerst wichtige Kohäsions- und Gemeinschaftsstrategien handelt, die für ein grünes Wachstum, Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen, mit anderen Worten für die Umsetzung der neuen Ziele der EU-2020-Strategie, unerlässlich sind. Daher sollte die Kohäsionspolitik nicht geschwächt sondern gestärkt werden.

Iosif Matula (PPE). – (RO) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, aufgrund der vielen Änderungen, die an den gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Gemeinschafts- und nationaler Ebene zur Bekämpfung der Auswirkungen der Krise vorgenommen wurden, sind ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft und den Arbeitsmarkt momentan in großem Ausmaß zu spüren. Die hohe Arbeitslosigkeit hat schwere Auswirkungen auf die Wirtschaft der Mitgliedstaaten, aber es bestehen weiterhin große Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der Finanzmittel.

Die effektive Umsetzung der Programme der Kohäsionspolitik ist von entscheidender Bedeutung, da sie durch die Gewährung von Beihilfen für die Realwirtschaft in Form von 347 Mrd. EUR für den Zeitraum von 2007-2013 einen deutlichen Impuls darstellt. Zusätzliche Bemühungen müssen auf die am stärksten betroffenen Begünstigten ausgerichtet werden, um den Fluss der Finanzmittel für die Investitionen in den Regionen der Mitgliedstaaten zu beschleunigen. Ich bin der Ansicht, dass eine wichtige Änderung, die durchgeführt wurde, in der Möglichkeit besteht, ein einzelnes größeres Projekt aus verschiedenen Programmen zu finanzieren, wenn es um Projekte geht, die mehrere Regionen umfassen.

Ich möchte dem Berichterstatter zu der von ihm geleisteten Arbeit gratulieren. Ich muss jedoch eine Bemerkung abgeben, nämlich dass der Fortschritt bei diesem lange erwarteten Bericht sehr langsam war. Ich würde sagen, dass wir Lösungen finden müssen, um den Zielsetzungen eine sehr viel höhere Priorität zu geben, damit Situationen vermieden werden, in denen hervorragende Maßnahmen zu lange hinausgezögert werden. Eine allgemeine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren wird die Fähigkeit zur Aufnahme dieser Finanzmittel verbessern, auch in Länder, die diesem Problem gegenüber stehen, mit anderen Worten, in meinem eigenen Land, Rumänien. Der Ausbruch eines Vulkans hat die Welt in fünf Tagen auf den Kopf gestellt und könnte eine weitere Krise auslösen. Wie lange werden wir brauchen, bis wir in der Lage sein

werden, zu reagieren? Eines ist mir von jetzt an sehr deutlich, dass wir Entscheidungen sehr viel schneller treffen müssen.

(Beifall)

Monika Smolková (S&D). – (SK) Ich möchte beginnen, indem ich der Arbeit des Berichtstatters, Herrn Kirilov, Beifall spende. Es ist eine sehr gute Sache, dass die europäischen Institutionen als Reaktion auf die Wirtschaftskrise beschlossen haben, das Verfahren zur Finanzierung regionaler Entwicklungsprojekte zu beschleunigen und auch die Regeln für den Einsatz der Strukturfonds zu vereinfachen. Es soll außerdem eine Verlängerung des Zeitraums zur Verwendung der 2007 bewilligten EU-Finanzmittel geben, damit die Mitgliedstaaten mehr Zeit haben, diese zu nutzen.

In der Slowakei haben wir ein Sprichwort, das besagt, dass schnell gewährte Hilfe doppelt so wirksam ist. Die von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten sehen der Verordnung, die wir heute diskutieren, erwartungsvoll entgegen. Die Kommission hat den ersten Entwurf bereits im Juli letzten Jahres vorgelegt. Wir werden vor Mai keine Entscheidung fällen. Das gesamte Gesetzgebungsverfahren hat bis heute neun Monate in Anspruch genommen. Vielleicht ist es an der Zeit, über ein einfacheres und kürzeres Gesetzgebungsverfahren in konkreten, spezifischen Fällen nachzudenken.

Die Krise, Arbeitslosigkeit, Armut und die Vertiefung der Kluft zwischen den Regionen sind genau die Art von Fällen, in denen es notwendig ist, dass schneller und flexibler gehandelt wird. Es wird uns schwerfallen, den Arbeitslosen zu erklären, dass wir länger als ein dreiviertel Jahr gebraucht haben, um die Rechtsvorschrift zu erlassen, die ihnen jetzt in ihrer Notsituation helfen soll.

Pascale Gruny (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, wir stimmen heute alle darin überein, dass wir die im Bericht von Herrn Kirilov vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vereinfachung der Zuweisung der Mittel aus dem Strukturfonds begrüßen.

Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe des Parlaments zum Europäischen Sozialfonds bin ich jedoch empört darüber, wie lange das derzeit laufende Prüfungsverfahren gedauert hat. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission stammt vom Juni 2009. Obwohl der Zweck dieser Novelle darin bestand, die Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise zu unterstützen, hat der Rat sechs Monate gebraucht, um zu einer Vereinbarung zu kommen. Das ist nicht hinnehmbar. Es ist richtig, dass das Gesetzgebungsverfahren unterwegs vereinfacht wurde, um dem Parlament die gleichen Machtbefugnisse zu geben wie dem Rat. Als gewählte Vertreter der Europäischen Union können wir diese Verzögerungen jedoch heute gegenüber der Öffentlichkeit nicht rechtfertigen.

Ich werde nun kurz abschweifen, um das Verantwortungsbewusstsein zu würdigen, das das Parlament gezeigt hat, indem es dem Standpunkt des Rates soweit wie möglich zugestimmt hat, um das Verfahren nicht noch mehr zu verzögern. Ich möchte jedoch nochmals meine Enttäuschung ausdrücken. Wir brauchen eine Europäische Union, die schnelle Entscheidungen treffen kann, die vor Ort tatsächlich Wirkung zeigen.

Wir wollen uns jetzt einen Moment der Zukunft zuwenden. Die heute vorgeschlagenen Vereinfachungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise sind positiv, aber ich möchte hinzufügen, dass sie noch ehrgeiziger sein könnten, wenn die während des gegenwärtigen Programmplanungszeitraums 2007-2013 angewendeten Maßnahmen nicht so ungeschickt und kompliziert gewesen wären.

Daher fordere ich das Europäische Parlament angesichts der Verhandlungen für den mehrjährigen Gesetzgebungsrahmen für 2014-2020 auf, bei seinen Vorschlägen für die Vereinfachung der Verwaltung und Anwendung der Struktur- und Kohäsionsfonds Mut zu beweisen.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch ich möchte meine Wertschätzung über den Bericht von Herrn Kirilov ausdrücken, und es tut mir Leid, dass er heute nicht hier sein kann.

Eine weitere Vereinfachung der Mechanismen bezüglich des Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Sozialfonds und des Kohäsionsfonds ist eine gute Idee und wird gut für die Ausgaben sein. Zu einem Zeitpunkt, an dem diese Fonds auch zur Krisenbekämpfung eingesetzt werden, müssen wir die zahlenden Agenturen in die Lage versetzen, all ihre Gelder ausgeben zu können; aber diese unsere Maßnahme bedeutet auch, dass es eine Entschuldigung weniger gibt.

Eine Entschuldigung weniger für wen? Zum Beispiel für die Regionen, die den Kohäsionsfond in Anspruch nehmen und oft nicht all ihre Gelder ausgeben können, weil sie nicht in der Lage sind, dies zu tun, die aber

dennoch den chaotischen Charakter und die exzessive Bürokratie der europäischen Verfahren für ihren Mangel an Ausgaben verantwortlich machen.

Heute ist dies keine Entschuldigung mehr; heute befinden sich alle für die Verteilung europäischer Finanzmittel zuständigen Stellen in einer Lage, in der

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Ioan Enciu (S&D). – (RO) Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind seit 2008 zu spüren. Die Hauptprobleme, denen wir uns zum jetzigen Zeitpunkt gegenüber sehen, sind Arbeitslosigkeit, ein Absinken des Lebensstandards und Armut. Was die Strategien der Europäischen Union angeht, so werden ständig Anstrengungen unternommen, die zur Bekämpfung dieser Auswirkungen verfügbaren Instrument zu erweitern und zu verbessern, wozu auch die Stimulierung des Wirtschaftswachstums in Europa gehört. Herrn Kirilovs Bericht ist ein gutes Beispiel dafür. Er wurde auf der Grundlage einiger hervorragender, willkommener Vorschläge vonseiten der Kommission erstellt, die dazu dienen sollen, das Antragsverfahren zu vereinfachen, das den Mitgliedstaaten den Zugang zu den betreffenden Fonds ermöglicht.

Ich begrüße und unterstütze den von Herrn Kirilov erstellten Bericht, sowohl was die Zusammenlegung der Beträge für größere Projekte angeht, als auch bezüglich der Anwendung spezifischer technischer Kriterien und Bedingungen, um die Verwaltung der verfügbaren Finanzmittel zu erleichtern. Diese Änderungen entsprechen der Europa-2020-Strategie, die die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert und Investitionen in den Umweltschutz unterstützt.

Sidonia Elżbieta Jędrzejewska (PPE). – (PL) Herr Präsident, Herr Hahn, diejenigen, die vor mir gesprochen haben, haben bereits die Vorzüge der Kohäsionspolitik erwähnt, und ich möchte dies hier nicht wiederholen. Ich möchte lediglich betonen, dass mein Land, Polen, und meine Region, Wielkopolska, ebenfalls von der Kohäsionspolitik profitieren. Ich bin darüber sehr froh, und so verstehe ich auch die Änderungen der Verordnung. Ich bin froh über die anhaltenden Bemühungen bezüglich einer besseren Mittelausschöpfung – einer besseren Mittelausschöpfung als Bestandteil der Kohäsionspolitik. Um eine bessere Umsetzung und Ausschöpfung zu erreichen, ist es wichtig, eine fortlaufende Vereinfachung und Liberalisierung der Rechtsvorschrift durchzuführen, die die Umsetzung dieser Politik regelt. Aus diesem Grund sehe ich die Verordnung als den nächsten Schritt an, um die Umsetzung zu vereinfachen. Ich freue mich darüber. Ich möchte auch sagen, dass diese Bemühungen anhaltend sein müssen. Wir müssen exzessive Bürokratie ständig bekämpfen, und wir müssen stets gewährleisten, dass die Gesetzgebung den Begünstigten zugute kommt.

Othmar Karas (PPE). - Herr Präsident, Herr Kommissar! Die Kohäsionspolitik ist ein wichtiges politisches Instrument und bietet die Möglichkeit, zur Krisenbekämpfung beizutragen, die Nachfrage kurzfristig anzukurbeln und gleichzeitig in langfristiges Wachstum und in Wettbewerbsfähigkeit zu investieren. Wir müssen auch sehr deutlich sagen, dass die Kohäsionspolitik und vor allem die Vorschusszahlungen sowie die beschleunigte lokale Umsetzung im Jahr 2009 sehr maßgeblich zum Kaufkraftschub zum Nutzen der Wirtschaft und zu einer Verringerung des Einbruchs des privaten Konsums beigetragen haben. Die Kohäsionspolitik leistet auch einen sehr wichtigen Beitrag zur Europa 2020-Strategie. Ich habe es daher nicht verstanden, dass Ihr Kommissarskollege Olli Rehn seinen Kanon von Sanktionsmechanismen für die Nichteinhaltung von Regelungen des Finanzbinnenmarktes mit Einschränkungen bei der Regionalpolitik verbunden hat.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Marie-Thérèse Sanchez-Schmid (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, in den nächsten Wochen wird über den Kirilov-Bericht abgestimmt und das begrüße ich, denn es besteht ein dringender Bedarf.

Die Öffentlichkeit und unsere gewählten Vertreter haben jetzt fast ein Jahr auf greifbare und ständige Maßnahmen im Zuge der Kohäsionspolitik als Antwort auf die Krise gewartet; nationale und kommunale Akteure haben ein Jahr lang größere Flexibilität und Anpassungsfähigkeit bei der Vergabe von europäischen Finanzmitteln verlangt.

Wenn das Parlament heute über neue Maßnahmen für größere Transparenz bei der Verwendung des Kohäsionsfonds nachdenkt, müssen wir mit unserem Schritt hin zu einer Vereinfachung dieser Anforderungen mehr denn je erfolgreich sein. Der Kirilov-Bericht ist ein erster Schritt hin zu dieser Vereinfachung. Er muss weitere nach sich ziehen, da die Glaubwürdigkeit und Sichtbarkeit des alltäglichen europäischen Handelns auf dem Spiel steht.

Dieser Bericht ist auch ein Beweis für die Solidarität innerhalb Europas, dass sie in diesen Zeiten des Zweifels an unserer Einigkeit denjenigen Mitgliedern, die sie benötigen, ihrer Situation entsprechende Maßnahmen zur Verfügung stellen kann. In diesen dunklen und wolkenverhangenen Zeiten kann der Kirilov-Bericht frischen Wind bringen. Ich hoffe, dass dieser Bericht nur ein erster Schritt sein wird.

Johannes Hahn, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank für die engagierte Debatte jener, die von weit oder auch von nah den Weg in den Saal gefunden haben. Ich bedanke mich, weil ich hier die große Unterstützung für die Kohäsionspolitik gesehen habe und auch die Erkenntnis, dass wir damit den Regionen und somit den Menschen in den Regionen – unseren Regionen – helfen können. Die Kollegin aus Tschechien hat auf ein Sprichwort verwiesen: „Wer schnell hilft, hilft doppelt“. Ich würde sagen, das ist eine europäische Erkenntnis. Diese Erkenntnis wurde trotz aller Schwierigkeiten und Hoppalas bei dieser Initiative befolgt.

Um kurz auf Frau Schroedter einzugehen: Frau Schroedter, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, dass die Kontrollmechanismen leiden, bloß weil wir Schwellenwerte vereinheitlicht haben, um auch Projekte, die vielfach beide Bereiche betreffen, einheitlich betrachten zu können. Es gibt ja die Kontrollinstrumente und -einrichtungen auf lokaler und auf nationaler Ebene. Das ist eben der Gedanke des *shared management*. Im Übrigen sind wir auch anderen Regelungen verpflichtet, etwa bei der öffentlichen Auftragsvergabe oder auch beim staatlichen Beihilfewesen. Daran sind auch einige Fristen gekoppelt, über die wir uns auch als Regionalpolitiker nicht hinwegsetzen können.

Was eine Ausdehnung der N+3-Regelung anbelangt, meine ich, sollten wir sehr restriktiv sein. Wir sollten darauf achten, dass hier keine Lockerheit einreißt, dass man also nicht glaubt, man könne sich wieder ein bisschen zurücklehnen, sondern die Regionen sollen sich engagieren, die bereitstehenden Mittel einzusetzen.

Der Kollegin Swinburne bitte ich auszurichten, dass es überhaupt keine Indizien in der von ihr befürchteten Richtung gibt – vorausgesetzt das Budget ist entsprechend groß –, dass wir eben auch Wales, wie auch alle anderen Regionen, in Zukunft entsprechend den verfügbaren Regionalmitteln berücksichtigen können. Daher halte ich auch wenig davon, in schwierigen Zeiten mithilfe der Strukturfondsgelder scheinbar Sanktionen ergreifen zu wollen, die in dieser Weise auch keine Wirkung entfalten.

Nochmals vielen Dank für Ihre breite Unterstützung. Ich schließe in meinen Dank auch die Mitarbeiter der Generaldirektion REGIO ein, die sich hier sehr intensiv engagiert haben.

Karin Kadenbach, *stellvertretende Berichterstatterin*. – Herr Präsident! Ich werde all die lobenden Worte und die positiven Bewertungen der heutigen Diskussion gerne an den Kollegen Kirilov weiterleiten und möchte zwei Punkte noch einmal unterstreichen:

Wir haben nur europäische Steuermittel zu vergeben, und daher ist es auch unsere Aufgabe, es so transparent wie möglich zu machen, den Zugang zu den Mitteln zu vereinfachen. Das ist eine Bestrebung in diesem Bericht. Ich glaube aber auch – und hier richtet sich meine Bitte an die Kollegin Schroedter –, man sollte einzelnen Mitgliedstaaten vielleicht nicht unterschwellig unterstellen, dass sie bei der Umsetzung europäischen Rechts nicht alles einsetzen, um es auch einzuhalten. Das habe ich heute so ein bisschen herausgehört, und ich glaube, das sollten wir niemandem unterstellen. Ich gehe davon aus, dass alle Mitgliedstaaten und alle Institutionen alles daran setzen, die effiziente und korrekte Verwendung dieser europäischen Mittel sicherzustellen.

Eine zweite Bemerkung an die Kollegin Swinburne, doch nicht nur an sie: Wir haben hier nicht Almosen an arme Regionen zu vergeben, sondern wir fördern Regionen, um dort die Kaufkraft zu stärken, um Arbeitsplätze zu schaffen, denn die Kaufkraft in diesen Regionen trägt insgesamt dazu bei, dass Europa insgesamt wieder produzieren und verkaufen kann. Wir stärken damit den Binnenmarkt. Das heißt, es ist nicht nur ein Akt der allgemeinen Solidarität, sondern es ist von jedem, der etwas von Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft versteht, nicht nur unter sozialen Gesichtspunkten, sondern auch aus betriebs- und volkswirtschaftlichen Gründen nachzuvollziehen, warum wir Regionalpolitik brauchen und warum wir sie gerade in Zeiten der Krise als eine schnelle, effiziente Maßnahme brauchen, um die europäische Wirtschaft in allen Regionen Europas wieder anzukurbeln.

Der Präsident. – Die Aussprache wird geschlossen.

Die Stimmabgabe erfolgt während der Sitzungsperiode in der ersten Maiwoche.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Elena Băsescu (PPE), schriftlich. – (RO) Dieser Bericht zur Änderung der allgemeinen Bestimmungen über die Umsetzung der Struktur- und Kohäsionsfonds ist für die Bürgerinnen und Bürger Europas von besonderer Bedeutung. In einigen Mitgliedstaaten, darunter auch Rumänien, hat bisher nur eine geringe Aufnahme von europäischen Finanzmitteln stattgefunden. Eine große Anzahl von Bürgern, Firmen und Kommunalbehörden haben die komplizierten Verfahren kritisiert, die sie behindern, wann immer sie versuchen, Finanzmittel für ihre Projekte zu erhalten.

Die Erstellung dieses Berichts zeigt den Wunsch des Europäischen Parlaments, die in diesem Zusammenhang hervorgehobenen Probleme zu lösen. Ich unterstütze die Vorschläge zur Vereinfachung der Verfahren für den Zugang zu europäischen Fonds. Die Reduzierung von unnötigen Verwaltungsverfahren und Bürokratie wird zusammen mit der Festlegung klarerer Regeln den Aufnahmegrad von europäischen Fonds steigern.

Ich begrüße diese Maßnahmen, insbesondere zu einem Zeitpunkt, an dem die Mitgliedstaaten von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Fünf Länder, darunter auch Rumänien, werden an einem Prozess zur Beschleunigung der Aufnahme europäischer Fonds teilnehmen. Die Implementierung eines neuen Verfahrens zur Leistung von Vorauszahlungen wird es möglich machen, Projekte schneller abzuschließen. Außerdem wird Rumänien von der Änderung der Regeln bezüglich der Reduzierung des Risikos für den Verlust von nicht schnell genug verwendeten Finanzmitteln profitieren.

Alain Cadec (PPE), schriftlich. – (FR) Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass öffentliche Maßnahmen erforderlich sind, um private Aktivitäten zu unterstützen, die in Schwierigkeiten geraten sind. Die Kohäsionspolitik der Europäischen Union spielt in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle. Indem sie finanzielle Unterstützung für die vom Konjunkturabschwung betroffenen bereit stellen, sind die Strukturfonds ein Mittel zur Stimulation der Aktivität.

Dennoch ist der Zugang zu europäischen Finanzmitteln für einige mögliche Begünstigte weiterhin schwierig. Die Verfahren sind kompliziert und die Verzögerung zu lang, obwohl die Dringlichkeit der Krise einfache und schnelle Maßnahmen erfordert.

Ich begrüße die Initiative der Kommission, die auf eine Vereinfachung der Finanzverwaltung der Strukturfonds abzielt, als Bestandteil dieser Bemühungen um Klarheit. Die verschiedenen Vorschläge beziehen sich auf eine effektivere Kohäsionspolitik, aber eine, die keine zu ausgeprägten Auswirkungen auf den Haushaltsplan der Gemeinschaft hat. Ich begrüße diesen pragmatischen Ansatz.

Die Kommission darf jedoch hier nicht Halt machen. Diese durch die Krisensituation notwendig gewordene Reform muss die erste Stufe einer radikalen Vereinfachung der Art und Weise sein, in der europäische Fonds verwaltet werden. Die Kohäsionspolitik muss ein Instrument für eine effektivere öffentliche Intervention werden, die darauf abzielt, echte Unterstützung für wirtschaftliche Aktivitäten zu gewähren.

Ramona Nicole Mănescu (ALDE), schriftlich. – (RO) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte den Berichtersteller zu der geleisteten Arbeit beglückwünschen. Ich begrüße es außerdem, dass das Abkommen endlich innerhalb des Rates und des Ausschusses für regionale Entwicklung genehmigt wurde. Ich bin der Ansicht, dass es für uns von höchster Wichtigkeit ist, diesen Bericht so bald wie möglich anzunehmen, damit wir den von der Krise am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten die finanzielle Hilfe anbieten können, die sie für die Konjunkturbelebungen benötigen. Einer der wichtigsten der in diesem Bericht hervorgehobenen Aspekte ist die Vereinfachung der Verfahren für den Zugang zu und die Implementierung von europäischen Fonds. Wir brauchen Maßnahmen, um eine schnelle Erholung zu erleichtern, insbesondere jetzt, während einer Wirtschaftskrise.

Daher denke ich, dass die Leistung von Vorauszahlungen in Höhe von 2 % des Europäischen Sozialfonds und 4 % des Kohäsionsfonds die ideale Lösung für Mitgliedstaaten ist, die erheblichen Problemen gegenüber stehen, und es ihnen somit ermöglicht, von einer anhaltenden Unterstützung zu profitieren. Die Finanzmittel aus dem Europäischen Sozialfonds sollten einen aktiven Beitrag zum Konjunkturaufschwung in den Mitgliedstaaten leisten, die von der Krise am stärksten betroffen sind, und ihre Bemühungen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung beruflicher Qualifikationen unterstützen sowie als Folge davon Arbeitslosigkeit zu verhindern und zu bekämpfen.

Georgios Stavrakakis (S&D), schriftlich. – (EL) Ich möchte beginnen, indem ich dem Berichtersteller, Herrn Evgeni Kirilov, und allen Mitgliedern unseres Ausschusses gratuliere, da wir es Dank ihrer Hartnäckigkeit und Entschlossenheit geschafft haben, heute eine Aussprache abzuhalten und direkt zur Annahme dieses außergewöhnlich wichtigen Berichts überzugehen, ohne weitere wertvolle Zeit zu verschwenden. Ich möchte die entscheidende Rolle der Änderungen betonen, wenn es darum geht, die Aufnahme von Fördermitteln

zu steigern, die Bürokratie und die Komplexität der Regeln zu reduzieren, die Auswirkungen der Finanzierung auf die Wirtschaft als Ganzes zu maximieren und so den Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger zu vervielfachen. In seinem Beitrag hat Herr Kommissar Hahn zu Recht darauf hingewiesen, dass die Kohäsionspolitik sowohl Freunde als auch Feinde hat, obwohl es sich bei ihr möglicherweise um die erfolgreichste europäische Politik handelt. Die Annahme dieser Änderungen, über die wir heute debattieren, ist ein wichtiger Schritt, aber es besteht ein noch viel dringenderer Bedarf dafür, dass die Europäische Kommission unverzüglich den nächsten Schritt macht, der darin besteht, ihre Vision für eine zukünftige politische Kohäsion auf den Tisch zu legen, zusammen mit Ideen und Vorschlägen für die notwendigen Änderungen des Rahmens, der Funktionsweise und der Kompetenzen, neue Werkzeuge und so weiter.

Es ist höchste Zeit für diesen nächsten Schritt, bevor neue, nicht zugeordnete Dokumente zum Vorschein kommen.

15. Spezifische Maßnahmen für Agrarmärkte (Aussprache)

Der Präsident. – Nächster Punkt ist die Aussprache über die mündliche Anfrage mit Aussprache an die Kommission von Paolo De Castro im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung über spezifische Maßnahmen für die Agrarmärkte (O-0036/2010 - B7-0208/2010).

Da Herr De Castro nicht anwesend ist, hat Herr Le Foll, der Herrn De Castro vertritt, das Wort.

Stéphane Le Foll, für den Verfasser. – (FR) Herr Präsident, es obliegt somit uns, diese Aussprachen am heutigen Abend abzuschließen, und es ist schon spät. Ich möchte zuerst den Vorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Herrn De Castro, entschuldigen, der aus den Ihnen bekannten Gründen heute Abend nicht bei uns sein kann. Wir andere Abgeordnete dieses Parlaments war es ihm nicht möglich, sein Land zu verlassen und an unseren Aussprachen in Straßburg teilzunehmen.

Die Sache, mit der wir uns befassen, ist ein Ergebnis der allgemeinen Krise, die im gesamten landwirtschaftlichen Sektor zu spüren ist. Wie wir heute wissen, erleben wir eine Krise und beobachten vor allem sinkende Preise und einen Rückgang der landwirtschaftlichen Einnahmen, die Auswirkungen auf unsere Getreideproduzenten, Viehzüchter, ganz gleich ob es sich um Schweine- oder Rinderproduzenten handelt, und auch – und ich sage dies im Namen von Herrn De Castro – auf unsere Olivenölproduzenten hat, und durch die auch die Milchproduzenten besonders schwer getroffen wurden und immer noch getroffen werden.

Angeichts dieser Krise und dieses Preisverfalls versteht es sich von selbst, dass der Ausschuss des Parlaments für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung von der Kommission erfahren möchte, was wir sofort und in der Zukunft tun können, um dieser Krise zu entkommen, und vor allem, welche Maßnahmen in den kommenden Monaten durchgeführt werden könnten, um die Landwirte zu unterstützen und für stabilere Agrarmärkte zu sorgen.

Die erste Frage, die ich an den Kommissar richten möchte, bezieht sich insbesondere auf die Milchwirtschaftskrise: Wie ist die Lage bei der vom Parlament und vom Rat bezüglich dieser Milchwirtschaftskrise angenommenen Maßnahmen und insbesondere bezüglich der Anwendung des vereinbarten Milchfonds von 300 Mio. EUR? Dies ist die erste Frage, da ich der Ansicht bin, dass wir, falls wir legislative Entscheidungen treffen werden, wissen müssen, wie diese umgesetzt werden.

Wie ich bereits gesagt habe, sind derzeit alle Produktionsbereiche von einem Preisverfall und einer tiefen Krise auf den Märkten betroffen. Dadurch stellt sich uns eine Frage, und wir müssen nach Antworten suchen in Bereichen wie der Marktregulierung und den Möglichkeiten für eine Einschränkung dieser berüchtigten Preisvolatilität.

Niemand beklagt sich, wenn die Preise ansteigen, vor allem nicht die Landwirte. Die europäischen Verbraucher fürchten einen Anstieg der Agrarpreise, der ihre Kaufkraft einschränkt und ihre Fähigkeit, Agrarprodukte zu kaufen, beeinträchtigt.

Wenn die Preise niedrig sind, und wenn sie über lange Zeiträume hinweg gefallen sind, werden die Produzenten hinsichtlich ihres Einkommens und vor allem, und für die europäische Landwirtschaft am wichtigsten, hinsichtlich ihrer Fähigkeit, zu investieren und sich für die Zukunft vorzubereiten, bestraft. Die Landwirtschaft ist eine harte Industrie; die Investitionen sind umfassend, und es dauert lange, bis diese Investitionen Erträge bringen. Wir müssen die Preise stabilisieren.

Herr Kommissar, die Frage des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und seines Vorsitzenden, Herrn De Castro, besteht aus zwei Punkten.

Erstens haben Sie einige auf die Milchwirtschaft bezogene Maßnahmen angekündigt, die noch vor Jahresende durchgeführt werden sollen. Dies ist wichtig. Können Sie uns Genaueres dazu sagen? Zweitens gibt es spezifische Maßnahmen, die auf allen Märkten ergriffen werden müssen, nicht nur im Milchbereich.

Schließlich möchten wir der Kommission die Frage stellen, welche Pläne sie hat, diesen Preisverfall mittelfristig vorherzusehen und zu verhindern. Welcher Marktregulierungsmechanismus kann eingesetzt werden, um einen plötzlichen Anstieg und vor allem einen plötzlichen Fall der Preise zu begrenzen? Woran arbeitet die Kommission gegenwärtig, und wie sieht sie diese Sache?

Dies sind die drei Elemente, die ich erwähnen wollte: Der Milchfonds, die Perspektiven für die Milchwirtschaftskrise, und, allgemeiner, die Art und Weise, in der die Kommission mit dem Thema der Unbeständigkeit der Preise und des Preisverfalls umgehen möchte.

Dacian Cioloș, Mitglied der Kommission. – (FR) Herr Präsident, ich möchte mich zuerst bei Herrn De Castro und Herrn Le Foll vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Parlaments dafür bedanken, dass sie diese Probleme in diesem Plenum zur Diskussion gestellt haben.

Es ist wahr: Auch ich muss feststellen, dass die Einnahmen der Landwirte im Jahr 2009 spektakulär gefallen sind, was lediglich eine Fortsetzung des 2008 erfassten Trends war. Aus diesem Grund handelt es sich um eine Situation, die wir auf dem europäischen Markt nur selten gesehen haben. Sie fällt mit einer immer größeren Öffnung des Markts zum Weltmarkt hin zusammen und folgt auf die jüngsten Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik.

Die Krise hat sich insbesondere auf den Milchsektor ausgewirkt. Im letzten Jahr haben wir gesehen, wie die Produzenten dieses Sektors eine schwierige Situation zu überstehen hatten, insbesondere diejenigen in ländlichen Regionen, in denen die Milchproduktion nicht nur für den landwirtschaftlichen Sektor, sondern auch für die wirtschaftliche Aktivität und die Beschäftigung im Allgemeinen von entscheidender Bedeutung ist.

In diesem Zusammenhang hat die Europäische Kommission im letzten Jahr Maßnahmen ergriffen, zuerst durch die Mobilisierung von Mechanismen zur Intervention in den Märkten, um den Preisverfall aufzuhalten. Sie hat beträchtliche Finanzmittel freigegeben, mehr als 400 Mio. EUR, um diese Marktinterventionen zu finanzieren. Jedoch wurde, wie Herr Le Foll bereits erwähnt hat, ebenfalls ein Fonds von 300 Mio. EUR mobilisiert, um es den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, den am stärksten betroffenen Produzenten des Milchsektors zur Hilfe zu kommen.-

Die Entscheidung wurde dann letztes Jahr getroffen. Sie gab den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, Kriterien für die Grundlage aufzustellen, auf der Finanzmittel verteilt wurden, sodass diese vor allem bei den Produzenten ankamen, die sie am dringendsten benötigten.

Ich möchte außerdem klarstellen, dass diese Kriterien von den Mitgliedstaaten festgelegt wurden und keine Genehmigung vonseiten der Kommission benötigten. Die Mitgliedstaaten waren lediglich verpflichtet, die Kommission darüber zu informieren, ihr mitzuteilen, welche Kriterien sie gewählt hatten.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Mitgliedstaaten, soweit ich weiß, die Kommission über ihre Entscheidung, die Maßnahmen durchzuführen, informiert haben. Sie haben somit die Kriterien für die Grundlage festgelegt, auf der sie diese Finanzmittel verteilen werden, und die Verteilung der Hilfe wird beginnen. Die Mitgliedstaaten haben bis Juni Zeit, um diese Mittel zu verteilen.

Somit hat es, wie ich bereits gesagt habe, zuerst eine Phase der Marktintervention gegeben, um diese Märkte wieder ins Lot zu bekommen. Ich denke, dass uns die gegenwärtige Situation zeigt, dass diese Intervention erfolgreich war, da sich die Preise stabilisiert haben. Es gibt immer noch Schwankungen, aber diese liegen innerhalb annehmbarer Grenzen, innerhalb der normalen Grenzen des Marktes. Zweitens gibt es Unterstützungsmaßnahmen, die die Produzenten bald erreichen werden. Dies sind also die Maßnahmen, die bereits ergriffen wurden.

Ich möchte hier gerne wiederholen, was ich vor kurzem dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Parlaments mitgeteilt habe: Als Kommissar hoffe ich, die Lehren aus der besonderen Situation, die wir letztes Jahr erfahren haben, zu ziehen. Ich möchte nicht auf die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 warten, wenn wir hier sicherlich mit sehr viel fundierteren Antworten für den gesamten

landwirtschaftlichen Sektor aufwarten werden. Ich werde nicht darauf warten, dass die Schlussfolgerung der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik 2013 spezifische Vorschläge für den Milchsektor macht, auf der Grundlage der Schlussfolgerung der letztes Jahr im Gefolge der Krise geschaffenen hochrangigen Gruppe, die jetzt ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese Gruppe wird ihre Erkenntnisse im Juni vorlegen.-

Sofort danach, im Juli, werde ich dem Rat der Agrarminister und dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Parlaments auf der Grundlage dieser Erkenntnisse eine Aussprache vorschlagen. Daher werde ich bis zum Herbst oder zum Jahresende hier Vorschläge vorlegen, die es uns ermöglichen werden, diese Art von Krise vorherzusehen und soweit wie möglich zu verhindern – insbesondere im Milchsektor, da dort die schwierigsten Umstände aufgetreten sind – und auf diese Weise nicht nur kurzfristige sondern auch mittel- und langfristige Lösungen vorzuschlagen.

Wir werden natürlich Lehren aus diesem oder anderen Agrarbereichen, in denen wir intervenieren müssen, ziehen. Vielleicht kann ich jetzt die Gelegenheit nutzen, um Ihnen einige Informationen für die heute noch folgenden Aussprachen zu geben.

Die Kommission beobachtet die Entwicklung der Märkte in anderen Sektoren genau. Unter Einsatz der Interventionsmethoden, die uns derzeit zur Verfügung stehen – Mechanismen für die Intervention in die Märkte, die insbesondere als Sicherheitsnetze verwendet werden – werden wir unser Bestes tun, um eine Wiederholung von Situationen zu verhindern, die denen im Milchsektor ähneln.

Vielen Dank. Ich werde den Fragen und Problemen, die Sie ansprechen, aufmerksam zuhören und zum Schluss noch einmal das Wort ergreifen, um ein paar Dinge zu sagen.

Peter Jahr, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident, sehr geehrter Kommissar Ciolos, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grundsätzliche Neuausrichtung der Agrarpolitik auf mehr Marktwirtschaftswaren ist richtig, auch die zunehmende Vernetzung der europäischen Agrarwirtschaft mit den Weltmarktwaren ist eine richtige Entscheidung. Bis zum Jahr 2007, Anfang 2008, waren erste Erfolge dieser Politik deutlich erkennbar. Die europäische Agrarpolitik ist relativ preiswerter geworden, Marktinterventionen haben kaum stattgefunden und die Landwirte hatten ein stabiles und steigendes Einkommen. Gegenwärtig erleben wir aber die Nachteile dieser Neuausrichtung, nämlich starke Preisschwankungen und sinkende Einkommen der Landwirte. Beide, Landwirte und Agrarpolitiker, müssen sich künftig mehr mit starken Erzeugerpreisschwankungen in allen Bereichen, d. h. nicht nur im Milchsektor, beschäftigen.

Um mit extremen Markteinbrüchen besser klarzukommen, benötigt die Agrarpolitik Instrumente, mit denen man schnell, konsequent und unbürokratisch reagieren kann. Daher plädiere ich dafür, Maßnahmen wie die Intervention oder die Exportsubvention nicht abzuschaffen, sondern haushaltstechnisch auf Null zu setzen. Diese Instrumente sollten nur in Ausnahmesituationen Anwendung finden und nicht dauerhaft in das Marktgeschehen eingreifen, aber wenn wir diese Instrumente brauchen, müssen sie auch zur Anwendung bereitstehen. Aber auch für den Berufsstand sind Maßnahmen zu finden, um quasi Waffengleichheit am Markt herzustellen. Insbesondere sei hier die Stärkung der rechtlichen Situation von Erzeugergemeinschaften erwähnt.

Ich hoffe, dass die Kommission ihre Zusage, über bessere rechtliche Rahmenbedingungen nachzudenken, einhält und immer dann rasch Maßnahmen ergreift, wenn es nötig ist, um ernsthaften Schaden von Landwirten und Konsumenten abzuwenden.

Marc Tarabella, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, ich unterstütze Ihre ersten Schritte als Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, denn seit Ihrer Anhörung und bei mehreren anderen Gelegenheiten hat es uns gefreut, zu hören, wie Sie Ihre Wünsche ausgedrückt haben, da Sie verstanden haben, dass die extreme Unbeständigkeit der Preise eine ernste Bedrohung für die Zukunft der Landwirtschaft darstellt. Das Gleiche gilt für Landwirte, die nicht mehr langfristig planen können, da Investitionen, insbesondere bei den jüngeren unter ihnen, über einen Zeitraum von 20 oder 30 Jahren berechnet werden.

Vor kaum sechs Monaten habe ich zusammen mit Herrn Le Foll und einigen wenigen anderen Kollegen einen Änderungsantrag zu diesem Thema und zu der starken Unbeständigkeit unterzeichnet, der darauf abzielte, die Steigerung um 1 % zu reduzieren, die insbesondere für die Milchproduktion beschlossen worden war, da wir uns tatsächlich in einem Zeitraum der Überproduktion befinden. Der Änderungsantrag wurde mit fast 250 zu 350 Stimmen abgelehnt.

Sie haben gesagt, dass wir zukünftig eine Verordnung in Betracht ziehen würden. Die hochrangige Gruppe trifft sich, und bei ihren Mitgliedern handelt es sich, soweit ich verstanden habe, um hochkarätige Personen: Nicht nur Produzenten sind vertreten, sondern auch Verteiler.

Ich möchte nicht, dass die Akteure, die sich zwischen den beiden, zwischen den Produzenten und den Verteilern befinden – nämlich die Verarbeiter – vergessen werden. Ich hoffe, dass wir sie nicht vergessen, denn auch durch sie, und vor allem durch sie, werden Profite erzeugt; meiner Ansicht nach mehr als durch die Verteiler. Ich hätte daher gern die Versicherung, dass sie in der Diskussion nicht vergessen werden.

Über den Milchsektor hinaus werden alle Agrarbereiche von der Preisunbeständigkeit beeinträchtigt, und ich wage auch zu sagen, dass die Preise hoch sind. Wir sollten vorsichtig sein; dies ist nicht notwendigerweise gut für die Landwirtschaft, da Verarbeiter – Verbraucher – sich alternativen Produkten zuwenden. Wenn die Preise auf einen normaleren oder niedrigeren Stand zurückkehren, werden die Verbraucher nicht notwendigerweise zum Originalprodukt zurückkehren.

Da dies der Fall ist, Herr Kommissar, möchte ich gerne wissen – auch wenn dies etwas verfrüht sein mag –, ob Sie wirklich beabsichtigen, zukünftig in allen anderen Produktionsbereichen die Regelungen einzuführen, die von den Produzenten mit Spannung erwartet werden.

Martin Häusling, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Es herrscht zurzeit zwar relative Ruhe auf dem Land, aber nicht, weil die Bauern zufrieden sind, sondern weil viele der Bauern zurzeit sehr frustriert sind. Wir können auch nicht alle darauf vertrösten, dass wir im Jahr 2013 eine große Lösung für die Agrarkrise finden, sondern wir müssen jetzt Antworten geben. Da sind wir uns wohl einig. Die Proteste können sich nämlich auch sehr schnell wieder hier nach Brüssel bewegen. Wir müssen Antworten geben.

Im Milchbereich ist im Wesentlichen eine Politikkorrektur notwendig. Ich war auf der Konferenz der *High Level Group*, und ich fand die Antworten, die auf die Milchkrise gegeben wurden, zwar interessant, aber bei Weitem nicht ausreichend. Wenn man eine Politikkorrektur machen muss, dann muss man die Beschlüsse der letzten Zeit, aus der Reglementierung auszusteigen, in Frage stellen. Denn man kann ja am Ende dieses Prozesses sagen, dass der Quotenausstieg nicht mit einer sanften Landung geendet hat, sondern mit einer sehr harten Landung. Man muss jetzt dringend nachdenken: Wie kann Politik, wie können wir wieder Maßstäbe setzen, wie können wir wieder den Staat – sprich die Europäische Union – ins Spiel bringen, damit wir klarere Regeln für Märkte geben? Märkte funktionieren nicht von alleine. Das ist die Antwort auf die Finanzkrise, und das ist auch die Antwort auf die Krise in der Landwirtschaft: Wir müssen Regeln geben.

Wir stehen zurzeit vor einem wahnsinnigen Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft. Mich erfüllt es mit Sorge, wenn ich in der Zeitung lese, dass in Südengland Ställe in einer Größenordnung für 8 000 Kühe gebaut werden, und auf der anderen Seite viele Kleinbetriebe in benachteiligten Regionen ihre Hoftore schließen. Das ist eine Entwicklung, die nicht zu einem europäischen Agrarmodell hinführt, sondern zu einem sagen wir ruhig amerikanischen Agrarmodell mit immer größeren Strukturen, was schließlich und endlich zum Verlust vieler bäuerlicher Milchviehbetriebe in Europa führen wird. Das sind auch Arbeitsplätze, das muss man immer wieder sehen.

Herr Jahr, in einem Punkt sind wir uns einig, wenn auch nicht in dem Punkt, dass es richtig ist, die Agrarpolitik auf den Weltmarkt auszurichten. Wir brauchen eine klare rechtliche Stellung der Bauern. Sie sind das schwächste Glied im Handel, sie sind diejenigen, die als erste die Dumpingpreise ausbaden müssen, die in vielen Bereichen gemacht werden. Darin sind wir uns einig, dass wir da von Seiten der Politik dringend eine klare Vorgabe brauchen, wie wir Märkte in Zukunft besser regulieren können.

Man muss bei der Betrachtung auch mal ein bisschen über den europäischen Tellerrand hinausschauen, wie es denn in anderen Regionen geregelt wird. Uns macht keiner Vorschriften, wenn wir unsere Märkte regeln. Wir haben uns in den letzten Jahren zu weit fortbewegt mit der Aufgabe vieler Marktregeln. Schauen wir ruhig einmal in andere Länder – und das sollte auch die *High Level Group* tun –, wie es anderswo geregelt wird. Da kann man nur ganz klar sagen, das Modell Kanada ist für viele Bauern und für viele Verbraucher ein Modell, das sich bewährt hat. Das sollte man nicht von vorneherein aus der Diskussion nehmen, sondern da sollten wir auch Antworten geben.

Bei der Kurskorrektur der Politik müssen wir auch darauf achten, Politik für regionale Märkte zu machen – immer darauf das Schwergewicht legen und nicht nur auf die 5 % der Produkte schauen, die auf dem Weltmarkt gehandelt werden. Es kann auch nicht sein, dass wir Exportsubventionierungen und Interventionen als normale Regeln des Markteingreifens in Zukunft verstehen. Davon müssen wir uns endgültig verabschieden.

James Nicholson, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, zuerst möchte ich sagen, dass ich die Möglichkeit zu dieser Debatte begrüße. Ich denke, dass sie sehr zeitgemäß ist, und die jüngste Krise im Milchsektor, die so viele unserer Landwirte in der Europäischen Union lahm gelegt hat, hat sicherlich die schwere Unbeständigkeit aufgezeigt, die unsere Agrarmärkte beeinträchtigen kann. Von Jahr zu Jahr und tatsächlich auch von Monat zu Monat gibt es deutliche Preisschwankungen, die oft auf Faktoren zurückzuführen sind, die außerhalb unserer Kontrolle liegen, wie beispielsweise die globale Finanzkrise und nicht zu vergessen der Ölpreis.

Die Auswirkungen des dramatischen Verfalls des Milchpreises im Jahr 2009 wurden durch die Unfähigkeit der EU, schnell genug auf die Situation zu reagieren, noch verschlimmert. Obwohl wir letztendlich in der Lage waren, eine Mischung aus Marktsteuerung und Einkommenshilfemaßnahmen durchzuführen, darunter auch einen Eingriff in den Milchfonds und Export-Rückerstattungen, die den Schmerz etwas gelindert haben, mussten viele Milchbauern ihren Betrieb aufgeben, und viele leiden unter schweren finanziellen Verlusten.

Meiner Ansicht nach müssen wir eine zweigleisige Strategie verfolgen, wenn wir versuchen wollen, die Auswirkungen des Preisrückgangs auf die Landwirte abzuschwächen. Erstens müssen wir uns auf die Errichtung eines Mindest-Sicherheitsnetzes für alle Bereiche einigen, die für Preisschwankungen anfällig sind. Zweitens müssen wir gewährleisten, dass wir, gleichgültig welche Werkzeuge wir einführen, in der Lage sind, schnell und effektiv auf jede auftretende Krise zu reagieren.

Derzeit findet innerhalb und außerhalb des Parlaments eine große Diskussion darüber statt, dass die Landwirte für das, was sie produzieren, ein gerechtes und stabiles Einkommen erhalten sollten. Die Aspekte der Nahrungsmittelversorgung und der Nahrungsmittelversorgungskette im Allgemeinen sind ein Thema, das sowohl für die Landwirte als auch für die Verbraucher relevant ist. Die bevorstehende Reform der GAP bietet uns eine echte Möglichkeit, uns mit diesen Themen zu befassen. Natürlich ist es wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Ernährungswirtschaft nicht zu untergraben. Dennoch muss eine reformierte GAP in der Lage sein, auf verschiedene Krisen in der Landwirtschaft zu reagieren, um die Märkte zu stabilisieren und den Landwirten ein gerechtes Einkommen zu gewährleisten.

Georgios Papastamkos (PPE). – (EL) Herr Präsident, ich gehe von der Annahme aus, dass auf den Agrarmärkten sehr viel Instabilität herrscht. Bei den Preisen der grundlegenden landwirtschaftlichen Produkte ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Gleichzeitig hat ein Anstieg der Verbraucherpreise und ein deutlicher Rückgang der landwirtschaftlichen Einkommen stattgefunden.

Meiner Ansicht nach ist die GAP nach den Reformen und der Abkopplung der Hilfe ausreichend marktorientiert. Mein Hauptvorschlag – und das möchte ich klar machen – besteht darin, dass der landwirtschaftliche Sektor nicht einfach den Regeln des Markts überlassen werden darf. Er produziert öffentliche Waren und benötigt eine öffentliche europäische finanzielle Unterstützung. Ich kann mich nicht dem Widerspruch in den Argumenten der Abgeordneten anschließen, die hier eine Marktorientierung vorschlagen, in den Ländern, die einen Verbraucher-Ethnozentrismus, einen Verbraucher-Patriotismus erhalten, kultivieren und verstärken. Die gegenwärtigen Marktsteuerungsmaßnahmen bieten jedoch nicht das notwendige Sicherheitsnetz, wie der vorherige Redner, Herr Nicholson, bereits sagte. Wir brauchen ergänzende Maßnahmen, flexiblere und effektivere Maßnahmen, Maßnahmen, die im Krisenfall die Marktstabilität garantieren. Meiner Ansicht nach müssen wir außerdem die GAP mit einem Finanzmechanismus „bewaffnen“, damit sie in der Lage ist, mit Krisensituationen umzugehen, eine Art von Krisenmanagementfonds. Die Sicherung der Einkommen von Produzenten hängt vor allem von der Gewährleistung der Transparenz in der Lebensmittelversorgungskette ab.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir uns nicht darauf beschränken können, zukünftige Marktinstrumente für die Zeit nach 2013 zu schaffen. Wir wissen, dass die Situation nicht nur im Milchsektor sondern auch in anderen äußerst wichtigen Bereichen, die sich von einem geografischen Gebiet Europas zum nächsten stark unterscheiden, kritisch ist.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Die bisherige Aussprache hat gezeigt, dass dies ein sehr komplexes Problem ist. In gewissem Umfang haben Herr Tarabella und Herr Nicholson, wie auch andere, darauf hingewiesen, dass das Problem einerseits mit der Lebensmittelkette als Ganzes zu tun hat, was auch in dem Bericht von José Bové angesprochen wird, nämlich, dass die Europäische Union bisher nicht in der Lage war, sich darauf zu einigen, wie man ein gerechtes Gleichgewicht zwischen Produzenten, Verarbeitern und Einzelhändlern herstellt. Was Herrn Ciolos betrifft, so stimme ich völlig zu, dass es gut wäre, eine mittel- bis langfristige Lösung zu finden. Es gibt vier theoretische Möglichkeiten.

Eine, die Herr Jahr ebenfalls erwähnt hat, besteht darin, den neoliberalen Standpunkt zu überprüfen, der bisher dafür gesorgt hat, dass interventionistische Systeme abgelehnt wurden und der Versuch unternommen wurde, sie abzubauen. Daher stimme ich vollständig zu, dass wir es noch einmal überdenken müssen, ob diese interventionistischen Systeme abgeschafft werden können, oder ob sie nicht zur Regulierung des Marktes eingesetzt werden können.

Die zweite Option, die von der französischen Regierung auf der Grundlage des amerikanischen Modells vorgeschlagen wurde, ist die antizyklische Regulierung. Die Frage ist, ob dies in Europa machbar ist, aber wir müssen dies ebenfalls untersuchen, da der gesamte Markt so unbeständig ist, dass jede Möglichkeit in Betracht gezogen werden muss.

Die Börse ist die dritte Option. Vor nicht allzu langer Zeit fand eine Konferenz über die Borsa Mercati Telematica Italiana, ein Online-Börsensystem, statt, und daher müssen wir untersuchen, in welchem Umfang die Börsensysteme verwendet werden können. Ich möchte um Herrn Ciolos Willen gleich hinzufügen, dass das Börsensystem leider für Osteuropa und die baltischen Länder nicht sehr gut eingesetzt werden kann.

Der französische Ratsvorsitz hat auch die Möglichkeit angesprochen, ein Preisüberwachungssystem innerhalb der Europäischen Union zu schaffen. Wir müssen auch darüber nachdenken, und wir müssen außerdem die Möglichkeit der Schaffung eines Fonds nach dem Modell der Reform des Sektors Obst und Gemüse in Erwägung ziehen, der im Bereich des Risiko-Managements angesiedelt sein könnte – etwas, das, falls ich mich nicht irre, den Überlegungen von Herrn Ciolos sehr nahe kommt. Im Fall von Getreide würde dies unglücklicherweise extrem hohe Summen erfordern. Mit anderen Worten: Ich stimme völlig mit dem Herrn Kommissar überein, dass wir jede Option in Erwägung ziehen müssen, da die EU derzeit nicht in der Lage ist, die Märkte ordentlich zu regulieren.

Michel Dantin (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, wie Sie genau wissen, ist die Landwirtschaft ein Wirtschaftsbereich, der besondere Eigenschaften aufweist, die bedeuten, dass gelegentlich eine öffentliche Intervention notwendig, wenn auch nicht wünschenswert sein kann, und zwar im Interesse der Produzenten, der Verbraucher und der Öffentlichkeit. Es gibt mindestens drei Gründe, wieso ein staatlicher Eingriff in diesem Wirtschaftsbereich in der Europäischen Union genauso gerechtfertigt ist, wie in anderen Ländern der Welt.

Die Besonderheiten der Versorgung mit landwirtschaftlichen Gütern und die Nachfrage nach Nahrungsmitteln schaffen Instabilität auf den Agrarmärkten. Die Landwirtschaft produziert auch nicht marktbestimmte Güter und hilft uns durch die von ihr geschaffenen Arbeitsplätze, einen gewissen Grad an sozialer Stabilität in unseren Ländern und auf dem Lande zu gewährleisten. Die Landwirtschaft ist vor allem die Grundlage für eine üppige, abwechslungsreiche und gesunde Nahrungsversorgung. Können wir dann mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation unserer ländlichen Gebiete und unserer Landwirte zufrieden sein?

Herr Kommissar, vor einigen Tagen hat mir ein hoher Beamter die folgenden Zahlen für sein *Département* gegeben – es handelt sich dabei um ein französisches *Département*, das Ihnen gut bekannt ist, ein *Département* mit Viehhaltung. Das Verwaltungszentrum enthält 2 500 landwirtschaftliche Konten. Davon haben 800 einen Verschuldungsgrad von mehr als 80 %, und 20 % haben einen Verschuldungsgrad von 100 % oder mehr.

Angeichts solcher Zahl, die zugegebenermaßen auch mich erstaunt haben, kann es heute nicht nur um Einnahmen gehen, sondern um die Dekapitalisierung der europäischen Landwirtschaft. Weniger Hilfe, weniger staatliche Eingriffe und mehr Produktionsbeschränkungen: Das ist eine wahrhaft explosive Mischung.

Es ist wahr, dass die allgemeine wirtschaftliche Krise die Situation verschlimmert. Wir müssen jedoch auch bestimmte, von der Kommission getroffene Entscheidungen in Frage stellen, bestimmte Entscheidungen, die von ihren Kollegen getroffen wurden, Herr Kommissar. Die Landwirtschaft bleibt bei Handelsabkommen eine Trumpfkarte. Trotz der Situation in Europa sind Fleisch, bestimmte Getreidesorten, Obst und Gemüse betroffen. Das jüngste Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Andenländern, insbesondere Peru und Kolumbien, wird die Produzenten der am meisten abgelegenen Regionen opfern. Wir können nicht mit einer solchen Politik fortfahren.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich komme aus Süditalien. In meiner Region, in unseren Regionen, dreht sich die Produktion um mediterrane Feldfrüchte, Öl, Kulturpflanzen und Gemüse. Darüber ist wenig gesagt worden, da das Augenmerk Europas und der Kommission stets hauptsächlich auf der Milchwirtschaft und der Viehzucht lag; wir müssen auch auf mediterrane Anbaukulturen aufmerksam machen.

Ich versichere Ihnen, dass wir in unseren Gegenden, in unseren Regionen Zeugen eines Phänomens der Entvölkerung des ländlichen Raums werden, und zwar aufgrund der Auswirkungen des Klimawechsels und der Wüstenbildung. Für uns manifestiert sich die Wüstenbildung in dem Unkraut, das dort wuchert, wo einst Anbaukulturen Feldfrüchte, Gemüse und Obst angebaut wurden, wo Olivenhaine nicht länger gepflegt und der Boden nicht mehr gepflügt wird.

Ich kann Ihnen sagen, dass 1995, bevor der Euro eingeführt wurde, die Olivenproduzenten 170 000 ITL erhielten, was ungefähr 90 EUR entspricht. Dieses Jahr haben die Olivenproduzenten 30 EUR pro hundert Kilogramm erhalten. Dreizehn oder vierzehn Jahre sind vergangen, und der Preis ist auf ein Drittel des damaligen Werts gesunken. Unsere Produzenten verkaufen Öl für 2 EUR pro Liter im Großhandel; solche Einnahmen ermöglichen es ihnen nicht einmal, ihre Kosten zu decken, und wir stürzen landwirtschaftliche Betriebe in Schulden, weil sie unter dem Selbstkostenpreis verkaufen.

Wir können außerdem ein seltsames Phänomen beobachten. Öl wird im Großhandel für 2 EUR angekauft und im Supermarkt für 2 EUR oder weniger verkauft. Es besteht eindeutig ein Bedarf zur Einführung zusätzlicher Kontrollen. Ich würde mich gerne mit Ihnen treffen, um das Problem der Aktualisierung der Verordnung (EG) Nr. 2568/1991 zu umreißen; es gibt neue Kontrollsysteme, und wir müssen zum Nutzen der Verbraucher und auch der Produzenten gegen eine Komplizierung und Verfälschung ankämpfen.

Wir können keine Nationalisierung der Hilfe in der nächsten GAP in Erwägung ziehen, genauso wenig wie eine Reduzierung der direkten Hilfe, da das Fehlen von direkter Hilfe oder die Reduzierung ihrer Fonds zu einer Landwirtschaftskrise in Süditalien und dem Mittelmeerraum führen würde.

Herr Kommissar, ich werde abschließen, indem ich Ihnen sage, dass diejenigen, die heute Land besitzen, dies nicht tun, weil sie es in einer Lotterie gewonnen haben, sondern weil sie es von ihren Vätern und Großvätern ererbt haben, die das Land bestellt haben, die Schweiß und Tränen dafür vergossen und es ihrem Sohn hinterlassen haben.

Heute laufen diejenigen, die ihren Hof ihren Kindern hinterlassen, Gefahr, ihnen einen Haufen Schulden zu hinterlassen. Europa muss eine energische und starke Antwort geben, um die Wiederbelebung unseres landwirtschaftlichen Sektors zu unterstützen.

Sari Essayah (PPE). – (FI) Herr Präsident, die Stabilisierung des Marktes muss eine der gemeinsamen zentralen Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik sein. In dieser Hinsicht scheinen wir in diesem Plenum einer Meinung zu sein. In der gemeinsamen Agrarpolitik brauchen wir das Sicherheitsnetz der Marktmaßnahmen, sowohl zum Schutz der Landwirte als auch zum Schutz der an der Nahrungsmittelkette Beteiligten.

Der Zeitraum nach 2013 erscheint besonders Besorgnis erregend, beispielsweise wegen der Aufhebung der Exportsubventionen und der Milchquoten, sowie aufgrund des gesteigerten Imports aus anderen Ländern. Es erscheint mir daher gut, dass der Kommissar zu diesem Zeitpunkt sagt, dass er beabsichtigt, vor 2013 Maßnahmen zu ergreifen.

Jetzt müssen wir untersuchen, wie wir die neuen Verwaltungsinstrumente für den Markt zum Einsatz bringen: Beispielsweise die vielen verschiedenen Maßnahmen zur Schaffung eines Einkommensversicherungssystems, zur Stärkung der Produzenten und Unternehmen und zur Verbesserung der Transparenz des Marktes.

Ulrike Rodust (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Mir liegt eine Analyse zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft vor. Hier wurden 19 100 Rechnungsabschlüsse von landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben geprüft. Die Ergebnisse werden repräsentativ anhand der Verteilung der Betriebe nach der Agrarstrukturerhebung 2007 hochgerechnet.

Im Wirtschaftsjahr 2008-2009 hat sich die durchschnittliche Lage erheblich verschlechtert. In den ausgewerteten 18 200 Haupterwerbsbetrieben, Milch und Ackerbaubetriebe, war ein Rückgang von 45 400 Euro auf 34 400 Euro zu verzeichnen. Das sind minus 24 %. Die Verluste waren 2008-2009 besonders stark. Ihre Unternehmensergebnisse gingen auf 29 300 Euro, das sind minus 45 %, bzw. auf 43 000 Euro, das sind minus 18 %, zurück.

Die Veredlungsbetriebe hingegen verbuchen ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Dacian Cioloș, Mitglied der Kommission. – (FR) Herr Präsident, ich bin der Ansicht, dass die Aussprache, die wir soeben gehört haben, zeigt, in welchem Umfang wir aus dieser Milchkrise Lehren ziehen sollten. Außerdem

sollten wir, wie Herr Le Foll zum Beginn seiner Rede sagte, die Durchführung von Mechanismen zur Marktregulierung als Bestandteil der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 in Betracht ziehen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die gemeinsame Agrarpolitik in der Lage sein muss, während sie die Vielfalt der europäischen Landwirtschaft respektiert, Maßnahmen hinsichtlich unserer gemeinsamen Ziele auf europäischer Ebene vorzuschlagen, die es uns ermöglichen, die uns durch den Vertrag von Lissabon übertragene Rolle zu erfüllen. In anderen Worten, sie muss die Stabilität der Einkommen der Landwirte garantieren und gewährleisten, dass die Märkte gut versorgt sind. Die zukünftigen Instrumente der GAP sollte es uns daher ermöglichen, unter anderem diese Ziele zu erreichen. Es gibt natürlich auch andere Ziele, aber dies sind die grundlegenden, die wir berücksichtigen müssen.

Maßnahmen zur Regulierung der Märkte, die es uns ermöglichen werden, Situationen der Preis- oder Marktunbeständigkeit zu vermeiden, oder in solchen Situationen einzugreifen, werden im Mittelpunkt unserer Bestrebungen und der Vorschläge stehen, die wir der Kommission als Bestandteil der GAP nach 2013 machen werden. Ich kann Ihnen versichern, dass wir derzeit daran arbeiten. Ich bin fest davon überzeugt, und ich bin mir der Tatsache bewusst, dass Marktsteuerungsmechanismen in der Lage sein müssen, neben der direkten Hilfe eine Rolle zu spielen, die wir erhalten müssen, jedoch indem wir die Vergabekriterien anpassen. Der Markt muss natürlich funktionieren können. Wir müssen den Markt funktionieren lassen, wenn er dazu in der Lage ist, aber ich stimme auch mit Herrn Dantin überein, wenn er sagt, dass der besondere Charakter des Agrarsektors ein öffentliches Eingreifen rechtfertigt. Dieses muss selbstverständlich zielgerichtet sein und darauf abzielen, Probleme beim Funktionieren des Marktes zu lösen und dafür zu sorgen, dass er ordnungsgemäß funktioniert. In diesem Sinne werden wir Vorschläge für die GAP nach 2013 machen.--

Mir ist völlig klar, dass neben dem Milchsektor auch noch andere Sektoren derzeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. So unterliegt auch der Obst- und Gemüsektor oft starken Marktschwankungen: Schwankungen beim Preis und bei der vermarkteten oder verkauften Menge. Dieser Sektor wurde vor einigen Jahren reformiert. Wir werden auch aus der Tatsache Lehren ziehen, wie diese Reform, die den Produzenten zu mehr Verhandlungsstärke innerhalb der Produzentenorganisationen verholfen hat, angewendet wurde. Ich denke, dass wir auch auf dieser Ebene Lehren ziehen könnten, die auf andere Sektoren angewendet werden können.

Ich bin in der Tat der Ansicht, dass abgesehen von öffentlicher Intervention die Produzenten auch die Möglichkeit erhalten müssen, Verträge besser auszuhandeln und so auch bessere Preise zu erreichen, während gleichzeitig eine Stabilität hinsichtlich der Produkte gewährleistet wird, die durch private Verträge auf den Markt gelangen. Ich bin daher der Ansicht, dass wir zusätzlich zur öffentlichen Intervention andere Wege finden können, um es dem Markt zu ermöglichen, gut zu funktionieren, während wir den öffentlichen Behörden die Macht geben, einzugreifen, wenn der Markt seine Rolle nicht mehr erfüllen kann, da die Landwirtschaft nicht nur die Märkte zu versorgen hat, sondern auch weiterhin Waren für die Öffentlichkeit produzieren muss. Darin stimmen wir überein. Aus diesem Grund müssen wir der Landwirtschaft helfen, damit sie in der Lage ist, all ihre Funktionen zu erfüllen.

Was die Themen in Bezug auf die Nahrungsmittelkette angeht, insbesondere die Möglichkeit, eine bessere Verteilung des Mehrwerts auszuhandeln, so hat das Parlament einige Arbeit geleistet, die Kommission hat eine Mitteilung veröffentlicht und im Rat haben Aussprachen stattgefunden. Ich bin der Ansicht, dass wir auf der Grundlage all dieser Elemente einige Vorschläge machen werden, um Mechanismen zu finden, die es den Produzenten ermöglichen, ihre Margen besser auszuhandeln.

Ich glaube, dass ich mehr oder weniger alle Reden und alle angesprochenen Probleme abgedeckt habe. Ich möchte Ihnen nochmals für die Gelegenheit danken, die Sie mir gegeben haben, um meinen Standpunkt darzulegen. Die Debatte hat gerade erst begonnen. Ich habe ebenfalls eine öffentliche Aussprache in Gang gesetzt, bevor ich Vorschläge für die Reform der GAP nach 2013 gemacht habe. Ich glaube, dass wir nach der Aussprache und der im Parlament stattfindenden Arbeit in der Lage sein werden, zwischen heute und dem Herbst, wenn ich mit einer Mitteilung der Kommission über die Zukunft der GAP zurück kommen werde, Vorschläge zu machen, die den Landwirten mehr Vertrauen in ihre Aktivitäten geben werden. Wir brauchen diese Landwirte, nicht nur wegen der Güter, mit denen sie den Markt versorgen, sondern auch aufgrund dessen, was sie auf ihrem Land machen.-

Der Präsident. – Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich. – (PT) Auf verschiedenen landwirtschaftlichen Märkten ist es in den letzten Monaten infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Auswirkungen auf die EU hatte, was wiederum Auswirkungen auf die Nachfrage nach diesen Produkten hatte, zu einem Preisverfall gekommen. Niedrigere Preise nützen den Verbrauchern und führen mittelfristig zu einer gesteigerten Nachfrage, aber in der Zwischenzeit werden viele Produzenten hart davon getroffen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, eine europäische Agrarpolitik zu erstellen, die auf das Schlüsselproblem reagiert: Die Gewährleistung nachhaltiger Nahrungsmittelsicherheit zu vernünftigen Marktpreisen. Was erforderlich ist, ist ein landwirtschaftliches Modell, das konkurrenzfähig und wirtschaftlich machbar ist und das dem Nahrungsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger sowie den Umweltaforderungen und den gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht wird. Auch wenn die gemeinsame Agrarpolitik marktorientiert ist, muss sie eine Reihe von Instrumenten enthalten, um einen Ausgleich für die Produktion von öffentlichen Gütern zu leisten, die der Markt nicht vergütet und um die extreme Unbeständigkeit des Markts zu kontrollieren. Sie muss auch eine angemessene Regulierung, ein starkes Sicherheitsnetz und ein vernünftiges Risikomanagement enthalten. Sie muss außerdem die Nahrungsmittelkette durch größere Transparenz und eine bessere Vertragspraxis, die die Produzenten nicht benachteiligt, verbessern. Abschließend möchte ich sagen, dass es von entscheidender Bedeutung ist, eine Gleichbehandlung von importierten landwirtschaftlichen Materialien und Produkten zu gewährleisten.

Alan Kelly (S&D), schriftlich. – Lassen Sie mich zuerst sagen, dass ich die Vorstöße meiner Kollegen, insbesondere die von Senor de Castro, begrüße, der die Initiative übernommen hat, um eine Debatte zu diesem Thema in Gang zu bringen. Es ist heute eine Tatsache, dass sich unsere Landwirte überwältigenden Hindernissen gegenüber sehen, wenn es darum geht, einen fairen Preis für ihre Produkte zu bekommen. Die Auswirkungen auf die Preise während der jüngsten Milchwirtschaftskrise sind nur ein Beispiel. Eine Aktienintervention spielt genauso eine Rolle bei der Stabilisierung des Marktes wie der Notfonds für die Milchwirtschaft. Aber wir sind noch nicht aus dem Gröbsten heraus. Supermärkte stellen eine Hürde dar, wenn es um faire Bedingungen für Landwirte geht. Wir alle wissen, dass sich der durchschnittliche Supermarkt gegenüber dem Verbraucher gerne als „Preiskiller“ präsentiert. Wir müssen jedoch vorsichtig sein, dass der Supermarkt nicht auch die Preise killt, die für unsere Landwirte gelten. Wenn zugelassen wird, dass das aktuelle System auf unbestimmte Zeit fortgesetzt wird, würde es keinen Anreiz mehr geben, Landwirtschaft zu betreiben, und was würde dann aus unserer ländlichen Gesellschaft werden? Das muss sich ändern. Ich hoffe, dass die Kommission darüber genauso besorgt ist wie die Parlamentarier.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich. – (PL) 2009 waren die europäischen Landwirte großen Schwierigkeiten ausgesetzt. Die Einkommen fielen um fast ein Viertel, und die Krise wirkte sich auf die Mehrheit der Agrarmärkte aus, darunter Milch, Getreide, Schweinefleisch, Rindfleisch, Oliven usw. Der Milchmarkt stand zweifellos der schwierigsten Situation gegenüber. Als Resultat eines weltweiten Preiseinbruchs erlitten die europäischen Milchproduzenten riesige Verluste. Die Landwirte machten bei einer Vielzahl von Treffen auf ihre schwierige Situation aufmerksam, und in vielen Ländern gab es außerdem Massenproteste von Landwirten. Gegenwärtig sind die Preisschwankungen nicht mehr so stark, aber dies bedeutet nicht, dass die Probleme verschwunden sind. In vielen landwirtschaftlichen Bereichen stehen wir weiterhin einer geringen Nachfrage und Preisschwankungen gegenüber. Die gegenwärtigen Interventionsmechanismen im Milchsektor und die Einrichtung des Notfonds für die Milchwirtschaft haben sich als unzureichend erwiesen. Wir können uns schon jetzt vorstellen, was geschehen wird, wenn diese Instrumente auslaufen. Wir können sicherlich mit weiteren Einkommensverlusten und Marktturbulenzen rechnen. Ich stimme der Aussage von Herrn Ciołoş zu, dass die schwierige Situation auf dem Milchmarkt sofort gelöst werden sollte, und dass wir nicht bis 2013 warten sollten, wenn eine größere Reform der GAP geplant ist. Für Juni erwarten wir eine Entscheidung der hochrangigen Gruppe, die ihre Überlegungen und Gedanken zu einer Verbesserung der Situation im Milchsektor präsentieren wird. Ich hoffe, dass das Gremium unsere Erwartungen erfüllen und ein ausgewogenes Programm mit stabilisierenden Maßnahmen vorlegen wird. Ich freue mich, dass Herr Ciołoş unsere Befürchtungen teilt und unsere Anregungen berücksichtigt hat.

16. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

17. Schluss der Sitzung

Der Präsident. – Die nächste Sitzung findet morgen, am 21. April, statt. Die Aussprachen werden von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr und von 15.00 Uhr bis 19.00 Uhr abgehalten. Ich weiß nicht, ob jedem bewusst ist, dass die Sitzung morgen um 19.00 Uhr endet.

(Die Sitzung wird um 23.25 Uhr beendet.)